Montag, 7. Oktober 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 233 - 41. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 120 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Flucht: Mit einem Schlauchboot ist ein 44jähriger Mann über die Ostsee aus der „DDR" geflohen. Der Flüchtling wurde von einem Boot des Bundesgrenzschutzes aufgenommen.

Herztod: Der CDU-Politiker Haimo George, der seit 1976 dem Bundestag angehörte, setzte sich nach den Worten des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dregger besonders für die Sozialpolitik ein. Er starb 52jährig. (S. 4)

Arbeit: 400 000 neue Arbeitsplätze wird es nach Einschätzung der CDU/CSU-Fraktion 1986 geben. Fast alle Jugendlichen bekämen einen Ausbildungsplatz.

Pille: Wegen der Finanzprobleme der Krankenkassen wird es vorerst noch keine Pille auf Krankenschein geben, sagte Familienministerin Süssmuth, die sich zugleich gegen eine Änderung des Paragraphen 218 aussprach.

Ersatzdienst: Innensenator Lummer regte einen sozialen Dienst für Wehrpflichtige mit ständigem Wohnsitz in Berlin an. Berlin dürfe nicht zur „Verweigerungsoase" werden.

SPD-Frauen: Sämtliche Parteiämter müßten zu 40 Prozent mit Frauen besetzt werden, forderte die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) auf ihrer Bundeskonferenz (S. 5).

Todesschütze: Ein nach äygyptischer Darstellung amoklaufender ägyptischer Polizist erschoß auf Sinai sieben Israelis. In Jerusalem wurden Zweifel an der offiziellen äygytischen Version laut. (S. 6).

Deng: Chinas Spitzenpolitiker lehnt Moskaus Vorschlag einer 50prozentigen Reduzierung der Atomwaffen ab. Darin wurde er von Ministerpräsident Strauß in Peking unterstützt (S. 10).

SDI: Bonn würde sich nicht als einzige Regierung an einem Rahmenabkommen beteiligen, sagte Außenminister Genscher (S. 10).

Asylrecht: Berlins Regierender Bürgermeister Diepgen hält es für verfrüht, über eine von Innensenator Lummer geforderte Grundgesetzänderung des Asylrechtsartikels 16 zu reden.

Bulgarien-Reise: Wirtschaftsminister Bangemann ist gestern nach Bulgarien gereist. Dort wird er auch mit Staatschef Schiwkow zusammenzutreffen.

Revolte: Bei einem Aufstand von inhaftierten mutmaßlichen Guerrilleros kamen in Lima 34 Menschen ums Leben.

Bischöfe: In der zweiten Version eines Entwurfes bezeichneten US-Bischöfe die Wirtschaftspolitik Reagans als „moralischen Skandal".

Dokumentation der Gewalt

Bei Krawallen nach dem Tod des Demonstranten Sare in Frankfurt gab es in vielen deutschen Städten Verletzte und Schäden in Millionenhöhe. Zahlreiche Personen wurden festgenommen. Die WELT veröffentlicht dazu eine Dokumentation des Bundesinnenministeriums und ein Gespräch mit dem Frankfurter Polizeipräsidenten. Seite 7

WIRTSCHAFT

Seoul: Der Interimsausschuß des Internationalen Währungsfonds hat gestern die Diskussion um die Verbesserung des internationalen Währungssystems aufgenommen. US-Finanzminister Baker forderte ein größeres Kreditvolumen der Banken für die Staaten, die eine Politik der „globalen Sanierung" betreiben. (S. 11)

Schulden: Mexiko hat internationale Großbanken um die Stundung der Rückzahlung seiner Staatsschulden gebeten.

Stabilitätskurs: Der peruanische Präsident Garcia will die Landeswährung bis zum Jahresende nicht mehr abwerten, die Inflation bekämpfen, die Produktion ankurbeln und bestimmte Unternehmen privatisieren.

Kontrolle: Jugoslawien hat die Preiskontrollen auf mehr als die Hälfte der im Inland erzeugten Produkte ausgedehnt. Bisher wurden die Preise von 28 Prozent der Erzeugnisse staatlich kontrolliert.

Öl: Von seinem Besuch in Moskau brachte der finnische Präsident Koivisto das Versprechen mit, daß die in der Vergangenheit ins Stocken geratenen Öllieferungen nach Finnland von der Sowjetunion verabredungsgemäß abgewickelt werden.

KULTUR

Abriß: Die neue Parole der Architekten heißt zehn Jahre nach dem Europäischen Denkmalschutzjahr : Abreißen! Es war die große Schlußsequenz des sechsten Deutschen Architektentages in Frankfurt. (S. 21)

Peer Gynt: Mit einem sechsstündigen Ibsen-Sit-in startete Jürgen Flimm seine Hamburger Ära im Thalia-Theater. Flimm will mit „konservativem Literaturtheater" ein Kontrastprogramm zu Zadek bieten. (S. 21)

SPORT

Tennis: Boris Becker gewann beim Daviscup in Frankfurt sein zweites Einzel gegen Pimek (CSSR) *mit 6:1, 6:4.* Damit führte das deutsche Team mit 4:0. Der Gesamtsieg im Halbfinale über die CSSR stand bereits nach dem Doppel fest. (S. 17)

Motorsport: Der Franzose Alain Prost ist neuer Formel-1-Weltmeister und damit Nachfolger seines McLaren-Teamkollegen Niki Lauda (Österreich). Beim Grand Prix in Brands Hatch (Großbritannien) reichte Prost ein vierter Platz zum Titelgewinn. (S. 20)

AUS ALLER WELT

Entschädigung: Die japanische Fluggesellschaft JAL und der Flugzeughersteller Boeing wollen den Hinterbliebenen der Opfer der Flugzeugkatastrophe vom 12. August und den vier Überlebenden gemeinsam eine Entschädigung zahlen.

Milchstraße: Amerikanische Forscher haben beim Experimentieren mit Lichtfiltern möglicherweise eine in Rekordentfernung von der Erde gelegene Milchstraße entdeckt. Das Phänomen liegt 14,5 Milliarden Lichtjahre entfernt, 2,3 Milliarden weiter als die bisher entfernteste bekannte Milchstraße. (S. 22)

Wetter: Wechselhaft, nur noch bis zu 16 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

USA dokumentieren Vorsprung Moskaus in der Atom-Rüstung

Antwort auf Gorbatschows Vorschläge / „Herausforderung für den Westen"

FRITZ WIRTH, Washington

Die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) Präsident Reagans wird vom Weißen Haus nicht nur als langfristiger Versuch definiert, die Nuklearwaffenarsenale dieser Welt obsolet zu machen, sie gilt vielmehr als sicherheitspolitische Notwendigkeit, um den sowjetischen Vorsprung im Bereich der strategischen Nuklearverteidigung aufzuholen.

Das ist die Kern-Botschaft eines Dokuments, das am vergangenen Wochenende von der Reagan-Administration vorgelegt wurde. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Papiers ist kein Zufall. Sie geschah zum gleichen Zeitpunkt, da der sowjetische Generalsekretär Gorbatschow in Paris die Einstellung des amerikanischen SDI-Programms forderte und hinzufügte, daß er sich nicht vorstellen könnte, wie man ohne eine derartige Vereinbarung auf dem bevorstehenden Gipfeltreffen in Genf überhaupt in Abrüstungsverhandlungen eintreten könne.

Die Veröffentlichung des amerikanischen SDI-Dokuments ist auch unter einem anderen Aspekt bemerkenswert. Während die Reagan-Administration auf sämtliche anderen sowjetischen nuklearen Abrüstungsvorschläge bisher mit vorsichtiger Skepsis, aber nicht insgesamt negativ reagierte und sie als korrekturbedürftige Verhandlungsgrundlage betrachtet, ist die Reaktion in der SDI-Frage klar und unmißverständlich. „Wir werden es nicht tun", antwortete Präsident Reagan auf die Frage, ob er das SDI-Programm für das sowjetische Angebot, nukleare Offensivwaffen zu reduzieren, vom Tisch wegverhandeln lassen wolle.

„Die langanhaltenden Bemühungen und Forschungsarbeiten der Sowjets an einem eigenen nuklearen Verteidigungsprogramm sind vom Westen seit langem unterschätzt worden", sagte Paul Nitze, der Chefberater des amerikanischen Präsidenten in Abrüstungsfragen, und neben Sicherheitsberater Robert McFarlane einer jener Männer, die die amerikanische Verhandlungsposition für das Genfer Gipfeltreffen bestimmen werden.

„Die gesamte sowjetische Strategie zielt darauf ab, Moskau eine nukleare Erstschlag-Fähigkeit zu geben, also auch die Möglichkeit, das amerikanische Nuklear-Arsenal mit einem Präventivschlag zu zerstören", erklärte Nitze, der zusammen mit Unterstaatssekretär Perle vom Pentagon den Report über den Stand der sowjetischen SDI-Arbeiten vorlegte. Diese sowjetischen Anstrengungen im Bereich der Nuklearverteidigung seien wesentlich umfangreicher als die der USA, sagte Nitze, doch sie seien bisher unbehelligt geblieben von der Art öffentlicher Prüfung und Kritik, der das amerikanische SDI-Programm unterworfen worden sei.

Perle wies darauf hin, daß die Sowjets ihre strategischen Verteidigungsarbeiten ungeachtet – und häufig in Verletzung – bestehender Abrüstungsvereinbarungen wie beispielsweise dem ABM-Vertrag aus dem Jahre 1972 weitergeführt hätten. Hauptziel ihrer Kritik am amerikanischen SDI-Programm sei es, die sowjetische militärische Überlegenheit im Weltraum zu sichern.

Der von Perle und Nitze vorgelegte 27-Seiten-Report ist in verschiedenen Punkten nicht neu, in seiner Summierung jedoch die bisher schärfste Kritik am sowjetischen strategischen Verteidigungsprogramm, über das Moskau „die Öffentlichkeit bisher absichtlich irregeführt habe", wie es in dem von Außenminister Shultz und Verteidigungsminister Weinberger unterzeichneten Vorwort des Reports

● Fortsetzung Seite 10

DER KOMMENTAR

Assads Spiel

PETER M. RANKE

Wieder einmal zeigte sich die UNO, zeigte sich ein Teil des Westens von der vertraut einäugigen Seite. Der Sicherheitsrat verurteilte Israels Schlag gegen Arafats Hauptquartier bei Tunis als Angriff auf Tunesien selbst, Genscher steuerte die Deutung „Verletzung des Völkerrechts" bei; niemand – außer den USA – aber verlor ein Wort über die vorausgegangenen Morde der Arafat-Leute, niemand wies auch nur beiläufig darauf hin, wie gleichzeitig ein anderes Land nicht etwa nur angegriffen, sondern systematisch erobert und zerstückelt wird. Während die Politiker sich in Klagen um ein zerstörtes Terroristennest ergingen, schickt sich Syrien an, in einem blutigen Kleinkrieg Nordlibanon und die wichtige Hafenstadt Tripoli unter Kontrolle zu bekommen. Kein Sicherheitsrat und keine westliche Stelle protestierte.

Neunzehn Tage haben syrische Geschütze und Raketenwerfer in die umkämpften Wohn- und Geschäftsviertel Kobbeh und Abu Samra hineingeschossen, ehe die vier prosyrischen Milizen zum letzten Sturm antraten. Was der syrische Präsident Hafez el-Assad in Tripoli anrichtete, erinnert an das Blutbad von Hama im Februar 1982. Der Kampf um Tripoli mit seinen Handelswegen nach Nordsyrien scheint damit nach mehr als zwei Jahren entschieden. Die Sunniten, die Mehrheit der Bevölkerung dort, haben eine Niederlage erlitten. Gesiegt hat die „Arabische Demokratische Partei" der Alawiten unter Ali Eid, einem Handlanger der Syrer. Sie soll zusammen mit marxistischen Verbänden sowie Drusen und Schiiten Libanon als syrisches Protektorat beherrschen. Das gehört offensichtlich in das Konzept der Protektoren Assads in Moskau. Sie haben ihre Haltung auch angesichts der Entführung von vier Russen durch die sunnitischen Verteidiger und des Mordes an Arkadi Katkow nicht geändert.

Tripoli ist ein Opfer der syrischen Machtpolitik, die Libanon beansprucht und neben imperialistischen Motiven auch das Ziel hat, die Herrschaft der Alawiten in Damaskus so zu sichern, daß aus der libanesischen Flanke keine Gefahr mehr von Sunniten und Christen drohen kann.

Der DGB will eine „andere Politik"

Breit im WELT-Interview: Sozialpartnerschaft bedingt gleichberechtigte Mitbestimmung

DW. Bonn

Der Deutsche Gewerkschaftsbund bleibt bei seiner Forderung, ein staatliches Investitionsprogramm zum Abbau der Arbeitslosenzahlen aufzulegen. In einem Interview der WELT warf der DGB-Vorsitzende Ernst Breit zugleich der Bundesregierung vor, einen „Sozial-Abbau" betrieben zu haben, der in der Gesellschaft zu „neuer Armut" führe. Mit Breit sprach Günther Bading.

WELT: *Aus den Reihen des DGB wird mit Gesprächsverweigerung gedroht. Die Töne werden schärfer. Der zweite Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, stellt Sozialpartnerschaft in Abrede. Läuft der DGB nicht Gefahr, sich zu isolieren?*

Breit: Gespräche, die Aussicht auf konkrete Fortschritte im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit bieten, hat der DGB noch nie verweigert. So wird er es auch in Zukunft halten. Zur Sozialpartnerschaft: Gewerkschaften und Arbeitgeber sind Tarifvertragsparteien. Sozialpartnerschaft setzt nach unserer Auffassung gleichberechtigte Mitbestimmung voraus. Diese wird von den Arbeitgebern in weiten Teilen der Wirtschaft nach wie vor verweigert. Wenn ich mir die zurückliegenden Kommunal- und Landtagswahlergebnisse vergegenwärtige, dann findet zur Zeit vor allem ein Prozeß der Isolierung der Regierung von den Arbeitnehmern unter ihren Wählern statt.

WELT: Der DGB setzt bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nach wie vor auf staatliche Ausgabenprogramme. *Die Sozialdemokraten haben von 1974 bis 1982 50 Milliarden Mark für solche Programme ausgegeben, die Arbeitslosigkeit ist dennoch von weniger als einer halben Million auf knapp zwei Millionen beim Regierungswechsel 1982 gestiegen. Warum halten Sie an diesem offenbar wirkungslosen Instrument fest?*

Breit: Das Zukunftsinvestitionsprogramm, neudeutsch ZIP, das die sozialliberale Regierung 1977 aufgelegt hat, trug entscheidend dazu bei, daß in den drei Jahren von 1978 bis 1980 die Arbeitslosenzahl unter einer Million blieb. Der sprunghafte Anstieg der Arbeitslosigkeit fiel genau in die Jahre, in denen die FDP weitere Beschäftigungsprogramme verhindert hat. Beschäftigungsprogramme, wie wir sie fordern, sind in doppelter Hinsicht wirkungsvoll. Sie schaffen erstens Arbeitsplätze und sie helfen zweitens, dringende gesellschaftliche Aufgaben, beispielsweise im Umweltschutz oder beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, zu erledigen. Daß die Regierung diese Chance nicht nachhaltiger ergreift – mit der Auf*stockung der Mittel für Stadterneue*rung hat sie immerhin einen kleinen Anfang gemacht –, kann ich nicht verstehen.

WELT: Immerhin führt allein die Großfeuerungsanlagenverordnung in den kommenden Jahren zu Investitionen von rund 20 Milliarden Mark; dadurch sollen mehr als eine viertel Million Menschen jährlich Arbeit finden . . .

Breit: Wer in unsere Broschüren und Reden schaut, wird feststellen, daß wir gerade dieses Beispiel immer wieder positiv herausstellen. Ich kann nur sagen: weiter so, aber viel weiter.

WELT: Der DGB fordert eine „an-

■ Fortsetzung Seite 4

Verhandlungen über Freilassung Sacharows

DW. Bonn/Moskau

Die Sowjetunion und die USA verhandeln nach einem Bericht des „Spiegel" diskret über eine Ausreiseerlaubnis für den nach Gorki verbannten Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow. Die Vermittlung habe die „DDR" übernommen, heißt es in der Meldung. Die Gespräche, bei denen es auch um die Ausreise des Regimekritikers Anatolij Schtscharanski gehe, führe der Anwalt Wolfgang Vogel aus Ost-Berlin, der zuletzt im Juni beim Austausch von 25 Mitarbeitern amerikanischer Geheimdienste gegen vier in den USA verurteilte Ost-Agenten vermittelt hatte.

Moskau hat nach WELT-Information signalisiert, daß es zuerst an eine Ausreisegenehmigung von Schtscharanski denke. In Bonn wird allerdings nicht mit unmittelbar bevorstehenden Entscheidungen gerechnet, zumindest nicht vor dem Treffen zwischen Reagan und Gorbatschow in Genf. Die „Spiegel"-Nachricht hat nach Bonner Einschätzung ihren Ursprung in Ost-Berlin: Die „DDR" als Vermittler soll aufgewertet werden. Andererseits, so heißt es, solle der Westen in Zugzwang gebracht werden, ein Angebot zu machen. Der Kreml denkt an eine internationale Austauschaktion.

Der in Köln lebende russische Schriftsteller Lew Kopelew hatte kürzlich die These aufgestellt, Gorbatschow werde es leichter fallen als seinen Vorgängern, den Fall Sacharow zu lösen. Denn Gorbatschow sei mit der Verbannung Sacharows nicht belastet. In Moskau verdichteten sich die Gerüchte, daß es zu einer Freilassung des Friedensnobelpreisträgers kommen könne. Die Spekulationen stützen sich auf das Fernsehinterview vor Gorbatschows Paris-Reise. In dieser Sendung erfuhr die Bevölkerung der UdSSR erstmals offiziell von der Verbannung Sacharows und von der Inhaftierung Schtscharanskis.

Aus Hannover ein Urteil für die Verkabelung

rev. Hannover

Das Amtsgericht Hannover hat eine für die Verbreiterung des Informationsangebotes wichtige Entscheidung gefällt: Wenn eine einfache Mehrheit von Wohnungseigentümern in einem Wohnblock eine Verkabelung wünscht, müssen Kabelgegner in der Minderheit einen solchen Anschluß hinnehmen und auch anteil*mäßig die Kosten tragen. Damit* hat das Gericht entgegen allen bisher bekannten Urteilen eine „Zwangsverkabelung" durch die Bundespost gebilligt (Az.: 86 II 85/85).

In dem Urteil heißt es auf 17 Seiten zur Begründung, ein Kabelanschluß sei keine bauliche Veränderung im Sinne des Paragraphen 22 des seit 1951 geltenden Wohnungseigentumsgesetzes. Deshalb sei auch keine einstimmige Befürwortung durch die betroffenen Parteien vonnöten, wie dies in der Regel bei baulichen Veränderungen erforderlich ist. Der Einbau eines Breitbandkabels bedeute vielmehr eine Verbesserung des Informationsangebotes. Dies sei weder Luxus noch überflüssige Modernisierung. *Solche Anlagen entsprächen dem* technischen Fortschritt und dürften nicht von Minderheiten blockiert werden.

In der betreffenden Wohnanlage am Stadtrand von Hannover hatten sich 74 Prozent (48) der 65 Besitzer von Eigentumswohnungen für eine Verkabelung ausgesprochen. Stellvertretend für die Minderheit der Kabelgegner waren zwei vor Gericht gezogen und hatten in einem Ersttermin tatsächlich einen vorläufigen Baustopp erreicht. Das Amtsgericht hob diesen Baustopp jetzt auf.

Rechtsanwalt Walter Lübking hatte als Vertreter der Kabelgegner angeführt, mit den Empfangsmöglichkeiten von derzeit sechs Fernsehprogrammen in Hannover reiche das Angebot völlig aus. Durch zusätzliche Sender sei weder politisch noch kulturell eine Bereicherung zu erwarten.

Syrier marschieren in Tripoli ein

DW. Beirut

Syrische Truppen sind gestern in die nordlibanesische Hafenstadt Tripoli einmarschiert. Der staatliche Rundfunksender „Radio Beirut" meldete übereinstimmend mit anderen Sendern, die Syrer hätten die Waffenstillstandslinie zwischen den verfeindeten Milizen und deren Stützpunkte in Tripoli besetzt. In Milizkreisen wurde jedoch bezweifelt, ob die Entführer von vier sowjetischen Diplomaten jetzt ihre Geiseln freilassen würden. Die Kidnapper, die eine Geisel getötet haben, hatten die Beendigung der Angriffe prosyrischer Milizen auf Stellungen der islamischen Fundamentalisten gefordert.

In den vergangenen drei Wochen hatten sich in Tripoli prosyrische Milizen und die „Islamische Einigungsbewegung" (Tawheed) bekämpft. Syriens Präsident Assad einigte sich am Donnerstag mit dem Chef der Tawheed auf einen Friedensvertrag.

Schmude-Appell an die Polen

DW. Warschau

Der Präses der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Jürgen Schmude, hat die polnischen Kirchen aufgefordert, ihrerseits als weiteren Schritt zur deutsch-polnischen Versöhnung anzuerkennen, daß die vertriebenen Deutschen „ein bitteres Schicksal erlitten haben".

Bei einem Symposium des Polnischen Ökumenischen Rates zum 20. Jahrestag der EKD-Ostdenkschrift sagte Schmude in Warschau, die große Mehrheit des deutschen Volkes stelle nicht in Frage, daß die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Grenze für Polen lebensnotwendig seien. Jetzt gelte es, im Interesse der Versöhnung zwischen beiden Völkern auch jene für diese Einsicht zu gewinnen, die sich aus ihrer Erfahrung und ihren Gefühlen als Heimatvertriebene dagegen wehrten, fuhr der SPD-Politiker fort.

Honecker-Besuch ohne Vorbedingung

DW. Bonn

Weder die Bundesregierung noch SED-Chef Honecker haben nach den Worten von Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble Vorbedingungen für den Besuch des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland gestellt. In einem Interview des Deutschlandfunks unterstrich Schäuble, Bonn zahle keinen politischen Preis und verlange auch keinen. Er nannte es schädlich, wenn die SPD versuche, den Eindruck zu erwecken, als verhalte sich Bonn anders. Mit der Aufforderung an Honecker, nicht jetzt noch Vorbedingungen für einen Besuch zu stellen, reagierte der Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, auf Berichte, wonach Honecker zunächst eine offizielle Begegnung zwischen „DDR"-Volkskammer-Präsident Sindermann und Bundestagspräsident Jenninger gefordert habe.

Das Geheimnis um Ceausescus Krankheit

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Am Vorabend einer heute beginnenden China-Reise des rumänischen *Partei- und Staatschefs Nicolae* Ceausescu haben Mutmaßungen über seinen Gesundheitszustand neue Nahrung erhalten. Es heißt, Ceausescu wolle sich in Peking von chinesischen Spezialisten behandeln oder vielleicht sogar operieren lassen. Seit den Sommermonaten kursieren in Rumänien Gerüchte, wonach Ceausescu an Prostata-Krebs erkrankt sei.

Politische Beobachter verweisen auf die Tatsache, daß Ceausescu in letzter Zeit ziemlich abgemagert ist. Bei internationalen Begegnungen – zuletzt bei der Tagung des Warschauer Pakts – soll er müde und abgespannt gewirkt haben. Im vergangenen Sommer verschwand der sonst in den rumänischen Medien täglich präsente Parteichef eine Woche lang von der Bildfläche. Mehrere seiner Reden wurden entgegen der sonst üblichen Praxis in letzter Zeit nicht direkt, sondern erst nachträglich über Rundfunk und Fernsehen übertragen. Vor allem aber scheinen rumä*nische Zeitungen die Fotos* des Parteichefs neuerdings zu retuschieren.

Da Ceausescu, unterstützt von seiner Ehefrau Elena und neuerdings auch seinem Sohn Nicu, die absolute Macht in Rumänien verkörpert, muß jedes Gerücht über seinen Gesundheitszustand auch politisch-psychologische Folgen haben. Es sieht sogar so aus, als ob sich in Rumänien zum ersten Mal in einem kommunistischen Staat eine Art dynastische Erbfolge vorbereitet. Nicht nur Ehefrau Elena bekleidet hohe Partei- und Staatsämter, sondern auch Sohn Nicu als Erster Sekretär des kommunistischen Jugendverbandes, als Minister für Jugendangelegenheiten und Kandidat des politischen Exekutivkomitees des ZK, scheint in die Rolle eines „Kronprinzen" hineinzuwachsen.

Sollte sich die „Ära Ceausescu" nun tatsächlich ihrem Ende nähern, so bleiben in einem so total auf eine Person und eine Familie orientierten *System wie dem rumänischen* einige Fragen offen. Wird die rumänische KP eine dynastische Erbfolge vom Vater auf den Sohn Ceausescu hinnehmen? Wie werden sich die anderen kommunistischen Staaten verhalten – vor allem die Sowjetunion? Sohn Nicu Ceausescu hat bereits Moskau besucht und dort mit dem sowjetischen Ideologen Boris Ponomarjow konferiert. Ebenso ist er in Ost-Berlin mit dem „jungen Mann" Honeckers, Politbüro-Mitglied Egon Krenz, zusammengetroffen.

Es wäre nicht verwunderlich, wenn Gorbatschow in Bukarest nach anderen, der Sowjetunion positiver gegenüber stehenden Kräften suchen würde, zumal Stil und nationale Richtung des Ceausescu-Regimes in der Sowjetführung kaum mit großen Sympathien rechnen können.

Doch noch ein Kompromiß zur Deutschlandpolitik

Experten von CDU/CSU, FDP und SPD erbeiten Vorschlag aus

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der Bundestag wird voraussichtlich zum zweiten Mal seit dem Regierungswechsel 1982 eine gemeinsame deutschlandpolitische Entschließung der CDU/CSU-FDP-Koalition und der SPD-*Opposition verabschieden* können. Nach monatelangen Diskussionen wollen ihre Experten den Fraktionen einen Kompromiß vorlegen, auf den sie sich trotz zunehmender Spannungen geeinigt haben. In der Vorlage wird die interfraktionelle Resolution vom vergangenen Jahr wiederholt.

In dem Text war das Recht des deutschen Volkes auf friedliche Verwirklichung seines Selbstbestimmungsrechts ebenso bekräftigt worden wie die Bereitschaft, „die Beziehungen zur DDR auf der Basis von Ausgewogenheit und mit dem Ziel praktischer, für die Menschen unmittelbar nützlicher Ergebnisse zu vertiefen und weiter zu entwickeln". Neu hinzu kommen jetzt mehr als zehn Punkte, in denen es vor allem um Grenzfragen und das Thema Frieden geht. So soll der Bundestag „jetzt und für die Zukunft". Die „Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und Souveränität aller Staaten in ihren gegenwärtigen Grenzen als eine grundlegende Bedingung für den Frieden und damit für die Deutschlandpolitik" bekräftigen. Weiter verständigten sich Eduard Lintner (CSU), Gerhard Heimann (SPD) und Uwe Ronneburger (FDP) darauf, daß „in Erfüllung des Auftrags des Grundgesetzes" eine „gestaltende Deutschlandpolitik nicht heute die Entscheidungen vorwegnehmen" könne, „die unser Volk in Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts eines Tages treffen wird".

„Vorrangig" bleibe eine Friedenspolitik sowie eine politische und soziale Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland, „die den Menschen Freiheit garantiert". Dies sei die Grundlage für jede praktische Politik, „die auch den Menschen in der DDR auf friedlichem Weg Freiheit bringen kann". Solange bleibe die deutsche Frage „ungelöst".

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Einflüssiges

Von Enno v. Loewenstern

Durch die Verunglimpfung der Justizorgane wird dazu beigetragen, daß die Bürger auch das Vertrauen in die Integrität der Justiz verlieren könnten." Diesen Weheruf stieß der Kölner Generalstaatsanwalt Bereslaw Schmitz im Januar 1985 gegenüber dem „Spiegel" aus. Er bezog sich auf Kritik am Lambsdorff-Prozeß, *wobei er über den „promovierten Volljuristen Graf Lambsdorff"* herzog.

Dieser habe „in nicht mehr hinzunehmender Weise" von „politischem Druck" im Zusammenhang mit seinem Verfahren gesprochen. Hat es denn nicht eine Weisung des Düsseldorfer Justizministeriums gegeben, Graf Lambsdorff u. a. nicht nur wegen Vorteilsannahme, sondern wegen Bestechlichkeit anzuklagen? Nein, Bonner Staatsanwaltschaft und Generalstaatsanwalt seien „einhellig" zu der Meinung gekommen, es müsse wegen Bestechlichkeit bzw. Bestechung angeklagt werden. Schmitz: „Es hat in dem ganzen Verfahren, und auf diese Feststellung lege ich großen Wert, nie eine Weisung gegeben." Er habe in der Justizhierarchie nie „den Versuch einer parteipolitischen Einflußnahme" erlebt.

Es läuft einem kalt den Rücken herunter, wenn man das heute noch einmal liest. Tatsächlich hatte die Bonner Staatsanwaltschaft bis zuletzt nur wegen Vorteilsannahme anklagen wollen, dann hatte es Dienstbesprechungen mit dem Generalstaatsanwalt gegeben, und dann hieß es plötzlich dramatisch „Bestechung". Jetzt ist die Bonner Staatsanwaltschaft, aus deren Akten jahrelang Vorverurteilungen Lambsdorffs an die Öffentlichkeit gelangten, „betroffen", daß die Verteidigung – und damit das Gericht – davon erfahren hat. Die Öffentlichkeit ist betroffen, daß sie davon erst jetzt erfährt.

Man muß den gehässigen Ton des Bereslaw Schmitz gegen Graf Lambsdorff im Lichte dieses Vorgangs noch einmal würdigen, ebenso wie seine flotte Deutung, wieso die SPD-Minister Matthöfer und Lahnstein bei genau derselben Beweislage (oder vielmehr, wenn man die Anklage kennt: Null-Beweislage) wie gegen den FDP-Minister Graf Lambsdorff nicht angeklagt wurden: „Wir können doch nicht nach dem Proporzverfahren arbeiten." Vertrauen in die Integrität der Justiz? Keine parteipolitische Einflußnahme? Allmählich kommt ans Licht, nach welchem Verfahren gewisse Kreise der Justiz unter dem Einfluß einer gewissen Partei arbeiten.

Northeimer Lektion

Von Leonid Hoerschelmann

Man dürfe, so lauten die Beschwörungsformeln seit Jahren, die große Zahl der gutwilligen, ihr demokratisches Bürgerrecht wahrnehmenden Demonstranten nicht mit dem kleinen Häuflein gewalttätiger, militanter Chaoten in einen Topf werfen. Und eigentlich ist jedermann ja auch bereit, dies nach Kräften zu vermeiden.

Aber in der großen Schlag- und Wurfwörterkiste, aus der die Medien Tag für Tag ihr Material herauskramen müssen wie der Zimmermann seine Nägel, liegen die Dinge ziemlich dicht und schwer unterscheidbar beieinander, genau wie in der Wirklichkeit die Demonstranten und die Chaoten.

Woran soll man sich da halten – zum Beispiel bei einer Meldung, die dieser Tage eine Nachrichtenagentur verbreitete? In der niedersächsischen Stadt Northeim, hieß es da, habe eine kleine Gruppe „militanter Demonstranten" in einer Blitzaktion zahlreiche Schaufensterscheiben eingeschlagen und einen Schaden von 30 000 Mark angerichtet.

Also das waren Demonstranten, keine Chaoten. Wofür – oder was haben sie demonstriert? Wie leicht es ist, Scheiben einzuschlagen? Oder: Daß man nicht denken solle, in Northeim im schönen Leinetal sei man hinterm Mond und wisse nicht, was unter deutschen Eichen die Stunde geschlagen hat? Oder war das Ganze vielleicht gar eine Aktion zugunsten des notleidenden Glaserhandwerks?

Die Verwirrung jedenfalls scheint groß zu sein. Und der so tiefgreifende Unterschied zwischen Demonstranten und Chaoten entpuppt sich da als eine Frage des Zufalls und der jeweiligen Perspektive. Unter den Sprachsensiblen in der Bundesrepublik wird darüber geklagt, das häufig gebrauchte Wort „Demonstrationsstrafrecht" rücke das demokratische Recht, zu demonstrieren, allzu rasch in die Nachbarschaft des Kriminellen. Doch wer ist es, der diese Nachbarschaft herstellt? Jedenfalls weder die, denen da die Scheiben eingeworfen werden, noch die, *die das zu verhindern oder zu ahnden haben.*

Profit-Maximierung

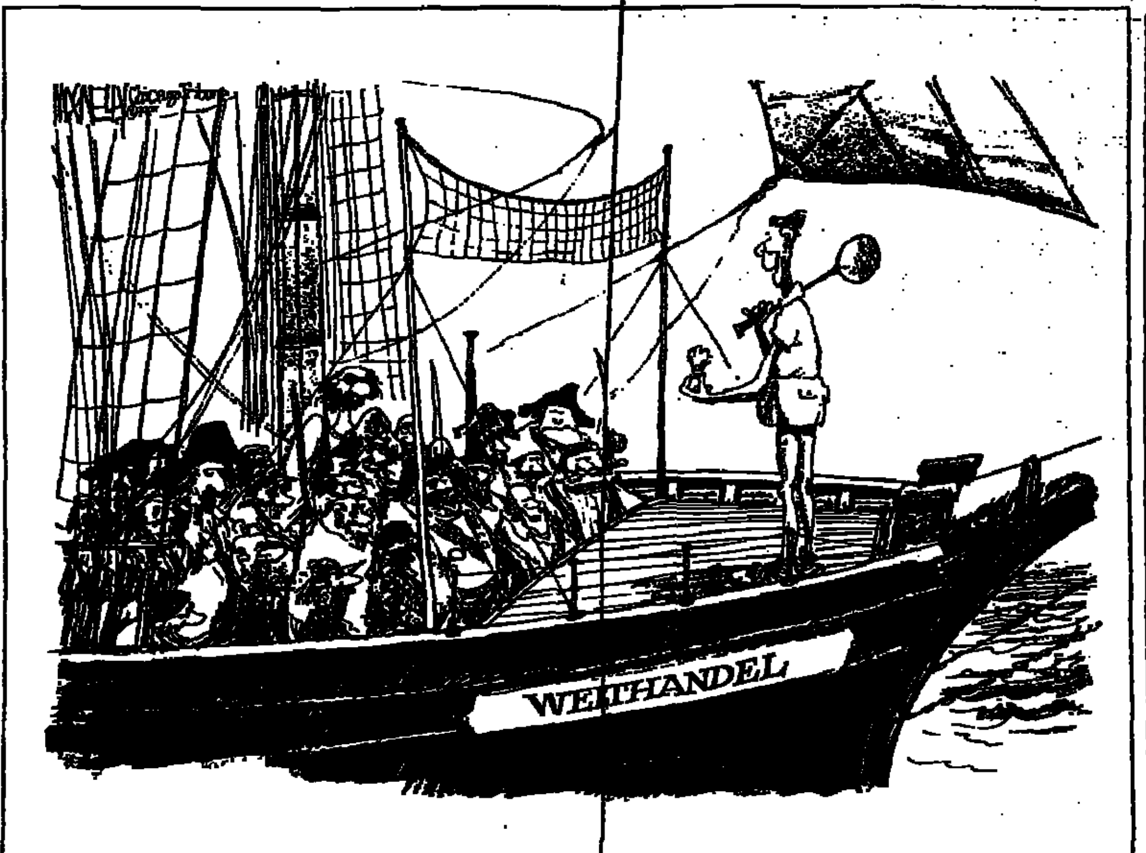
Von Carl Gustaf Ströhm

Raissa Gorbatschowa, Ehefrau und Geheimwaffe des Kreml-Chefs, konnte während ihres Frankreich-Aufenthalts wehmütige Betrachtungen über die Launen westlicher Medien anstellen. Lag ihr noch letztes Jahr in London die Welt zu Füßen und feierte ihren Pelz und ihre hochhackigen Stiefel unter der Schlagzeile „Dressing for Détente", so scwhenkte man in Paris auf kritische Töne um.

Frau Raissa, so hieß es an der Seine, sei zwar „ziemlich elegant", aber nicht das, was die Pariser „chic" nennen. Die Moderedakteurin von „France Soir" fand ihre Schuhe diesmal zu hochhackig. Radio Monte Carlo bemängelte, daß sie an zwei aufeinanderfolgenden Tagen das gleiche Kostüm trug und knüpfte daran die süffisante Bemerkung: Prinzessin Diana trage zwar auch gelegentlich das gleiche Kleid zum zweiten Mal, aber erst nach zweijähriger Pause. Schließlich nahm die Moderedakteurin von „Le Monde" Anstoß an einem braunen Chiffon-Abendkleid mit Goldstreifen: „Sie muß wahrscheinlich das Dom-Model-Modehaus in Moskau unterstützen."

Zu allem Überfluß geriet Raissa Gorbatschowa auch noch in den Konkurrenzkampf der Mode-Imperien Yves St. Laurent und Pierre Cardin, weil sie zuerst bei letzterem erschien, obwohl sie bei ersterem fest zugesagt hatte. Es verbreitete sich die Kunde, Cardin sei bevorzugt worden, weil er für seine „Maxim"-Restaurants Kaviar und Wodka in der von Gorbatschow auf Wodka-Enthaltsamkeit getrimmten Sowjetunion einkaufe, weil er ferner Cardin-Boutiquen in sowjetischen Städten einrichten wolle und sogar die Einrichtung eines „Maxim" in Moskau vorbereite.

Die Bolschewiki pflegten im russischen Bürgerkrieg verdächtige Personen, wenn sie keine Schwielen an den Händen vorweisen konnten, als „Bourgeois" zu erschießen. Sie ließen sich nicht träumen, daß einst die Frau eines sowjetischen Parteichefs zum *Mode-Thema im verfaulenden kapitalistischen* Westen werden könnte. Darf man nun singen: Jetzt geh' ich ins „Maxim", dort bin ich sehr intim ... dort kann ich leicht vergessen das teure sozialistische Vaterland –?



„Okay, Jungs – und nun noch einmal zu den Spielregeln ..."
ZEICHNUNG MACNELLY/CHICAGO TRIBUNE

Für die Motte?

Von Herbert Kremp

Es kann sein, es ist sogar wahrscheinlich, daß Johannes Rau zum Hausherrn der größten Industrie-Ruine Europas avanciert. Der Schnelle Brüter von Kalkar, ein Plutoniumreaktor mit einer projektierten Leistung von 300 Megawatt, ist bis auf drei Teilerrichtungsgenehmigungen fix und fertig. Aber nach den Beschlüssen der SPD auf dem Parteitag in Oberhausen Ende September sieht es so aus, als werde das Werk „eingemottet".

Der altertümelnde, unpassende Ausdruck stammt von dem letzten Forschungsminister der sozial-liberalen *Koalition*, Andreas von Bülow, der den Bau jahrelang aus dem Bonner Ressort betrieb. Der Partei-Druck auf Rau nimmt zu. Nach dem Atomgesetz ist er Auftragsverwalter der *Bundesregierung*. Aber er ist auch Kandidat einer Partei, die über ein anderes Atom sogar einen Kanzler stolpern ließ. Rau wehrt ab im Sinne nachdenklichen Brütens, er bittet sich von seinen Leuten Verhandlungen mit der Bundesregierung aus. Dabei steht eines zeitlos fest: Der häßlichste Bau am schönen deutschen Niederrhein hat bereits 6,5 *Milliarden* Mark verschlungen. Das ist so viel, wie das Land Nordrhein-Westfalen pro Jahr Zinsen für die Über-Schulden seiner Regierung – sie stehen 1986 bei 88 Milliarden Mark – bezahlen muß.

Der Abfall vom Atom gehört zu den kostenschweren Bundesspektakeln, die Rau veranstalten muß, um die Grünen zu enthülsen. Er denkt an die Bundestagswahlen vom Januar 1987, aber größere Sorgen bereitet ihm die eigene Partei. Diese sucht Ausstiege aus der realen in eine beseelte Politik. Dazu gehört nicht nur die allmähliche Lösung aus Bündniszusammenhängen, sondern auch der Abschied von Technologien, selbst von sauberen, die unsere Wälder schonen.

Die Kehrtwendungen, die dabei jeweils zu vollziehen sind, fallen nach Ansicht gesinnungsstarker *Ideologen nicht auf: man muß die* Augen nur entschlossen genug nach innen drehen. Wer denkt heute noch daran, daß Bundeskanzler Helmut Schmidt Jahr über Jahr den Nachrüstungsbeschluß verfocht? Wer erinnert sich daran, daß es die Kabinette Brandt und Schmidt waren, die der friedlichen Nutzung der Atomkraft den Weg gebahnt haben? Sie betrieben das Pilotprojekt des Schnellen Brüters; die Landesherren Heinz Kühn und Johannes Rau machten mit, und der Minister Farthmann unterschrieb 16 (sechzehn) Teilerrichtungsgenehmigungen. Auf einmal spricht derselbe Minister von einem „Höllenfeuer".

Es ist zutiefst zu bedauern, daß die Zukunftschancen des Landes in die Hand heilloser Opportunisten geraten können. Hätte es 1970 die Grünen schon gegeben und nicht nur den braven Einzelkämpfer, *den Landwirt Josef Maas* aus dem niederrheinischen Kalkar-Hönnepel – nie wäre das gigantische Kraftwerk SNR 300 in Bau gegangen. Außer den Kosten hat *sich in der Zwischenzeit nichts* geändert, weder die technologische Funktion im internationalen Rahmen der Energiewirtschaft noch die Aspekte der Sicherheit und der Entsorgung.

Rau wird es schwer haben, der Bundesregierung fachliche Daten zu unterbreiten, die gegen die Schaltung des Brüters sprechen. Hinsichtlich der Entsorgung wurde ein Vertrag mit Frankreich ausgehandelt: Dort werden die Brennelemente wiederaufgearbeitet. Über die Sicherheit hat sich die Genehmigungsbehörde bei allen Errichtungsabschnitten und die in der letzten Legislaturperiode eingesetze Enquète-Kommission des Deutschen Bundestages positiv geäußert. Neue Gesichtspunkte sind nicht aufgetaucht. Deshalb scheute Rau vor den Genossen in Oberhausen das klare Wort. Er weiß, daß das „Einmotten" Regreßforderungen in Milliardenhöhe nach sich ziehen würde. Er weiß auch, daß das tote Monster nicht in der Niederung stehenbleiben dürfte: Es müßte abgerissen werden. Der Brüter ist im übrigen nicht rein deutsch – an der Schnellbrüter Kraftwerksgesellschaft mbH, Essen, sind das RWE mit 68,85 Prozent, das belgische Unternehmen Synatom und die niederländischen Elektriciteits-Produktbedrijven mit je 14,75 Prozent beteiligt. Für internationale Aufmerksamkeit ist also gesorgt.


Opportunisten im „Höllenfeuer": Farthmann, Rau FOTO: DPA

Der Brüter dient nicht der Stromgewinnung im engeren Sinne. Er ist ein Prototyp, die technische Vorstufe für die langfristige Versorgung mit Kernbrennstoffen. Allein in Frankreich arbeiten zwei derartige Reaktoren, ein dritter geht 1986 in Betrieb (Super Phénix), ein vierter ist geplant. Wettbewerbsfähigkeit und der wachsende Strombedarf (er steigt immer, anders als der Verbrauch von Primärenergie) begründen das nationale Interesse an der Brütertechnik. Der Anteil der Stromerzeugung aus Kernenergie beträgt in Frankreich 60, in der Bundesrepublik Deutschland knapp 30 Prozent.

Den Wahlspekulanten in den Parteien ist es womöglich gleichgültig, wie die nächste Generation im Weltwettbewerb dasteht. Daß dieser Wettbewerb auf technologischem Felde vor sich geht, steht außer Frage. In diesem Zusammenhang ist es bezeichnend, daß der Anteil der Investitionen im NRW-Haushalt von 1986 von 17 auf 15 Prozent absinkt. Verglichen mit anderen Bundesländern ist Nordrhein-Westfalen unmodern. Einen Superlativ stellen nur die 14,4 (nach anderen Untersuchungen 15,1) Prozent Arbeitslosen im Ruhrgebiet dar, die Rau verwaltet (Gesamt-Arbeitslosenquote in NRW 10,7, Bundesdurchschnitt 8,7, Baden-Württemberg: 5,4 Prozent). Menschen und Industrien wandern ab, die mobilsten und tüchtigsten, die „gut bei Fuß" sind, zuerst. Da und dort fehlt es schon an qualifizierten Arbeitskräften.

Die Rechnung des Landes stimmt nicht mehr. Dem Umweltminister Matthiesen sind die jährlich einfliegenden Wildgänse (Landschaftsschutz) wichtiger als die Landwirte. Bei einer solchen Politik kommt es auf Geld nicht mehr an. 6,5 Milliarden Mark einmotten? Vielleicht interessiert es die 6,7 Millionen erwerbstätigen Steuerzahler Nordrhein-Westfalens, *daß sie mit rund einer Milliarde* (genau 914 085 Millionen Mark) an den Brüterkosten beteiligt sind: Mottengeld?

IM GESPRÄCH John Gavin

Ein brüsker Diplomat

Von Werner Thomas

Unmittelbar nach der Erdbebenkatastrophe, als alle Welt über das Ausmaß der Tragödie rätselte und die Regierung mit weniger als zweitausend Todesopfern rechnete, nannte John Gavin andere Zahlen: Mindestens zehntausend Menschen seien ums Leben gekommen, verkündete er. Eine Inspektionstour im Hubschrauber hatte ihn zu diesen Schätzungen veranlaßt.

Viele Regierungsvertreter waren wütend. „Eine typische Gavin-Show", hörte man. Jedoch: Gavin lag wahrscheinlich richtig. Viele diplomatische Beobachter sprechen mittlerweile von zehntausend bis fünfzehntausend Todesopfern.


Ein Freund Mexikos: Ex-Schauspieler Gavin FOTO: CAMERA PRESS

John Gavin (53) ist ein undiplomatischer Diplomat: Er sagt meistens, was er denkt. Mehr noch: Er provoziert gern. Besonders, wenn er dadurch die oft schizophrenen Komplexe der Mexikaner gegenüber den Vereinigten Staaten bloßlegen kann.

Kein US-Botschafter steht so sehr im Kreuzfeuer der Kritik wie dieser baumlange Ex-Schauspieler – und zwar von Anbeginn. Als Präsident Reagan den früheren Freund und Hollywood-Kollegen im April 1981 zum Missionschef in Mexiko ernannte, dachte er, die südlichen Nachbarn würden sich freuen: Gavin spricht ein perfektes Spanisch und hat eine mexikanische Mutter. Das Gegenteil war der Fall. Die Mexikaner fühlten sich beleidigt. „Sie hätten sich lieber einen blonden, blauäugigen Karrierediplomaten gewünscht", sagte ein europäischer Diplomat. Zudem kannten die meisten Mexikaner Gavin durch eine andere Rolle: Er warb einst im Fernsehen für Bacardi-Rum. Karikaturisten zeichneten hämische Bilder.

Vier Jahre später darf John Gavin behaupten, der aktivste und einfallsreichste Botschafter zu sein, der Washington je in Mexico repräsentierte. Er arbeitet hart, studierte die Probleme dieser komplizierten Entwicklungsnation und setzt sich für ihre Interessen ein. Sein enges Verhältnis zu Ronald Reagan machte sich bezahlt. Im Sommer 1982, als Mexiko vor dem finanziellen Zusammenbruch stand, arrangierte Gavin über das Weiße Haus eine rasche Rettungsaktion. Kein anderes Schuldnerland Lateinamerikas wird von amerikanischen Banken ähnlich großzügig behandelt wie Mexiko.

Der mit der Schauspielerin Constance Towers verheiratete Diplomat trat in Aktion, als das State Department amerikanische Touristen vor Mexiko-Reisen warnen wollte, weil sich in den letzten Jahren die Überfälle häuften. Der Fremdenverkehr Mexikos, nach Öl die wichtigste Devisenquelle, *hätte schwere Schäden er*litten. Gavin setzte sich immer gegen eine schärfere Kontrolle illegaler Einwanderer ein, Millionen Mexikaner gehören zu diesem Personenkreis. Nach dem Erdbeben *organisierte* Gavin sofort Hilfsmaßnahmen. Er ließ sich von anfänglichen Erklärungen der Regierungsvertreter nicht beeindrucken, Mexiko werde allein mit der *Katastrophe fertig.* Die wurden dann prompt revidiert. Schließlich durften sogar amerikanische Soldaten bei den Bergungsarbeiten assistieren. Die gelenkte Presse schwieg darüber.

Gelegentliche Gerüchte über eine angeblich bevorstehende Ablösung beantwortet Gavin meist mit zwei Hinweisen: Er genieße weiterhin das Vertrauen seines Präsidenten, und die Arbeit mache ihm Spaß. Diesen Eindruck haben selbst seine Kritiker.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Verwiegend skeptisch sind die Reaktionen auf den Gorbatschow-Besuch:

LE MATIN

Logischerweise müßten zuerst die amerikanischen und die sowjetischen Streitkräfte auf den Stand der französischen gesenkt werden. Die Botschaft an die Russen lautet folglich: „Meine Herren, rüsten Sie als erste ab!" **(Paris)**

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Alles ist dazu angetan, Gorbatschow zu gefallen. Und obendrein ... ist die öffentliche Meinung in den einzelnen westlichen Ländern dank der von Paris gebotenen Tribüne aufgerufen, auf ihre Führer Druck auszuüben, damit diese nicht zurückweisen, was ihnen Gorbatschow vorschlägt. Frieden, aber seinen Frieden. Den Afghanistans oder den Polens.

LIBERATION

Der sowjetische Bär hat seine Falle aufgestellt. Der französische Hahn vermied sie geschickt. **(Paris)**

THE SUNDAY TIMES

Diejenigen im Westen, die jederzeit bereit sind, von den Sowjets das Beste zu glauben, haben das Angebot Gorbatschows als wichtigen Durchbruch gefeiert. Tatsächlich ist es jedoch nicht mehr als die Basis für Verhandlungen. **(London)**

CHARENTE LIBRE

Unbestreitbar bringt Gorbatschow einen New Look mit; hat man ihn aber zwei Stunden vor sich, so merkt *man an bestimmten Änderungen des* Tons oder Stirnrunzeln, daß das angenehme Lächeln und Aussehen ein sehr viel weniger gefälliges Wesen überdecken, als es den Anschein hat. **(Angoulême)**

KURIER

Eine lineare Kürzung der Atomwaffen der Supermächte um 50 Prozent würde sowjetisches Übergewicht festschreiben. Reduktion kann nur nach dem Prinzip der Ausgewogenheit *erfolgen, soll daraus mehr* Sicherheit entstehen. **(Wien)**

LA STAMPA

Es ist schwer festzustellen, wer gewonnen und wer verloren hat in diesem französisch-sowjetischen Duell. Mitterrand ist sicherlich nicht in die Falle gegangen ... Es bleibt festzustellen, daß Mitterrand in der Defensive blieb, die Herausforderung nicht angenommen hat und nicht im Namen Europas sprach. **(Turin)**

Frankfurter Rundschau

Der Westen und seine Führungsmacht USA sind durch Gorbatschows Offensive in eine Zwickmühle geraten.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Erstmals ließ ein Kremlchef auch erkennen, daß sein Land an Abrüstung auch aus inneren, also ökonomischen Gründen interessiert sei. **(Freiburg)**

Argentinien zur Halbzeit des Prozesses

Schatten der Vergangenheit, aber Zustimmung für Alfonsin / Von Günter Friedländer

Mit dem Plädoyer des Staatsanwaltes Julio Strassera hatte nach siebzehn Verhandlungswochen der Mammutprozeß, in dem sechs Richter über die Bestrafung von neun Kommandanten (drei davon auch ehemalige Landespräsidenten) für ihre Teilnahme am „schmutzigen Krieg" (1976–1983) gegen die Guerrilla befinden sollen, das Ende einer Etappe erreicht.

Der Staatsanwalt hatte aus den 9000 Namen des Sabato-Berichtes über die im „schmutzigen Krieg" Verschwundenen, die „Desaparecidos", 739 ausgewählt und zur Darstellung ihres Schicksals 1984 Zeugen geladen, gab sich später aber mit der Un*terbreitung von nur 287 Fällen zufrie*den – alles weitere wäre nur noch Wiederholung gewesen. Nun haben die 23 Verteidiger das Wort für ihre Plädoyers, und dann sollen die Richter sprechen.

Der Prozeß ist gefühlsgeladen, und das hilft nicht, die rechtlichen Probleme zu klären, die ihn umgeben und deren Analyse notwendig ist, gerade weil der Prozeß Argentinien davor schützen soll, noch einmal eine Zeit des vom Staat autorisierten Totschlags zu erleben. Aber der Staatsanwalt ging selbst nicht mit gutem Beispiel voran, als er die Taten der Angeklagten „den größten Völkermord der jungen Geschichte" Argentiniens nannte.

Davon kann hier nicht die Rede sein, wie die Verteidigung mit Recht erwiderte: Die angeklagten Kommandeure hatten in einem Krieg, der Argentinien bereits vor der ersten Militärjunta (1976) von Terroristen aufgezwungen worden war, dem Befehl der vorangehenden Regierung gehorcht, die Angreifer zu „vernichten". Das hatte tragische Folgen, wird deshalb aber nicht ein Völkermord.

Ebensowenig hat der Prozeß die Frage geklärt, wer die Verantwortung für die tragischen Ereignisse trägt, die nach Ansicht der Angeklagten in jedem Krieg unvermeidbar sind: Die Kommandanten, deren Befehle dazu führten, oder die Befehlsempfänger, die zu „notwendigem Gehorsam" verpflichtet waren? Das jedoch ist nicht mehr so sehr eine juristische wie eine politische Frage geworden.

Die Familien der Opfer wollen begreiflicherweise die kleinen Leute bestraft sehen, die ihre Angehörigen quälten und in den Tod jagten. Staatsanwalt Strassera aber vertritt den entgegengesetzten Standpunkt: Schuldig sind für ihn allein die Spitzen des Heeres und des Staates als Befehlserteiler.

Die einen wollen in dem Prozeß den Anfang einer fortzusetzenden, langen Strafaktion sehen. Strassera hingegen sucht harte Strafen für die *Kommandanten, denn er möchte den* Prozeß als Katharsis für das argentinische Volk sehen, mit der dieses dunkle Kapitel der Geschichte abgeschlossen wird.

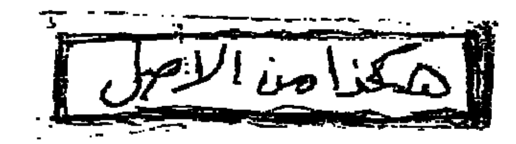
Immer wieder trägt man diese Konflikte in einem Prozeß ohne Präzedenzfälle – General Videla nennt ihn „illegal" – auf die Straßen. Wie auch die Urteile ausfallen, es wird Berufungen geben. Viele fühlen, daß die oberste Instanz sich schießlich für symbolische, kurze Gefängnisstrafen entscheiden könne, um zu zeigen, daß nicht die Institution des Heeres, sondern nur ein kleiner Teil ihrer Angehörigen vor den Richtern steht.

Inzwischen werden am 3. November Wahlen stattfinden, um die Hälfte des Abgeordnetenhauses des Parlaments zu erneuern. Die Handhabung des Prozesses befriedigt bisher viele Argentinier, und das führt ihre Stimmen Alfonsins „Union Civica Radical" zu. Die Peronisten, 1984 seine gefährlichsten Gegner, haben sich in zwei Parteien gespalten, die „Orthodoxen" *der Rechten und die „Erneuerer"* der Linken, was den bisher großen Einfluß der 1300 Gewerkschaften des Landes und ihres Zentralverbandes vermindern muß.

Neben dem Prozeß ist bei den kommenden Wahlen die Wirtschaftslage ein ausschlaggebender Faktor. Am 15. Juni verkündete die Regierung ihren „Plan austral" zur Bekämpfung der Inflation, die 40 Prozent im Monat erreicht hatte und zehn Wochen später, Ende August, auf 5,5 Prozent im Monat gesunken war. Der Plan tritt nun in der Vorwahlzeit in die Phase größerer Flexibilität, in der notwendige, bisher verbotene Gehaltserhöhungen und Preiskorrekturen vorgenommen werden sollen. Gleichzeitig ist Argentinien dabei, eine Umschuldung der 48 Milliarden hohen Auslandsschuld auszuhandeln.

Der Erfolg der Wirtschaftspolitik ist durchaus noch nicht gesichert, aber die Mehrheit der Bevölkerung steht hinter dem Präsidenten: 70 Prozent sprachen sich bei einer Umfrage anerkennend über seine Amtsführung aus.

Viele sehen im Ausgang der kommenden Wahlen eine Art Volksentscheid über Alfonsins Präsidentschaft, die bisher immer noch von den Schatten der Vergangenheit gejagt wird und deshalb Mühe hat, zu einer besseren Zukunft durchzustoßen.



Unternehmer machen den Marktplatz zum Arbeitsmarkt

Demonstrationen für mehr Arbeit – das ist meist eine Sache der Gewerkschaften. Nun gingen in Heidelberg junge Unternehmer auf die Straße und brachten gleich 2800 Angebote mit

Von RALF FREITAG

Nein, so etwas habe er in seinem ganzen Leben noch nicht gesehen. Der Mann, der das sagt, steht mit vielen anderen Passanten fassungslos in der Heidelberger Fußgängerzone, während ein Demonstrationszug besonderer Art an ihm vorüberzieht. Es ist eine Kundgebung von rund 1000 Jungunternehmern, die sich zu ihrer diesjährigen Vollversammlung in der alten Universitätsstadt trafen. Und sie wollten beweisen, daß mit Flexibilität und Einfallsreichtum noch eine Menge auf dem Arbeitsmarkt getan werden könne. 2800 Arbeitsplätze hatten sie zu diesem Zweck – sozusagen – mit an den Neckar gebracht.

Auf Plakaten und Spruchbändern waren die verschiedensten Berufe aufgeführt, ob Chemielaborant in Mainz oder Maschinenschlosser in Braunschweig. Die Jungunternehmer, organisiert im Verband „Wirtschaftsjunioren Deutschland", suchten im gesamten Bundesgebiet. Die meisten Passanten auf dem Weg zwischen Stadthalle und Markt wurden aufmerksam. Sätze wie „Schau mal da, die suchen Schlosser in Schwalbach. Da muß ich doch gleich meinen Schwiegersohn hinschicken", hörte man nicht selten.

Auf dem Marktplatz stand in einem Kleintransporter ein Computer, in dem die 2800 freien Stellen registriert waren. Im Verlauf der dreistündigen Aktion erfragten etwa 300 Arbeitsuchende die angebotenen Stellen.

Ein Organisations-Programmierer, seit einem Jahr arbeitslos, bekam sechs Adressen über das gesamte Bundesgebiet verteilt. Trotzdem Enttäuschung: Über die Einstellungsbedingungen stehe nichts im Bogen. Aber noch viel ärgerlicher sei, daß das Arbeitsamt jetzt – am Freitag nachmittag – geschlossen habe. Dabei war die Aktion mit den Stellenvermittlern abgesprochen. Diese hatten nach Auskunft der Jungunternehmer auch einen Sonderdienst zugesagt, um eine schnelle Vermittlung zu gewährleisten.

Bei den Wirtschaftsjunioren war zu hören, daß hier das „alte Mißtrauen" des Arbeitsamtes gegenüber den Jungunternehmern durchkomme, die eine Auflockerung des nach ihrer Ansicht verkrusteten Arbeitsvermittlungsmonopols fordern. Denn das Stellenangebot des Arbeitsmarktes sei oft so alt, daß die angegebenen Positionen meist schon besetzt seien. Ein arbeitsloser Schlosser meinte denn auch, die große Chance dieser Aktion in Heidelberg liege vor allem in der Aktualität der angebotenen Stellen.

Neben Zustimmung auch Kritik: Nicht in der mangelnden Flexibilität und Mobilität der Arbeitnehmer, sondern im hohen Alter liege das eigentliche Problem, sagte ein älterer Mann, der bisher erfuhr, daß ihm Flexibilität nicht hilft. „Ich hab' ein Haus und zwei Kinder, ich kann nicht flexibel sein", beschrieb ein arbeitsloser Feinmechaniker dagegen seine Situation. Vertreter des DGB sprachen von einer „groß angelegten Propagandaschau, die die eigentlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit verschleiert".

Daß die Aktion konkrete Hoffnungen weckte, zeigte der Fall eines jungen Mannes aus Aachen, der 1982 seinen Hauptschulabschluß machte und sich 1984 zum Bürotechniker ausbilden ließ. Seit 378 Tagen ist er arbeitslos. Während dieser Zeit hat er sich 125 Mal beworben, doch bisher vergeblich. Seine Hoffnung, die er mit der Heidelberger Aktion verband und die noch zunahm, als er den Computerausdruck mit zwölf offenen Stellen in der Hand hielt, sank wieder, als er postwendend zum Arbeitsamt ging. Es war geschlossen. Doch nur hier dürfen Arbeitsplätze vermittelt werden.

Flexibilität auf allen Seiten sei gefragt, so meinte die Vorsitzende der Wirtschaftsjunioren, Angelika Pohlenz, auch mit Blick auf die Arbeitsämter. „Wir hoffen, daß diese Aktion allen Beteiligten die Augen geöffnet hat."

Frau Pohlenz sieht in der Aus- und Weiterbildung jugendlicher Arbeitsloser die größte Aufgabe für Unternehmen. Auch in strukturell schwachen Gegenden müßten mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden. Auch müßten junge Menschen die Chance bekommen, in anderen Regionen, als in ihrer Heimat eine Lehrstelle zu finden. „Wir (die Unternehmer) müssen uns da etwas einfallen lassen und eventuelle finanzielle Schwierigkeiten durch geeignete Unterstützungen aus dem Weg räumen."

Unternehmer als Demonstranten – das hatte die Heidelberger doch spürbar überrascht. Ebenso überraschend kam das Ende der Aktion. Nach drei Stunden war Schluß. Denn Unternehmer wären nicht Unternehmer, hätten sie keine Termine. Es war Zeit für Seminar-Veranstaltungen in der Stadthalle.



Stellenangebote per Plakat: Unternehmer-Kundgebung in Heidelberg
FOTO: RALF FREITAG

Auf Kurs Vernunft ins Jahr 2000

Für das Auto der Zukunft setzen die Konstrukteure auf innere Werte: sicher, sparsam, sauber, langlebig und geräumig soll es sein. Doch da gibt es auch warnende Stimmen: Bei aller Vernunft dürfe der Spaß am Fahren nicht zu kurz kommen.

Von HENZ HORRMANN

Klein und pummelig wirkt das weiß-blau lackierte Auto unter den wuchtigen Deckenscheinwerfern des Entwicklungsstudios. Vier Türen hat der Wagen und viel Platz für fünf Personen, selbstverständlich einen großen Kofferraum.

Nein, eine Schönheit ist er nicht und schon gar kein Repräsentationsobjekt. Der Name Eltec, den er von Ford bekam, ist nichts anderes als die Abkürzung von Electronic Technology. So soll also das Auto der Vernunft, das Auto der Zukunft aussehen. Magerg-mischmotor mit stufenlosem Getriebe, elektronische Anfahrhilfe, ABS, selbstätige Niveauregulierung, Multiplexverkabelung, lichtstarke Projektions-Scheinwerfer und pannenschere Reifen. Ein Ideenbündel im Kostüm des häßlichen Entleins steht auf der Startrampe in ein neues Automobil-Jahrhundert.

Nur ein „Concept Car", gewiß, ein Forschungsauto, doch hier wurde Entscheidendes für die Serie vorbereitet, und dabei wird deutlich erkennbar, wie sich die Ziele verändert haben. Styling-Studien und Konzeptautos waren über Jahrzehnte stets spektakuläre Projekte in Form und Ausstattung, futuristisch wie aus dem Weltraumfuhrpark; mehr Blickfang auf dem Firmenstand des Auto-Salons als Technologieträger und nutzbarer Ideenlieferant für zukünftige Typen.

Vernünftig sollen die Fahrzeug-Generationen der späten 80er und 90er Jahre sein. „Vernünftig" ist die meist benutzte Vokabel in diesen Wochen. Was darunter zu verstehen ist, das wird in den Entwicklungsstudios und Vorstandsetagen der Unternehmen nach eigener Modellausrichtung unterschiedlich interpretiert. Nur in den Grundzügen gibt es Übereinstimmung. Verkehrsminister Werner Dollinger brachte es bei einer WELT-Umfrage auf einen Nenner: „Das zukünftige Auto soll sparsam, sicher, zuverlässig und möglichst langlebig sein. Für ganz besonders wichtig halte ich das Thema Schadstoffausstoß. Vernünftig, weil weniger umweltbelastend, sind all die neuen schadstoffarmen Autos, wie sie auf der Frankfurter Automobilausstellung von fast allen Herstellern in vielen Varianten angeboten wurden und jetzt bestellt werden können."

Ein Fahrzeug, das die meisten dieser vorgegebenen Punkte erfüllen kann, ist der *Spar-Polo von Volkswagen*, der im Auftrag der Wolfsburger im Institut für Aggregatetechnik und Verkehrsfahrzeugbau in Berlin entwickelt wird. Der Dieselmotor mit maximaler Leistungsausnutzung wird von einem Mini-Computer gesteuert. Der Verbrauch liegt bei ganzen 3,5 Litern und die Höchstgeschwindigkeit beträgt immerhin 140 km/h. VWs Kleinster ist sicherlich ein Fahrzeug für das nächste Jahrzehnt. Die letzte Forderung des Verkehrsministers kann dieser Mini allerdings nicht erfüllen: Die von Dollinger gewünschte Bequemlichkeit, lange Strecken ohne Erschöpfung überstehen zu können.

Hat der Mercedes-Chef Professor Werner Breitschwerdt recht, wenn er darum feststellt, daß es das vernünftige Auto auch in Zukunft nicht geben wird? „Nur auf die unterschiedlichen Nutzungs- und Anwendungswünsche bezogen, kann ein individuell ideales Modell gefunden werden", glaubt er. Diese Meinung unterstreichen auch Porsche Chef Peter Schutz und Ford Europa-Präsident Robert Lutz: „Als Ziel kann man sich nur die optimierte Vernunft vorstellen. Die unterschiedlichen Anforderungen müssen ebenso einbezogen werden wie die Freude am Fahren, die auch in Zukunft durchaus ein vernünftiges Argument bleiben wird."

Audi-Entwicklungschef Ferdinand Piëch geht ins Detail: „Ein für den dynamischen Junggesellen vernünftiges Auto ist und bleibt für eine mehrköpfige Familie ungeeignet. Ein für den vielreisenden Freiberufler richtiges Auto muß ganz anders sein als ein Fahrzeug, das sich ein älteres Ehepaar wünscht. Trotz dieser naturgemäßen Vielfalt lassen sich aber einige Kriterien angeben, denen sich jedes vernünftige Auto stellen muß: Dazu gehören zunächst die klassischen Eigenschaften, denen das Auto seine Durchsetzung als Individualverkehrsmittel verdankt: Angemessener Komfort, ausreichende Fahrleistungen, hohe passive und aktive Sicherheit sowie Einsatzbereitschaft – beide letztgenannten Eigenschaften wurden beispielsweise durch den permanenten Allradantrieb wesentlich verbessert –, ansprechendes Styling und Wirtschaftlichkeit."

Damit spricht Piëch auch an, was verstärkt Unfallforscher von den Modellreihen nach dem *100. Auto-Geburtstag* erwarten: verbesserte Sicherheitselemente im möglichen Aufprallbereich bei Zusammenstößen mit Fußgängern und Zweiradfahrzeugen. Verkehrswissenschaftler Professor Max Danner fordert darüber hinaus, „überzogenes Leistungsdenken, das kleine Fahrzeuge zu Raketen macht", abzustellen. Unter dem Strich glaubt Danner, daß die Industrie das vernünftige Auto erst dann gefunden hat, wenn es gelingt, widersprüchliche Forderungen wie Sicherheit, geringes Gewicht, Schadstoffreduzierung und Sparsamkeit unter einen Hut zu bringen und dazu noch eine Möglichkeit geschaffen ist, Karosserieschäden nach Unfällen preiswert zu reparieren.

Angesichts des gewaltigen Forderungskatalogs und in Kenntnis der gegebenen Entwicklungskapazitäten meint Opel-Vorstand Hans-Wilhelm Gäb mit einem Augenzwinkern: „Die *Suche nach einem rundum vernünftigen* Auto gleicht der Suche nach einer Frau. Ohne Zuneigung, die über Schwächen hinwegsehen läßt, gibt es keine zufriedenstellende Wahl."

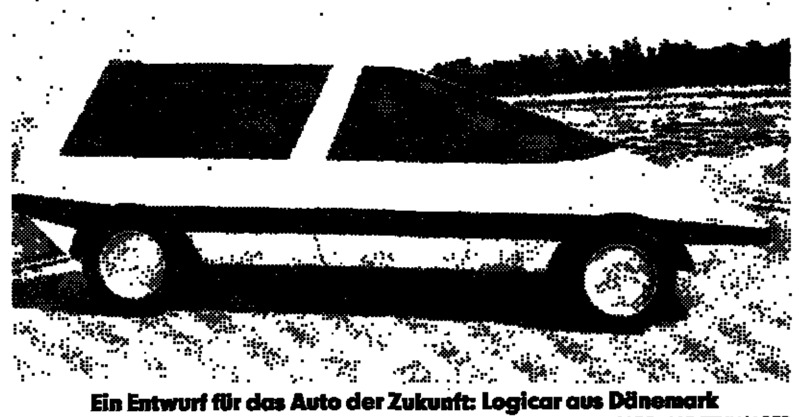
Zweckgebunden und sachlich, andererseits aber verkaufsattraktiv sollen die nächsten VW-Modellreihen sein, erwartet der Aufsichtsrat vom Management. Was heute in den Entwicklungsabteilungen von Wolfsburg bis München gezeichnet, modelliert und ausprobiert wird, geht bereits in diese Richtung und ist in jedem Fall sehr viel vernünftiger bisher, aber auch sehr viel langweiliger. Der Reiz der Schauelemente fehlt in der bevorstehenden Phase der Intelligenz.

Sicher ist, *daß im Auto der Zukunft* das Herz unverändert im Viertertakt schlagen wird. Allerdings sind höchstens noch fünf bis sechs Liter Benzin als Lebenssaft genehmigt. Die alternativen Antriebssysteme, die heute bereits technisch realisierbar sind, bleiben teurer und unwirtschaftlicher als Otto- und Dieselmotor. Am weitesten ist noch die Entwicklung des Elektro-Antriebs gediehen. In zwei bis drei Jahren sollen auch leichte Batterien als Kraftspender bereitstehen, um die nötige Reichweite der Fahrzeuge zu garantieren. Als Verkehrsmittel im Jahre 2000 ist daher das E-Mobil als Alternative denkbar.

Die Suche nach dem richtigen Individualfahrzeug wird von technischen Überlegungen, aber auch vom Kostendruck bestimmt sein. Das gilt für Deutschland, aber ebenso für die anderen Autonationen. Nach erfolgreichen internationalen Kooperationen überlegen beispielsweise japanische Konkurrenten, ob trotz des scharfen Wettbewerbs eine Zusammenarbeit im Entwicklungsbereich auch im eigenen Lande möglich ist.

In der Zeit der aufwendigen Kraftanstrengung erinnern sich die Japaner an die deutschen Auto-Pioniere Gottlieb Daimler und Wilhelm Maybach. Sie standen in heftiger Konkurrenz und lieferten doch den besten Beweis, was eine notgedrungen ergänzende Zusammenarbeit vermag. Daimler hatte mit den Prinzipien seines schnell laufenden Motors und dessen Anwendung im gewissen Sinne eine technisch allgemein gültige Grundlage geschaffen, Wilhelm Maybach konnte darauf mit dem ihm eigenen Einfühlungsvermögen aufbauen, das ihn zu einem der größten Konstrukteure der Automobiltechnik machte. Übertragen auf die heutige Zeit soll beispielsweise Mitsubishi die Elektronik und Toyo Kogyo die beste denkbare Raumökonomie, einen möglichst großen Innenraum bei geringen Außenabmessungen, schaffen.

Der Ausblick kann nicht allein auf komplette Modelle beschränkt bleiben, eine ansehnliche Reihe von Ver*brauchern und umweltfreundlichen* Neuerungen geht in die Richtung der Vernunft. So verkauft Audi schon im nächsten Jahr alle 100er und 200er Typen mit voll verzinkter Karosserie. Das bedeutet Rostschutz für das ganze Autoleben. Auch das Service-Konzept von VW zählt dazu. In Zukunft braucht der Besitzer sein Auto nur noch einmal im Jahr zur Inspektion zu bringen. Bei 30 000 km Fahrleistung werden die lästigen Werkstattbesuche und natürlich auch die Kosten halbiert.



Ein Entwurf für das Auto der Zukunft: Logicar aus Dänemark
FOTO: WOLFGANG FEHLHABER

WIE WAR DAS? Als Schumacher in Wennigsen die Weichen stellte

Von MICHAEL JACH

Ein hinreichend großer und – im düsteren Jahr 1945 selten genug – unversehrter Wirtshaussaal verhalf dem niedersächsischen Bauern- und Bergmannsdorf Wennigsen am Deister zu einem markanten Platz in den Annalen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Vor 40 Jahren, am 5. und 6. Oktober 1945, erlebte *in den Räumen des* „Calenberger Hofes" die SPD ihre Wiedergeburt nach Exil und Verfolgung unter der NS-Diktatur.

Die Wiedergeburt des „freiheitlich demokratischen Sozialismus" – auf das Attribut „freiheitlich" legte die Partei zum zehnten Jahrestag 1955 großen Wert. Abermals 30 Jahre später, am vergangenen Wochenende in der schmucken Sporthalle des Wennigser Schulzentrums, kommt es in Parteichef Willy Brandts Gedenkrede kaum noch vor.

Kurt Schumacher, später zum ersten Parteivorsitzenden der Nachkriegs-SPD gewählt, war der herausragende Kopf bei diesem noch informellen Treffen in Wennigsen 1945. In Hannover hatte sich der vormalige Stuttgarter Parteiredakteur und Reichstags-Abgeordnete nach der Entlassung aus dem KZ bei seiner Schwester niedergelassen. In Hannover schlug er ein Angebot aus, in die neue württembergische Landesregierung einzutreten.

Denn von einer notdürftig hergerichteten Halbruine in Hannover-Linden, Jacobstraße 24, aus war das „Büro Dr. Schumacher" gleich nach Kriegsende darangegangen, die Partei in den drei westlichen Besatzungszonen zu reorganisieren. Die Effektivität des aus dem Untergrund überkommenen SPD-Kontaktnetzes ermöglichte schließlich – unter den zu dieser Zeit noch höchst mißtrauischen Augen der britischen Militärverwaltung – die Einladung von etwa 120 Genossen und Gästen nach Wennigsen; darunter Erich Ollenhauer und Fritz Heine vom Londoner Exilvorstand der SPD, außerdem Otto Grotewohl, Gustav Dahrendorf, Max Fechner als Vertreter des in Berlin unter sowjetischer Besatzungsägide entstandenen „SPD-Zentralausschusses", mit dessen Namen Ansprüche verbunden waren.

Mit dennoch kaum bestrittener Autorität hat Schumacher der Partei in Wennigsen die programmatischen Linien ihrer Erneuerung aufgeprägt. Mochte auch das Bildnis von Urvater Karl Marx über der Versammlung prangen – die SPD, so verlangte Schumacher 14 Jahre vor „Godesberg", dürfe um ihrer Stärke als Partei der umfassenden Gesellschaftsreform willen nicht mehr fragen, ob einer Marxist, humanistischer Idealist oder Christ sei. Und er verlangte, daß „Demokratie über den politisch-parlamentarischen Bereich hinaus" als Prinzip der Lebensordnung „verwirklicht und verankert werde" – Sätze, wie Willy Brandt sie gern zitiert.

Auch, daß sich nie wiederholen dürfe, was in Deutschland geschehen war. Schumachers politisches Leitmotiv, erwachsen aus bitterem persönlichem *Leiden unter totalitärer* Gewalt, bezieht Brandt rechtfertigend auf seine Deutschland- und Ostpolitik seit 1969/70 („nie wieder Krieg von deutschem Boden"). Denn Schumachers schon in Wennigsen – gegen Grotewohl – erprobte Kompromißlosigkeit gegenüber kommunistischen Lockungen sei eine „spezielle Form der Auseinandersetzung" gewesen, die – wie die Zeiten des „kalten Krieges" nun mal waren – „ihm und uns durch die Stalinsche Machtpolitik aufgezwungen wurde".

Schumacher erwartete, daß die 1945 einsetzende Spaltung Deutschlands eine Generation nicht überdauern werde (Brandt: „Er traute den Westmächten mehr zu, als sie zu leisten imstande oder bereit waren ..."). So gab er der Parteifreiheit im Westen den Vorzug vor der Parteieinheit über die Grenze der Sowjetzone hinweg. Die Lockungen der Sowjets und der KPD mit „Einheit der Arbeiterklasse", denen Grotewohls Freunde in Berlin bereits zu erliegen begannen, könnten nur eines bedeuten: kommunistische Unterdrückung der Sozialdemokratie.

Schumacher behielt recht. Im April 1946 reichte Grotewohl in der Sowjetzone die Hand zur Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED. In Wennigsen noch hatte er Schumacher das Wort und die Hand darauf gegeben, lieber die Ost-SPD aufzulösen als sie gleichschalten zu lassen.

Der DGB will in Bonn eine „andere Politik"

■ Fortsetzung von Seite 1

dere Politik". Will er in Wirklichkeit nicht nur eine andere Regierungspartei?

Breit: Nein. Wir wollen eine andere, im Interesse der Arbeitnehmer bessere Politik. Die amtierende Regierung hindert eigentlich nichts, ihre Politik dahingehend zu ändern. Eine Voraussetzung dafür wäre natürlich, daß der Schwanz nicht länger mit dem Hund wedelt.

WELT: Sie beanspruchen eine angebliche „Mehrheit der Bevölkerung" für Ihre Forderungen. Aber hat nicht gerade die Mehrheit die von Ihnen kritisierte Politik dieser Bundesregierung in der Bundestagswahl 1983 ausdrücklich gewollt?

Breit: Wir sagen, daß die Arbeitnehmer in ihrer großen Mehrheit hinter unseren Forderungen stehen. 1983 haben, darüber kann kein Zweifel sein, auch Arbeitnehmer in ansehnlicher Zahl Helmut Kohl gewählt. Er hatte nämlich zum einen angekündigt, daß alle – ich betone alle – für die Lösung der Arbeitsmarktprobleme Opfer bringen müssen. In Wirklichkeit wurden alle Lasten alleine den sozial Schwachen aufgebürdet. Er hatte zum anderen versprochen, daß seine Politik die Zahl der Arbeitslosen spürbar verringern wird. Nach insgesamt drei Jahren Amtszeit sieht es so aus, daß wir 330 000 registrierte Arbeitslose mehr haben als im September 1982. Ich beneide den Bundeskanzler nicht darum, mit dieser Bilanz vor die Arbeitnehmer treten zu müssen, die ihn gewählt hatten.

WELT: Die Nähe des DGB zur SPD ist offenkundig. Werden Sie mit Ihrer Kampagne gegen die Regierung nicht – bewußt oder unbewußt – zum sozialdemokratischen Wahlhelfer? Ist der DGB noch eine Einheitsgewerkschaft?

Breit: Ich sehe nicht das geringste Anzeichen dafür, daß der DGB heute weniger Einheitsgewerkschaft wäre als zu Zeiten Hans Böcklers. Die Nähe der Gewerkschaften zur SPD ist historisch gewachsen. Sie hatte und hat einen einzigen Grund: Die Arbeitnehmerinteressen waren in der Regel bei der SPD besser aufgehoben als bei anderen Parteien. Aber es gibt daneben, vermittelt durch die christliche Soziallehre, auch nach wie vor ein bedeutendes Band zu den christlichen Parteien. Die größere Nähe zur SPD hat uns zu keiner Zeit daran gehindert, ihr deutlich und öffentlich die Meinung zu sagen. Im Gegenteil. Vielleicht geht mancher Gewerkschafter sogar kritischer mit ihr um als mit anderen Parteien, weil er mehr von ihr erwartet.

WELT: Der DGB will mit seiner Aktionswoche gegen angeblichen Sozialabbau protestieren. Nun hat die Bundesregierung vorgerechnet, daß die SPD-geführte Regierung in vergleichbarem Zeitraum Sozialleistungen im Umfang von rund 95 Milliarden, die Regierung Kohl dagegen von nur 59 Milliarden vorgenommen hat. Müßte der DGB der heutigen Regierung nicht dankbar sein, daß sie weniger tief ins soziale Netz schneidet als die Sozialdemokraten?

Breit: Selbst wenn diese Zahlen stimmen würden – ich vermute, es handelt sich um eine sehr geschickte „Verteilungspolitik" des Regierungscomputers –, wäre die Formulierung „angeblicher Sozialabbau" falsch. Sozialabbau hat stattgefunden. Genaue Zahlen sind in diesem Zusammenhang zwar wichtig, weil die Betroffenen, die sozial Schwachen nämlich, mit dem Pfennig rechnen müssen. Aber wir werden uns über die Zahlen sicherlich nicht einig. Für die Betroffenen macht es im übrigen nicht den geringsten Unterschied, ob es eine SPD- oder eine CDU-geführte Regierung ist, die ihnen die notwendigen Mittel zum Lebensunterhalt zusammenstreicht. Unterstellen wir deshalb einmal, die Zahlen wären richtig. Das würde heißen, daß die FDP – die ja beiden Regierungen angehört hat – zugibt, den sozial Schwachen in unserem Land in den letzten fünf, sechs Jahren 164 Milliarden Mark aus der Tasche gezogen zu haben, ohne die Höher- und Höchstverdienenden auch nur mit einer Mark zu belasten.

Der DGB und seine Gewerkschaften haben nach 1980 gegen die sozial ungerechte Politik der Regierung Schmidt/Genscher lautstark protestiert und auch demonstriert. Ich hatte zum Beispiel in einem Brief an alle Bundestagsabgeordneten dazu aufgefordert, den sozialliberalen Haushaltsentwurf für 1983 abzulehnen. Und jetzt sollen die Gewerkschaften der Regierung Kohl/Genscher dafür dankbar sein, daß sie den Sozialabbau, nach unserer Kenntnis verstärkt, fortgesetzt hat? Das kann nicht Ihr Ernst sein.

Sozialausschüsse für Mitsprache bei neuer Technik

DW. Saarbrücken

Umfangreiche betriebliche Mitbestimmungsrechte bei der Einführung neuer Technologien am Arbeitsplatz sowie weitere Arbeitszeitverkürzungen haben die Sozialausschüsse der CDU gefordert. In einem gestern auf ihrer Bundestagung in Saarbrücken verabschiedeten Leitantrag verlangt die CDA für Arbeitnehmer das Recht, beim Einsatz technologischer Neuerungen bereits im Planungsstadium mitbestimmen zu können.

In dem vom CDA-Vorstand vorgelegten Leitantrag mit dem Titel „Technik nutzen – Zukunft sozial gestalten" heißt es, ein optimaler Einsatz neuer Technologien sei nur zusammen mit den Arbeitnehmern möglich. Wer Mitbestimmung in diesem Bereich verweigere, verhindere den sozialen Konsens und störe den sozialen Frieden. Die soziale Partnerschaft stehe bei der Entscheidung über neue Technologien vor einer „historischen Nagelprobe".

In ihren Beschlüssen setzten sich die Sozialausschüsse auch für eine weitere Verkürzung der Tages-, Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit ein. Diese Forderungen wurden mit dem Hinweis begründet, eine technologie- und wachstumsfördernde Politik allein reiche nicht aus, die „unerträgliche Lage" auf dem Arbeitsmarkt durchgreifend zu verändern. In den Diskussionen war mehrfach Kritik an der Bundesregierung in den Fragen der Arbeitsmarktpolitik und der „sozialen Symmetrie" geübt worden. Maßstab des Fortschritts sei nicht die Technik, sondern „der Mensch und die Natur". In der Bundestagung wurden die Vorschläge des westfälischen CDU-Vorsitzenden Kurt Biedenkopf zur Einführung einer Grundrente einhellig abgelehnt.

Bundeskanzler Kohl unterstrich in der Diskussion mit den Delegierten, er strebe für die nächste Legislaturperiode eine „wirkliche Steuerreform" an, er wolle zugleich den Subventionsabbau forcieren. Einzelheiten gab er noch nicht bekannt.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Der Kanzler brachte seine Botschaft über

G. BADING, Saarbrücken

Das hatte Helmut Kohl wohl nicht erwartet. Nach knapp dreistündiger Diskussion, in der er sich zum Teil recht drastische Vorwürfe anhören mußte, standen die 350 Delegierten der CDA-Bundestagung in der Saarbrückener Kongreßhalle – fast – wie ein Mann auf und applaudierten stehend minutenlang, bis der Kanzler den Saal verlassen hatte. Der Arbeitnehmerflügel der CDU bereitete dem Parteivorsitzenden wahre Ovationen.

Dabei hatte der Diskussionsvormittag nach kurzer Einführungsrede Kohls mit einer ganzen Reihe im Ton maßvoller, in der Sache aber kritischer Redebeiträge der Delegierten begonnen. In seiner knappen tour d'horizon hatte der Kanzler alle Felder der Politik gestreift, von dem Bekenntnis der Union zu freien und starken Gewerkschaften als Maßstab der inneren Freiheit eines Landes bis zu den Erfolgen seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik und zur positiven außenpolitischen Bilanz – „Wir haben den Frieden sicherer gemacht ... schauen Sie sich die Nachrichten aus Paris an" – in der Kohl mit Hinweis auf die Festigkeit seiner Regierung in Sachen NATO-Nachrüstung die Urheberschaft für den wieder in Gang gekommenen Abrüstungsdialog zwischen West und Ost beanspruchte. Die Mitglieder der Sozialausschüsse aber wollten vom Kanzler und Parteichef Antworten auf ihre eigenen Probleme, die sie in ihrer Brückenfunktion zwischen CDU und dem Gewerkschaftsbund tagtäglich im Gespräch mit den Kollegen in den Betrieben und mit den Funktionären der DGB-Gewerkschaften haben.

Vor allem der Vorwurf des DGB an die Regierung Kohl, daß die Reichen reicher und die Armen ärmer geworden seien, scheint bei den CDA-Leuten verfangen zu haben. Immer wieder wurde die Frage gestellt, warum denn Kohl keine Ersatzlösung für die gescheiterte „Zwangsanleihe" der oberen Einkommensschichten durchgesetzt habe, warum denn bei der Haushaltskonsolidierung die Besserverdienenden nicht stärker zur Kasse gebeten worden seien als der kleine Mann. Man vermißte die soziale Symmetrie in der Konsolidierungspolitik und bündelte die Kritik auf den für die Sparpolitik verantwortlich gemachten Finanzminister und den als „Steinzeitliberalen" bezeichneten Wirtschaftsminister.

Schon der erste Diskussionsredner hatte die Kritik-Linie vorgegeben: „Unsere Arbeit an der Basis wird von den Höheren in Bonn kaputtgemacht." Kohl zeigte, daß er in den drei Jahren im Kanzleramt nichts von seiner Basisnähe eingebüßt hat. Er kann auch heute noch mit einem Kongreß gut umgehen. Zunächst einmal ließ er die Leute reden, hielt das Ventil der Kritik geöffnet, bis es dem einem oder anderen Zuhörer im Saal schon zuviel wurde, bis einer der Redner plötzlich fast hilfesuchend sagte: „Wir brauchen Ihr Machtwort", um den Attacken die Spitze zu nehmen, deutlich zu machen, daß man nicht Kohl persönlich angreifen wolle. Andere seien schuld, der frühere Regierungssprecher am schlechten „Verkaufen" der Politik, Franz Josef Strauß an Reibereien in der Koalition und die FDP – sie und nicht die SPD scheint Lieblings-Gegner der Christsozialen zu sein – an der sozialen Schieflage der Politik.

Helmut Kohl ließ die Leute ausreden, sprach dann ruhig, „offen", wie er selber mehrfach betonte, alle Fragen an. Auch er habe einen Ersatz für die Investitionsabgaben gewollt; CSU und FDP seien dagegen gewesen. Er stehe nun einmal einer Koalitionsregierung vor, und da könne man eben keine „reinrassige" CDU-Politik machen. Das sei schon immer so gewesen, auch bei Adenauer.

Getreulich beantwortete er Frage für Frage, „vergaß" dabei das heikle Thema des sogenannten Streikparagraphen 116, schilderte die Zukunft der Republik und der Union in leuchtenden Farben, warnte vor dem „totalitären Geist", der in einer politischen Haltung liege, die dem anderen nicht mehr zugestehen wolle, daß er seinerseits das Beste für das Gemeinwohl wolle. Daß er damit SPD und DGB meinte, brauchte er nicht auszusprechen.

Kohl, in freier Diskussionsrede sicher und überzeugend, überforderte seine Zuhörer intellektuell nicht. Aber er brachte seine Botschaft über: Nicht alles in der Politik der Koalitionsregierung ist so, wie es CDA und CDU in reiner Lehre wollten. Aber: zu dieser Koalition gebe es keine Alternative. Und – „machen Sie sich da gar nichts vor" – 1986 werde „ein gutes Jahr". Daß man 1987 die Wahl gewinnen werde, klang dann schon wie die pure Selbstverständlichkeit.

Haimo George – Mahner vor zuviel Sozialstaat

Im Alter von nur 52 Jahren ist der Bundestagsabgeordnete Haimo George am Samstag einem Herzversagen erlegen. In die Trauer seiner Familie, die Bestürzung seiner Freunde mischt sich Betroffenheit, Nichtverstehen darüber, daß der jungenhafte Charme dieses Mannes erloschen sein soll.



Haimo George ist im Alter von 52 Jahren gestorben FOTO: DPA

Die Erinnerung, als Freunde mit ihm auf seinen Fünfzigsten anstießen, ist noch frisch. Haimo George war eine kraftvolle politische Stimme an der Schnittstelle zwischen Sozial- und Wirtschaftspolitik, wo jede Volkspartei – auch die CDU – besonders feinnervig reagieren muß. Er war getrieben von der Suche nach den Rahmenbedingungen des sozialen Friedens, nach der Finanzierbarkeit des Sozialstaates. Dabei nötigte er seinen politischen Gegnern Hochachtung ab, Freunden war er ein unbequemer Gesprächspartner, weil er sie in die Logik des Verteilungsstaates zwang.

Geboren wurde er am 9. August 1933 in Oldeani, dem ehemaligen Deutsch-Ost-Afrika. Nach dem Abitur studierte er Rechts- und Staatswissenschaften und promovierte im Jahre des Assesorexamens zum Dr. jur. utr. mit einem Thema zum internationalen Arbeitsrecht. Dieses Thema und seine sozialen und wirtschaftlichen Variationen faszinierten ihn bis zuletzt.

Bei der Siemens AG trat er 1963 ein. Es drängte ihn, der sozialpolitischen Praxis eines Großunternehmens auch politische Gestaltung beizufügen. Bundesweit geriet er ins Rampenlicht, als er 1970 zum Hauptgeschäftsführer des CDU-Wirtschaftsrates berufen wurde. Die Mitbestimmungsdiskussion sah ihn als engagierten Gesprächsteilnehmer. 1976 rückte er als Kandidat des zweitgrößten Wahlkreises der Bundesrepublik (Calw/Freudenstadt) in den Bundestag ein.

Seine Fraktion ist schwer getroffen, denn sie hat nicht nur den Leiter ihrer Arbeitsgruppe Sozialpolitik verloren, sondern auch einen blitzschnellen Debattierer, einen seriösen und stets sattelfesten Argumentierer. Haimo Georges Lachen steckte an, er war alles andere als der Typ eines politischen Würdenträgers. Der Oberleutnant der Reserve bei den Fallschirmjägern schätzte es, beherzt mitten in die Probleme hineinzuspringen.

„Ich mache ernst mit Kohls Regierungserklärung: Die Ansprüche an den Sozialstaat können nicht stärker befriedigt werden, als die Leistungskraft der Wirtschaft zuläßt". Als Mann, der aus Erfahrung wußte, wovon er redete, mußte er zwangsläufig viele Pfeile auf sich ziehen – die seiner Gegner ohnehin, aber auch viele von seinen politischen Freunden. Kurz nach dem Regierungswechsel in Bonn sorgte er mit einem Denkanstoß in allen Lagern für Aufregung.

Das „George-Papier" von 1983 enthielt warnende Hinweise auf die zu hohen Lohnnebenkosten und ausufernden Sozialleistungen, die die Bildung neuer Arbeitsplätze schwer behinderten. George warb für die Auflockerung eines erstarrten Tarifrechts und für kostensenkende Maßnahmen, um mehr Arbeitslosen die Chance auf einen Job zu eröffnen.

Der Vorwurf, er wolle den sozialen Kahlschlag, hat den kraftvollen Redner und sensiblen Mann immer ein wenig getroffen. Aber er wußte, daß er aussprach, was andere nur am Stammtisch zu sagen wagten: der Sozialstaat kann nur sozial befrieden, wenn er finanzierbar bleibt. Haimo George hinterläßt eine Frau und drei Kinder.

PETER GILLIES

In Trauer verneigen wir uns vor meinem lieben Mann, unserem Vater und Großvater

Dr. phil. Hans Ruhkopf

der am 2. Oktober im 77. Lebensjahr verstarb.

Ilse Ruhkopf geb. Brüggemann
Gunnar Ruhkopf
Waltraut Ruhkopf geb. Pieper
Volker Ruhkopf
Brigitte Müller
Christian

Ottersbekallee 21
2000 Hamburg 20

Trauerfeier am Freitag, dem 11. Okt. 1985, um 10 Uhr auf dem Waldfriedhof Volksdorf, Duvenwischen 126, 2000 Hamburg 67.

Nach schwerer Krankheit entschlief heute meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter und Großmutter

Anni Siemers

geb. Baltzer
*10. Januar 1906 †1. Oktober 1985

In stiller Trauer:
Hans H. F. Siemers
Hans-Jochen Siemers und Frau Heidi geb. Riethmüller
Anja und Bettina
Ingeborg Bockemühl-Wüllenweber geb. Siemers
Horst Bockemühl-Wüllenweber
Christiane und Stefanie
Marianne Brinckmann geb. Siemers
Rudolf Brinckmann

2000 Wedel, Hans-Böckler-Platz 15

Die Trauerfeier findet im engsten Familien- und Freundeskreis statt am Donnerstag, dem 10. Oktober 1985, um 10.00 Uhr in der Kapelle des Wedeler Friedhofes, Egenbüttelweg.

Auf Wunsch der Verstorbenen bitten wir anstelle zugedachter Blumen und Kränze um eine entsprechende Spende auf das Konto des SOS-Kinderdorf e.V., Hermann-Gmeiner-Fonds, Postgiroamt München, Kto.-Nr. 80 521-801.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

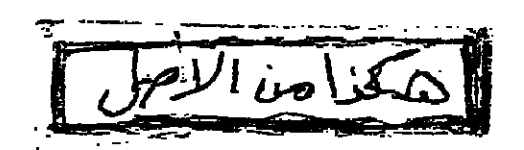
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.



SPD-Frauen fordern eine Quote von 40 Prozent

Generaloffensive gegen die „parteiinterne Unterdrückung"

MICHAEL JACH, Hannover

Für ihren Nürnberger Bundesparteitag 1986 steht der SPD gleichsam der große Ehekrach ins Haus – sofern dann und dort nicht eine Bestimmung Aufnahme ins Parteistatut findet, daß fortan mindestens 40 Prozent aller Ämter und Mandate weiblich zu besetzen seien. Auf diesen „Quotenantrag" zwecks politischer Gleichstellung des erstarkten Geschlechts hat die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) am Wochenende in Hannover ihre Generaloffensive wider die „parteiinterne Frauenunterdrückung" zugespitzt.

Unterfangen wird die Quotenforderung mit einem Netz ergänzender Erwartungen. Zur Bundestagswahl 1987 seien Wahlkampf„mann"schaft und Kabinettsliste paritätisch anzulegen. Auf den Kandidatenlisten habe die Zahl der Genossinnen und „Schwestern" mindestens ihrem Mitgliederanteil zu entsprechen. Und für die neunziger Jahre sei die Quote auf „gerechte" 50 Prozent zu steigern.

Mißachtung soll schmerzhaft bestraft werden. Allzu maskulinen Parteigliederungen müßten Wahlkampfkosten-Erstattungen gekürzt und Stimmrechte entzogen werden; sogar persönliche Funktionen soll es kosten können. Der SPD-Vorstand ist aufgefordert, solche drakonischen Richtlinien dem 86er Parteitag beschlußreif vorzulegen.

Vor Beginn der ASF-Bundeskonferenz war keineswegs sicher gewesen, ob überhaupt ein Quotenbeschluß gefaßt würde. Die beiden vorhergegangenen Kongresse hatten sich noch gegen derartige – nunmehr für „überfällig" erachtete – „Radikalisierung" entschieden. Die in Hannover zum zweiten Mal wiedergewählte, wegen ihres bislang mäßigend-disziplinierten Kurses jedoch nicht unumstrittene Bundesvorsitzende Inge Wettig-Danielmeier (49) hatte keine Festlegung erkennen lassen.

Um so mehr überraschte, daß sie selbst in der Debatte um eine Quotenbemessung den 40-Prozent-Antrag stellte. 40 Gegenstimmen – beinahe 40 Prozent der gültigen – bekam sie trotzdem.

Zur Steigerung der Kampfeslust mag beigetragen haben, daß Parteichef Willy Brandt es in seiner Grußansprache peinlichst vermied, allzu viel Wasser auf die Mühle der Ansprüche zu geben. Zwar erhielt er den schuldigen Beifall für die „konkretisierte Utopie einer Gesellschaft ohne geschlechtsspezifische Spaltungen", wonach im erneuerungsreifen SPD-Grundsatzprogramm Geschlechtergleichheit „festgeschrieben und mit Inhalt gefüllt" werden müsse. Doch manche der gut 300 Zuhörerinnen zeigten Empörung. In einer modischschicken Frauenzeitschrift nämlich steht just dieser Tage Verächtliches über die ASF zu lesen – aus dem Munde von Frau Brigitte Seebacher-Brandt.

Der Kongreß endete mit der Forderung nach „umfassenden Möglichkeiten demokratischer Kontrolle" für die Gentechnologie. Die SPD-Frauen-Organisation beschloß mit großer Mehrheit, es seien alle Wege zu nutzen, um Mißbrauch moderner Techniken bei Zeugung und Geburt menschlichen Lebens zu verhindern. Verboten werden sollen insbesondere „Retorten-Babies", Leih-Mutterschaft (hier fiel auch der Begriff „Wirtsmutter") sowie Samenbanken.

Lambsdorff-Anwalt: Staatsanwaltschaft in Bonn hat doch Weisungen bekommen

Die Verteidigung fordert Einsicht in de Akten der vorgesetzten Kölner Behörde

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der Prozeß vor dem Bonner Landgericht gegen die ehemaligen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und Hans Friderichs (beide FDP) sowie den früheren Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch wird nach Meinung von Beobachtern möglicherweise doch eine politische Dimension bekommen. Lambsdorff-Anwalt Egon Müller erklärte gestern der WELT, daß es entgegen den Behauptungen des Kölner Generalstaatsanwalts Bereslaw Schmitz doch Weisungen gegenüber der Bonner Staatsanwalt gegeben habe. Müller bekräftigte, daß Schmitz „in so weit die Unwahrheit gesagt hat".

Die Verteidigung will jetzt klären lassen, ob und welche Weisungen die Bonner Staatsanwaltschaft von ihrer vorgesetzten Behörde und dem SPD-geführten Düsseldorfer Justizministerium erhalten hatte, wie aus dem ursprünglichen Vorwurf der Vorteilsnahme beziehungsweise Vorteilsgewährung die Anklage wegen Bestechlichkeit beziehungsweise Bestechung wurde. Weiter hat sie den Verdacht, daß die dem Landgericht vorliegende Hauptakte nicht vollständig ist.

Die Anwälte haben deshalb inzwischen einen Beweisermittlungsantrag mit dem Ziel gestellt, Einsicht in die Unterlagen des Generalstaatsanwalts zu erhalten. Denn, so Müller zur WELT, man habe „konkrete Anhaltspunkte" dafür, „daß in den Akten der Generalstaatsanwaltschaft relevante Abläufe enthalten sind, die sich nicht in der Hauptakte befinden". Diese „konkreten Anhaltspunkte" habe die Verteidigung „pflichtgemäß in zulässiger Weise ermittelt".

Genauso wie das Landgericht „erst nach Einsicht in diese Akte entscheiden kann, ob von amtswegen weitere Beweise zu erheben sind", könne jedoch auch die Verteidigung über die Beantragung derartiger Schritte erst nach Prüfung dieser Unterlagen entscheiden.

Oberstaatsanwalt Dieter Irsfeld, der sich „betroffen" von der Kenntnis der Anwälte über die „verwaltungsinternen" Vorgänge zeigte, hatte erst nach einem Telefonat mit der Generalstaatsanwaltschaft dem Verteidiger-Antrag zugestimmt. Der neue Vorstoß der Verteidigung wird allerdings kaum Auswirkungen auf die von ihr verlangte Abtrennung des Verfahrens wegen Bestechlichkeit beziehungsweise Bestechung von dem wegen Steuerhinterziehung haben. Beobachter gehen aber davon aus, daß das Gericht in seiner Verhandlungsführung deutlich machen wird, daß die ersten beiden Vorwürfe vorgezogen werden.

Daß der Generalstaatsanwalt die „Unwahrheit" gesagt hat, begründete Müller unter anderem mit der Aussage von Schmitz im Januar in einem „Spiegel"-Interview, es habe gegenüber der Bonner Staatsanwaltschaft im Rahmen der Ermittlungen nie Weisungen gegeben. Die Verteidigung ist aber sicher, daß sowohl vom NRW-Justizministerium über die Generalstaatsanwaltschaft als auch von der Kölner Behörde direkt Weisungen an die Bonner Ermittler gegangen sind.

Während der Verhandlung am Freitag hatte die Verteidigung dazu gleich eine ganze Reihe von Vorhaltungen gemacht. So habe der ehemalige Flick-Buchhalter, Rudolf Diehl, im Mai 1982 nach dem Protokoll die Richtigkeit seiner Eintragungen in den Spenderlisten bestätigt. Dies habe aber nicht für die Beschuldigten gegolten. Im Oktober 1982 seien im Düsseldorfer Justizministerium während einer Besprechung weitere Ermittlungen gegen den ehemaligen Bundesfinanzminister Hans Matthöfer (SPD) wegen eines Brillantringes für notwendig gehalten worden, den Matthöfers Frau mit einem von Brauchitsch geschenkten Tombola-Los gewonnen hatte. Die seien aber nicht erfolgt. Im folgenden Jahr habe dann die Generalstaatsanwaltschaft unter Hinweis auf Äußerungen des zur SPD gewechselten Günter Verheugen im „Spiegel" über den angeblichen Umgang mit Spenden durch Lambsdorff die Bonner Ermittler angerufen und an eine Vernehmung des ehemaligen FDP-Generalsekretärs erinnert.

Weiter habe es zwischen den beiden Behörden teilweise kontroverse Diskussionen gegeben, ob wegen Vorteilsnahme oder Bestechlichkeit angeklagt werden sollte. So habe Schmitz einen bereits für den Bundestagspräsidenten bestimmten auf Immunitätsaufhebung wegen des angeblich „leichteren" Vorwurfs wieder rückgängig gemacht. Daß die Anklage schließlich auf Bestechlichkeit und Bestechung, die einfacher zu begründen sind, lautete, hätten die Anwälte erst im letzten Augenblick erfahren. Außerdem hätte Oberstaatsanwalt Franzbruno Eulencamp in einer Presseerklärung einen Hinweis auf die bis zum Urteil geltende Unschuldsvermutung aufnehmen wollen, der jedoch nach Kontakten mit seiner vorgesetzten Behörde und dem Ministerium unterblieben sei. Darüber hinaus habe das Ministerium im März 1983 per Weisung alle vier Wochen eine Unterrichtung über die Ermittlungen angeordnet.

Staatsvisite mit tiefer historischer Bedeutung

Bundespräsident von Weizsäcker reist morgen nach Israel

BERNT CONRAD, Bonn

Bundespräsident Richard von Weizsäcker betrachtet seinen morgen beginnenden Staatsbesuch in Israel als ein „wichtiges weiteres Glied in einer bestehenden Kette". Vor Journalisten betonte er, es handele sich zwar um die erste Reise eines Bundespräsidenten nach Israel. „Aber sie bedeutet keine grundlegende Neuorientierung der deutsch-israelischen Beziehungen, sondern knüpft an eine kontinuierliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte an." Er erinnerte in diesem Zusammenhang vor allem an die frühen Kontakte zwischen Ben Gurion und Konrad Adenauer und an die Israel-Reisen der Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Kohl.

Spekulationen über mögliche negative Auswirkungen des israelischen Luftangriffs auf das PLO-Hauptquartier bei Tunis wischte Weizsäcker mit der Bemerkung beiseite: „Die Reise war zu keinem Zeitpunkt in Gefahr." Nahostbesuche, so fügte der Bundespräsident hinzu, fänden nie in einem „klinisch reinen Umfeld", sondern unter den konkreten politischen Bedingungen der Region statt. Gewiß hätten diese Bedingungen Auswirkungen. „Aber den eigentlichen Sinn der Reise berührt das nicht." Dieser Sinn bestehe keineswegs in einer aktuellen Lageanalyse, sondern darin, „daß sich die Völker durch ihre Repräsentanten begegnen".

Der Bundespräsident, der als zweites europäisches Staatsoberhaupt nach dem Franzosen François Mitterrand Israel besucht, wird morgen um zwölf Uhr von Staatspräsident Chaim Herzog auf dem Ben Gurion-Flughafen mit militärischen Ehren empfangen werden. Herzog hat schon im voraus die „tiefe historische Bedeutung" der Staatsvisite gerühmt.

Nach einem Begrüßungszeremoniell im Rosengarten der Knesset, des israelischen Parlaments, und einem Mittagessen mit Staatspräsident Herzog werden Richard und Marianne von Weizsäcker am Nachmittag die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem aufsuchen. Dabei werden sie auch einer zufällig zeitlich damit zusammenfallenden Ehrung für eine Deutsche (Frau Anny Kreddig aus Berlin) beiwohnen, die während der Hitlerzeit Juden gerettet hat.

Schon am ersten Besuchstag ist außerdem ein Gespräch mit Ministerpräsident Shimon Peres vorgesehen. Weizsäcker wird den Regierungschef ein zweites Mal am Donnerstag in der Hütte des Staatsgründers David Ben Gurion im Kibbuz Sde Boker im Herzen der Negevwüste treffen, wo Ben Gurion seine letzten Jahre verbracht hat. Peres, ein Schüler und glühender Verehrer des ersten israelischen Regierungschefs, wird den Bundespräsidenten durch das von Ben Gurion konzipierte Institut für Wüstenforschung führen.

Weitere wichtige Programmpunkte der dreieinhalb Besuchstage sind ein Gespräch mit Parlamentspräsident Hillel, ein privater Besuch der Heiligen Stätten in der Jerusalemer Altstadt, ein Mittagessen mit Bürgermeister Teddy Kollek, der Weizsäcker als einen „Freund Israels" schätzt, ein Besuch der Hebräischen Universität, ein Abstecher nach Haifa und eine abschließende Fahrt nach Tel Aviv, wo dem Bundespräsidenten im Weizmann-Institut die Ehrendoktorwürde verliehen wird.

Als Gegenveranstaltung zum Bankett des Staatspräsidenten wird Weizsäcker am Mittwochabend kein Essen geben, sondern den Ehrengästen ein Konzert des Kammermusikorchesters der Jungen Deutschen Philharmonie mit dem Cellosolisten Mischa Maisky im Jerusalemer Städtischen Theater bieten. Neben Haydn und Mozart werden zwei israelische Komponisten – Josef Tal und Chaya Shwartz – gespielt werden. Anschließend gibt es einen Empfang mit Büffet im Theaterfoyer.

Als besonderen Schwerpunkt empfindet der Bundespräsident ein für Donnerstag vorgesehenes Gespräch mit israelischen Jugendlichen im Van Leer-Institut, von dem er sich einen „lebendigen Meinungsaustausch" verspricht.

Generell sieht Weizsäcker, der unter anderem von Bundeaußenminister Hans-Dietrich Genscher, Staatssekretär Klaus Blech und prominenten Wissenschaftlern begleitet wird, seinen Israel-Besuch unter zwei Gesichtspunkten:

1. Die Reise findet im 40. Jahr nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und des NS-Regimes sowie im 50. Jahr nach dem Erlaß der Nürnberger Rassengesetze statt. Kommentar des Bundespräsidenten: „Die Lebendigkeit der Erinnerung wird ein Schwerpunkt des Besuches sein. Aber ich werde auch in Israel sagen, was meine Erfahrung ist, daß ich die Vermutung, es gebe bei uns einen Verdrängungsvorgang hinsichtlich der Vergangenheit, nicht bestätigen kann." Vielmehr gehe die Beschäftigung mit dem 40. Jahrestag des Kriegsendes sehr tief und in die Breite quer durch alle Generationen.

2. Die Reise soll auch bekunden, daß in Deutschland ein lebendiges Interesse für die Situation und das Wohlergehen des heutigen Israel besteht.

„Beide Dinge haben nebeneinander und im Zusammenhang ihr Gewicht", betonte Weizsäcker.

„Ein Überlebenskampf"

FDP-Landesparteitag Schleswig-Holstein zur Kommunalwahl

GEORG BAUER, Kiel

Die Freien Demokraten Schleswig-Holsteins haben sich auf ihrem Landesparteitag in Harreslee gegen einen Rahmenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA über die Zusammenarbeit bei Forschungen zum SDI-Projekt ausgesprochen. In dem mit überwältigender Mehrheit angenommenen Antrag heißt es, die Bundesrepublik dürfe in Europa nicht zum Vorreiter der Weltraumrüstung und zum Außenseiter im Kreise der europäischen NATO-Partner werden.

Auf dem Parteitag, der der Vorbereitung auf die Kommunalwahl am 2. März dient, hatte Landeschef Wolf-Dieter Zumpfort zuvor die Bedeutung dieser Wahl für die im Landtag nicht mehr vertretene FDP betont. Der Wahlkampf sei nicht nur Bewährungsprobe, sondern vielfach „Überlebenskampf", der den anderen Parteien ein „untrügliches Zeichen" darüber gebe, „wie es um uns bestellt ist".

Als Programm und Ziel formulierte Zumpfort die Stärkung des kommunalen Elements. „Die Freiheit der Gemeinden, Städte und Kommunen habe nur noch auf dem Papier Verfassungsrang," meinte er. Nach Meinung der FDP hat das seit Jahrzehnten währende Regiment der CDU in Kiel zu einer Verkrustung der Strukturen und einer Bevormundung der kommunalen Selbstverwaltung geführt.

Auf Beschluß der Delegierten soll daher die Parlamentarische Arbeitsgemeinschaft der FDP einen Gesetzesentwurf zur Reform des Landesverwaltungsgesetzes und der Gemeindeordnung erarbeiten. Angestrebt wird unter anderem die Direktwahl der Bürgermeister, Amtsbürgermeister und Landräte. Außerdem sollen öffentliche Anhörungen eingeführt und die Wähler Einfluß auf die Reihenfolge der Kandidaten erhalten. Weiter fordert die FDP, daß jeder Kommunalvertreter seine Interessenverbindungen offenlegen müsse und die Einflußmöglichkeiten der Körperschaften begrenzt werden müßten, die keine unmittelbar vom Bürger gewählten Entscheidungsgremien haben.

Die FDP, die bei der Kommunalwahl 1982 im Landesdurchschnitt 6,8 Prozent erreicht hatte, ein Ergebnis, das „wir hoffentlich wiedererhalten", scheint personell für die Wahl gerüstet. Schwierigkeiten mit der Aufstellung von Kandidaten hat sie nur im Raum Schleswig/Flensburg.

Ein Signal von Siemens an Rau

WILM HERLYN, Bonn

Der Druck auf die nordrhein-westfälische SPD-Landesregierung beim Projekt Schneller Brüter in Kalkar wird zunehmend stärker. Zwar konnte sie noch auf dem kürzlichen SPD-Landesparteitag in Oberhausen die Delegierten gegenüber Bonn auf eine hinausschiebende Taktik einschwören, auch wenn die Stimmung in der Basis eindeutig gegen die Brütertechnologie gerichtet ist. Nun aber meldet sich die Wirtschaft mit eindeutigen Kommentaren zu Wort.

Als Zeichen dafür wird ein mahnender Brief des Vorstandsmitgliedes der Siemens AG in München, Professor Karl Heinz Beckurts, gewertet. Daß dieses Signal ausgerechnet von Siemens kommt, macht die Düsseldorfer Staatskanzlei und das Wirtschaftsministerium besonders betroffen. Denn dieser Elektronik-Konzern gehört zu den wenigen Unternehmen, die in NRW gezielt in Zukunftstechnologie investieren und darum von der SPD gern als Aushängeschild für ihre Wirtschaftspolitik benutzt wird.

Beckurts äußerte gegenüber Ministerpräsident Johannes Rau, er sei „sehr betroffen", daß dessen Kabinett dem SNR 300 „sehr negativ gegenüberzustehen scheint". Er bedauerte, daß in der bisherigen Diskussion um Kalkar die Frage vernachlässigt worden sei, welcher Schaden für die deutsche Wirtschaft entstehe, wenn das Projekt aus politischen Erwägungen abgebrochen werden müßte.

Beckurts sieht diesen Schaden in zweifacher Hinsicht: „Zum einen würde die Bundesrepublik Deutschland als Partner in einer europäischen spitzentechnologischen Zusammenarbeit unglaubwürdig werden – eine denkbar schlechte Voraussetzung für die nun anstehenden Verhandlungen über die Ausgestaltung des Eureka-Programms. Es ist schwer vorstellbar, daß die holländischen und belgischen Nachbarn von NRW noch einmal ein zukunftsgerichtetes Projekt gemeinsam mit der Bundesrepublik Deutschland beschließen würden, wenn sie im Falle des Kernkraftwerks Kalkar aus für sie uneinsichtigen Gründen eine Fehlinvestition von weit mehr als einer Milliarde Mark zu beklagen hätten. Auch Frankreich, Italien und Großbritannien würden hieraus Vorbehalte für eine europäische technologische Zusammenarbeit herleiten."

Beckurts schreibt weiter, er sehe „einen erheblichen Schaden für das internationale Ansehen der exportorientierten deutschen Wirtschaft, wenn es der Bundesrepublik Deutschland nicht gelingt, eine begonnene und mit 6,5 Milliarden Mark öffentlich und privat finanzierte Zukunftsinvestition zu vollenden. Der Verlust an Vertrauen in deutsche Ingenieurskunst und in deutsche Managementfähigkeiten wäre groß, mit nachteiligen Folgen für den Export hochtechnologischer Spitzenerzeugnisse."

Das Bestreben, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu steigern, würde einen Rückschlag erleiden. Darüber hinaus könne von einer negativen Haltung der Landesregierung ein von niemand gewünschter „Abschreckungseffekt" für die Neuansiedlung von Wirtschaftsbetrieben mit anspruchsvoller Zukunftstechnologie ausgehen.

Kalkar bedeute weder die „Entzündung des Höllenfeuers" (SPD-Landtagsfraktionschef Friedhelm Farthmann) noch den „irreversiblen Schritt in die Plutoniumwirtschaft" (SPD-Antrag in Oberhausen). Er sei vielmehr „die konsequente Absicherung einer Option auf langfristige Energieversorgung".

Karl Heinz Beckurts machte aber auch deutlich: „Ein durch sicherheitstechnische Argumente nicht vertretbarer Abbruch des Projektes aus politischen Gründen würde unserem Lande Schaden zufügen und von späteren Generationen beklagt werden."

Deng zeigt sich enttäuscht von Gorbatschow

JOCHEN HEHN, Peking

Über die Entwicklung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen zeigte sich der starke Mann Chinas, Deng Xiaoping, in seinem Gespräch mit dem CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß enttäuscht. Die Hoffnungen, die Peking auf den neuen Parteichef Gorbatschow gesetzt habe, hätten sich trotz des Wunsches der chinesischen Regierung, zu einer friedlichen Nachbarschaft zu kommen, nicht erfüllt: „Bis jetzt ist nicht die Spur einer Verbesserung zu sehen", sagte Deng wörtlich und verwies darauf, daß vor einer grundlegenden Verbesserung der Beziehungen China auf der Erfüllung seiner drei Forderungen bestehe, und zwar: 1. die Räumung Afghanistans von sowjetischen Truppen, 2. die Beendigung der Unterstützung Vietnams bei der Besetzung Kambodschas und 3. der Abbau der sowjetischen Truppenverbände entlang der gemeinsamen Grenze mit der Sowjetunion und der Mongolischen Volksrepublik.

Die Äußerung Dengs über das Verhältnis Chinas zur Sowjetunion wird allerdings relativiert durch die Ankündigung der chinesischen Regierung, daß die Außenminister beider Staaaten in naher Zukunft zu Gesprächen zusammentreffen wollen. Da beide Minister, Schewardnadse und Wu Xueqian, Mitglieder des Politbüros ihrer Länder sind, läßt dies eher den Schluß zu, daß sich die Beziehungen zwischen Moskau und Peking – ungeachtet jener drei bestehenden Hindernisse – ständig verbessern. Dafür sprechen auch die zahlreichen beiderseitigen kulturellen und noch mehr die extensiven wirtschaftlichen Kontakte. Trotz der enttäuschten Erwartungen Deng Xiaopings sind Sowjets und Chinesen also auf dem besten Wege, ihr Verhältnis zu normalisieren.

Zu Beginn ihres einstündigen Meinungsaustausches erwiesen sich Deng und Strauß artige Höflichkeiten. Beide „Politiker der alten Garde" waren vor elf Jahren schon einmal in Peking zusammengetroffen. Deng, von Strauß auf seine gute Konstitution angesprochen, meinte, er freue sich darauf, 1997 nach Hongkong zu fahren. Deng wäre dann 93 Jahre alt.

An dem Gespräch in der Großen Halle des Volkes nahmen neben CSU-Generalsekretär Tandler auch Vertreter des bayerischen Wirtschaftslebens teil.

Afghanistan: Sowjets jagen Ärzte und Journalisten

Angriffe auf Krankentransporte / Appell Todenhöfers

WALTER H. RUEB, Bonn

Die sowjetischen Besatzungstruppen machen im Innern Afghanistans Jagd auf Ärzte im Dienst des Widerstands sowie auf ausländische Journalisten in Begleitung von Mudschahedin. Dies geht aus Berichten von Flüchtlingen, Widerstandsorganisationen sowie westlichen Diplomaten und Geheimdiensten hervor. Ziel ist es, die medizinische Versorgung des Widerstandes weiterhin zu verhindern oder zu erschweren sowie den Völkermord am Hindukusch ohne Augenzeugen weiter zu betreiben.

Der 32jährige deutsche Arzt Frank Paulin vom Bonner Afghanistan-Komitee kehrte vor kurzem vom Einsatz in dem besetzten Land nach Deutschland zurück – durch Strapazen und Krankheit um acht Kilo leichter. Paulin berichtete, daß die fünf Hospitäler des Afghanistan-Komitees (Konto 9019 bei Banken und Sparkasse von Bonn) unterirdisch angelegt worden seien, um sie vor Bombenangriffen der Sowjets zu schützen.

Nach Paulins Angaben sind die Krankenstationen während der Abwesenheit der deutschen Ärzte von afghanischen Kollegen besetzt. „Zwei sind seit mehreren Wochen vermißt" sagte er. „Wir wissen wegen der sowjetischen Offensive im Osten Afghanistans nichts über ihr Schicksal."

Im Norden Afghanistans suchten sowjetische Truppen nach fünf Ärzten von der französischen Organisation „Médecins sans frontières", die in der Nähe der Stadt Mesar-i-Scherif in einem Hospital arbeiteten. Die Ärzte konnten sich in Sicherheit bringen, zahlreiche Widerstandskämpfer aber wurden von den Sowjetarmisten während ihrer tagelangen Suchaktion getötet.

Spenden noch notwendiger

Im Westen Afghanistans hatte der mit deutschen Spendengeldern finanzierte Verein für afghanische Flüchtlingshilfe (Konto 07 481 106 bei der Deutschen Bank in Bonn) mehrere Todesopfer unter seinen medizinischen Mitarbeitern zu beklagen. Bei einem sowjetischen Hubschrauberangriff auf einen Krankentransport wurden drei verwundete Mudschahedin, der Fahrer des mit dem Rotkreuz-Zeichen bemalten Wagens sowie der begleitetende afghanische Arzt Sehair Ahmad getötet.

Wie der CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Todenhöfer bekanntgab, war kurz zuvor auch die Sanitätsstation des Vereins in Herat durch Bombardierungen völlig zerstört worden. Todenhöfer: „Dabei kam der Krankenpfleger Nader Schah ums Leben; ferner wurden drei Patienten und zwei Helfer getötet, zwei Patienten schwer verletzt. Der Verein für afghanische Flüchtlingshilfe hat zur Zeit zehn afghanische Ärzte und 40 Pfleger in Afghanistan im Einsatz."

Jürgen Todenhöfer, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages und Schirmherr des Afghanistan-Komitees sowie Förderer des Vereins für afghanische Flüchtlingshilfe, sagte ferner: „Der Krieg in Afghanistan hat seit dem Machtantritt von Gorbatschow in erschreckender Weise an Grausamkeit und Brutalität zugenommen. ... Daher ist es dringend notwendig, die gequälte afghanische Bevölkerung durch Spenden zu unterstützen."

Tausend Dollar pro Kopf

Noch mit größerer Intensität verfolgen die Sowjets neuerdings ausländische Journalisten. „Sie sind wütend, daß Verfolgung, Gefangennahme und Verurteilung des französischen Fernsehreporters Abouchar Ende 1984 ihre abschreckende Wirkung verloren hat", sagte ein Informant zur WELT. „Jetzt haben die Russen Prämien von tausend Dollar für Hinweise auf einreisende Journalisten ausgesetzt. Wenn man weiß, daß der KGB im benachbarten Pakistan, von wo die Medienvertreter einreisen müssen, über 8000 Spitzel verfügt, kann man die drohenden Gefahren ermessen."

Im Raum Kandahar im Süden Afghanistans konnten die Sowjets bei der Journalisten-Jagd wenigstens einen Teilerfolg buchen: Ein amerikanischer Journalist fiel ihnen zwar nicht in die Hände, wurde bei einem Gefecht jedoch getötet. Drei andere Amerikaner wurden verletzt. Sogar die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass berichtete über den Fall.

Nach Enthüllungen von Insidern haben die sowjetischen Truppen Befehl, westliche Journalisten lebend zu fangen. Ein Informant zur WELT: „Ziel ist es, sie in einem aufsehenerregenden Schauprozeß zu verurteilen – nach Möglichkeit nicht nur wegen illegalen Grenzübertritts und Kollaboration mit Konterrevolutionären, sondern wegen Spionage für westliche Geheimdienste."

Vorerst nur Wachen und Lauern vor Mururoa

In Neukaledonien dagegen entspannt sich die Lage

A. GRAF KAGENECK, Paris

Während sich die Mannschaften der inzwischen vor dem Atomversuchsatoll Mururoa eingetroffenen sechs Schiffe der „Greenpeace"-Flotte und Matrosen der französischen Kriegsmarine seit vier Tagen Schaukämpfe an der Grenze des französischen Territorialgewässers liefern, die ein französischer Admiral als „Kintopp" bezeichnete, richten sich die Blicke der französischen Öffentlichkeit erneut auf Neukaledonien. Dort scheint sich trotz des nicht gerade ermutigenden Ergebnisses der Regionalwahlen am 29. September eine Wende zu vollziehen. Die beiden sich bisher unversöhnlich gegenüberstehenden großen politischen Parteien des 150 000 Einwohner zählenden Archipels, die für den Verbleib bei Frankreich eintretende „Sammlungsbewegung des kaledonischen Volkes für die Republik" (RPCR) und die für eine unabhängige „Republik Kanaky" kämpfende „Nationale kanakische und sozialistische Befreiungsfront" (FNLKS) haben sich gegenseitig versprochen, das Kriegsbeil zu begraben und gemeinsam am Wiederaufbau des Landes zu arbeiten.

Im November 1984 hatten Wahlen für die Territorialversammlung eine erdrückende Mehrheit für die von dem Melanesier Dick Ukeiwé geführte RPCR gebracht, da sie von der FNLKS boykottiert worden waren. Gegen die Aufoktroyierung eines neuen Statuts für die Insel, von der Pariser sozialistischen Regierung im Dezember davor ausgearbeitet, kämpften nun FNLKS-Gruppen im ganzen Land militant an. Auf der anderen Seite kämpfte die RPCR, unterstützt von Oppositionsparteien in Paris, gegen die offen erklärte Absicht der Sozialisten, das Territorium allmählich in eine „Unabhängigkeit an der Seite Frankreichs" zu überführen. Der von Präsident Mitterrand an Ort beorderte „Sonderkommissar" Pisani konnte die beiden Parteien nicht aussöhnen.

Zusammen mit Premierminister Fabius arbeitete der Kommissar, inzwischen zum Kaledonien-Minister avanciert, ein neues territoriales Statut aus: Das Archipel wurde in vier Regionen aufgeteilt, deren jede einen eigenen „Regionalrat" zu wählen habe. Dieser sollte dann die Region weitgehend unabhängig verwalten. Jede Region sollte Delegierte zu einer übergeordneten „Territorialversammlung" aus 46 Mitgliedern entsenden, die das Territorium jedoch nur nach außen zu vertreten hatte. Die Wahlen vom 29. September zeitigten dann das Ergebnis, das der inzwischen eingetretenen Spaltung der beiden Bevölkerungsteile in eine europäische und eine melanesische Gruppe entsprach: In den drei Regionen Nord, Mitte und Loyalitätsinseln eroberte die FNLKS die Mehrheit der Sitze in den Räten, nur in der von 85 000 europäischen Siedlern und Händlern bewohnten Region Süd mit der Hauptstadt Numea konnte die RPCR eine klare Mehrheit für ihre Kandidaten erzielen. Die Bevölkerungsverteilung in 42,5 Prozent melanesische Urbevölkerung und 67,5 Prozent Zuwanderer europäischen und pazifischen Ursprungs bewirkte jedoch, daß die RPCR die Mehrheit in der Territorialversammlung mit 26 von 46 Sitzen hat.

Die Gegner der Unabhängigkeit nahmen das Ergebnis nicht an und pochten auf ihre Mehrheit in der Territorialversammlung. FNLKS-Chef Jean-Marie Tschibao verlangte die sofortige Unabhängigkeit. Oppositionsführer Jacques Chirac in Paris versprach den europäischen Siedlern, daß eine mögliche neue Regierung in Paris nach den Wahlen vom kommenden März unverzüglich ein Referendum ansetzen werde, das mit Ja oder Nein auf die Frage zu antworten habe, ob Neukaledonien Bestandteil der Republik Frankreich bleiben will. Edgar Pisani zeigte sich optimistisch. Der studierte Ethnologe setzt auf die Bevölkerungsentwicklung, die für den FNLKS arbeitet. „Die Europäer nehmen ab, und die melanesische Bevölkerung wächst um vier Prozent pro Jahr", erklärte der Minister der WELT. Allmählich werde so der Gegensatz zwischen den beiden Einwohnergruppen verschwinden. Gewalt indes, so Pisani, sei nicht auszuschließen. Besonders dann, wenn nach einem Regierungswechsel in Paris die heutige Opposition ein Referendum ansetzt. Pisani: „Die FNLKS wird diesmal nicht boykottieren, sie wird es blutig bekämpfen."

Der erste Zusammentritt der neuen Regionalräte am Freitag voriger Woche, auf der die vier Vorsitzenden gewählt wurden, brachte nun das überraschend ermutigende Ergebnis. Allerdings können die grundsätzlichen Gegensätze jederzeit wieder aufbrechen. So wie die Schaukämpfe vor Mururoa unversehens in ernste Zwischenfälle münden können.

Ägyptischer Amokläufer erschießt sieben Israelis

Kairo bedauert Vorfall im Sinai / Angst vor Verantwortung

EPHRAIM LAHAV, Eilat

Ein Soldat, der – so der ägyptische Geschäftsträger in Tel Aviv – plötzlich einen Tobsuchtsanfall erlitt, erschoß Samstag nachmittag sieben israelische Wochenendtouristen, darunter vier Kinder, und verletzte zwei weitere. Als ihm sein vorgesetzter Offizier befahl aufzuhören, richtete er das Feuer auch auf ihn und mehrere seiner Kameraden. Der Offizier brach tödlich getroffen zusammen.

Der Zwischenfall ereignete sich bei Ras Burka, etwa 45 Kilometer südlich von Eilat. Dort gibt es eine Aussichtswarte auf einem hohen Sandhügel. Der Soldat stand auf dem Hügel und schoß auf die Israelis. Augenzeugen berichten, die anderen ägyptischen Soldaten waren wie erstarrt. „Wir verstanden einfach nicht, warum die ägyptischen Soldaten den Tollwütigen nicht angriffen. Er stand exponiert und hätte ohne weiteres unschädlich gemacht werden können", so Frau Misrachi aus Tel Aviv.

Präsident Mubarak sandte noch Samstag abend ein Beileidstelegramm an Premier Peres und kündigte an, der Soldat werde vor Gericht gestellt werden. Außenminister Meguid und Verteidigungsminister Ghazala sprachen dem Israels Botschafter in Kairo ihr Beileid aus.

Premier Peres hat zwar verlauten lassen, er akzeptiere die Erklärung, es sei ein Tobsuchtsanfall gewesen und kein vorsätzlicher Mord. Aber ungeklärt ist, warum die ägyptischen Truppen in Ras Burka den Opfern des Angriffs jegliche Hilfe verweigerten. Schon jetzt ist erwiesen, daß zumindest einige der sieben Todesopfer bei rechtzeitiger ärztlicher Hilfe hätten gerettet werden können. Sogar erste Hilfe von Laien hätte genügt.

Erste Hilfe hätte genügt

Edward Chardon, Chefarzt des Joseftal-Krankenhauses in Eilat, sagte: „Sie sind buchstäblich verblutet. Als die Toten um 11 Uhr abends bei uns ankamen, waren ihre Kleider, die Laken und die Tragbahren vollgetränkt mit frischem Blut. Das heißt, sie müssen während des Transportes gestorben sein. Einfacher ärztlicher Beistand hätte zumindest einigen von ihnen das Leben gerettet." Der ägyptische Geschäftsträger in Tel Aviv, Mohammed Bassiouni, wies diese Vorwürfe als „haltlos" zurück: „Im Gegenteil, wir haben alles, was nur möglich war, getan, um den Verletzten zu helfen."

Dem stehen die Berichte von Augenzeugen entgegen. Frau Deborah Obadiah aus Jerusalem erzählt: „Mit uns waren ein Arzt, ein Medizinstudent und fünf Sanitäter. Sie flehten die Ägypter an, aber diese zogen ihre Waffen und drohten: Wer hingeht, wird erschossen." Josef Tavino, ebenfalls aus Jerusalem, berichtet mit Verbitterung: „Die Verletzten lagen dort in der Sonne auf dem Sand und bluteten, während wir zusehen mußten. Auch nachdem die Schießerei schon aufgehört hatte, erlaubten uns die Ägypter nicht hinzugehen."

Nicht das erste Mal

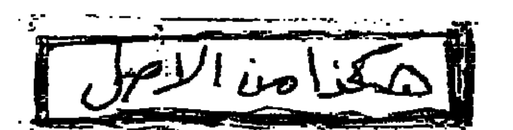
Erst nach zwei Stunden durften vier Leichtverletzte nach der Oase von Nueba gebracht werden, wo ein ägyptischer Arzt stationiert ist. Doch als diese vier spät nachts in das Krankenhaus von Eilat gelangten, stellte sich heraus, daß ihnen auch der ägyptische Arzt keine Hilfe geleistet hatte. Nicht einmal einen Verband hatte er ihnen angelegt.

Auch die Übermitthung der Nachricht nach Israel wäre fast verhindert worden. Erst eine israelische Ausflüglerfamilie, die mit ihrem Wagen noch rechtzeitig der ägyptischen Straßensperre bei der Unglücksstelle entkommen war, brachte die Nachricht zum israelischen Grenzposten bei Taba. Gesundheitsminister Motta Gur erklärte: „Über einen solchen Vorfall kann keine Regierung in der Welt hinwegschreiten. Wir müssen von den Ägyptern eine ausreichende Erklärung verlangen."

Der Knesset-Abgeordnete Eliahu Ben-Elissar, der Israels erster Botschafter in Kairo war, schreibt das Ganze der ägyptischen Mentalität zu: „So wie ich die Ägypter kenne, haben sie nicht aus Schlechtigkeit gehandelt, sondern aus Furcht vor der Verantwortung. Wenn ein großes Unglück geschieht, versucht jeder, es von sich abzuwälzen. Er läßt alles unangetastet – auch die Verwundeten – und läßt auch keinen anderen etwas antasten, bis Befehle von oben kommen. Der kleine Mann ist ratlos."

Israelis weisen darauf hin, daß sich im Oktober des letzten Jahres ein ähnlicher Vorfall mit einer deutschen Reisegruppe im Sinai ereignet hatte. Auch damals mußten die Verletzten vier Stunden lang warten, ehe sie aus dem Sinai nach Eilat zurückfahren durften. Einige überlebten es nicht.

(SAD)



Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat den bayerischen Staatsminister Karl Hillermeier gebeten, die gewalttätigen Auseinandersetzungen am 28. September in Frankfurt und die bundesweiten Folgeaktionen auf die Tagesordnung der Innenminister-Konferenz am 16./17. Oktober zu setzen. Es sei unerläßlich, die innen- und rechtspolitischen Konsequenzen, die sich aus den Ereignissen nach dem Tod von Günter Sare ergeben hätten, zu erörtern. Zimmermann verlieh seiner Bitte an den Vorsitzenden der Innenminister-Konferenz mit einer Dokumentation über die Folgeaktionen vom schleswig-holsteinischen Tornesch bis Nürnberg und von Aachen bis Berlin Nachdruck. Sie enthält fast lückenlos Demonstrationen, Barrikadenbau, Brandstiftungen, Sprühaktionen, Sachbeschädigungen, Gewalttätigkeiten und Körperverletzungen. Und sieenthält auch Angaben über Festnamen, Gewahrsamnahme und Schaden. Diese sind in ihrer Gesamthei noch nicht ermittelt. Drei Zahlen aber stehen bereits fest: allein in Fankfurt gingen bis zum 2. Oktober 23 Strafanzeigen wegen Sachbeschädigung ein. Die Schadenshöhe beträgt 795 000 Mark, wobei der Sachschaden bei Mercedes in Frankfurt mit zwei Millionen Mark unberücksichtigt blieb.

Dokumentation der Gewalt

Baden-Württemberg

Baden-Baden, 1. 10.: Brandstiftung an vier Pkw, Täter unbekannt, Schaden 20 000 Mark.

Freiburg, 29. 9.: Glasbruch an Banken, Geschäften und Versicherungsgebäuden durch 80 vermummte Täter, Schaden an insgesamt 17 Objekten 150 000 Mark, sechs Festnahmen. Steinwürfe auf Passanten und Polizisten durch Angehörige der Hausbesetzerszene.

3. 10.: Klebeaktion: Gefahrzeichen mit behelmtem Polizisten, der einen Schlagstock hebt und mit einem Fuß auf einer am Boden liegenden Person steht; Aufschrift „Mörder".

Karlsruhe, 29. 9.: Entzünden von Sperrmüll auf der Straße und Beleidigung der Polizei auf Transparenten durch linke Punker-Szene.

30. 9.: Spontandemonstration mit Verkehrsbehinderung.

Mannheim, 30. 9.: Glasbruch bei der Commerzbank und Geschäften mit anschließender Plünderung von Auslagen durch 50 Personen; acht Festnahmen.

Stuttgart, 30. 9.: Sprühaktion an Polizeiposten.

1. 10.: Spontandemonstration von 350 Angehörigen der linksextremen Szene sowie Punker, mit Sachbeschädigung an Geschäften und Funkstreifenwagen. Vier Polizeibeamte und ein Vertreter der Stadt verletzt, vier Personen festgenommen, 261 in Gewahrsam genommen.

Tübingen, 29. 9.: Spontandemonstration mit 150 Teilnehmern, davon 40 vermummt. Sprühaktionen gegen Deutsche Bank und Funkstreifenwagen durch linksextreme und autonome Szene; mehrere tausend Mark Schaden.

Ulm, 30. 9.: Spontandemonstration mit 50 Teilnehmern.

2. 10.: Verkehrsblockaden und Sachbeschädigungen an Autos und Schaufenstern durch 80 Personen; zwei Festnahmen.

Bayern

Erlangen, 30. 9.: Glasbruch und Sprühaktionen an Firmen und am Adenauerhaus.

München, 29. 9.: Spontandemonstration von 50 Personen mit Glasbruch an Geschäften und Sachbeschädigung an Privatautos und Funkstreifenwagen; elf Festnahmen.

3. 10.: Kundgebung von 120 Angehörigen des „Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD" und 30 Punks. Der Veranstaltungsleiter bezeichnete die Polizei als „Mörder".

Nürnberg, 29. 9.: Spontandemonstration von 200 Personen mit Beleidigung der Polizei auf Transparenten.

Berlin

29. 9.: Spontandemonstration von 200 Angehörigen der Hausbesetzerszene mit Glasbruch an Geschäften, Barrikadenbau mit Bauwagen und Containern, Blockierung der Fahrbahn durch Krähenfüße, Sachbeschädigung an Einsatzfahrzeugen von Polizei und Feuerwehr, Brandstiftung in neun Fällen und Verletzung von neun Polizeibeamten; sechs Festnahmen, 20 Personen in Gewahrsam genommen.

30. 9.: Schweigemarsch der „Alternativen Liste" mit 1600 Teilnehmern; erneut Barrikadenbau, Brandstiftung, Sachbeschädigung und Verletzung von vier Polizeibeamten. Zehn Festnahmen, 45 Personen in Gewahrsam genommen.

Bremen

29. 9.: Spontandemonstration mit 100 teilweise vermummten Personen, Stein- und Feuerwerkskörperwürfe auf Polizisten und Polizeifahrzeuge, versuchter Barrikadenbau, Beschädigung von Polizeifahrzeugen, Glasbruch an Geschäften und Polizeidienstgebäuden; 25 000 Mark Schaden.

Hamburg

29. 9.: Glasbruch bei 102 Geschäften, Deutscher Bank und Dresdner Bank sowie Diebstahl aus Schaufensterauslagen in den Stadtteilen Altona, Eimsbüttel, Othmarschen und Ottensen; Schadenshöhe mehrere 100 000 Mark; Molotowcocktail-Wurf gegen Hochbahn in Eppendorf; Würfe mit Brandsätzen und Steinen, Schießen mit Stahl- und Glaskugeln, Errichten und Entzünden von Barrikaden, Brandanschläge gegen Polizeigebäude und -Sportheim sowie Funkstreifenwagen, Zerstechen von Reifen an Polizei- und Privatfahrzeugen in St. Pauli durch 100 Angehörige der Hausbesetzerszene; zwölf Festnahmen, 45 Personen in Gewahrsam genommen.

30. 9.: Glasbruch und Brandstiftung bei Karstadt in Eimsbüttel, Schaden 10 000 Mark; Glasbruch und Brandstiftung bei der Sparkasse Eppendorf; Brandanschlag auf das Kaufhaus Karstadt in Langenhorn, Schaden 500 000 Mark; Glasbruch und Brandstiftung bei der Sparkasse Winterhude, Schaden 400 000 Mark.

1. 10.: Glasbruch und Brandstiftung bei der Sparkasse Altona, erheblicher Schaden; Sprühaktion an Elektrizitäts- und Gaswerk und Beleidigung der Polizei durch Parolen in der Altstadt; Brandanschlag gegen Bezirksamt Hamburg-Nord in Eppendorf vorbereitet; Brandsätze und Benzinkanister sichergestellt und vier Personen festgenommen; Glasbruch und versuchte Brandstiftung bei der Polizei in Horn; Brandstiftung beim Arbeitsamt Uhlenhorst.

3. 10.: Sachbeschädigung durch Salzsäure an Fahrkartenautomat der Bundesbahn in Altona; Brandanschlag durch drei Molotowcocktails im Albert-Schweitzer-Gymnasium in Klein-Borstel; Brandanschlag gegen Fahrzeuge der Hamburger Elektrizitätswerke in Volksdorf; zwei Busse ausgebrannt, an weiteren acht Fahrzeugen insgesamt 29 Reifen zerstochen.

Hessen

Darmstadt, 30. 9.: Glasbruch und Brandstiftung bei der Sparkasse, Schaden 100 000 Mark.

Frankfurt, 28. 9.: Gegendemonstration zur NPD-Veranstaltung mit 700 Personen, darunter harter Kern der Startbahn-West-Szene. Flaschen- und Steinwürfe gegen Polizei und unbeteiligte, Errichten und Inbrandsetzen von Barrikaden, Glasbruch und Brandstiftung an Geschäften und Firmen, Verletzung von 22 Polizeibeamten und zwei Unbeteiligten, Beschädigung von polizeilichem Gerät und Einsatzfahrzeugen, versuchter Brandanschlag auf Kraftfahrabteilung beim Polizeipräsidium; zwei Personen festgenommen, zwei in Gewahrsam genommen, Schaden 2 200 000 Mark, bei Mercedes allein zwei Millionen.

29. 9.: Protestdemonstration gegen Vorfälle am 28. 9. mit 1400 Personen, darunter die Startbahn-West-Szene. Angriffe auf Polizei- und Privatautos, Verletzung von acht Polizeibeamten, Glasbruch bei zehn Geschäften und Versicherungen, Plünderungen in drei Fällen; 255 Personen in Gewahrsam genommen.

30. 9.: Mahnwache mit 450 Personen; bei Anschlußaktionen mit 120 Personen Sachbeschädigungen an Funkstreifenwagen und Geschäften; eine Festnahme.

1. 10.: Gedenk- und Protestkundgebung der Grünen aus Anlaß des Todes von Günter Sare mit 1500 Personen; bei Anschlußaktionen mit 250 Personen Errichten und Inbrandsetzen von Barrikaden, Glasbruch in mindestens fünf Fällen, Verletzung von zwei Polizeibeamten und acht Zivilpersonen. 98 Personen in Gewahrsam genommen, Schaden 100 000 Mark.

2. 10.: Veranstaltung des „Umlandverbandes der Grünen" mit 100 Teilnehmern, darunter Alexander Schubart; fingierte Anrufe über angebliche Ausschreitungen, mehrere Bombendrohungen.

3. 10.: Spontanversammlung anläßlich der Stadtverordneten-Debatte zum Tod des Demonstranten Günter Sare mit 50 Personen, darunter 15 Angehörige des harten Kerns; drei Festnahmen.

4. 10.: Brandanschlag auf die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung; Brand wurde von der Polizei gelöscht.

Wiesbaden, 1. 10.: Glasbruch und Brandstiftung bei einem Fiat-Händler; 300 000 Schaden.

Niedersachsen

Braunschweig, 30. 9.: Spontandemonstration mit 150 Personen von autonomer Szene, Punkern und Türken; einige davon vermummt, bei Begleitaktionen Glasbruch an Polizeihauptgebäude.

Göttingen, 29. 9.: Sorgfältig vorbereitete Aktionen von 80 zum Teil vermummten Angehörigen der „Militanten undogmatischen Linken" mit Glasbruch an 14 Geschäften, Karstadt sowie Deutscher Bank; Schaden 200 000 Mark.

30. 9.: Sachbeschädigung bei Banken und an Verkehrsschildern.

1. 10.: Errichten und Entzünden von Barrikaden sowie Sprühaktionen am Polizeidienstgebäude durch Punker und Angehörige der „Militanten undogmatischen Linken".

2.10.: Glasbruch und Sprühaktionen gegen Raiffeisen-Bank und Deutsche Bank. Spontandemonstration von 450 Punkern und Angehörigen der „Militanten undogmatischen Linken" in der Innenstadt.

Hannover, 29. 9.: Spontandemonstration mit 250 Angehörigen der autonomen und der Punk-Szene; bei Anschlußaktionen Glasbruch an Banken, Polizeigebäuden, Funkstreifenwagen und einer Spielhalle. Eine Festnahme, 60 000 Mark Schaden.

1. 10.: Bei Kundgebung von 150 Autonomen und Punkern aufgrund starker Polizeipräsenz Konzeptlosigkeit und deutliche Resignation. Im Anschluß Glasbruch bei Banken und dem Kaufhaus Woolworth; Schaden 13 000 Mark.

Hildesheim, 1. 10.: Sprühaktionen und Farbeier-Würfe gegen Fachhochschule der Polizei; eine Festnahme.

Nienburg, 2. 10.: Glasbruch bei der Deutschen Bank.

Northeim, 4. 10.: Glasbruch bei CDU-Geschäftsstelle, Sparkasse und drei Geschäften; eine Festnahme, Schaden 30 000 Mark.

Oldenburg, 30. 9.: Glasbruch an zwei Funkstreifenwagen.

Osternburg, 30. 9.: Glasbruch an Polizeiaußenstelle.

Syke, 2. 10.: Sprühaktion am Bahnhof.

Uelzen, 30. 9.: Sprühaktionen am Rathaus, gegen Geschäfte und die Polizei.

Winsen/Luhe, 30. 9.: Ablegen einer Bombenattrappe im Polizeirevier.

Nordrhein-Westfalen

Aachen, 1. 10.: Spontandemonstration („Trauermarsch") von 120 Angehörigen der DKP, VVN/BdA, AB, „Initiative schützt die demokratischen Rechte", „Friedensgruppen" Aachen und Geilenkirchen sowie der „Militanten undogmatischen Linken".

Bielefeld, 30. 9.: Glasbruch bei Quelle, Karstadt, AEG, einem Kino und einem Schuhgeschäft; Schaden 20 000 Mark. Am gleichen Tag Eingang eines „Bekennerschreibens" bei örtlichen Tageszeitungen. Spontandemonstration mit 160 Personen. Ausschreibungen und Vermummungsversuche konnten durch starke Polizeikräfte verhindert werden. Bei Anschlußaktion Molotowcocktail-Würfe in einen Raum des Landgerichts; Brandsätze gelöscht.

Bonn, 2. 10.: Glasbruch und Sprühaktion gegen eine Sparkasse.

Dortmund, 30. 9.: Spontandemonstration von 150 Angehörigen von SDAJ und autonomer Linken mit Farbbeutel-Würfen gegen Polizeigebäude.

1. 10.: Versuchter Brandanschlag auf zwei vor der Polizeidienststelle geparkte Funkstreifenwagen, Bombendrohung bei der Polizei.

2. 10.: Sprühaktion im Polizeipräsidium.

Duisburg, 30. 9.: Sprühaktionen bei fünf Polizeiwachen, Firmen und an Brückenpfeilern, 2000 Mark Schaden. Spontandemonstration von 300 Personen; zwei Festnahmen.

Düren, 30. 9.: Glasbruch und Wurf eines Brandsatzes gegen die Deutsche Bank.

Düsseldorf, 30. 9.: Glasbruch bei Polizeiwache und Meldestelle; 2400 Mark Schaden.

2. 10.: Schmierereien und Sprühaktionen, Glasbruch an Polizeiwache, Farbbeutel-Würfe gegen Polizeiwache, Sprühaktionen an Eisenbahnunterführungen und Plakatwänden.

Essen, 2. 10.: Sprühaktionen an Hauswänden.

Gelsenkirchen, 30. 9.: Sprühaktionen in neun Fällen bei öffentlichen Gebäuden, Transformatorenhäusern und Schaltkästen der Bundespost sowie an Plakattafeln.

Hagen, 2. 10.: Spontankundgebung von 23 Personen mit Flugblattverteilung. Inhalt: Tathergang beim Tod von Günter Sare beweist Schuld der Polizei.

Köln, 29. 9.: Spontandemonstration von 200 Angehörigen der autonomen Szene nach Aufruf über Störsender auf Frequenz von SWF 3.

30. 9.: „Radio Lästig" informiert über die „wahren Hintergründe" des Todes von Günter Sare und warnt davor, den Veröffentlichungen der Tagespresse zu glauben. Bombendrohung bei der „Kölner Rundschau".

Krefeld, 1. 10.: Sprühaktionen gegen fünf Objekte.

Mülheim/Ruhr, 1. 10.: Sprühaktionen bei der Polizei und an einer Brücke; 1500 Mark Schaden.

Münster, 30. 9.: Glasbruch und Buttersäure-Anschlag durch fünf Vermummte an Polizeinebenwache Hiltrup. Schmierereien bei Polizeinebenwache Geist. Glasbruch durch Vermummte bei Dresdner Bank und Stadtsparkasse; 16 000 Mark Schaden.

Recklinghausen, 30. 9.: Umfangreiche Sprüh- und Schmieraktionen entlang von Autobahnen, Bundesstraßen und in der Stadt.

Remscheid, 2. 10.: Schmieraktionen an 26 Objekten.

Siegen, 1. 10.: Sprühaktion an Uni/Gesamthochschule und Aufruf zu Protestaktion mit „Kranzniederlegung" am Polizeidienstgebäude.

Wuppertal, 30. 9.: Glasbruch an Rathaus, Polizeiwache, Funkstreifenwagen, Stadtsparkasse, bei Nixdorf und Mercedes. Schaden: 1600 Mark bei der Stadtsparkasse, 25 000 Mark bei Nixdorf und 12 000 Mark bei Mercedes. Sprühaktionen am Rathaus, bei der Polizei und bei Firmen. Brandanschlag gegen Polizeiwache.

Rheinland-Pfalz

Keine Meldungen eingegangen.

Saarland

Saarbrücken, 2. 10.: Schmieraktionen und Demonstration von 160 Personen.

Schleswig Holstein

Barsbüttel, 1. 10.: Brandanschlag auf Polizeistation; Wachraum brannte völlig aus.

Kiel, 30. 9.: Spontandemonstration mit 40 Teilnehmern.

List/Sylt 1. 10.: Spontandemonstration und Besetzung des Boden-Luft-Schießplatzes der Bundeswehr mit Aufsteigenlassen von Drachen. 25 Teilnehmer darunter der Bundestagsabgeordnete P. Werner von den Grünen.

Lübeck, 30. 9.: Spontankundgebung von 34 Angehörigen der alternativen Szene Glasbruch und Sprühaktion bei der CDU-Geschäftsstelle; 2500 Mark Schaden.

1. 10.: Spontankundgebung von zehn Personen. Sprühaktionen gegen zwei Häuser und versuchter Brandanschlag mit Molotowcocktails auf einen Funkstreifenwagen. Polizeibeamte wurden durch fingierten Anruf zum „Einsatzort" gelockt.

Neustadt, 1. 10.: Schmieraktionen an Schulen, Landeszentralbank und Post.

Pönitz, 1. 10.: Sprühaktion bei der Polizeistation.

Schleswig, 1. 10.: Transparent-Aktion an Autobahnbrücken mit öffentlichem Aufruf zu Straftaten; Sicherstellung von umfangreichem Material durch die Polizei.

Tornesch, 29. 9.: Glasbruch am Polizeidienstgebäude; 400 Mark Schaden.

WALTER H. RUEB



Trotz eines gerichtlich bestätigten Verbots wurde am Samstag in Frankfurt wieder demonstriert. Bilanz: Beschädigung von Polizeifahrzeugen und Privatautos, zertrümmerte Scheiben, 20 Verletzte, 15 Festnahmen. Ein Demonstrant wurde verletzt, als er gegen ein Polizeifahrzeug trat (unser Foto). FOTO: AP

Zurückhaltung gegenüber Distanzwaffen

Gespräch mit dem Frankfurter Polizeipräsidenten Karl-Heinz Gemmer

rb. Bonn

Frankfurts Polizeipräsident Karl-Heinz Gemmer meldete sich am Wochendende zu einem kurzen Gespräch mit der WELT aus der polizeilichen Befehlsstelle an der Friedrich-Ebert-Anlage 11 – für den obersten Ordnungshüter der Mainmetropole wegen des Dauerkrachs an der Startbahn West sowie zahlreicher anderer gewalttätiger Auftritte von Demonstranten aus verschiedenen Lagern ein regelmäßiger Wochenend-Aufenthaltsort. „Angekündigte Demonstrationen für heute wurden nicht genehmigt. Das Verbot wurde vom Verwaltungsgericht Frankfurt bestätigt. Doch nach bereits vorliegenden Erkenntnissen bekommen wir es an verschiedenen Stellen der Stadt mit kleinen Gruppen von Demonstranten zu tun. Das erfordert besondere polizeitaktische Maßnahmen."

Der Polizeipräsident äußerte sich über moralische Verfassung und Motivation seiner Beamten positiv. Trotz einer halben Million Überstunden seien die Polizeibeamten guten Mutes und gelassen. Zu den Klagen der Gewerkschaft der Polizei, Moral und Motivation der Polizeibeamten seien durch gefährliche Einsätze, Überstunden, Prügelknaben-Dasein und öffentliche Kritik untergraben, sagte Gemmer: „Die Polizeigewerkschaft sieht die Angelegenheit politisch, ich äußere mich aus eigener Anschauung."

Gemmer bestätigte, daß am 29. September und am 1. Oktober in Frankfurt 32 Polizeibeamte verletzt und rund 380 Demonstranten in Gewahrsam genommen wurden. Steinwürfe hätten die Mehrzahl der Verletzungen hervorgerufen, gab Gemmer an. Dennoch sei er gegenüber sogenannten Distanzwaffen zurückhaltend.

Durch Schild und Helm seien die Beamten relativ gut geschützt, gegen Gummigeschosse aber wüßten sich routinierte und gefährliche Demonstranten mit Sicherheit schnell zu helfen, friedliche aber würden möglicherweise verletzt. Im übrigen sei es Sache der Technischen Kommission der Polizei, sich mit Ausrüstungsangelegenheiten zu befassen, sagte Gemmer zu diesem Fragenkomplex.

In Frankfurt seien Ende September und Anfang Oktober zwischen 1200 und 1500 Polizeibeamte eingesetzt worden, Verstärkungen kamen nach Angaben Gemmers aus ganz Hessen, aus Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Der Fahrer des Wasserwerfers, der am 28. September Günter Sare überrollt hatte, sei weiterhin im Dienst, gab Polizeipräsident Gemmer bekannt. Es bestehe keine Veranlassung, den Beamten vom Dienst zu suspendieren. Staatsanwaltschaft und das hessische Kriminalamt aber hätten Ermittlungen aufgenommen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Nicht von Biedenkopf

„Die Vollversorgung durch den Staat ist überholt"; WELT vom 26. September

Sehr geehrter Herr Brüggemann,

ich danke Ihnen für Ihre konstruktive Auseinandersetzung mit unseren Vorschlägen zur Reform der Alterssicherung.

Kein Verständnis habe ich allerdings, wenn Äußerungen von mir oder dem von mir eigenverantwortlich geleiteten Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik Herrn Professor Biedenkopf als eigene Äußerungen in den Mund gelegt werden. Konkret: Die Vorschläge, die das IWG in diesen Tagen zur Reform der Alterssicherung unterbreitet hat, stammen von meiner Mitarbeiterin, Frau Wahl, und mir. Wir, und nicht Herr Professor Biedenkopf, tragen für sie die Verantwortung. Herr Professor Biedenkopf wird sich nach eigenem Ermessen zu unseren Vorschlägen äußern. Die Medien sollten dies respektieren. Die undifferenzierte Gleichsetzung von Äußerungen des IWG und Äußerungen von Herrn Professor Biedenkopf sind wenig sachdienlich.

Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie bei künftigen Berichterstattungen und Kommentierungen unserer Arbeit, über die wir uns stets freuen, dies berücksichtigten.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Meinhard Miegel,
Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik e. V.,
Bonn 2

Falsche Voraussetzungen

„Hätte man nicht großflächiger absperren müssen?": WELT vom 2. Oktober

Sehr geehrter Herr von Loewenstern,

mit Ihrem milden Kommentar zu den jüngsten Krawallen haben Sie leider nur allzu recht. Es ist zutiefst bedauerlich, daß durch das weltfremde Brockdorf-Urteil aus Karlsruhe solche Ausschreitungen erst richtig möglich, ja quasi legalisiert worden sind. Das hat der Glaubwürdigkeit des BVV und damit der Demokratie schweren Schaden zugefügt. Dieses Urteil entspricht sicherlich nicht dem Sinn der Verfassung und den „Vätern des Grundgesetzes". Es hat zur Verunsicherung der Gerichte, der zuständigen Behörden und insbesondere der Polizei beigetragen. Denn wer mag nach diesem Urteil noch verantwortlich amtlich handeln, wenn voraussehbar ist, daß sämtliche Gerichte im Zweifelsfalle Chaoten und Kriminelle freisprechen müssen?

Man kann den Unmut der bei solchen Krawallen eingesetzten Polizeibeamten gut verstehen. Viele von ihnen verrichten tagtäglich bei solchen Einsätzen ihren Dienst bis zur Erschöpfung, ohne daß ihnen ihre Einsatzleitung klare Anweisungen geben kann oder will. Sie beziehen nicht nur von den kriminellen Chaoten Prügel, solche können sie auch von ihrer vorgesetzten Dienststelle erwarten, wenn etwas schiefgeht – und das tut es garantiert! Damit hat das Bundesverfassungsgericht unsere Polizei zu Prügelknaben der Nation degradiert. Man fragt sich ohnehin, warum die Polizei bei derartigen Krawallen überhaupt noch eingesetzt wird, wenn verständnisvolle Richter die wenigen fesgenommenen Chaoten ohnehin mit aufmunterndem, verständnisvollem Lächeln wieder freilassen.

Die Verfassungsrichter sind bei ihrem skandalösen Urteil von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Die Väter des Grundgesetzes haben mit Recht und Gerechtigkeit bei uns gerechnet. Sie sind davon ausgegangen, daß das geltende Strafrecht ausreicht, Chaoten von der Straße fernzuhalten. Die sozial-liberale Koalition hat aber das geltende Strafrecht völlig entschärft und damit entwertet, es besitzt keine Abschreckungskraft mehr. Zuchthausstrafe und Arbeitshaus wurden abgeschafft, in der Schweiz existieren diese bewährten Institutionen noch nach wie vor. Und niemand wird der Schweiz nachsagen, ein faschistischer Staat zu sein. Gefängnisse bei uns wurden hotelartig eingerichtet, Mörder erhalten „Urlaub" und können weiter morden. Terroristen können vorzeitig die Anstalt verlassen, obwohl Sicherungsverwahrung angebracht wäre. Man versucht Menschen zu „resozialisieren", die vorher nie sozialisiert waren.

Mit freundlichen Grüßen
Victor Hölterling,
Ludwigsburg

Wort des Tages

» In dunkler Zeit ist man des Sonnenscheins bedürftig, auch wenn man keinen eigenen Weinberg besitzt, der daran reifen soll. «

Gottfried Keller, Schweizer Autor (1819–1890)

Neue Heimat

Der Massenverkauf der Neuen Heimat ähnelt den Großprojekten, die der sattsam bekannte Kaussen begann, vor 25 Jahren an sich zu ziehen und mit denen er seinen erfolgreichen Trick und Mieterdruck, zwar angegriffen aber ungeschoren, durchführte.

Werden nun hier die Gewerkschafts-Aufsichtsräte, die beim Aufblähen der Neuen Heimat versagt haben, dafür sorgen, daß den in berechtigter Sorge stehenden Mietern nicht ähnliches widerfährt von neuen Geldgebern. Es wäre doch besonders unverantwortlich, wenn es Gewerkschaftler trifft, die man so abschütteln will. Sie sind ja sozusagen die Eigentümer, für die Landesdarlehnsanträge gestellt wurden.

Die Zahlen darin müßten heute maßgeblich sein, abzüglich unterlassener Instandhaltungskosten usw., nicht heute aufgestellte Taxen. Dann kämen sogar für solche Mieter erschwingliche Eigentumswohnungen heraus, statt solche, die den verursachten Schaden wieder wettmachen sollen. Manches wäre auch heute schon so umgesetzt und brauchte nicht wieder in unangreifbare Großeigentümer-Hände zu kommen.

Eugen Donat,
Detmold

„Scheinheilig"

„Vogel bringt SPD in Zugzwang" und „Warum die SPD Zimmermann im Amt halten möchte": WELT vom 26. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

Minister treten an mit dem Eid, dem deutschen Volk zu nutzen und Schaden von ihm zu wenden. Doch auch Parlamentarier der Opposition sind dieser Maxime unterworfen.

Nun fordert die SPD aber einen Untersuchungsausschuß – den wievielten eigentlich in dieser Legislaturperiode? – in Sachen Spionage. Dadurch werden nun für Jahre die Kräfte gebunden, die für die Ausmistung des Augiasstalles sorgen sollen, ganz abgesehen von der Verschwendung von Steuergeldern. Und welche Scheinheiligkeit steckt dahinter, haben die „Spione" doch schon während der SPD-Regierung gearbeitet, oder wurden sogar in ihre jetzt mißbrauchten Ämter eingeführt.

Hier soll wohl der Kopf von Innenminister Zimmermann werbewirksam zum nächsten Wahltermin rollen oder zumindest wackeln.

Kein Wunder, wenn sich bei solchen Machenschaften in der Politik die jungen Leute der Verweigerer- und Aussteigerpartei zuwenden.

Eine ähnliche Anhäufung von Streit in der Familie würde die Jugendlichen schnellstens zu Nestflüchtern machen.

Mit freundlichem Gruß
Gernot Huber,
Seevetal 11

Südtirol

„Moderne Industrie versöhnt Südtiroler und Italiener"; WELT vom [illegible]. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Sachen Autonomie wäre noch zu ergänzen, daß der italienische Staat noch immer den Südtirolern die volle Autonomie verweigert. Erst kürzlich, am 27. September, hat der österreichische Außenminister L. Gratz vor der UNO-Vollversammlung unmißverständlich darauf hingewiesen. Er bedauerte in seiner Rede, daß der zwischen Wien und Rom vereinbarte Rahmen für die Autonomie, 25 Jahre nachdem die UN-Generalversammlung durch zwei Resolutionen den Weg für Verhandlungen geebnet habe, noch immer nicht ausgefüllt sei. Der Gebrauch der deutschen Sprache vor Gerichten und Behörden stehe an oberster Stelle der Prioritätenliste. (Leider haben die deutschen Zeitungen davon keine Notiz genommen!)

Inzwischen wird von der „Europa-Union" gemeinsam mit dem „Südtiroler Heimatbund" ein unabhängiger Freistaat Süd-Tirol vorgeschlagen, der mehr und mehr das Interesse der südtiroler Bevölkerung findet.

Italien wird sich eines Tages mit der Tatsache abfinden müssen, daß Südtirol unabhängig wird und erst dann ist das europäische Problem Südtirol endgültig gelöst.

Mit freundlichen Grüßen
Konrad Nagele,
Bad Vilbel

Personalien

EHRUNG

Professor Dr. **Wolfgang Meckelein**, Direktor des Geographischen Instituts der Universität Stuttgart, wurde von der American Geographical Society die Charles-P.-Daly-Goldmedaille für hervorragende Verdienste in der Geographie verliehen. Die Auszeichnung, die seit 1914 erstmals wieder einem deutschen Geographen zuteil wurde, wurde an Professor Meckelein in New York übergeben. Professor Meckelein, Altrektor der Universität Stuttgart, war unter anderem auch von 1969 bis 1972 Staatssekretär für das Hochschulwesen in Baden-Württemberg.

GEBURTSTAGE

Der langjährige Direktor der Neurologischen Klinik der Universität München, Professor Dr. **Adolf Schrader**, feiert morgen in Grünwald bei München seinen 70. Geburtstag. Er war der erste Inhaber des neugeschaffenen Lehrstuhls für Neurologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Sein besonderes klinisches und wissenschaftliches Interesse galt der Multiplen Sklerose, die ihm auch als Vorstand des ärztlichen Beirats der Bayerischen Multiple Sklerose Gesellschaft stets ein Anliegen war. Ein wesentlicher Verdienst von Professor Schrader war die Gründung und der Aufbau der Neurologischen Klinik an der Universität München und insbesondere die Integration im Klinikum Großhadern. Professor Schrader, in Düsseldorf geboren, studierte Medizin in Freiburg, Frankfurt/Main, München und Düsseldorf, wo er auch 1942 promovierte. Nach seinem Militärdienst wurde er 1946 wissenschaftlicher Assistent an der II. Medizinischen Klinik der Medizinischen Akademie Düsseldorf unter der Leitung von Professor Dr. **Bodechtel**, mit dem er 1952 nach München überwechselte. 1954 habilitierte er sich mit einer Arbeit über serologische Untersuchungen zur Multiplen Sklerose. Nach seiner Ernennung zum außerplanmäßigen Professor 1960 wurde er Chefarzt der II. Medizinischen Abteilung des Städtischen Krankenhauses München Harlaching. 1970 folgte er dem Ruf an den neugeschaffenen Lehrstuhl für Neurologie an der Universität München. Seit 1984 ist Professor Schrader emeritiert.

Ingeborg Roggenbuck, langjährige Leiterin des Sachbuch-Lektorats der Verlagsgesellschaft Rudolf Müller in Köln feiert morgen ihren 65. Geburtstag. Untrennbar mit ihr verbunden ist die Heimwerker-Bewegung in Deutschland, die sie von den Anfängen bis zur Gegenwart als engagierte Redakteurin maßgeblich mitgeprägt hat. Wesentliche Stationen auf ihrem Berufsweg waren die Mitgründung der populären Zeitschrift „Selbst ist der Mann" und der Aufbau der Sachbuch-Reihe „Fachwissen für Heimwerker", die inzwischen rund 130 Titel umfaßt. Ingeborg Roggenbuck wird sich 1986 aus dem aktuellen Tagesgeschehen im Verlag zurückziehen, jedoch die Buchreihe weiter betreuen.

AUSZEICHNUNGEN

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** hat dem Vizepräsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes (ZDB), **Walter Schäfer**, das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Schäfer erhielt die Auszeichnung aus der Hand des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesbauministerium, **Friedrich-Adolf Jahn**, in der Bonner „Redoute". Jahn würdigte ausführlich die hohen Verdienste und vielfältigen Aktivitäten des ZDB-Vizepräsidenten, der seit 1961 als Vorsitzender den Ausschuß für Sozial- und Tarifpolitik des ZDB leitet. Auf den sozialpolitischen Schwerpunkt der Tätigkeit Schäfers nahm der Präsident des ZDB, **Fritz Eichbauer**, in seiner Begrüßungsrede besonders Bezug. Eichbauer, der seinem Stellvertreter auch die Glückwünsche zu dessen 65. Geburtstag überbrachte, betonte die aufopfernde ehrenamtliche Tätigkeit Schäfers in mehr als 25 Jahren.

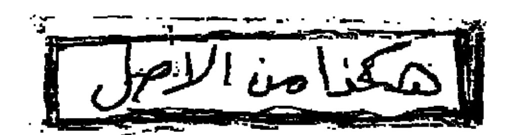
*

Der erstmals vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit ausgeschriebene „Forschungspreis zur Einschränkung und zum Ersatz von Tierversuchen" wird zwei Ärzten des Freiburger Universitätsklinikums verliehen. Der Privatdozent Dr. **H. H. Fiebig** und Assistenzarzt Dr. **Johannes Schmid** erhalten den mit 30 000 Mark dotierten Preis für ihre Arbeit: „Prüfung von neuen Zytostatikaan Experimental- und menschlichen Tumoren in vitro. Der Colony-Assay als Verfahren zur Einsparung von Tierversuchen". Es ist den beiden Forschern der Abteilung Innere Medizin I gelungen, durch präklinische Prüfung von Zytostatika in Tumor-Stammzell-Tests eine hohe Aussagekraft für die Sensibilität beziehungsweise Nicht-Sensibilität von geprüften menschlichen Tumoren auf verschiedene Arzneimittelklassen zu bekommen. Dadurch können bei der präklinischen Prüfung dieser Substanzen Tierversuche in erheblichem Umfang eingespart werden.

*

Dem 43jährigen, in Leipzig lebenden Schriftsteller **Volker Ebersbach** ist für sein literarisches und essayistisches Werk der Lion-Feuchtwanger-Preis 1985 der „DDR" verliehen worden. Ebersbach erhält diesen Preis für „die solide Sachdarstellung mit Einsichten in soziale, politische und historische Zusammenhänge" in seinen Werken. Ebersbachs Beschäftigung mit historischen Stoffen reicht von der griechischen Antike bis zum 20. Jahrhundert. Er verfaßte unter anderem eine Heinrich-Mann-Biographie und die Biographie „Francisco Pizarro".

Professor Dr. **Hans-Jürgen Bandmann**, Professor für Dermatologie und Chefarzt der Dermatologischen Abteilung im Städtischen Krankenhaus München-Schwabing ist im Alter von 62 Jahren verstorben. Professor Bandmann hat vom Januar 1971 bis Ende August 1973 als Konrektor dem Rektoratskollegium der Ludwig-Maximilians-Universität München angehört. Ein besonderes Anliegen in den letzten Jahren war ihm die koordinierte Ausbildung der Medizin-Studenten im „Praktischen Jahr" in den Münchner Städtischen Krankenhäusern. In Ratibor in Oberschlesien geboren wuchs Professor Bandmann in Berlin auf, studierte in München, habilitierte sich 1960 für Dermatologie und Venerologie und wurde 1966 zum außerplanmäßigen Professor ernannt. 1967 wurde er leitender Oberarzt an der Dermatologischen Klinik und Poliklinik der Universität München und 1974 wurden ihm die akademischen Rechte als außerordentlicher Professor verliehen. Professor Bandmann hat sich in seinen Forschungen insbesondere mit Allergien, mit Kontaktdermatitis und mit Problemen des Hautkrebses beschäftigt.



„Goldene Europa 1985" – Gesucht wird das beste Musikvideo des Jahres

Reizflut für Auge, Herz und Ohr

Was ist eigentlich ein Videoclip? Die Plattenproduzenten sehen ihn als Werbefilm, optisch originell und aufwendig realisiert, zur Vorstellung einer neuen Schallplattenproduktion. Die Videofreaks sehen im Clip ein visuelles Kunstwerk und die Spötter meinen, es wär das Hackfleischkino unserer überreizten Gesellschaft. Also: Die Europäer bestaunen das neue Ding und suchen eine Schublade, in der sie den Clip unterbringen können, während die Amerikaner, die uns diesen Kunstgenuß näherbrachten, munter drauflos konsumieren.

Seit dem ersten August 1981 erreicht der in Manhattan ansässige Sender *„Music Television"* (*MTV*) täglich über 30 Millionen Haushalte und präsentiert ihnen nonstop 24 Stunden lang einen Videoclip nach dem anderen! Doch in der Bundesrepublik Deutschland ist man von diesen „Zuständen" – je nach Anschauung leider Gottes oder Gott sei Dank – noch weit entfernt. Hierzulande ist vielmehr ein langsam erwachender Dornröschenschlaf wahrzunehmen, der allerdings sehr schnell in einem

Video des Jahres – ARD, 22.00 Uhr

Alptraum enden könnte, besieht man sich die inzwischen auf stattliche Millionen Dollarbeträge angewachsenen Produktionskosten für drei- bis vierminütige Videos in den USA.

Dies alles hält den Saarländischen Rundfunk nicht davon ab, zum dritten Mal im Rahmen des Wettbewerbs „Goldene Europa 1985" am heutigen Abend die Zuschauer zu fragen: „Welchen Musikclip halten Sie für den besten des Jahres?". Manfred Sexauer, der durch die Sendung führt, war überrascht, daß die Videobewertungen der Fach- wie der Publikumsjury fast übereinstimmend waren: „Die Kollegen der Sendung „Fomel 1" haben aus 600 Angeboten *50 Videos ausgewählt, die wir* während der Berliner Funkausstellung einer Publikumsjury vorgestellt haben. Auf 5000 Stimmkarten trafen die Zuschauerjuroren ihre Wahl. Mitte August haben wir dann die 50 Werke noch einmal einer Fachjury, bestehend aus Fernseh- und Rundfunkredakteuren, Videoproduzenten und Fachpressekollegen vorgespielt, die dann acht Clips ausgewählt haben.


Versiert in der aktuellen Musikszene: Manfred Sexauer FOTO: DPA

Die Wertungen der Fachjuroren und die Publikumsstimmen ergaben dann die Besetzung für die heutige Vorentscheidung zur „Goldenen Europa". Die Zuschauer wählen dann per Postkarte das Video des Jahres aus, das dann am 10. November in der Saarlandhalle ausgezeichnet wird." (Sendetermin für die Galashow der „Goldenen Europa" ist der 28. November).

Hochfavorisiert ist der Clip von Tina Turner mit dem Titel „We dont need another hero". Zu sehen sind auch: David Lee Roth mit „Just a Gigolo"; Billy Oceans „Loverboy" und ein Zeichentrickvideo von Paul *McCartney, das aus einer britischen* Fernsehserie stammt und „All stand together", lautet. Paul Hartcastles „Nineteen" und Godly and Cream mit „Cry", einem Video, das nur aus einem beständig sich verändernden Gesicht besteht, fehlen nicht. Die Formationen REO Speedwaggon und Duran Duran runden die Clipshow ab.

Der Reiz an diesen bunten Filmchen liegt sicherlich an der Reizüberflutung. Man findet einfach alles: Vom Comic über Sex and Crime bis hin zu trickelektronischem Kunstwerk. Die ursprünglich als optische Interpretenschau gedachten und produzierten Videos haben sich in der wildwuchernden Medienlandschaft verselbständigt. So investierte die Plattenfirma CBS 1982 für drei visuelle Minuten der Popgruppe Adam & the Ants mehr als 150 000 Mark. Doch in der Budget-Hitparade der Plattenkonzerne sind das schon längst keine Summen mehr. Michael Jacksons 13minütiger Clipklassiker „Thriller" verschlang fast eineinhalb Millionen Dollar an Produktionskosten. Es ist schon verwunderlich, daß die immer stärker rationalisierende und unter Umsatzeinbußen stöhnende Plattenindustrie beim Videoclip nicht auf die müde Mark schaut – es sich aber angeblich nicht leisten kann, neben ihren umsatzstarken Stars auch einigen Newcomern den Rillenweg zu ebnen.

Da deutsche Produktionen ausschließlich nur im deutschsprachigen Raum ihren Absatz finden, gibt es *kaum deutsche* Videoclips. „Obwohl die Bavaria", wie Sexauer meint, „recht gute Produkte erstellt hat. Sie konnten sich aber nicht durchsetzen. Der Markt für englischsprachige Produkte ist viel größer und die amerikanischen Konzerne investieren in ganz anderen Größenordnungen. Da können wir nicht mithalten". Für die deutschen Anbieter sind die fehlenden Geldmittel und Ideen die einzigen Handikaps. Die Konkurrenzfähigkeit eines Videos beruht in erster Linie auf der gebotenen Optik.

Doch meistens gibt es nur zwei Arten: Einmal Videos, die die Musikstory wiedergeben und optisch untermalen. Zum anderen Videos, die an und für sich mit dem Musiktitel gar nichts mehr zu tun haben und eine eigene Story bieten. Für Sexauer ist ein Video gut, wenn es dem Publikum den Titel illustriert und ihn dadurch verständlicher macht. „Zweckentfremdet wird es, wenn es in Diskotheken gezeigt und dazu gedankenlos herumgetanzt wird."

Der Videoboom treibt schon merkwürdige Blüten. Die enormen Kosten führen dazu, daß die Plattenfirmen es sich nicht mehr leisten können, ihr „Werbefilmchen" für einen Hunderter zur Fernsehausstrahlung freizugeben. Es geht inzwischen um Tausende und da streiken wiederum die vom Kostendruck erfaßten öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten. Ein Teufelskreis, der nach Meinung von Insidern in zwei bis drei Jahren zum Kollaps der Videoclipbranche führen wird. Vielleicht steht eines Tages auf dem Grabstein der Familie „Videoclip": „Grell und schnell kam unser Ende". ROLF PETERS

STUDIO

50 Prozent der Sendezeit des Hauptressorts Kultur des Zweiten Deutschen Fernsehens werden mit Beiträgen für **Kinder und Jugendliche** gefüllt. Das erklärte die Anstalt jetzt, anläßlich eines Wechsels in der Redaktion. Gut zwölf Jahre leitete Josef Göhlen diesen Bereich. Währenddessen wurden die Jugendmagazine „Direkt", „Pfiff" und „Schüler-Expreß" entwickelt. Sie haben in neuen Formen mehr als zehn Jahre Bestand. In dieser Zeit hat sich auch eine Internationalität im Bereich des Jugendfilms herauskristallisiert, der man durch Eigenproduktionen und Ankäufe aus dem Ausland gerecht wurde. Nachfolger von Göhlen, der jetzt mitverantwortlich für die *Reihen* und Serien im Vorabendprogramm tätig ist, ist Markus Schächter. Er arbeitete zuvor in dem Bereich Kultur und Gesellschaft. DW

*

Seit 25 Jahren besteht die **Atelier-Betriebsgesellschaft Studio Hamburg**, seit 1980 eine Tochter des Norddeutschen Werbefernsehens. Das Jubiläum ist zugleich ein Neubeginn, wurde doch der Grundstein für einen Neubau gelegt. Darin sollen vor allem mehrere Abteilungen der Technik untergebracht werden. Außerdem ist ein neuer *Filmvorführraum* vorgesehen. Allein für die Innenausstattung werden 20 Millionen Mark kalkuliert. Auch die übrigen Ateliers und Gebäude auf dem 80 000 Quadratmeter großen Gelände des Studios Hamburg, in dem 590 Mitarbeiter beschäftigt sind, sollen renoviert werden. DW

*

Unter dem Titel **„Der stumme Dialog"** dreht das Medienzentrum „Alte Stuttgarter Reithalle" zur Zeit eine zwölfteilige Serie über technische Entwicklungen der Industriegesellschaft von heute und morgen. Das Projekt wird im Auftrag des Stuttgarter Ernst Klett Verlages als Partner des Bundesbildungsministeriums erstellt. Mitproduzent ist der WDR. Vom April 1986 an soll die Reihe in den dritten ARD-Programmen ausgestrahlt werden. Zu der Serie wird ein Begleitbuch für die Schule und Erwachsenenbildung erstellt. dpa





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Unsere schönsten Jahre
10.50 Umschau
11.00 Die Hose
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Wie im Leben . . . (2)
17.20 Die Märchenbraut
Wunschring und Zaubermantel
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Spionageschiff
5. Teil: Martin fliegt nach Norwegen
von Tom Keene und Brian Haynes
Regie: Michael Custance
21.10 Kinder der Welt (5)
Denn sie wissen, was sie tun
Gordian Troeller berichtet über Kinderarbeit in der Dritten Welt
22.00 Video des Jahres
Vorstellung der Video-Clips für die Endauswahl zur „Goldenen Europa 85"
Moderation: Manfred Sexauer
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Vorname Carmen
Schweizerisch-französischer Spielfilm (1983)
Mit Maruschka Detmers, Jacques Bonnaffé u. a.
Regie: Jean-Luc Godard
Die attraktive Carmen besucht ihren Onkel, einen alternden Regis*seur, in einem Sanatorium, um sei*ne Hilfe für Filmaufnahmen zu erbitten. Sie sind jedoch nur Vorwand und Tarnung für einen Geldraub und eine geplante Entführung . . .
0.25 Tagesschau
0.50 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Die Zukunft im Visier
13teilige Reihe
Rüdiger Proske im Gespräch mit Dr. Heinz Riesenhuber, Bundesminister für Forschung und Technologie
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Im Reich der wilden Tiere
Die Greifvögel vom Snake River
Mit Marlin Perkins
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Colts kleine Freunde
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Im Tal der Tränen
Über die große Krise am Bau berichtet Dieter Balkhausen
20.15 Frankenstein – Zweikampf der Giganten
Japanischer Spielfilm (1966)
Mit Russ Tamblyn, Kumi Mizuno u. a.
Regie: Inoshiro Honda
21.30 Programmvorschau
21.45 heute-journal / Politbarometer
22.10 Zu Besuch bei Alfred Hrdlicka
Der Bildhauer und Zeichner gehört zu den großen, aber auch umstrittenen Künstlern unserer Zeit. Peter Bernbach beobachtete den Österreicher bei seiner Arbeit und ließ sich von ihm einige seiner Werke erläutern.
22.40 Theaterwerkstatt
Werktreue?
Die Klassiker und die Regisseure
Film vn Dietmar N. Schmidt
0.05 heute

SAT 1

15.00 Papermoon
15.30 Musicbox
16.30 Bill Cosby
17.00 Ufo
18.00 Westlich von Santa Fé
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick
Nachrichten und Quiz
18.45 Ned Kelly – Rebell wider Willen
20.30 WM – Das Wirtschaftsmagazin
30 Jahre Lotto / Fernost-Geschäfte
21.00 Galerie Buecher
21.30 APF blick:
22.15 Sindbad, der Seefahrer
23.45 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Löwenzahn
19.00 heute
19.30 Sportreport
Sport am Montag aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Harold und Maude
23.15 Neues vom Schweizer Film
23.45 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Hallo RTL
18.53 7 vor 7 – Newsshow
19.22 Karlchen
19.30 Knight Rider
20.20 RTL-Spiel
20.30 Teufelshochzeit
22.15 Das Kind im Manne
22.37 Der lachende Vagabund
22.57 Wetter
23.00 Horoskop
23.05 Betthupferl

III.

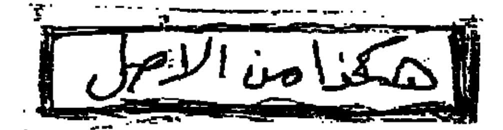
WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Hilferufe
Ohne Alkohol – einsam und allein
21.15 Medizin-Magazin
21.45 Landesspiegel
Geschäfte mit dem großen Durst
22.15 Thema des Monats
Der Streit um den Südafrika-Boykott
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Höhe über Null
19.45 Technische Berufe
20.00 Tagesschau
20.15 Nahaufnahme
21.00 Das Montagsthema
22.00 Schwarzer Engel
Amerikanischer Spielfilm (1946)
23.15 Cornell Woolrick: Lieblingsfarbe Schwarz (1)
Zum Film „Schwarzer Engel"
23.25 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Kinder dieser Welt (5)
18.55 Die Schatzsuche
19.05 Drei-D Spezial
20.00 Horizonte
Ökumenisches Magazin
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Drei aktuell
21.45 Magnum
23.30 Im Brennpunkt: Kultur

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar-3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
Hoss und Joe als Gangsterpaar
20.15 Menschen unter uns
. . . damit ich meinen Frieden hab
15 Monate beim Bund
21.50 Flash Gordons Flug zum Mars
22.10 Rückblende
Jugendidol James Dean
22.25 Jazz
23.20 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Ursprünge des Lebens
Urahnen von Pflanzen und Tieren?
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
Traum und Wahrheit
22.50 Cynthia
Aus der Dokumentarreihe „Spionage"
23.40 Rundschau



Atomrüstung des Kreml dokumentiert

● Fortsetzung von Seite 1

heißt. Die Dokumentation hält fest, daß die Sowjets seit knapp zwei Jahren etwa genau soviel Geld in ihre strategische Verteidigung investieren, wie in das Erweiterungsprogramm ihrer nuklearen Offensivwaffen.

Die Summe der gegenwärtigen strategischen Aufrüstung lasse den Schluß zu, daß die Sowjets eine ABM-Verteidigung ihres Territoriums vorbereiten, also genau das, was der ABM-Vertrag zu verhindern suche. „Diese offensiven und defensiven Entwicklungsarbeiten stellen eine schwere Herausforderung für den Westen dar. Blieben sie unbeantwortet, würden sie unsere Fähigkeit unterminieren, wirkungsvoll auf eine sowjetische Attacke zu reagieren", heißt es in diesem Bericht.

Insgesamt stellten die sowjetischen Arbeiten im strategischen Verteidigungsbereich bei weitem die amerikanischen Bemühungen auf diesem Gebiet in den Schatten. Diese Situation würde noch ernster werden, wenn die Sowjets in Ergänzung zu ihren umfangreichen Offensivwaffen ein Monopol in der Abwehr von antiballistischen Raketen hätten. Es könnte die Sowjets in der Annahme bestärken, daß sie gegen die USA oder ihre Alliierten einen Nuklearangriff unternehmen können, ohne einen wirksamen Vergeltungsschlag befürchten zu müssen.

Der amerikanische Report hebt vor allem die sowjetische Überlegenheit auf dem Gebiet der Laser-Forschung hervor. Allein in diesem Bereich seien in sechs großen Forschungszentren mehr als 10 000 sowjetische Wissenschaftler tätig. Die Sowjets hätten im vergangenen Jahr nur für die Laser-Forschung umgerechnet eine Millarde Dollar ausgegeben, mehr als halb so viel wie die USA im letzten Jahr in ihr gesamtes SDI-Programm investierte. Zugleich unterhielten die Sowjets das umfangreichste Frühwarnsystem der Welt zur Luftverteidigung mit einem weitgefächerten Netz von bodengestützten Radarstationen, das buchstäblich vollständig den mittleren und höheren Luftraum über der Sowjetunion abdecke.

Paul Nitze weigerte sich ansonsten jedoch, zu den jüngsten sowjetischen Abrüstungsvorschlägen Stellung zu nehmen. Es sei nötig, erst das gesamte sowjetische Paket kennenzulernen und zu überprüfen, um es bis ins letzte Detail zu begreifen. Dennoch hat das amerikanische Außenministerium scharf die sowjetische Interpretation von strategischen Nuklearwaffen kritisiert, wonach nur jene Waffen in diese Kategorie fallen, die das Territorium der anderen Seite erreichen könnten. Das würde bedeuten, daß nur die amerikanischen Pershing 2 und Marschflugkörper auf europäischem Boden um 50 Prozent reduziert würden, wie es die Sowjets vorgeschlagen haben, nicht aber die sowjetischen SS 20-Raketen. Das State Department nannte diesen Vorschlag und diese Waffendefinition „einseitig und ungleichgewichtig". Im übrigen ist die Reagan-Administration nicht glücklich darüber, daß die Sowjets ihre nukleare Abrüstungsdiskussion nun auf die öffentliche Weltbühne verlagern. Sie sollte auf das Genfer Forum beschränkt bleiben.

Der Kanzler hofft auf Bewegung im Abrüstungsdialog der Supermächte

Bonn lobt partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den USA bei der Vorbereitung auf Genf

BERNT CONRAD, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl, Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble haben am Wochenende die Absicht Bonns unterstrichen, intensiv an der Vorbereitung des Reagan-Gorbatschow-Gipfels mitzuwirken und damit die Erfolgsaussichten des West-Ost-Dialogs zu fördern. Dazu gehört – bei aller Zurückhaltung im Detail – eine generell positive Einschätzung der „Bewegung", die durch die jüngsten Abrüstungsvorschläge Gorbatschows und die Reaktion Präsident Reagans eingetreten sei.

Kohl sprach im Hessischen Rundfunk von einer „guten Chance", daß bei der Genfer Gipfelbegegnung im November „der Wille zu weiteren Gesprächen, zu einer Reihe von Gesprächen herauskommt". Es sei unverkennbar, daß sich die sowjetische Seite und die amerikanische Seite bewegten. Er wolle die letzten Vorschläge Moskaus zum jetzigen Zeitpunkt weder quantifizieren noch qualifizieren. „Aber es gibt Vorschläge. Es wird Bewegung kommen. Mit einem Wort: Ich habe allen Grund zu glauben, daß wir nach dieser Begegnung auf dem Wege von Abrüstung und Entspannung ein wichtiges Stück vorankommen."

Genscher attestierte der Sowjetunion in einem Interview mit dem Bayerischen Rundfunk, daß sie „in Genf erstmals durch konkrete Vorschläge beigetragen hat zur Gestaltung der Verhandlungen". Es werde jetzt darauf ankommen, noch zusätzliche Erläuterungen zu bekommen und dann eine Bewertung im einzelnen vorzunehmen. „Wir sind daran interessiert, daß alle Partner im Bündnis an dieser Reaktion mitarbeiten."

Nach Ansicht Genschers sollte der Westen auf jene Punkte im Gorbatschow-Vorschlag, denen er nicht folgen könne, „mit konkreten Gegenvorschlägen antworten und nicht nur nein sagen". Die Bundesregierung sei bereit, an solchen Gegenvorschlägen mitzuarbeiten. Der Außenminister hob lobend hervor, „daß die Amerikaner in vorbildlicher Weise daran interessiert sind, die Auffassung ihrer europäischen Partner zu erfahren und sie in die Formulierung ihrer Position einzubeziehen."

Offensichtlich hat der Termin des Reagan-Gorbatschow-Gipfels dazu beigetragen, daß der Bundessicherheitsrat am letzten Freitag noch keine Sachdiskussion über die Form einer deutschen Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm geführt und eine Entscheidung erst für das Jahresende ins Auge gefaßt hat. Ein Regierungsexperte sagte: „Entweder Reagan und Gorbatschow einigen sich über die SDI-Frage – dann gibt es für uns gar keine Probleme. Oder der Gipfel bleibt ergebnislos – dann wird das unsere Entscheidung natürlich auch beeinflussen."

Offiziell allerdings wurde der mehrmonatige Bonner Entscheidungsprozeß damit begründet, daß zunächst einmal die Vorschläge der Teltschik-Kommission gründlich geprüft werden müßten. Damit sind die zwischen Union und FDP in dieser Frage schwelenden Differenzen zunächst einmal auf Eis gelegt worden. Über diese Prozedur hatten sich Kohl und Genscher schon in einem Gespräch am Vorabend der Bundessicherheitsratssitzung verständigt.

Bundesminister Schäuble bemühte sich unterdessen im Deutschlandfunk, den Eindruck möglicher Meinungsverschiedenheiten in der Koalition überhaupt zu entkräften. Er betonte: „Die Grundlinie, daß wir auf der einen Seite das amerikanische Forschungsprogramm politisch unterstützen und daß wir auf der anderen Seite eine Beteiligung deutscher Firmen an diesem Forschungsprogramm für wünschenswert halten, ist seit Frühjahr klar und völlig unumstritten."

Allerdings beantwortete diese Feststellung noch nicht die Frage, ob die deutsche Teilnahme durch ein deutsch-amerikanisches Regierungsabkommen abgesichert werden sollte, wie Kanzlerberater Teltschik wünscht und wie es auch Kohl selbst anvisiert, oder ob man es bei privaten Firmenkontrakten belassen sollte, wie sie Genscher vorziehen würde.

Ohne diese Positionsunterschiede direkt anzusprechen, führte der Bundesaußenminister am Wochenende eine ganze Reihe von Argumenten für private Vereinbarungen ohne Rahmenabkommen ins Feld. Er erklärte: „Wir leben in einem freiheitlichen Land. Wir haben eine freie Marktwirtschaft, soziale Marktwirtschaft, und wir haben die Freiheit der Forschung. Das heißt, deutsche Unternehmen, deutsche Forschungsinstitute können natürlich, wenn sie das wollen, sich an diesem amerikanischen Programm (SDI) beteiligen und natürlich verhandeln sie darüber auch." Dies täten andere ebenfalls; dabei hätten sich Frankreich, Holland, Norwegen und Kanada inzwischen gegen eine staatliche Vereinbarung mit den USA entschieden.

Bonn werde diese Frage noch sorgfältig prüfen, versicherte Genscher. Auf jeden Fall werde es hier keinen Alleingang geben. „Wir werden uns in einer so wichtigen Frage nicht singularisieren."

Peking wünscht sich ein starkes Europa

Von sowjetischen Abrüstungsvorschlägen unbeeindruckt / Strauß sprach mit Deng

JOCHEN HEHN, Peking

Das vom sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow in Paris vorgelegte Angebot, die USA und die UdSSR sollten ihr Potential nuklearer Angriffswaffen um 50 Prozent reduzieren, hat die chinesische Führung nicht beeindruckt. In Peking erklärte der starke Mann Chinas, Deng Xiaoping, am Wochenende in einem Gespräch mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß, es nutze insgesamt nichts, wenn man nur in kleinen Schritten abrüste. Selbst in einer „Halbierung liegt keine wesentliche Änderung, weil das nukleare Potential der beiden Supermächte immer noch ausreicht, die Welt zu zerstören". In diesem Zusammenhang ließ Deng auch erkennen, daß sich die Volksrepublik China vor dem Genfer Treffen zwischen US-Präsident Ronald Reagan und Gorbatschow keine substantielle Veränderung der Weltlage erwarte.

Die Volksrepublik China bekräftigte damit ihren Standpunkt, daß sie nur in einem allseitigen Verbot und einer völligen Vernichtung der Kernwaffen sowie in einer umfassenden Abrüstung eine Möglichkeit sehe, die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges zu vermindern. Nach Auffassung des bayerischen Ministerpräsidenten zeigt sich jedoch, daß Peking nicht mehr an die Unvermeidbarkeit eines Atomkrieges glaubt. Voraussetzung sei jedoch ein starkes China und Europa als Gegengewicht zu den beiden Supermächten.

Einen breiten Raum in dem Gespräch zwischen Deng und Strauß nahm auch die Haltung Chinas zur Frage des Wettrüstens im Weltraum ein. Strauß verteidigte die Absicht der Bundesregierung, sich am amerikanischen SDI-Programm zu beteiligen, mit dem Hinweis darauf, daß die Sowjetunion seit Jahren militärische Ziele im Weltraum verfolgt habe. Der Westen dürfe nicht ins Hintertreffen geraten. Die Bundesrepublik Deutschland, so betonte Strauß, sei bei der Forschung auf jeden Fall dabei. Was hinterher geschehe, müsse später entschieden werden.

Deng gestand gegenüber Strauß ein, daß die Vereinigten Staaten nicht allein für das Wettrüsten im All verantwortlich gemacht werden könnten. Er blieb jedoch entschieden bei seiner Ablehnung der Militarisierung im Weltraum, weil damit eine qualitative Veränderung im Rüstungswettlauf der beiden Supermächte erreicht worden sei. Nach Ansicht von Strauß spricht daraus die konkrete Furcht Chinas vor einer Aufteilung der Welt in zwei Machtblöcke.

In der Tat sieht sich die Volkrepublik China derzeit nicht in der Lage, ein eigenes militärisches Weltraumprogramm auf die Beine zu stellen. Dazu fehlen nicht nur die finanziellen Mittel, sondern auch das technologische Know-how. Als Alternative bleibt Peking somit lediglich, sich an Programmen zur friedlichen Nutzung des Weltraums anzuhängen. Beispielhaft für diese Strategie Chinas gilt sicher die jetzt in Peking mit der deutschen Firma Messerschmitt Bölkow Blohm getroffene Vereinbarung, gemeinsam auf dem Gebiet der Entwicklung von Kommunikations-Satelliten zusammenzuarbeiten. Auch die vor Monatsfrist dem Franzosen gegebene Zusage, sich an François Mitterrands Forschungs-Programm Eureka zu beteiligen, weist in diese Richtung.

Den Haag: Nein zu SDI, Ja zur Nachrüstung

HELMUT HETZEL, Den Haag

Sonderseiten widmeten die wichtigsten Tageszeitungen der Niederlande in ihren Wochenendausgaben dem von Michail Gorbatschow in Paris entfachten Zahlenpoker um die definitive Anzahl der in der UdSSR stationierten SS-20-Raketen. Allgemein wurde die Tatsache, daß der neue Machthaber im Kreml dem christdemokratischen Regierungschef in Den Haag, Ruud Lubbers, gar einen persönlichen Brief geschrieben hatte, als eine Bestätigung der Tatsache gewertet, daß das niederländische Nachrüstungsmoratorium vom vergangenen Jahr nun doch noch etwas bewirkt habe. Lubbers ließ sich nicht beeindrucken. „Mir stehen immer noch zuviel SS 20 in der Sowjetunion", sagte er vor der Presse. Für ihn ist die Stationierung nun „unvermeidlich".

In dem Schreiben erläutert Gorbatschow der niederländischen Regierung sein Zahlenspiel. Demnach stehen im europäischen Teil der UdSSR 243 SS 20. Er schwieg jedoch über die Anzahl der im asiatischen Teil des Sowjetreiches gefechtsbereit stationierten Mittelstreckenraketen dieses Typs und heizte dadurch die öffentliche Diskussion und Spekulation in den Niederlanden über die gesamte und genaue Anzahl der SS 20 in der UdSSR erneut an. Denn die Haager Regierung will am 1. November nur dann die amerikanischen Mittelstreckenraketen des Typs Cruise Missile in den Niederlanden stationieren, wenn in der UdSSR mehr als 378 Raketen des Typs SS 20 stehen sollten. Nach letzten Angaben der NATO sind es insgesamt jetzt 441.

Vor allem die oppositionellen Sozialdemokraten jubeln jetzt: „Es ist eine völlig neue Situation entstanden", argumentieren sie und lassen sich damit auf das von Gorbatschow entfachte Zahlenpoker ein. Ihr abrüstungspolitischer Sprecher wurde eiligst zu Sondierungsgesprächen nach Washington geschickt. Dort soll er die Möglichkeiten prüfen, den mit den USA noch auszuhandelnden Stationierungspakt für die 48 amerikanischen Mittelstreckenraketen in Holland zeitlich hinauszuzögern – am liebsten bis zu den im Frühjahr anstehenden Neuwahlen, nach denen die Sozialdemokraten hoffen, wieder Regierungsverantwortung übernehmen zu können. Und dies hieße für sie: Stationierungsstopp.

Bei der Raketendiskussion ging eine andere wichtige Entscheidung der Haager Mitte-rechts-Regierung fast unter: Die Absage einer Regierungsbeteiligung an der amerikanischen Strategischen Verteidigungsinitiative im Weltraum (SDI). Es war dem als Nachrüstungskritiker bekannten Verteidigungsminister Job de Ruiter vorbehalten, diesen Regierungsbeschluß der Öffentlichkeit mitzuteilen. Es teilte die Entscheidung kurz nach dem Nein von Premier Lubbers zum Moskauer Liebeswerben mit. Gab es im Haager Kabinett vielleicht einen Kompromiß „Durchführung der Nachrüstung und Absage an SDI"? War das der Preis, fragen sich politische Beobachter, den Verteidigungsminister de Ruiter forderte, als er in der vergangenen Woche von seinem Vetoanspruch in einem Stationierungsabkommen mit den USA abrückte?

Bonn verspricht Pflege der ostdeutschen Kultur

Zimmermann in der Paulskirche: Solidarität mit Vertriebenen

D. GURATZSCH, Frankfurt

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) hat die polnische Regierung aufgefordert, den Deutschen in ihrem Machtbereich „wenigstens annähernd die gleichen Rechte" zu gewähren, „wie wir sie den bei uns weilenden Polen zugestehen". In einer Kundgebung des Bundes der Vertriebenen in der Frankfurter Paulskirche erklärte der Minister: „Wir respektieren den Wunsch des polnischen Volkes, in gesicherten Grenzen zu leben." Jedoch seien die Ostverträge keine „Grenzanerkennungsverträge". Aufgabe der deutschen Politik sei es, den friedlichen Ausgleich mit den östlichen Nachbarn zu suchen.

Zimmermann wandte sich dagegen, daß immer wieder versucht werde, den Auftrag des Grundgesetzes zur Vollendung der deutschen Einheit wegzudiskutieren oder mit „Formeln des Tages" zu übertünchen. Allein die Tatsache, daß er sich zu den Rechtspositionen der Deutschlandpolitik bekannt habe, habe genügt, daß ihn mancher osteuropäische Staat bisher nicht zu dringend gebotenen Sachgesprächen eingeladen habe. Er habe diese Tatsache allerdings stets „wie eine Ehrenmedaille getragen", erklärte Zimmermann.

Die Massenvertreibung von zwölf Millionen Deutschen aus den Ostgebieten nannte Zimmermann einen Vorgang „ohne Beispiel in der Weltgeschichte". Die Bundesregierung stehe zu den Vertriebenen und bekenne sich öffentlich dazu. Als Innenminister werde er es auch nicht hinnehmen, daß die Vertriebenen diffamiert und des Revanchismus verdächtigt würden.

Zimmermann: „Deutschland ist mehr als nur die Bundesrepublik Deutschland und die DDR."

Vehement setzte sich Zimmermann für die Pflege der ostdeutschen Kultur ein. Der deutsche Osten gehöre „unlösbar zu der gesamten deutschen Kultur und Geschichte", und die nicht vertriebenen deutschen Stämme würden durch Gleichgültigkeit gegenüber diesem Erbe „ihre eigene Geschichte amputieren".

Deshalb wolle die Bundesregierung den Landsmannschaften die Beschäftigung hauptamtlicher Kulturreferenten ermöglichen. Darüber hinaus sollten ostdeutsche Landesmuseen errichtet, ein mehrbändiges wissenschaftliches Werk zur deutschen Geschichte im Osten Europas sowie eine Schallplattendokumentation der ostdeutschen Musik veröffentlicht werden. Die dafür nötigen zusätzlichen Bundesmittel würden bereitgestellt.

Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Herbert Czaja, setzte sich für die Menschenrechte der Polen und Deutschen in Polen ein. Bundesaußenminister Genscher solle sich „mindestens so entschieden" wie für Südafrika auch für die Deutschen in Polen einsetzen, forderte Czaja.

Auch er unterstrich, es gebe „kein völkerrechtliches Dokument", das Gebietsabtretungen oder die Teilung Deutschlands festlegte. Die Vertriebenen ständen „zum Recht auf die angestammte Heimat, die sechs bis acht Jahrhunderte von Deutschen gestaltet oder mitgestaltet wurde". Der Unterdrückung und Vertreibung von Nachbarvölkern erteilten sie jedoch abermals eine feierliche Absage.

Der Staatssekretär im hessischen Sozialministerium, Steinhäuser, sagte: „Heimatliebe eines Vertriebenen ist kein Revanchismus." Den „hervorragenden Beitrag der Vertriebenen für eine gemeinsame europäische Zukunft" stellte Frankfurts Oberbürgermeister Wallmann (CDU) heraus. Mit ihrer Politik der Versöhnung hätten sie allen anderen Völkern die Hand entgegengestreckt.

IG Chemie für Innovationsschub

DW. Mainz

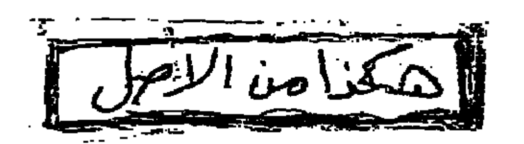
Für einen Innovationsschub in den Bereichen Mikroelektronik, neue Material- und Umwelttechnologien hat sich die Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik ausgesprochen. Die Bundesrepublik Deutschland dürfe den Weltanschluß als Industrienation nicht verpassen, sagte IG Chemie-Vorsitzender Hermann Rappe bei einer Fachtagung seiner Organisation in Mainz. Für die Gewerkschaftsarbeit werden nach seinen Worten Forschung und Technik, Chemie und Biologie künftig einen hohen Stellenwert haben. Die Bedeutung der pharmazeutischen Industrie zeige sich an der Zahl von 80 000 Beschäftigten mit einer hohen beruflichen Qualifikation. Mit freiwilligen Vereinbarungen zwischen Krankenkassen und Pharma-Industrie sollten die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen begrenzt werden, forderte Rappe. Eine Kostenbegrenzung dürfe allerdings nicht zu einer Gefährdung der Forschung werden. Gerade das Auftauchen neuer Krankheiten zeige die Notwendigkeit solcher Anstrengungen.

Glotz für privaten Hörfunk

dpa, Mainz

Zur Beteiligung am privaten Hörfunk hat SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz die Sozialdemokraten aufgerufen. Er wolle keinen SPD-Funk oder einen elektronischen „Vorwärts", sondern ein ausgewogenes Programm, erklärte Glotz vor der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) Rheinland-Pfalz am Samstag in Mainz. Die SPD müsse als Garant für unabhängigen Rundfunk und unabhängige Journalisten wirken. Dazu seien auch unternehmerische Prozesse notwendig.

Als sinnvoll bezeichnete der Bundesgeschäftsführer den auf Initiative des pfälzischen SPD-Bezirksvorsitzenden Willi Rothley gebildeten „Linksrheinischen Rundfunk", der in Rheinland-Pfalz eine Hörfunklizenz beantragt hat. Wenn sich die Sozialdemokraten nicht beteiligten, würden dies andere tun. Mit dem Hörfunk könne die publizistische Landschaft in der Bundesrepublik entscheidend verändert werden. In den nächsten fünf bis sieben Jahren sei dieses Medium wichtiger als das Fernsehen.



Mehr als ein Windei?

ed (Seoul) – Entpuppt sich die vom US-Finanzminister Baker angekündigte neue „integrierte Schuldenstrategie" als Windei? Noch ist Konkretes über diese Vorschläge nicht bekannt, die von ihm und seinen Kollegen aus den anderen großen Industriestaaten wie ein Staatsgeheimnis gehütet werden. Warum diese Geheimniskrämerei? Will sich Baker mit der Verkündung vor der Jahresversammlung des IWF und der Weltbank einen großen Auftritt sichern, der davon ablenken soll, daß die amerikanische Finanzpolitik und der in den USA drohende Protektionismus eine Gefahr für die Weltwirtschaft und eine Belastung für die schuldengeplagten Entwicklungsländer sind?

Oder zögert Baker noch, weil er damit rechnet, daß sein Plan bei seinen Kollegen auf wenig Begeisterung stößt? Manches scheint für die zweite Vermutung zu sprechen. Denn einiges, was man über die Vorschläge munkelte, scheint darauf hinauszulaufen, die Weltbank, die ihrer Natur nach ein multinationales Institut zur Projektfinanzierung in Entwicklungsländern ist, in einen Financier von Zahlungsbilanzdefiziten umzufunktionieren, also in eine Aufgabe des Währungsfonds hineinzudrängen?

Unbestritten ist freilich, daß etwas geschehen muß, damit verschiedene Entwicklungsländer nicht wieder tiefer in die Krise rutschen. Aber hier sind nicht nur die beiden großen multinationalen Institutionen gefordert, sondern vor allem auch die privaten Banken. Es lohnt sich schon, daß man sich Gedanken darüber macht, wie die Banken mit etwas mehr Engagement *von IWF und der Weltbank* ermutigt werden können, den Kredithahn wieder weiter zu öffnen.

Lachende Dritte

Py. – Daß Geld sinnlich macht, vor allem dann, wenn es um fremdes Geld geht, ist bekannt. Die Krise der US-Haftpflichtversicherung ist nicht nur eine Krise der auch auf schnelles Wachstum bedachten Versicherer, sie ist auch eine Krise der amerikanischen Anspruchsgesellschaft, der Gesetzgebung, der Rechtssprechung in strittigen Entschädigungsfragen aus Produkthaftpflicht- und Umweltrisiken, aber auch der auf solche Prozesse spezialisierten Anwälte. Sie haben kräftig mitgeholfen, Entschädigungssummen in solch astronomische Höhen zu treiben, daß sie die Unternehmen in den Konkurs jagen und daß die Geschädigten allenfalls mit einem Drittel je Entschädigungs-Dollar rechnen können, während die Anwälte zwei Drittel einstecken, als Erfolgshonorar. Aber solange Gesetzgebung und Gerichte einen für alles haftbar erklären, ohne daß ihm ein Verschulden nachzuweisen ist, darf man sich über die „lachenden Dritten", die Anwälte, nicht wundern.

Wirtschaftswunderliches

Von PETER GILLIES

Neidvolle Bewunderung schlägt den Deutschen aus dem Ausland entgegen. Sie befänden sich, so liest man es in ausländischen Pressekommentaren, in einem neuen Wirtschaftswunder; ihr Wohlstand blühe, ihre Exportartikel seien weltweit begehrt und die Deutschen hätten sich eine stabile soziale Befriedung erarbeitet. Mit wachsender Entfernung wird die Erfolgsstory des Aufstiegs immer gewaltiger – aus der Nähe gilt sie jedoch wenig. Die Westdeutschen, so eine britische Stimme, säßen zwar im europäischen Boot, fühlten sich aber am stärksten seekrank. Wirtschaftswunder werden zu Hause offenbar nicht zur Kenntnis genommen, heute so wenig wie zu Zeiten Ludwig Erhards.

Der homo oeconomicus, zumal seine deutsche Spezies, ist ein merkwürdig gespaltenes Wesen. Privatim verhehlen ein Manager, ein Facharbeiter oder ein Betriebsrat ihren Stolz über die kleinen Erfolge im Büro und an der Werkbank keineswegs. Ungebrochen ist ihr Genuß an Lebens- oder Urlaubfreude, die Befriedigung über Heimwerkerarbeit in Haus und Garten (oder wie man die „Selbstverwirklichungen" heute zu nennen pflegt). Aber wenn es um den gemeinsam erarbeiteten wirtschaftlichen und sozialen Erfolg geht, sind sie allesamt wundersam verdrießlich. Ihre öffentliche Selbstdarstellungsform ist das Klagelied.

Gewiß ist auch hierzulande manches arg auf Rand genäht und keineswegs ideal. Die Unzulänglichkeiten reichen von den Bildungsanstalten über den Arbeitsmarkt bis zur Rente. Vieles ist, wie könnte es im Diesseits anders sein, verbesserungsfähig. Aber es läßt auf begriffliche Verwirrung schließen, wenn politische Debattierer beispielsweise das Wort von der Massenarbeitslosigkeit nahtlos ins „Massenelend" überführen. Dabei genügte ein Blick über die Grenzen, um zu erhellen, daß die Bundesrepublik erstens über vortreffliche Voraussetzungen zur Problemlösung verfügt (*die Beschäftigung eingeschlossen*), und daß zweitens ein Arbeitsloser bei uns noch einen Wohlstand besitzt, um den ihn Millionen Schwerarbeiter rund um den Globus beneiden.

Nie hört man einen Manager über den Gewinn frohlocken, nie einen Betriebsrat über erfolgreiche Rationalisierung und selten einen Ingenieur über ein neues Produkt jubeln – jedenfalls nicht öffentlich. Sie halten ihre Erfolge als Verschlußsache. Dabei hätten alle drei gute Gründe, ihre Arbeitsergebnisse selbstbewußt herauszukehren, stellt doch ihre Leistung die Quelle des Wohlstandes dar, aus der allein das Soziale zu finanzieren ist.

Statt dessen differenziert man schamhaft zwischen guten und anstößigen Gewinnen, beklagt die angebliche Unmenschlichkeit und Kälte des technischen Fortschritts und fabuliert über die vermeintliche Sättigung der Märkte, auf denen verbesserte Erzeugnisse und Produktphantasie eigentlich störend wirken.

Vielleicht ist es auf diese Gespaltenheit zurückzuführen, daß die deutsche Erfolgsstory überall zur Kenntnis genommen wird, nur nicht zu Hause. Der erstaunliche Aufstieg dieses Gemeinwesens aus den Trümmern geschah durch Arbeit, Fleiß und Erfindergeist; sein Wurzelwerk ist das marktwirtschaftliche Ordnungssystem. Der Erfolg habe, so behauptet der Volksmund, viele Vater. Für die Soziale Marktwirtschaft und ihre unvergleichlichen Errungenschaften gilt diese Regel nicht oder nur sehr eingeschränkt.

Ihre Väter und mehr noch ihre Adepten waren stets von Zweifel geplagt. Obgleich der Erfolg überzeugender als Demosthenes ist, gerieten sie allzuoft in die Defensive. Mehr noch: Je stürmischer Wachstum und Wohlstand ausfielen, desto mehr Zulauf erhielten die Prediger anderer Wirtschaftsmodelle. Sie propagierten „dritte Wege", sozialistische oder „alternative" Vorstellungen. Deren Popularität litt keinesfalls darunter, daß diese Systeme, wo sie denn verwirklicht wurden, allesamt kläglich versagten. Dennoch gehört heute ein robuster Mut zu der Feststellung, daß „alternatives" Wirtschaften nur eine verschlüsselte Form der Verschleuderung öffentliches Geldes darstellt, jenes Geldes, das vom braven Steuerbürger durch rentables Wirtschaften erarbeitet wird.

Die öffentliche Verzagtheit der in Wahrheit beneidenswert Erfolgreichen sei, so belehren uns die Zeitgeschichtler, ein Folge zerbrochener nationaler Identität. Vielleicht spricht daraus ein anerzogenes schlechtes Gewissen der Erfolg- oder sonstwie Reichen. Jedenfalls hat die Wirtschaftspolitik diesen Zwiespalt zu überwinden, sonst erreicht sie jene Gelassenheit nicht, die ihre ökonomische Identität (wieder)herstellt. Auf Dauer wirkt der Widerspruch zwischen öffentlicher Übellaunigkeit und dem individuellem, aber geheimgehaltenen Erfolg zerstörerisch.

Nur weil diese Lücke weiter klafft, finden die Propheten der unentrinnbaren Umweltzerstörung, der Ausbeutung, des allgemeinen Elends und der Technikverdrossenheit soviel Zulauf. Ganz naiv wäre es freilich, mit verordnetem Posaunenschall Optimismus verbreiten zu wollen. Der Erfolg wie seine Entstehung ist eine Bringschuld, die nur mit Information zu erfüllen ist. Eine Volkswirtschaft, die so intelligente Produkte in alle Welt liefert wie die deutsche, sollte imstande sein, auch ihr Erfolgsprodukt zu Hause angemessen zu vermarkten.

Technologisch und marktstrategisch blickt diese Wirtschaft in die entferntesten Winkel der Weltkugel, ihr ordnungspolitisches Selbstbewußtsein mutet dagegen provinziell an. Wenn aber die Deutschen hier auf ihren Nabel fixiert bleiben, können sie von außen schwerlich weltläufiges Verständis erwarten. Die anzustrebende und erreichbare Harmonie zwischen Ökonomie und Ökologie beispielsweise wird nirgends so endzeitlich-düster diskutiert wie bei uns. Vielleicht ist dies nur eine mediale Entstellung der Wirklichkeit – dafür spricht manches –, dann aber fehlt den Realisten der argumentative Biß.

Gewiß benötigen sie dazu Berater, aber noch nie haben Gremien, Kommissionen und kluge Gutachterzirkel kraftvolle politische oder wirtschaftpolitische Linien gezogen. Es hilft nichts, als die Debatte selbstbewußt zu führen, sonst rutscht dem deutschen Michel die Zipfelmütze über Ohren und Augen. Das Angebot an angeblichen Unlösbarkeiten und Apokalypsen ist überreichlich, deshalb dürfen sich auch einmal die Problemlöser bemerkbar machen. Am besten so, daß man sie auch hört.

Dabei sind die Voraussetzungen, mit denen die Horrorspiralen durchbrochen werden können, so ungünstig nicht. Die Wirtschaftspolitik mag ihre großen Linien wiederentdecken, Perspektiven skizzieren. Der Erfolg als gehütete Geheimsache darf enttarnt werden.

IWF-JAHRESVERSAMMLUNG / Kein neues Kreditprogramm der Weltbank

US-Finanzminister will „integrierte Schuldenstrategie" verkünden

CLAUS DERTINGER, Seoul

In Bankkreisen kursierende Gerüchte, wonach die Weltbank mit Garantien für Kredite der privaten Banken oder einem riesigen neuen Kreditprogramm zur Linderung der sich wieder zuspitzenden Schuldenkrise in der Dritten Welt beitragen soll, sind nach Informationen der WELT völlig unfundiert. Gleiches gilt für Gerüchte, die Finanzminister der fünf größten Industrienationen hätten beschlossen, den Dollar mit massiven Interventionen weiter unter Druck zu setzen.

Anlaß zu Gerüchten über massive Finanzspritzen der Weltbank sind Indiskretionen aus Washington und nebulöse Erklärungen des amerikanischen Finanzministers Baker vor der morgen in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul beginnenden 40. gemeinsamen Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank. Baker will morgen eine neue „integrierte Schuldenstrategie" verkünden, die eine engere Zusammenarbeit des IWF mit der Weltbank und eine Stärkung der Weltbank beim Management der Schuldenkrise beinhaltet.

Streng gehütete Einzelheiten des „Baker-Plans" sind bislang nur im engsten Kreise der Finanzminister der großen Industriestaaten besprochen worden. Dabei haben über die normale Kreditvergabe der Weltbank hinausgehende Garantien überhaupt nicht zur Diskussion gestanden. Hier war über Beträge bis zu 25 Milliarden Dollar für die nächsten drei bis vier Jahre spekuliert worden. Als unzutreffend werden auch Versionen bezeichnet, wonach der US-Finanzminister einen gemeinsamen vom IWF und der Weltbank gespeisten Fonds von mindestens fünf Milliarden Dollar für zusätzliche Kredite an die ärmsten Entwicklungsländer gefordert habe. Bundesminister Warnke hat im Gespräch mit deutschen Journalisten davor gewarnt, von der Weltbank zusätzliche Leistungen zu verlangen, wenn damit nur die Risiken anderer auf sie abgewälzt würden.

Zur Stärkung der Weltbank, die langfristige Kredite in Entwicklungsländer gibt und damit gleichzeitig Gelder der privaten Banken mobilisiert, steht eine Kapitalerhöhung in drei Jahren zur Diskussion, über die aber in Seoul noch nicht entschieden wird. Vordringlicher ist es derzeit, die Weltbank-Tochter IDA, die Kredite an die ärmsten Entwicklungsländer zu besonders günstigen Bedingungen gibt, mit neuen Mitteln auszustatten. Bei den USA, die bislang eine ausreichende Kapitalausstattung der IDA notiert hatten, scheint sich ein Entgegenkommen anzubahnen.

Weltbankpräsident Clausen hat inzwischen die privaten Banken, deren Neukredite an die Entwicklungsländer in den letzten Jahren zurückgegangen sind, zu einer Revision ihrer Ausleihpolitik aufgefordert. Nach einer Periode des Sparens müsse der Dritten Welt mit Hilfe der Banken eine Wiederbelebung ihrer Wirtschaft und des Wachstums ermöglicht werden. Er machte den Entwicklungsländern aber zugleich klar, daß ausländische Finanzhilfe kein Ersatz für politische Reformen und den Mut, sie durchzusetzen, sein könne.

Nach den ersten Gesprächen im Interimsausschuß des IWF, dem Lenkungsgremium des Währungsfonds, wurde Einvernehmen darüber erzielt, daß die 2,7 Milliarden Dollar aus dem sogenannten Trustfonds für Kredite an die ärmsten Entwicklungsländer verwendet werden sollen. Das wurde dadurch ermöglicht, *daß Indien und China darauf* verzichtet haben, ihre Rechtsansprüche auf einen erheblichen Teil dieser Mittel geltend zu machen.

Die beim IWF als „Gruppe der 24" auftretenden Entwicklungsländer, die in diesem Jahr wegen gesunkener Rohstoffpreise und Exporte einen Rückschlag erlitten haben, sind vor Konferenzbeginn mit einem noch wesentlich schärfer als sonst formulierten Forderungskatalog vor die Öffentlichkeit getreten, die auf eine Änderung des internationalen Finanz- und Währungssystems abzielt. Im Interimsausschuß, in dem sie ebenfalls vertreten sind, haben die Entwicklungsländer mit den Industriestaaten jedoch moderat diskutiert, war aus Teilnehmerkreisen zu hören.

Zeitbomben der Weltwirtschaft

Schulden der Entwicklungsländer in Mrd Dollar

1977	1979	1981	1983	1985 (geschätzt)
332	471	661	791	865

Die Schuldenlast der Entwicklungsländer ist heute mit 865 Milliarden Dollar zweieinhalbmal so hoch wie vor acht Jahren. Nimmt man die Ostblockverbindlichkeiten hinzu, erhöht sich der Schuldenberg auf fast eine Billion Dollar. Größte Einzelschuldner sind Brasilien mit 103 und Mexiko mit 98 Milliarden Dollar. Viele Länder können die Zinsen für ihre Schulden nicht mehr zahlen. Bei den Banken stehen diese Länder mit 443,5 Milliarden Dollar in der Kreide. Mit 136,7 und 84,2 Milliarden Dollar sind die Institute der USA und Großbritanniens die größten Kreditgeber. Die deutschen Banken kommen auf nur 31,7 Milliarden Dollar.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Griechenland: Sinkende Bedeutung der Industrie

Athen (dpa/VWD) – Der Vorsitzende des griechischen Industrieverbands, Theodoros Papalexopoulos, hat sich in Athen über die zurückgehende Bedeutung der Industrie in der griechischen Volkswirtschaft beklagt. Nach seinen Angaben haben im vergangenen Jahr 2300 private Industriebetriebe in Griechenland mit Gesamtverlusten von 32 Milliarden Drachmen (rund 653 Mill. DM) abgeschlossen, gegenüber 11,3 Milliarden Drachmen (230 Mill. DM) 1983.

Kein Opec-Mitglied

Bogotá (VWD) – Kolumbien, das voraussichtlich im nächsten Jahr zu den Erdöl-exportierenden Ländern gehören wird, wird nicht dem Opec-Kartell beitreten, teilte der Bergbau- und Energieminister, Ivan Duque, mit. Seiner Ansicht nach sei das Kartell nicht in der Lage, die Preise oder den Markt zu kontrollieren. Die guten Jahre, in denen die Opec den Ton in der Ölwelt angab, seien vorbei. Heute hätten die Nicht-Opec-Länder mehr Gewicht, als die Opec-Mitglieder.

Hilfe noch offen

Düsseldorf (rtr) – Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen sieht aufgrund der unzureichenden Informationspolitik der Krupp-Stahl AG *momentan* keine Möglichkeit, über eine öffentliche Finanzhilfe für das neue Strukturkonzept des Unternehmens zu entscheiden. Jochimsen forderte zugleich die Vorlage eines Gesamtkonzepts, auf dessen Grundlage die Landesregierung überhaupt erst entscheiden könne, ob die Kriterien für eine derartige Hilfe vorliegen.

Brennstoffhändler klagen

Lübeck (dpa/VWD) – Der Deutsche Brennstoff-Handel (gdb) ist mit dem Geschäftsergebnis 1984 nicht zufrieden. Wie der Gesamtverband, der rund 4000 Brennstoffhändler in der Bundesrepublik vertritt, mitteilte, ist der Brennstoffabsatz zwar nur von 71 Mill. Tonnen auf 70,9 Mill. Tonnen (minus 0,1 Prozent) gesunken. Hinter diesem Gesamtergebnis verbergen sich nach gdb-Angaben jedoch Verschiebungen in den einzelnen Handelsbereichen. Beispielsweise seien im Einzelhandel 0,9 Prozent mehr (insbesondere Heizöl) verkauft worden als im Vorjahr, während der Absatz im Großhandelsbereich um 1,1 Prozent gefallen sei. Besser sei hingegen 1984 aufgrund höherer Preise der Umsatz - speziell bei Heizöl - ausgefallen. Er stieg um 7,1 Prozent auf 46,6 Mrd. DM. Für 1985 rechnet der gdb mit ausgeglichenen Ergebnissen.

Für fairen Wettbewerb

Heilbronn (dpa/VWD) – Der Gesetzgeber *muß nach Auffassung* des deutschen Fleischerhandwerks einen fairen Wettbewerb in der Lebensmittelbranche sichern. Wie Verbandspräsident Hermann Viellieber gestern auf dem Fleischer-Verbandstag in Heilbronn sagte, müßten unter anderem Verkäufe unter Einstandspreis verboten werden. Zugleich sprach er sich für eine Novellierung des Kartellgesetzes und für eine verstärkte Anwendung der Mißbrauchsaufsicht über marktstarke Unternehmen aus. Die Branche sei 1984 mit einem Umsatz von 32,7 Mrd. DM weit hinter den Umsätzen der beiden Vorjahre zurückgeblieben. Im 1. Halbjahr 1985 sei der Umsatz um 1,8 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres auf 15,68 Mrd. DM zurückgegangen. Der Pro-Kopf-Fleischverbrauch sei jedoch gestiegen. Hochgerechnet werde jeder Bundesbürger bis Ende dieses Jahres durchschnittlich 91 Kilogramm Fleisch essen.

Auflösung droht

Düsseldorf (Py.) – Unternehmen in der Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH), die bis zum 31. Dezember 1980 gegründet worden sind, droht zum Jahresende 1985 die Auflösung, wenn sie bis dahin nicht die Auflagen der GmbH-Novelle 1980 erfüllt haben. Wie die Rheinische Notarkammer mitteilte, gelten zum Jahresende Alt-GmbH's als aufgelöst, wenn ihr Stammkapital weniger als 50 000 DM beträgt, die Mindesteinlage 25 000 unterschreitet (nur bei Gesellschaften unter 100 000 DM möglich) und dem Registergericht durch den Geschäftsführer nicht versichert wird, daß diese Mindesteinlage geleistet ist. Eine GmbH-Auflösung verursache nicht nur zusätzliche Kosten, sie könne auch zu erheblichen steuerlichen Nachteilen durch Versteuerung der stillen Reserven führen.

Kiechle würdigt die Bauern

München (dpa/VWD) – Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle hat die Bauern als „die wahren Grünen" bezeichnet. Zum 40jährigen Bestehen des Bayerischen Bauernverbands sagte er gestern in München, Natur- und Umweltschutzfanatiker hätten keinen Platz unter den Bauern, die wie kein anderer Berufszweig mit und von der Natur lebten. Außerdem verurteilte er strukturstarke Produzenten, die nach seinen Worten über Preisdruck einen Verdrängungswettbewerb zu Lasten kleinerer Betriebe und benachteiligter Regionen führen. Der Minister kündigte seinen Widerstand an, falls ein durch unzählige staatliche Eingriffe verfälschter Weltmarkt Grundlage einer Preissenkungspolitik werden solle und damit der wirtschaftlichen Ruin vieler Bauern verursacht würde. Es müsse erreicht werden, daß die Leistung der Bauern anerkannt wird und sie einen *gerechten Lohn für ihre Arbeit* erhalten.

AUF EIN WORT

„Wer nichts gelernt hat und wer nicht bereit ist, seine Chancen dort wahrzunehmen, wo sie ihm angeboten werden, der kann auch nicht erwarten, daß ihm der Staat seinen Arbeitsplatz frei Haus liefert."

Martin Bangemann, Bundesminister für Wirtschaft FOTO: F. HARTUNG

IWF tagt 1988 in Berlin

AP, Seoul

Die Jahrestagung 1988 des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank wird einer am Samstag in Seoul unterzeichneten Übereinkunft zufolge in Berlin stattfinden. Die Konferenz ist für Ende September 1988 geplant, Tagungsort soll das Berliner Kongreßzentrum sein. Die nächsten beiden Jahrestagungen werden, wie üblich, in Washington abgehalten. Alle drei Jahre finden die Konferenzen außerhalb der Vereinigten Staaten statt. Die Bundesrepublik Deutschland wird in drei Jahren erstmals Gastgeberin einer Konferenz von IWF und Weltbank in der Geschichte dieser Einrichtungen sein.

PRIVATE BAUSPARKASSEN

Das Vermögensbildungsgesetz benachteiligt Wohneigentum

HEINZ STÜWE, Bonn

Mit den Finanzierungsproblemen der Rentenversicherung wird nach Ansicht der Bausparkassen die Bildung von Wohneigentum als Mittel der Altersvorsorge an Bedeutung gewinnen. In diesem Zusammenhang könne der geplante Wegfall der Nutzungswertbesteuerung gar nicht überschätzt werden, versicherte Joachim Degner, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der privaten Bausparkassen, in einem Gespräch mit der WELT. „Es muß den Bürgern erst noch klargemacht werden, was es bedeutet, im Alter im eigenen Haus steuerfrei wohnen zu können."

Die staatlichen Anreize dürften sich jedoch nicht auf die Nutzungsphase beschränken, sondern müßten auch die Finanzierung umfassen. Um so unverständlicher ist für Degner, daß die Bundesregierung sich gegen eine Besserstellung des Bausparens in der Vermögensbildung wendet. Das Bundeskabinett hatte den Vorschlag Niedersachsens abgelehnt, in einem neuen Vermögensbeteiligungsgesetz den Höchstbetrag für das Bausparen von 624 auf 936 Mark zu erhöhen. Dieser Betrag ist bisher für Produktivkapital reserviert.

Eine Angleichung zugunsten des Bausparens sei schon deshalb notwendig, um die Einbußen der letzten Jahre auszugleichen. Auf Bausparverträge seien im vergangenen Jahr 22 Prozent weniger vermögenswirksame Leistungen als 1981 eingezahlt worden. Der Anteil am Geldeingang der Bausparkassen (derzeit 14 Prozent) ist nach Degners Angaben etwa konstant geblieben. Mit einer gegenüber dem Bausparen höheren Sparzulage auf Produktivkapital-Anlagen würde sich Degner dagegen abfinden.

US-AKTIENMÄRKTE

Schlechtere Firmengewinne bremsen den Aufwärtstrend

LEO FISCHER, Bonn

Bei recht lebhaftem Geschäft – die Umsätze blieben in der letzten Woche börsentäglich über 100 Millionen Stück – konnte sich an der Wall Street kein einheitlicher Aufwärtstrend durchsetzten. Der Markt wurde hin- und hergerissen von den positiven Nachrichten zum Dollar und den Zinsen und Befürchtungen über die Unternehmensgewinne.

Insgesamt schloß die Wall Street mit leichten Kursgewinnen. Der 30 Industriewerte umfassende Dow-Jones-Index stieg im Wochenverlauf um 7,95 Punkte auf 1328,74, der breiter gestreute NYSE-Index erhöhte sich um 1,12 Punkte auf 105,94.

Die Skepsis über die Entwicklung der Unternehmensgewinne erhielt neue Nahrung, als bekannt wurde, daß Hospital Corporation of America, ein „glamour stock" unter den Gesundheitsaktien, im vierten Quartal mit einer Ertragsstagnation rechnet nach einem nur zehnprozentigen Anstieg – es war wesentlich mehr erwartet worden – im dritten Quartal. Am Freitag verlor schließlich der Computerhersteller Burroughs 7,75 Dollar, nachdem Händler an der Wall Street von einem deutlich schwächeren Ertrag bei diesem Unternehmen im dritten Quartal berichteten. Nachrichten über nachgebende Firmengewinne dürften nach Ansicht von Händlern auch in den kommenden Wochen den Börsentrend beeinträchtigen.

Für gewisse Anregungen sorgte in der letzten Woche wieder die Übernahmephantasie. Beatrice Cos, weiterhin Ziel von Übernahmebestrebungen, wurden mit 5,5 Millionen Aktien am Freitag zum meistgehandelten Wert und verbesserten sich um 3/4 Dollar. Rorer, für die eine Übernahmeofferte von Pfizer vorliegt, zog am Freitag um 3,75 Dollar an.

ENERGIEWIRTSCHAFTSGESETZ / Hessischer Wirtschaftsminister für Reform

Prinzip der Umweltschonung fehlt

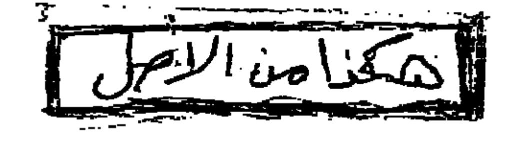
HEINZ HECK, Bonn

Ulrich Steger, hessischer Minister für Wirtschaft und Technik, ist seiner Sache ganz sicher: Die nächste SPD-geführte Bundesregierung – „*wann immer sie kommt*" – *wird das* aus dem Jahre 1935 stammende Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) reformieren. Steger sieht damit Übereinstimmung zwischen der Bonner SPD und der hessischen Landesregierung, auch wenn es in Wiesbaden, wie er kürzlich in einem Vortrag beim „Energy Dinner" der Gesellschaft für Energiewissenschaft und Energiepolitik (GEE) in Bonn einräumte, „den einen oder anderen grünen Farbtupfer gibt".

Nach Meinung des früheren forschungspolitischen Sprechers der Bonner SPD-Fraktion müssen als Ziele in das EnWG – für Steger ein „Ermächtigungsgesetz" – neben der preiswerten und sicheren auch die umweltschonende Energieversorgung sowie die rationelle Energieverwendung aufgenommen werden. Steger wird grundsätzlich: Der tiefgreifende Strukturwandel in der Energiewirtschaft, die Umwelt- und Ressourcengrenzen sowie die damals kaum beachteten Probleme der Sozialverträglichkeit des Energiesystems erforderten eine Neuorientierung in der Energiepolitik, die auch die Ziele und Instrumente des EnWG einschließen müsse. Auch sei zu fragen, ob die Beschränkung des Gesetzes auf die Versorgung mit Elektrizität und Gas angesichts der engen Verflechtung der Energiemärkte heute noch haltbar sei.

Der Minister zielt auf deutliche Fortschritte in der rationellen Energieverwendung. Neue Technologien sind für ihn der „Schlüssel" bei der Versöhnung von Arbeit und Umwelt. Auf der Grundlage des im Juli vom hessischen Landtag verabschiedeten, in der energiepolitischen Diskussion sehr umstrittenen „Energiespargesetzes" will Steger den Ausbau der dezentralen Energieversorgung in der Anlaufphase subventionieren, vorausgesetzt, daß langfristig wirtschaftlich tragfähige Lösungen zu erwarten seien. Dauersubventionen sollen also unter allen Umständen vermieden werden.

Kritisch im Visier hat Steger vor allem die Elektrizitätswirtschaft. Allerdings bescheinigt er ihr wie der Gaswirtschaft, daß es gelungen sei, die Versorgung mit diesen beiden wichtigen Energieträgern sicherzustellen. Mehr noch: Sie hätten – durch Bedarfsstimulierung – ihre Sicherungsaufgabe sogar „übererfüllt". Stegers Votum lautet: Mehr Wettbewerb in der Energie-, speziell der Elektrizitätswirtschaft, auch wenn er einräumt, daß es hier aufgrund der Leitungsgebundenheit „technische Barrieren" gebe.



ENERGIE-AGENTUR

Der Ölverbrauch ändert sich kaum

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Ölverbrauch der westlichen Industriestaaten (OECD-Zone) verläuft nicht parallel zu ihrer allgemeinen Wirtschaftsentwicklung. Im nächsten Jahr wird er nach Schätzung der Internationalen Energieagentur (IEA) gegenüber 1984 unverändert bleiben, obwohl die am Bruttosozialprodukt gemessene Wachstumsrate auf 2,75 Prozent veranschlagt ist. Für dieses Jahr rechnet die IEA bei einem Wachstum von 3,25 Prozent mit einem Ölverbrauchsrückgang von 2,3 Prozent.

In dem letzten Ölmarktbericht waren von der IEA noch minus 2,5 Prozent erwartet worden. Die Revision wird damit begründet, daß im Jahresvergleich des dritten Quartals der Verbrauchsrückgang nur 2 statt 3 Prozent erreichen dürfte. Vor allem Nordamerika hat wieder mehr Öl verbraucht, während Europa mit einer unveränderten Minusrate von 5 Prozent aufwartet. Das erklärt sich allerdings zum Teil daraus, daß der britische Ölverbrauch wegen des Bergarbeiterstreiks vor einem Jahr außergewöhnlich hoch ausgefallen war.

Theoretisch müßte im nächsten Jahr bei geringerem Wachstum als 1984 der Ölverbrauch noch stärker als in diesem Jahr zurückgehen. Wenn er nur stagniert, so liegt das vor allem am nachlassenden Energiesparen. Auch fürchtet die IEA, daß die Investitionen zur Ölinstitution erlahmen.

Die Ölvorräte der OECD-Zone (zu Lande) verminderten sich im September auf 413 (416) Millionen Tonnen und lagen damit um 23 Millionen Tonnen unter dem Vorjahresstand. Die Ölproduktion blieb konstant. Gleichwohl zogen die Preise an den Spotmärkten wieder etwas an. Zur künftigen Preisentwicklung äußert sich die IEA nicht.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bersenbrück: Nachl. d. Lothar Osyguß, Quakenbrück; **Braunschweig:** Dagmar Skaf, Kauffrau; **Hamburg:** Nachl. d. Ludger Bengfort, Gastwirt.

Anschluß-Konkukrs eröffnet: Hamburg: KG i. Hamburger Stahlmöbelfabrik Alfred Thomsen G.m.b.H. & Co.; Stahlmöbelfabrik Alfred Thomsen G.m.b.H.

Vergleich beantragt: Berlin Charlottenburg: GHE-Gesellschaft für Haus u. Eigentum mbH.

FINNLAND / Helsinki führte erfolgreiche Wirtschaftsgespräche mit wichtigem Handelspartner Sowjetunion

Warenaustausch mit UdSSR stützt Konjunktur

WILHELM HADLER, Helsinki

Erfolgreich verlaufen zu sein scheinen die ersten Wirtschaftsgespräche der finnischen Regierung mit der neuen Sowjetführung. Staatspräsident Mauno Koivisto jedenfalls brachte – wie in Helsinki zu erfahren war – von seinem kürzlichen Besuch das feste Versprechen Michail Gorbatschows mit nach Hause, daß die ins Stocken geratenen Öllieferungen nach Finnland verabredungsgemäß abgewickelt werden.

Wichtig sind diese Lieferungen weniger für die Versorgung der finnischen Industrie als für deren Ostexporte. Der finnisch-sowjetische Handel folgt nämlich noch immer den Gesetzen eines strengen Bilateralismus, und viel anderes als Erdöl können die Russen bekanntlich kaum exportieren.

1984 sind die finnischen Lieferungen an die Sowjets um 16 Prozent zurückgegangen, was weitgehend eine Folge der internationalen Ölpreisentwicklung war. Auch in den nächsten Jahren dürften die Ölpreise dem bilateralen Handel kaum Auftrieb geben.

Trotzdem stellt der Warenaustausch mit der Sowjetunion eine wichtige Konjunkturstütze für die finnische Wirtschaft dar. Die Regierung in Helsinki versucht diese um so mehr zu nutzen, als sie von Ende 1986 an mit erheblichen Wachstumseinbußen im Westhandel rechnet.

Während die Exporte nach Westeuropa und den USA seit Mitte 1983 kräftig angestiegen sind (die Ausfuhren in die EG kletterten 1984 um mehr als ein Fünftel), meldet die finnische papier- und holzverarbeitende Industrie seit einiger Zeit bereits eine nachlassende Auslandsnachfrage. Der neue fünfjährige Handelsvertrag mit der Sowjetunion tritt Anfang 1986 in Kraft. Vor allem von 1987 an soll er so weit wie möglich als stabilisierender Faktor für die finnische Wirtschaftsentwicklung eingesetzt werden.

Im wesentlichen ist Finnlands Außenhandel freilich nach Westeuropa orientiert. Darüber darf auch die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß die Sowjetunion mit rund 19 Prozent der finnischen Exporte und 23 Prozent der Importe seit langem auf Platz eins in der Rangliste der Handelspartner steht.

Auf die EG entfiel 1984 ein Anteil von 38 Prozent (Bundesrepublik rund zehn Prozent), während die Efta-Länder 19 Prozent der Lieferungen aufnahmen. Die Exporte in die USA konnten sich im vergangenen Jahr (vornehmlich wegen des Verkaufs von Ölbohrinseln) um 13 Prozent erhöhen und damit den US-Anteil von vier auf acht Prozent der Gesamtexporte verdoppeln.

Seit Anfang der achtziger Jahre verläuft das finnische Wirtschaftswachstum schneller als das der meisten anderen Industrieländer, wenn auch die Rekordziffern vorausgegangener Jahre nicht mehr erreicht wurden. Sowohl für 1985 wie für 1986 wird nochmals mit einem Zuwachs von jeweils drei Prozent gerechnet.

Ob es auch später noch aufwärts geht, hängt nach dem Urteil der Regierung nicht nur von der Entwicklung der Auslandsnachfrage, sondern vor allem von der Bewältigung des internen Kostenanstiegs ab. Mit einer Preissteigerungsrate von rund fünf Prozent für 1985 hinkt das Land nach wie vor wichtigen Konkurrenten hinterher.

Die Zentralbank hat daher kürzlich warnend ihre Stimme erhoben und die Finnen zu maßvollen Lohnabschlüssen aufgerufen. Ein Erfolg dieser Appelle ist deshalb nicht unwahrscheinlich, weil zwischen Regierung und Sozialpartnern ein erstaunlich weitgehender Konsens über das wirtschaftlich Mögliche besteht.

Für eine erfolgreiche Stabilitätspolitik spricht ferner die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit mit 6,2 Prozent vergleichsweise gering ist und daß die Staatsfinanzen weniger stark belastet sind als in manchen anderen Industrieländern. Die Arbeitslosigkeit wird in Wirklichkeit eher ein regionales als ein konjunkturelles Problem. Bis zum Ende dieses Jahrzehnts soll sie völlig beseitigt sein.

Ein wichtiger Trumpf für die künftige Entwicklung ist schließlich auch die Konsequenz marktwirtschaftlicher Orientierung Finnlands. Niemals – so hört man – ist in Helsinki soviel über die Stärkung der Marktkräfte diskutiert worden wie gegenwärtig.

PUBLIC DESIGN / Erste internationale Fachmesse für Umweltgestaltung

Kritik am Verwirrspiel der Verwaltungen

INGE ADHAM, Frankfurt

Ohne Zweifel, sie ist notwendig, die Messe „public design", die in Frankfurt in Anbindung an den deutschen Architektentag vom 5. bis 8. Oktober läuft. Die Vorschußlorbeeren und die vielfache Zustimmung für die 1. Internationale Fachmesse für Umweltgestaltung machen deutlich, daß Bedarf besteht, ebenso die mit 180 Ausstellern aus den neun Ländern und rund 10 000 Besuchern weitaus größere Beteiligung als ursprünglich erwartet.

Die Idee, eine Messe zu gestalten, die den Markt für Dienstleistungen und Gestaltung des öffentlichen Raums transparent macht, kam den Verantwortlichen der Frankfurter Messegesellschaft bei ihren Bemühungen zur Umgestaltung und Neustrukturierung des eigenen Messegeländes. Das neue Gesicht ist geglückt.

Auch der Gesamtüberblick, den die „public design" über die Einrichtungselemente des öffentlichen und sozialen Raums vermittelt, ist geglückt. „Schöner leben" in allen Bereichen bis hin zum Verkehrsschild ist nach dem Angebot der dort vertretenen Unternehmen durchaus möglich. Komplette Beispiele, verstanden als Anregung und zur Nachahmung animierend, bieten 14 Städte, darunter Wien und Den Haag, aber auch Frankfurt. Zielgruppe: die Vertreter der öffentlichen Hand, Städte- und Verkehrsplaner, Architekten.

Herbe Kritik an dem „Verwirrspiel der Verwaltungen bei der Verwirklichung von Gestaltungsplänen" wird immer wieder von Architekten und Städteplanern laut. Die Verwaltungen verfügen zwar über das Geld, so heißt es, Einfühlungsvermögen für Formen und Proportionen fehle aber. Dazu kommt dann das organisatorische Chaos zwischen den Behörden. Und schließlich deckt der scheinbar unumgängliche Schilderwald alle Anstrengungen um eine ansprechende Umweltgestaltung zu.

Man muß den Städten aber zugestehen, daß auch sie die Bemühungen um eine lebensgerechtere Stadt unterstützen: Der deutsche Städtetag hat das Präsidium der neuen Messe übernommen. Hans Erhard Haverkampf, Frankfurter Baudezernent und Fachbeirat der „public design" verspricht sich von der Markttransparenz eine Reduzierung von Fehlgriffen.

Um welche Summen es dabei geht, zeigt das von ihm angeführte Frankfurter Beispiel: Pro Jahr stehen derzeit rund 25 Millionen Mark für den Umbau des öffentlichen Raumes zur Verfügung. Bundesweit schätzt er die Aufwendungen auf „mindestens" 10 Milliarden Mark jährlich.

Daß übrigens nicht nur in der Bundesrepublik die Stadtgestalter manchmal „schwimmen", beweist das rege Besucherinteresse aus dem Ausland. Neben den ausgestellten Lösungsangeboten für Straßenmöblierung, Wartehallen, Toiletten, Verkehrsschilder und Laternen, würde vor allem auch das begleitende Rahmenprogramm zahlreiche Anregungen mit auf den Weg geben.

Italien beschließt Steuerreform

ds, Mailand

Die italienische Regierung hat am Wochenende einen Entwurf zur Steuerreform beschlossen, mit dem ab Anfang 1986 die Einkommensteuerprogression abgeschwächt und der Fiskaldrang künftig vermindert wird. Im einzelnen ist vorgesehen, die Steuerfreibeträge zu erhöhen und die Steuersätze vor allem in den mittleren Einkommensklassen zu senken. Den Fiskus wird die Reform des Einkommenssteuersystems im kommenden Jahr rund 3650 Mrd. Lire und im Jahr darauf 6700 Mrd. Lire kosten.

Darüber hinaus beschloß die Regierung, die Investitionen der italienischen Unternehmen für die Dauer von drei Jahren ab Anfang 1987 steuerlich zu vergünstigen. Im einzelnen ist in diesem Fall vorgesehen, bis zu 18 Prozent der reinvestierten Gewinne von der Körperschaftssteuer zu befreien. Die der Wirtschaft zugute kommende Vergünstigung wird auf durchschnittlich 500 Mrd. Lire jährlich geschätzt. Weitere Erleichterungen sind auch im Falle der Erbschaftssteuer vorgesehen.

FRANKREICH / Senatsbericht über Verstaatlichte

„Extrem schweres Handikap"

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Durch die Verstaatlichung der französischen Industriekonzerne CGE, Thomson, Pechiney, Saint-Gobain, Rhône-Poulenc, Matra und Bull habe die sozialistische Regierung wichtige Allianzen mit deren ausländischen Konkurrenten verhindert. Das bedeute ein „extrem schweres Handikap" für die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs. Zu diesem harten Urteil kommt die Finanzkommission des von den Oppositionsparteien beherrschten Senats in einem sonst sehr ausgewogenen Bericht über die Auswirkungen der 1982 erfolgten Nationalisierung.

Positiv vermerken die Senatoren, daß sich die Ertragslage der sieben Konzerne in den letzten drei Jahren wesentlich verbessert hat. Während 1982 nur die CGE kein Defizit ausgewiesen hatte, erwirtschaften inzwischen vier Konzerne Gewinne. Per saldo ergab sich für die Sieben 1984 ein Reingewinn von 2,07 Mrd. Franc.

Aber dieses Ergebnis sei vor allem dem Umstand zu verdanken, daß die Regierung den Unternehmen 50 Mrd. Franc an staatlichen Kapitaldotationen bereit stellte, heißt es in dem Bericht. (Vor der Verstaatlichung waren sie stark unterkapitalisiert gewesen). Außerdem gewährten die staatlichen Banken den Konzernen hohe Kredite zu Vorzugszinsen. Und sie beschafften sich vier Mrd. Franc „Eigenmittel" durch (stimmrechtslose) Partizipationstitel und Investment-Zertifikate an der Börse.

Besonders beanstandet der Senat, daß verschiedene Konzerne (Rhône-Poulenc und Pechiney insbesondere) ihre Defizitsektoren an früher verstaatlichte Konzerne (Elf-Aquitaine) abgetreten haben. Dadurch sei die Bilanz der neu Verstaatlichten „künstlich" aufpoliert worden. Und schließlich wirkte sich die internationale Konjunkturbelebung unabhängig von der Verstaatlichung positiv aus.

Dem hält die Regierung entgegen, daß die meisten Konzerne sich wegen ihrer hohen Verluste am privaten Kapitalmarkt nicht die für ihre Wiederaufrichtung benötigten Mittel hätten beschaffen können. Ohne die Verstaatlichung hätten manche sogar Konkurs anmelden müssen.

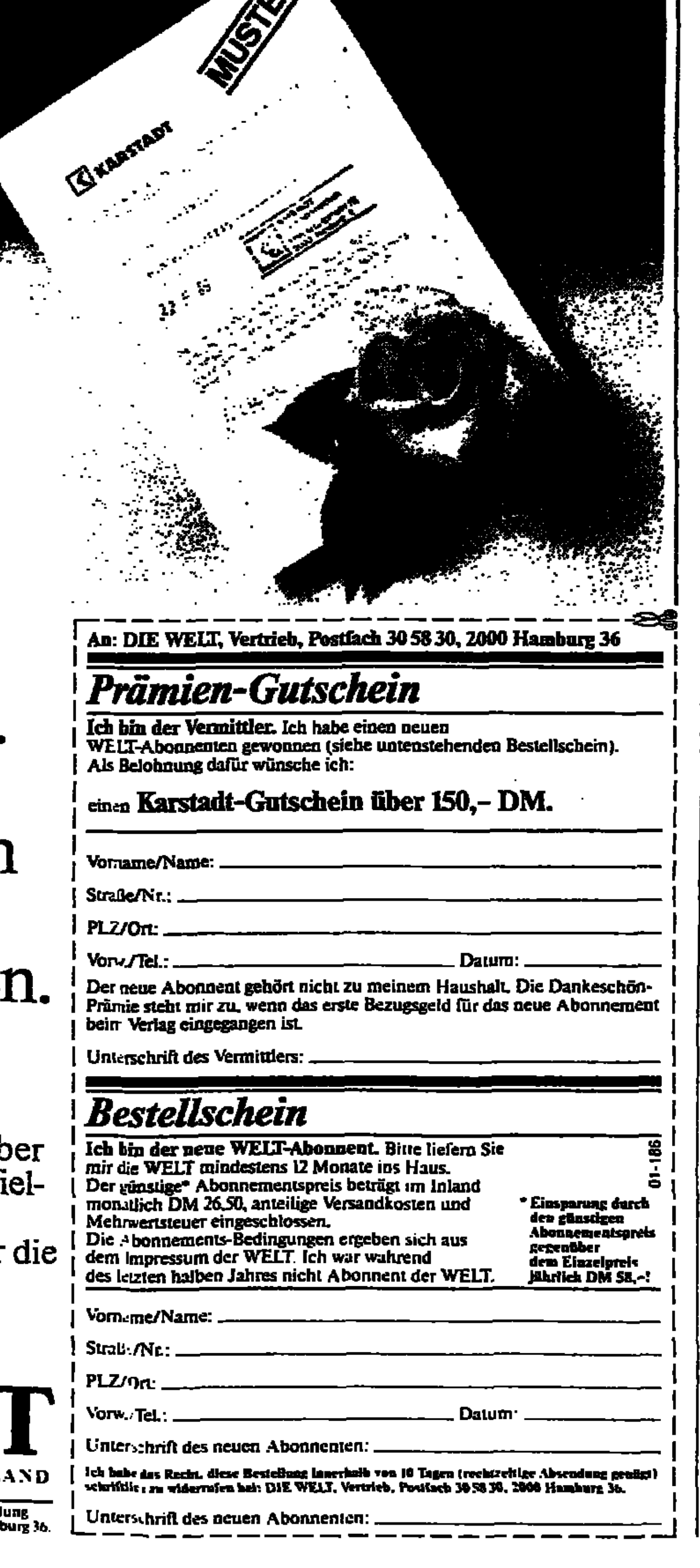
RENTENMARKT / Anleger operieren vorsichtiger

Warten auf neue Impulse

Zwar hat in der abgelaufenen Börsenwoche die Labilität des Rentenmarktes wieder zugenommen, doch wurde am Freitag bei geringeren Umsätzen ein annähernd einheitliches Kursniveau erreicht. Aufgrund mangelnder Impulse verzeichneten alle Laufzeitbereiche leichte Renditeanhebungen. Die Marktteilnehmer operieren spürbar vorsichtiger. Vor allem die privaten Anleger halten sich gegenwärtig stark zurück. So gingen auch vom Kupontermin 1. Oktober keine positiven Anregungen aus. Mit Interesse blickt nun der Markt den Konditionen der neuen Bundesanleihe entgegen. Die Renditeschere zwischen öffentlichen Anleihen und Bankschuldverschreibungen einerseits sowie zehnjährigen Fälligkeiten und fünfjährigen Laufzeiten andererseits hat sich weiter geöffnet. (DW.)

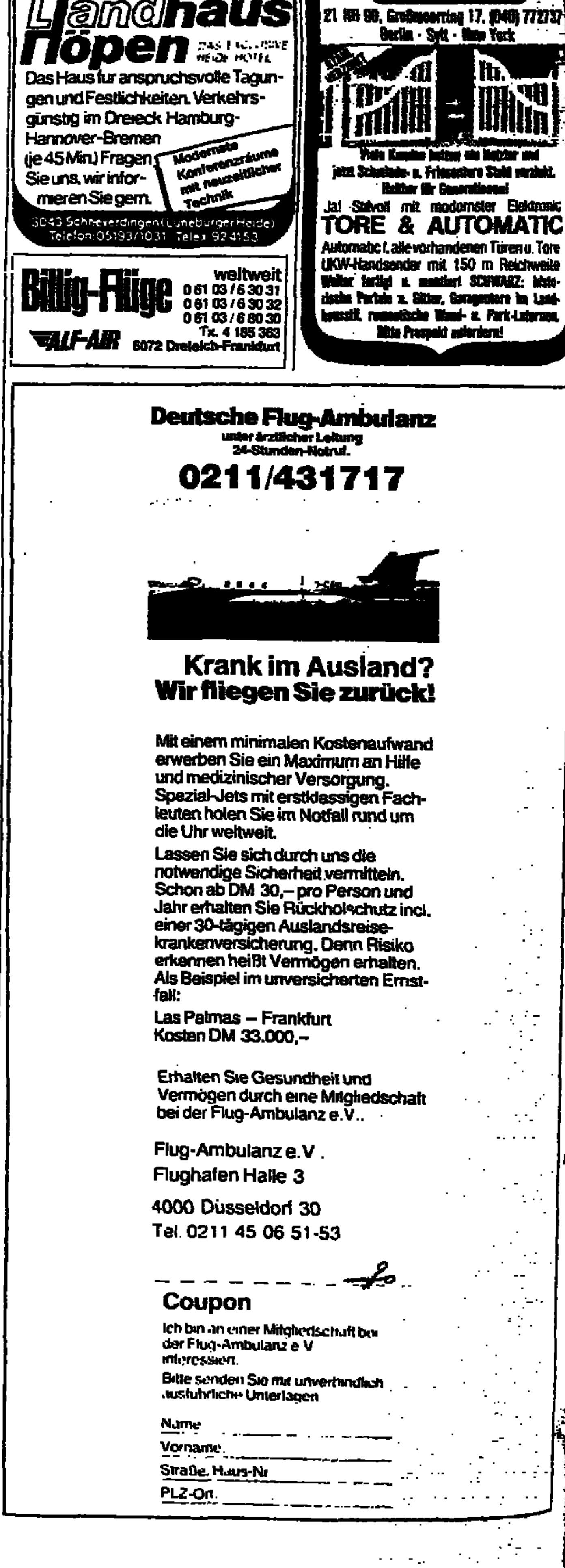
Emissionen	4.10. 85	27.9. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,82	5,78	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,12	6,11	6,72	7,72	7,84
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,01	6,02	6,56	7,83	7,81
Schuldverschreibungen der Industrie	6,29	6,33	6,94	8,29	8,34
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,00	6,01	6,65	7,90	7,66
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,62	5,63	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,68	6,67	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	5,99	6,01	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	6,67	6,73	7,20	8,08	8,45

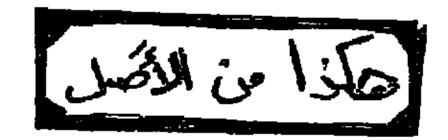




Sprechen Sie mit Ihren Freunden und Bekannten, Nachbarn und Kollegen über die WELT, über ihre Aktualität, ihre Vielseitigkeit, ihre weltweite Sicht. Sicher werden Sie den einen oder anderen für die WELT gewinnen.







CARAVAN-SALON / Absatzprobleme im Inland

Trend zu Camping-Urlaub

HARALD POSNY, Essen

Die Hersteller von Wohnanhängern und Wohnmobilen haben gegenwärtig erhebliche Probleme mit dem Absatz. Zwar geben die Zulassungszahlen noch keinen Hinweis auf Marktsättigung, aber der Rückgang der Inlandszulassungen in den letzten zwölf Monaten um sechs Prozent wird nur durch einen erheblich verbesserten Export ausgeglichen. Anläßlich des 24. Internationalen Caravan-Salons in Essen (5. bis 13. Oktober) zeigt sich die Branche jedoch optimistisch. Immerhin, so der Vorsitzende des Verbands der Deutschen Wohnwagen-Hersteller (VDWH), Erwin Hymer, steige der Trend zum Camping-Tourismus, in diesem Jahr allein wird der Zuwachs auf zehn Prozent geschätzt.

Der Gesamtumsatz der Branche lag 1984 bei rund 1,5 Mrd. DM. Er soll in diesem Jahr um fünf Prozent wachsen, von denen zwei Prozent auf Preissteigerungen zurückgehen werden. Im letzten Jahr wurden rund 50 000 Wohnwagen produziert, von denen 28 500 in der Bundesrepublik zugelassen worden sind. Nicht viel anders sah die Lage bei Wohnmobilen aus. Bis zur Jahresmitte 1985 gingen die Zulassungen um 2,8 Prozent zurück. Auch hier bringt der Export aber mehr als einen Ausgleich.

Ein Teil möglichen Mehrabsatzes geht den Wohnmobil-Herstellern durch die wachsende Zahl von Selbsteinrichtern verloren. Insgesamt sind etwa eine reichliche Viertelmillion Wohnmobile in der Bundesrepublik zugelassen.

Auf dem 24. Caravan-Salon präsentieren etwa 250 Hersteller aus zehn Ländern rund 1100 Fahrzeug-Modelle, vom Anhänger bis zum Luxus-Mobil, aber auch Einrichtungen und Zubehör. Angesichts wachsenden Interesses am Camping-Tourismus rechnet die Messe mit 130 000 Besuchern aus dem In- und Ausland.

US-HAFTPFLICHTVERSICHERUNG / Kräftige Prämienerhöhungen und ein eingeschränkter Deckungsumfang

Mit Verlusten in Milliardenhöhe in die Krise

HARALD POSNY, Frankfurt

Der Markt für Haftpflichtversicherungen in den Vereinigten Staaten befindet sich in einer tiefen Krise, und mit ihr die amerikanische Versicherungswirtschaft. Enormer Prämienverfall nach ungezügeltem Aufbau von Zeichnungskapazitäten, und Entschädigungssummen in für Europa unvorstellbaren Höhen haben dazu geführt, daß etliche Versicherer in die roten Zahlen gerutscht sind. Sie fordern jetzt Prämienerhöhungen – je nach Risiko und Branche – von bis zu 1000 Prozent und das nur mit eingeschränktem Deckungsumfang.

Vor 100 Industrie-Vertretern alarmierte Gerhard Groh, Partner in Deutschlands führender Versicherungsmaklerfirma Jauch & Hübener, deutsche Exporteure: „Es gibt kaum noch Deckungsmöglichkeiten für die Versicherung von Umweltschäden jeder Art." Das bedeutet, daß nicht nur viele deutsche Unternehmen mit US-Töchtern vor schwer lösbaren Problemen stehen, sondern daß auch die deutschen Versicherer in den Sog der US-Haftpflichtkrise geraten und in ihrer Entscheidungsfreiheit stark eingeengt sind, weil ihnen durch die Einbindung in das internationale Rückversicherungssystem Fesseln auferlegt werden.

Der Vizepräsident des US-Versichererverbandes (American Insurance Association), Dennis R. Conolly, bezifferte die Verluste der US-Sach- und Haftpflichtversicherer aus dem reinen Versicherungsgeschäft für 1984 auf 21,3 Mrd. Dollar. Nach Abzug von Kapitalerträgen aus Vermögensanlagen bei relativ hohem Zinsniveau blieben noch Bilanzverluste vor 3,8 Mrd. Dollar.

Ein für deutsche Verhältnisse unvorstellbares Ergebnis, weil technische Verluste stets durch die Vermögenserträge ausgeglichen werden. Diese US-Krise führt Gerhard Groh vor allem auf das „Cash-flow-underwriting" zurück, das nach 1976 in den USA in der Hoffnung einsetzte, daß die Vermögenserträge – wenn nur genug Geld in die Kasse käme – ausreichen würden, die technischen Verluste auszugleichen.

Im Gegenteil führte diese Haltung sehr schnell zu Überkapazitäten und Prämienunterbietungen. Groh: „1984 ist dadurch zum absolut schlechtesten Jahr seit dem Erdbeben von San Francisco im Jahre 1906 geworden."

Wie steil der Weg in die Krise führte, so soll er auch wieder aus ihr herausführen. Daß eine allzu rasche Besserung der Situation nicht erwartet wird, geht für Groh daraus hervor, daß die US-Versicherer nahezu ausnahmslos dazu übergegangen sind, ihre Versicherungen von niedriger verzinslichen steuerbefreiten Anlagen auf höher verzinsliche steuerpflichtige „umzushiften". Außerdem ziehen sich immer mehr Versicherer, auch die meisten Newcomer, aus dem Markt wieder zurück.

Noch gravierender ist für William Bradford, Haftpflicht-Experte des US-Maklers Johnson & Higgins, daß die US-Aufsichtsbehörden den Versicherern nur das Dreifache ihres Eigenkapitals an Prämie für eigene Rechnung zu zeichnen erlauben. Das bedeutet, daß Erhöhungen des Prämienaufkommens nur im Rahmen dieser 3:1-Relation möglich sind, wenn nicht schnell neues Kapital zugeführt wird.

Wilhelm Zeller, Vorstandsmitglied der Kölnischen Rückversicherungsgesellschaft, geht davon aus, daß zur Krisenbewältigung in den nächsten drei Jahren rund 20 Mrd. Dollar an zusätzlichem Kapital aus Gewinnen oder von den Aktionären nötig sind. Für eine längere Zeit sei daher mit anhaltend steigendem Prämienniveau zu rechnen.

Besonders hart von der Versicherer-Krise sind die pharmazeutische und die chemische Industrie sowie Großkonzerne mit ihrem erheblichen Deckungsbedarf betroffen. Vordergründig für die Krise verantwortlich gelten die bekannten Produkthaftpflichtschäden (Asbestose, Agent Orange u. a.).

In erster Linie beklagt Conolly jedoch die US-Gesetzgebung und Rechtsprechung der letzten Jahre. Sie hätten die Haftung der Unternehmen gegenüber den Geschädigten und der Versicherer gegenüber den Versicherten „in unverantwortlicher Weise" ausgedehnt.

USA

Deutsche Autos gut im Rennen

dpa/VWD, New York

Die deutschen Autohersteller liegen in den Vereinigten Staaten gut im Rennen. In dem am 30. September abgeschlossenen Neunmonatsabschnitt konnten sie ihre Stückverkäufe gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 17 Prozent steigern. Besonders erfreulich lief das Geschäft der vier Hersteller – Volkswagen, Daimler-Benz, BMW und Audi – im Monat September. Für BMW zum Beispiel war es der beste Monat aller Zeiten.

Die US-Vertriebstochter des Münchner Unternehmens, BMW of North America Inc, Montvale, lieferte in der Januar-September-Periode 66 290 (51 758) Pkws an ihre Händler aus, ein Zuwachs von 28,8 Prozent. Im September allein steigerte BMW seinen Absatz um 49,7 Prozent auf 8180 (5464) Stück. Wie BMW-Sprecher Thomas McGurn mitteilte, setzte die amerikanische Vertriebstochter in den neun Monaten mehr Autos ab als im gesamten Kalenderjahr 1983 (59 243 Stück). Der Absatz im Kalenderjahr 1984 betrug 70 898 Autos.

Die Daimler-Benz AG, Stuttgart, verkaufte in der Neunmonatsperiode 65 006 (54 577) Autos, ein Zuwachs von 19,1 Prozent, und im September erhöhten sich die Pkw-Verkäufe um 18,9 Prozent auf 6787 (5710) Stück. Volkswagen of America Inc, Troy, die Vertriebstochter der Volkswagen AG, Wolfsburg, setzte im Zeitraum Januar–September insgesamt 167 152 (142 789) importierte und in USA produzierte Modelle ab, das sind 17,1 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Im September kletterten VWs Verkäufe um 71,8 Prozent auf 19 777 (11 510) Stück. Das Management der VW-Vertriebstochter erwartet für das Gesamtjahr insgesamt eine Absatzsteigerung von 20 Prozent. „Der neue Golf beginnt einzuschlagen", sagte ein VW-Sprecher.

Die VW-Tochter Audi verkaufte im Neunmonatszeitraum 55 354 (53 974) Pkws (plus 2,6 Prozent). Porsche Cars of North America, Reno, hundertprozentige Tochter der Ferdinand Porsche AG, Stuttgart, verkaufte in den neun Monaten zum 30. September insgesamt 17 873 (15 186) Autos.

GROZENTRA / Spielwarenmarkt soll belebt werden

Über Branchendurchschnitt

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Mit einem neuen Typ von Spielwarengeschäft will die Grozentra AG & Co KG, Hildesheim, ein Einkaufsverband von 60 Spielwaren-Großhändlern, den Spielwarenmarkt wieder beleben. Vorstandsmitglied Winfried Bajohra, wies bei der Vorstellung eines derartigen Spielwarenladens in Hannover auf die Probleme der Branche hin, die sich in zahlreichen Zusammenbrüchen von Fachgeschäften und in der miserablen wirtschaftlichen Situation des Einzelhandels widerspiegelten.

Das Grozentra-Konzept sieht die Errichtung einer Spielladen-Kette an 35 Standorten in der Bundesrepublik unter der Firmierung „Spielissima" vor. Die Geschäfte sollen im Franchising von Fachhändlern geführt werden und sind weitgehend auf Selbstbedienung ausgerichtet. Das in Hannover eröffnete Geschäft hat ebenso wie ein anderes in Essen Pilot-Funktion. Die dort gesammelten Erfahrungen sollen bei den künftigen Projekten mit einfließen.

Nach Bajohras Worten wird das Marktvolumen in der Bundesrepublik auf 3,3 Mrd. DM geschätzt. Der Spielwaren-Fachhandel habe daran einen Anteil von 40 Prozent; die Tendenz sei eher rückläufig. Mit dem neuen Konzept soll zumindest eine Verdoppelung des Warenumschlags bei gleichzeitigen Kosteneinsparungen erreicht werden. Der Quadratmeter-Umsatz von z. Z. 4500 DM dürfte um 50 bis 100 Prozent steigen.

Grozentra selbst hat gegenüber der Branche eine sehr viel günstigere Entwicklung genommen. Die von 125 Großhändlern der Spielwaren- und Textilbranche getragene Gesellschaft hat ihren Spielwarenumsatz in den beiden vergangenen Jahren um rund 15 Prozent auf gut 350 Mill. DM erhöht. Das entspreche einem Marktumsatz von rund 1 Mrd. DM. Im laufenden Jahr rechnet Bajohra mit einem weiteren Zuwachs um knapp 10 Prozent, während der Gesamtmarkt sich kaum verändere. Grozentra verfügt über ein Eigenkapital von 13 Mill. DM.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Rekordbeteiligung

München (dpa) – Mit einer Rekordbeteiligung hat am Samstag die 52. Modewoche in München begonnen: 2170 Firmen aus 36 Ländern zeigen den voraussichtlich 50 000 Einkäufern aus dem In- und Ausland ihre Kollektionen für Frühjahr und Sommer 1986. Das Modekarussell wird sich bis Mittwoch drehen.

Binnenhäfen investieren

Neuss (dpa/VWD) – Modernisierung und Einstieg in verbesserte Stückguttechniken haben den Stellenwert der Binnenhäfen in den letzten Jahren beträchtlich erhöht, betont der Bundesverband öffentlicher Binnenhäfen. Nach den Angaben werden sich die Investitionen auf den Flächen dieser Häfen 1985 auf über 200 Mill. DM belaufen. Für 1985 erwartet der Verband einen Jahresumschlag von etwa 140 Mill. Tonnen. Stärkstes „Bein" sei nach wie vor der Massengutumschlag. Containerverkehr und Roll-on-roll-off-Verladung nähmen zwar kräftig zu, konzentrierten sich jedoch auf die wichtigsten Rheinhäfen.

Nur Inlandsfertigung

Düsseldorf (Py.) – Auch im Jahr des 100jährigen Bestehens will die J. Zeiler Bekleidungswerke GmbH, Geisenhausen/Bayern, nicht von seiner ausschließlichen Inlandsfertigung lassen. Mit 400 Mitarbeitern wurden 1984 rund 41 Mill. DM Umsatz erwirtschaftet. Mit hochmodischer Lederbekleidung für Damen und Herren. Leger- und Trachtenkleidung sowie Sportkleidung für Jagd und Wandern werden rund 1800 Facheinzelhandelskunden im Inland beliefert. Rund 20 Prozent des Umsatzes stammen aus dem Export, vor allem in die EG- und Efta-Staaten, nach USA und Kanada.

Plus mit Bierdeckeln

Gernsbach (dpa/VWD) – Der größte Bierdeckelhersteller, die Katz Werke AG, Gernsbach, hat nach vorläufigen Zahlen im Geschäftsjahr 1984/85 (31. Mai) den Umsatz auf 53,8 (50,1) Mill. DM gesteigert. In der Gruppe, die insgesamt 468 Mitarbeiter beschäftigt, wurden rund 76,9 (73) Mill. DM umgesetzt. Der Jahresüberschuß wird leicht unter dem Ergebnis von 1983/84 (2,23 Mill. DM) liegen.

Nachfrageschub

Oeschelbronn (dpa/VWD) – Die Antennen-Hersteller haben auf der Internationalen Funkausstellung in Berlin einen deutlichen Nachfrageschub bei Satelliten-Empfangsanlagen festgestellt. Der Antennen-Hersteller Wisi - Wilhelm Sihn jr. KG, Niefern-Oeschelbronn, rechnet in den nächsten fünf Jahren in diesem Bereich mit einem Marktvolumen von etwa 10 Mrd. DM in Europa.

Japan-Gütesiegel für Uvex

Düsseldorf (Py.) – Die Uvex Winter Optik GmbH, Fürth, hat als erstes deutsches Unternehmen das international begehrte JIS-Qualitätszertifikat der japanischen Normenbehörde erhalten. Dieses staatliche Prüfzeichen ist bis heute erst für 47 Produkte aus 9 Ländern vergeben worden. Uvex erhielt dieses Gütesiegel für seine Arbeitsschutzbrillen aus Kunststoffscheiben und gehärtetem Sicherheitsglas. Die Uvex Winter Optik GmbH, die u. a. auch Sportsonnenbrillen, Motorrad-Schutzhelme und -brillen herstellt, wird 1985/86 (31. 7.) mit 1200 Mitarbeitern einen Umsatz von rund 200 (180) Mill. DM erreichen.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Rolf Peter Sieferle: Forschrittsfeinde? C. H. Beck Verlag, München 1984, 301 S., 38 Mark.

Dieses Buch untersucht die Geschichte einer Kritik, die sich gegen Industrialisierung und die Zerstörung gewohnter Lebensgrundlagen richtet. Der Autor schlägt einen Bogen von romantischem Antikapitalismus, den Maschinenstürmern, einer konservativen Zivilisationskritik, die sich in der Heimatschutzbewegung und den Anfängen des Naturschutzes niederschlug, bis hin zur aktuellen Opposition gegen die Großtechnik und die zerstörerischen Auswirkungen des Industriesystems.

Baumbach/Duden/Hopt: Handelsgesetzbuch, C. H. Beck Verlag, München 1985, 1365 S., (Ln.), 108 Mark.

Es gehört ein hohes Maß an Sachkunde dazu, die gewaltige Stoffülle des Handelsrechts und der wichtigsten handelsrechtlichen Nebengesetze auf knappem Raum übersichtlich, verständlich und trotzdem erschöpfend darzustellen. Nicht umsonst greifen Rechtsanwälte, Richter, Kaufleute und Wissenschaftler gern auf den Kurzkommentar zurück, wenn es um die Klärung praxisrelevanter Fragen geht. Der zweite Hauptteil faßt sämtlich Nebengesetze systematisch neugeordnet zusammen und befreit damit den ersten Teil von störenden Einschüben. Die Kommentierung der Bankgeschäfte wurde in der vorliegenden 26. Auflage erheblich erweitert. Völlig neugegliedert und kommentiert sind die Paragraphen 59 bis 104 über die Handlungsgehilfen, Handlungslehrlinge, Handelsvertreter und Handelsmakler.

Klaus Zimmermann: Umweltpolitik und Verteilung, Erich Schmidt Verlag, Berlin 1985, 412 S., 112 Mark.

Es ist erstaunlich, in welch geringem Maße sich die Wirtschaftswissenschaft bisher dem Problem der Verteilungseffekte der Umwelt und der Umweltpolitik gewidmet hat. Diese Neuerscheinung versucht in theoretischer und empirischer Analyse die Verteilungseffekte des Umweltschadens, des Umweltnutzens und der Umweltpolitik systematisch abzuschätzen und diese Ergebnisse im Kontext der Mechanismen des politischen Systems zu interpretieren.

Dietrich Ratzke: Handbuch der Neuen Medien, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1984, 2. Aufl., 747 S., 158 Mark.

Das Handbuch der neuen Medien ist wohl die umfassendste und aktuellste Gesamtdarstellung aller technischen Möglichkeiten und denkbaren Auswirkungen der vieldiskutierten, zukunftsreichen neuen Medien. Der Inhalt, durch rund 5000 Stichworte im Register erschlossen, enthält neben der umfassenden Sachdarstellung mit 95 Tabellen und Übersichten einen umfangreichen Materialienanhang, u.a. mit einem ausführlichen Abkürzungs-, Stichwort- und bibliographischen Verzeichnis, sowie einer Auflistung von etwa 360 internationalen Institutionen und Orgnisationen, die auf dem Gebiet der neuen Medien tätig sind.

Wochenschlußkurse

New York

	4.10.	27.9.
Adv. Micro Dev.	24,25	
Aetna Life	44	
Alcan Aluminium	25	
Alcoa	32,5	
Allied Chemical	44,375	
AMR Corp.	38,375	
Amax	13,375	
Am. Cyanamid	49,5	
Am. Express	41,5	
Am. Motors	2,875	
Am. Tel. & Telegr.	21,25	
Amoco Corp.	69,125	
Asarco	19,25	
Atlantic Richfield	62,75	
Avon Products	24,75	
Bally	16,375	
Bk. of America	13,875	
Bethlehem Steel	16,875	
Black & Decker	18	
Boeing	45,125	
Brunswick	36	
Burroughs	55,75	
Caterpillar	35,75	
Celanese	176	
Chase Manhattan	50,25	
Chrysler	36,75	
Citicorp	42,625	
City Investing	–	
Clorox	42,375	
Coca-Cola	69,625	
Colgate	27	
Commodore	9,625	
Comwth. Edison	28	
Comm. Satellite	32,625	
Control Data	16,375	
CPC Int.	46,125	Börse geschlossen
Curtiss Wright	35,75	
Deere	25,75	
Delta Airlines	39	
Digital Equipm.	107	
Dow Chemical	34,375	
Du Pont	59,5	
Eastern Gas-Fuel	23,25	
Eastman Kodak	44	
Exxon	51,75	
Firestone	19	
Fluor	14,5	
Ford	44,625	
Foster Wheeler	11,75	
Fruehauf	24,375	
GAF Corp.	38,25	
General Dynamics	70	
General Electric	56,875	
General Foods	118,375	

	4.10.	27.9.
General Motors	67,625	
Gen. T. & E.	39,25	
Goodrich	31	
Goodyeartire	76,75	
Grace	38,875	
Halliburton	25,375	
Heinz	57,75	
Hewlett Packard	37	
Homestake	24,875	
Honeywell	60,25	
IBM	123,625	
Int. Tel. & Tel.	34,625	
Int. Harvester	7	
Int. Paper	45,75	
Int. North. Inc.	44,375	
Jim Walter	33,25	
Litton Industries	69	
Lockheed Corp.	46,75	
Loew's Corp.	45,125	
Lone Star	26,625	
Louisiana Land	33,875	
LTV Corp.	6	
Mc Dermott	22,25	
Mc Donnel Doug.	70,875	
Merck & Co.	106,625	
Merrill Lynch	28,375	
Mesa Petroleum	16,625	
MGM (Film)	25,125	
Minnesota M.	76,25	
Mobil Oil	29,625	
Monsanto	46,75	
Morgan J.P.	46,875	
Nat. Semiconductor	11,875	
National Steel	26,625	
NCR	31,875	
Newmont	44,625	
PanAm World	7,375	
Pfizer	46,5	
Phibro	35,25	
Philip Morris	73,625	
Philips Petroleum	17,75	
Pittston	13,25	
Polaroid	34,625	
Prime Computer	16	
Procter & Gamble	56,25	
RCA	43,625	
Revlon	53,75	
Reynolds Ind.	26,375	
Rockwell Int.	36,5	
Rorer Group	46,875	
Schlumberger	34,75	
Sears. Roebuck	34,5	
Singer	36	
Sperry Corp.	49,75	
Stand. Oil Calif.	38,375	
Storage Techn.	2	
Tandy	33,625	
Teledyne	235,5	

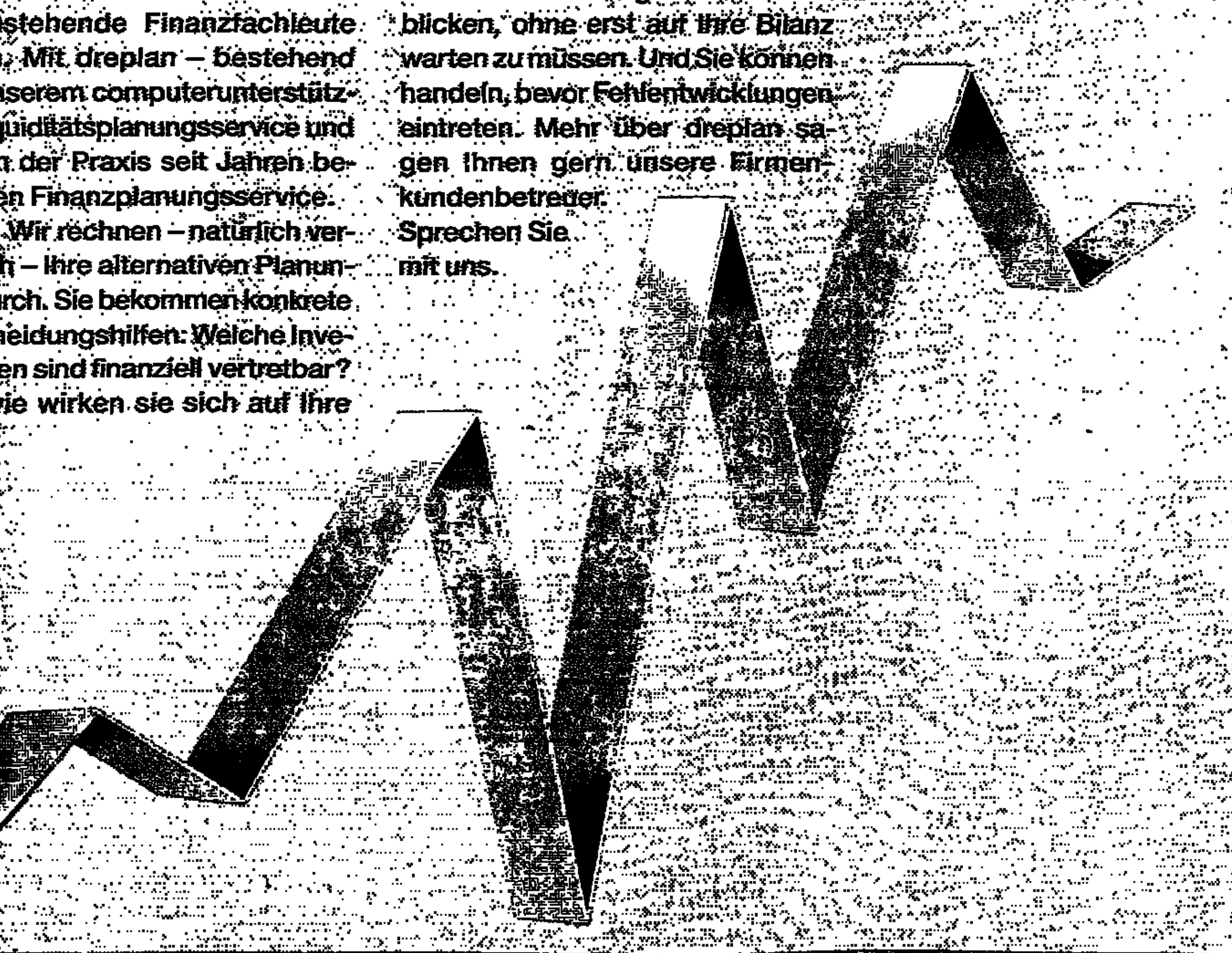
	4.10.	27.9.
Telex Corp.	43,875	
Tesoro	10,375	
Texaco	37	
Texas Instrum.	92,875	
Tosco	3,5	
Trans World Corp.	38,575	
Transamerica	28,25	
Travellers	41,75	
UAL	47,375	
Ucal Corp.	15,125	
Union Carbide	57,625	
Union Oil of Calif.	28,75	
US Gypsum	37,875	
US Steel	32,125	
United Technologies	37,75	
Walt Disney	85,5	
Warner Comm.	34,25	
Westinghouse El.	37,375	
Weyerhaeuser	27,25	
Whittaker	20,875	
Woolworth	49,875	
Xerox	47	
Zenith Radio	17,125	
Dow Jones Index	1328,74	–
Stand. & Poors	185,22	–

Toronto

	4.10.	27.9.
Abitibi-Price	–	20,75
Alcan Alu.	34,25	34,75
Bk. of Montreal	29,625	29,5
Bk. of Nova Scotia	12,75	13
Bell Can Enterprises	41,375	41,375
Bluesky Oil	3,6	3,65
Bow Valley Ind.	14,5	15,125
Brenda Mines	–	–
Brunswick M & Sm.	12	13
Can. Imperial Bk.	36,625	36,25
Can. Pacif. Enterpr.	26,5	27,125
Can. Pacific Ltd.	16,25	16,625
Cominco	12,75	12,875
Coseka Res.	2,8	2,85
Denison Mines	13	12,5
Dome Petroleum	2,68	2,78
Domtar	18,375	18,5
Falconbridge Ltd.	17,5	17,875
Great Lakes Forest	16,25	16
Gulf Canada	19,875	20
Gulfstream Res.	1	0,98
Hiram Walker Res.	31	31,125
Hudson Bay Mng. Sp.	6,25	6,25
Husky Oil	9,5	10
Imperial Oil -A-	51,125	50,625
Inco	16,125	17,75
Inter City Gas Ltd.	15,75	15,5
Interprov. Pipeline	42	42,125
Kerr Addison	15	–
Lac Minerals	33,25	33,625
Massey Ferguson	3,05	3
Moore Corp.	24,875	24,5
Noranda Mines	14,875	15,375
Norcen Energy Res.	15,5	15,875
Northgate Expl.	4,3	4,35
Northern Telecom.	44,375	45,75
Nova An Alberta 'A'	6,125	6
Nu West Group	40	0,41
Oakwood Petrol	7,25	7,125
Placer Developmem	23,25	22,5
Provigo Inc.	25,5	25,75
Ranger Oil	4,65	4,75
Revenue Properties	2,2	–
Rio Algom	22,25	22,5
Royal Bk. of Can.	30,25	30,375
Seagram	57	54,375
Shell Canada	24,25	24,75
Sherritt Gordon	7,675	7,75
Stelco -A-	19,875	20,25
TransCan. Pipelines	20,25	25,375
Westcoast Transm.	16,75	15,625
Index: TSE 300	2646,50	2650,90

Tokio

	5.10.	28.9.
Alps	1720	1720
Bank of Tokyo	757	775
Banyu Pharma	695	700
Bridgestone Tire	545	548
Canon	1010	974
Daikin Kogyo	621	650
Daiwa House	942	988
Daiwa Sec.	895	914
Eisai	1310	1250
Fuji Bank	1540	1570
Fuji Photo	1960	1900
Fuji Radio	1950	2040
Hitachi	652	649
Honda	1100	1170
Ikegai Iron	341	345
Iseton	777	715
Ito Yokado	2830	2710
Japan Air	5200	5360
Japan Met.	312	318
Japan Syn. Rubber	348	355
Kajima	564	580
Kansai Elec.P.	2150	2230
Kao Soap	953	915
Kawasaki H	252	246
Kawasaki S	162	164
Kirin Brewery	755	706
Komatsu	560	591
Kubota Iron	404	403
Kyocera	3250	3100
Makita El.	966	955
Marui	1560	1550
Matsushita El. Ind.	1120	1080
Matsushita El. Wks.	990	966
Mitsubishi CP	641	700
Mitsubishi El.	370	348
Mitsubishi Estate	1090	1070
Mitsubishi Heavy I.	452	464
Mitsui Co. Ltd	473	477
Mitsukoshi	897	725
Mitsumi El	650	655
Nichicon	–	640
Nihon Cement	339	360
Nikko Sec.	831	821
Nippon El.	979	924
Nippon Kokan	151	157
Nippon Oil	780	768
Nippon St.	197	190
Nippon Yusen	372	365
Nissan Motor	589	585
Nomura Sec.	1210	1260
Olympus	1000	995
Penta-Ocean	411	425
Pioneer	1540	1560
Renown	740	740
Ricoh	836	846
Sankyo	1060	1080
Seiyu Stores	719	730
Sekisui Pref.	955	982
Sharp	768	750
Shiseido	1130	1110
Sony	3450	3370
Sumitomo Bank	1770	1740
Taisei Corp.	411	439
Taisho Marine	640	605
Takeda Chem.	895	875
Teijin	553	536
Tokyo Elec.	989	950
Tokyo Gas	324	318
Tokio Marine	949	950
Tokyo El. Power	2660	2650
Toray Ind.	467	564
Toshiba Elec.	368	344
Toto	915	921
Toyo Kogyo	399	395
Toyota Motor	1080	1070
Yamaichi	783	799
Yamanouchi	3090	2990
Yamaha	–	649
Yasuzaki	847	825
Index	1023,80	1013,60



Gesetzgeber ist gefordert

KHS. – In diesen Tagen feiert das Factoring in der Bundesrepublik Deutschland sein 25jähriges Jubiläum. Ende der 50er Jahre war die Idee aus den USA nach Deutschland gekommen, hatte die Mittelrheinische Kreditbank als erstes deutsches Factoring-Institut ihre Geschäftstätigkeit in Mainz aufgenommen.

Heute teilen sich hierzulande – bei einem Jahresumsatz von etwa acht Milliarden Mark – elf Institute, die zugleich dem Deutschen Factoring-Verband als Mitglieder angehören, den Markt.

Factoring-Institute verschaffen ihren Kunden zumeist mehr Liquidität als andere. Sie haben gegenüber den traditionellen Kreditinstituten den Vorteil, Forderungen frei vom verlängerten Eigentumsvorbehalt der Vorlieferanten kaufen zu können. Und sie bieten einen hundertprozentigen Schutz vor Forderungsfällen.

Während sich Banken weigern, Exportforderungen zu kreditieren, kann man solche Forderungen an Factoring-Institute gegen Barzahlung verkaufen.

Anfangs rangierte das Factoring noch in den untersten Rängen der hierzulande angebotenen Finanzierungsformen. Unwissenheit und provinzielle Enge behinderten den Weg der ersten Pioniere.

Inzwischen hat es sich auch in der Bundesrepublik Deutschland mehr oder weniger herumgesprochen, daß es sich beim Factoring-Geschäft um eine grundsolide Form der Kreditmittelfinanzierung handelt, die insbesondere der mittelständischen Wirtschaft, die bekanntlich mehr als andere auf Fremdmittel angewiesen ist, zugute kommt.

Tatsächlich bietet das Factoring den Unternehmungen die Möglichkeit, sich Mittel zu beschaffen; dort, wo das klassische Instrumentarium der Geldbeschaffung – über die Banken – versagt hat. Im übrigen machen derzeit darüber hinaus auch immer mehr Großbetriebe vom Angebot der Factoring-Institute Gebrauch.

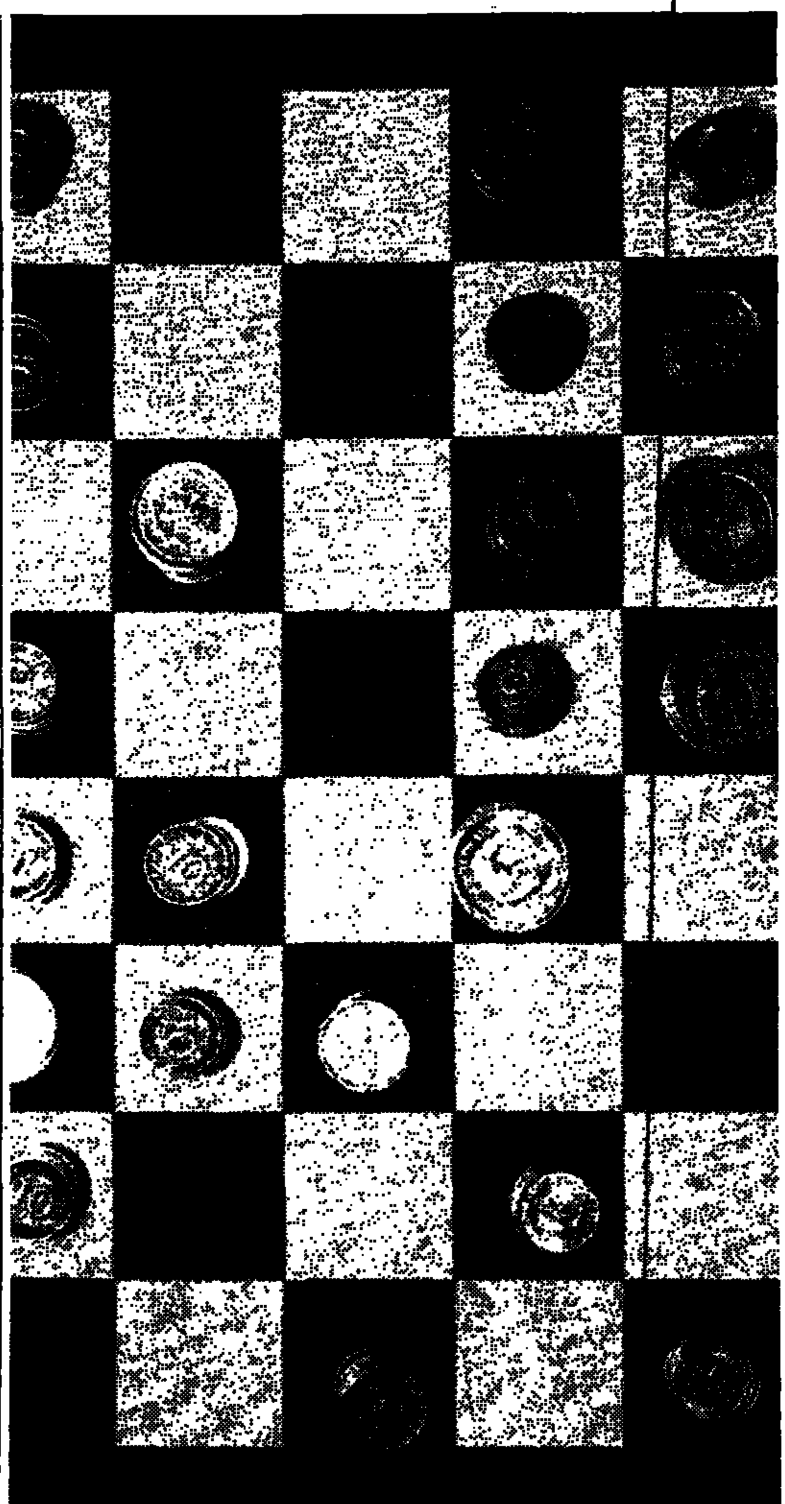
Seit Jahren verzeichnen die in der Bundesrepublik Deutschland tätigen Factoring-Institute zweistellige Zuwachsraten ihres Umsatzvolumens. Und der Blick auf die europäischen und überseeischen Märkte zeigt, wie weitgehend heute die Nachfrage nach Factoring-Diensten am Weltmarkt steigt. Kein Wunder, daß die Zahl der weltweit operierenden Factoring-Institute seit 1982 um 30 Prozent auf 274 Unternehmen zugenommen hat.

Auch neuerdings warnen hierzulande auf Interessenausgleich bedachte Beobachter des Wirtschaftsgeschehens vor den ruinösen Praktiken des Abtretungsverbots, die immer wieder sogar kerngesunde Mittelbetriebe in die Illiquidität treiben, und die nicht zuletzt der weiteren Ausweitung des deutschen Factoring-Marktes im Wege stehen.

Während die Bundesbürger Jahr für Jahr mit einer geradezu irritierenden Flut von immer wieder neuen Verordnungen und Gesetzen überschüttet werden, nimmt der Gesetzgeber in der Bundesrepublik Deutschland – in Sachen Abtretungsverbot – die seit Anfang des 20. Jahrhunderts erheblich veränderte wirtschaftliche Wirklichkeit einfach nicht zur Kenntnis; er weigert sich, längst fällige Konsequenzen zu ziehen. Das wahrlich mehr als überholte Abtretungsverbot des BGB ist mittlerweile 85 Jahre alt.

Während sich verantwortliche Politiker hierzulande in Festreden gern zum Mittelstand bekennen, unternehmen sie so gut wie nichts, um das mittelstandsfeindliche Abtretungsverbot abzubauen.

Im Gegensatz zu den Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland kennt man in den USA, dem Ursprungsland des Factoring, so antiquierte Barrieren, die wie das Abtretungsverbot den wirtschaftlichen Fortschritt behindern, nicht.



Factoring schafft Zug um Zug Liquidität FOTO: DW

FACTORS CHAIN INTERNATIONAL / Anpassung an Marktbedürfnisse

Eine zentrale Datenstation für schnelle Kreditentscheidungen

In seinem Buch „Management in turbulenter Zeit" schreibt der bekannte Firmenberater Peter F. Drukker: „In unserer Zeit der turbulenten ökonomischen, technischen, politischen und sozialen Veränderungen müssen Unternehmen schnell und sicher reagieren können."

So versucht auch der führende internationale Factoring-Verband, die Factors Chain International (FCI), sich den Veränderungen anzupassen und Maßnahmen zu ergreifen, um den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein.

Die Factors Chain International (FCI) mit Sitz in Amsterdam ist zur Zeit mit 66 Mitgliedern in 27 Ländern vertreten und dadurch in der Lage, weltweit auf ein relativ dichtes Netz von Factoringgesellschaften zurückgreifen zu können. Die Gesellschafter der Mitgliedsinstitute sind nahezu ausschließlich Banken.

Die drei deutschen Mitglieder der FCI sind die Deutsche Factoring Bank, Bremen, die Diskont und Kredit AG, Düsseldorf, und die GEFA Gesellschaft für Absatzfinanzierung mbH, Wuppertal. Die FCI hat 1984 weltweit einen Umsatz von 61 Milliarden Mark erzielt, was 27 Prozent des gesamten Weltfactoringumsatzes von 224 Milliarden Mark ausmacht.

Vor dem Hintergrund der Akzentverschiebungen, der neuen Realitäten im Welthandel, hat die FCI eine Neupositionierung ihrer Aktivitäten und Ziele vorgenommen. Basis unserer Überlegungen war, daß die turbulenten Veränderungen nicht nur Gefahren, sondern vor allem auch beachtliche Möglichkeiten in sich bergen, wenn man versucht, die neuen Realitäten zu verstehen, zu akzeptieren und für seine Ziele auszunutzen.

Der nächste Schritt bestand darin, Stärken und Schwächen des Factoring zu analysieren und eine Reihe von Entscheidungen zu treffen. Im wesentlichen handelt es sich um die Einführung eines elektronischen Kommunikationssystems sowie eines „Cash Management"-Systems.

Hermann Ehrenberger, Präsident der Factors Chain International (FCI), Amsterdam FOTO: DIE WELT

Wie sehen diese beiden Systeme aus und welche Vorteile bieten sie? Im Interesse einer Verkürzung der Kommunikationszeit zwischen den Mitgliedern der FCI wird eine zentrale Datenstation „installiert", zu der alle Anwender des Systems – egal ob in ihrer Funktion als Absender oder Empfänger von Informationen – permanent Zugriff haben. So können über die Nutzung modernster Kommunikationstechniken Kreditanfragen und -entscheidungen sowie alle anderen Informationen optimal beschleunigt werden.

Das „Cash Management" bietet vor allem weltweit und in unterschiedlichen Währungen operierenden FCI-Mitgliedern und damit auch deren Kunden tagtäglich einen zusammengefaßten Überblick über Zahlungsein- und -ausgänge, nach Währungen unterteilt. Auch über die zu zahlenden Nettobeträge oder saldiert verbleibenden Guthaben werden täglich „reports" erstellt – für die Disposition der Währungspositionen eine optimale Hilfestellung. Da die Zahlungsvorgänge über ein weltweites dichtes Gironetz abgewickelt werden, resultieren daraus auch beträchtliche valutarische Vorteile.

Ein weiterer wichtiger Schritt bestand darin, im Juni dieses Jahres nach umfangreichen Vorarbeiten eine strategische Planung für die FCI zu verabschieden. Dabei wurden zwei für das Überleben aller Unternehmen entscheidende Aspekte behandelt:

1. Welche Art von Organistion will die FCI sein?
2. Was muß die FCI tun, um zu der so gearteten Organisation zu werden?

Wesentliche Eckpfeiler dieser Planung, soweit ihre praktische Umsetzung betroffen ist, sind beispielsweise folgende Maßnahmen: gezielte Ausweitung der weltweiten Präsenz der FCI; Planung und Durchführung eines umfangreichen Aus- und Fortbildungsprogramms für die Mitgliedsinstitute sowie vereinheitlichte Gebührenstrukturen innerhalb der Gruppe.

Die Aufgabe, die sich die FCI gestellt hatte, bestand darin, Vorsorge für die Überlebensfähigkeit und Prosperität ihrer Mitglieder im internationalen Geschäft zu treffen, indem eine gesunde und dauerhafte Struktur geschaffen wird, die vorübergehenden Rückschlägen standhält, plötzliche Veränderungen verkraftet und den sich bietenden Gelegenheiten aufgeschlossen gegenübersteht. Diesem Anspruch dürfte die neue Konzeption zumindest für die nächsten Jahre genügen – eine evolutionäre, keine revolutionäre Lösung.

HERMANN EHRENBERGER

DEFINITION / Seit 1960 hat sich das Factoring-Geschäft ständig ausgeweitet – Die elf bedeutendsten Institute in der Bundesrepublik verzeichneten 1984 insgesamt Umsätze von knapp acht Millionen Mark

Nach 25 Jahren ein fester Platz am deutschen Finanzierungsmarkt

Als ich im Herbst 1960 zum ersten Mal auf den Begriff Factoring stieß, versuchte ich mir anhand von Lexika und einschlägiger Fachliteratur Klarheit zu verschaffen. Ich durchsuchte die Universitätsbibliothek in Münster, fand aber nichts zu diesem Stichwort. Seitdem sind eine Fülle Literatur und eine beachtliche Anzahl von Gerichtsentscheidungen veröffentlicht worden, die sich mit diesem Thema befassen.

Wichtiger aber ist, daß sich das Factoring-Geschäft seitdem stetig ausgebreitet und einen festen Platz im deutschen Finanzierungsmarkt gefunden hat. Die elf Factoring-Institute, die in Deutschland den wesentlichen Teil des Geschäfts betreiben, haben im Jahre 1984 Umsätze in einer Gesamthöhe von knapp acht Milliarden Mark verzeichnet. Trotz dieser Ausbreitung des Factoring-Geschäfts und seiner 25jährigen Tradition ist ein Hauch von Fremdheit geblieben.

Das mag an dem sperrigen Fremdwort liegen. Eine griffige Übersetzung konnte nicht gefunden werden, dafür eine einfache Definition: Factoring ist der fortlaufende Kauf von Forderungen aus Warenlieferungen und Leistungen gegen Wiederverkäufer.

Das Wort fortlaufend grenzt das Factoring-Geschäft vom Forfaitierungsgeschäft ab. Während beim Factoring ständig alle neu entstehenden Forderungen dem Factor zum Kauf angeboten werden, werden an den Forfaiteur sporadisch einzelne Forderungen verkauft. Bei den forfaitierten Forderungen handelt es sich meist um große Exportforderungen mit langen Laufzeiten (meist über mehr als ein Jahr), für die regelmäßig neben dem Forderungsschuldner ein Garantiegeber haftet, oft eine ausländische Bank oder ausländische Stelle des Import-Landes. Beim Factoring-Geschäft handelt es sich dagegen um ein Massengeschäft.

Ganz überwiegend werden Forderungen aus Warenlieferungen, seltener aus Leistungen im Factoring-Verfahren abgewickelt. Etwa je zur Hälfte resultieren die Forderungen aus Warenlieferungen aus dem Handel und der Industrie.

Für den Kauf von Forderungen nur gegen Wiederverkäufer sprechen in erster Linie Kostengründe. Endabnehmer sind regelmäßig Einmalabnehmer. Für diese ist der Aufwand der Kreditwürdigkeitsprüfung, der Auskunftseinholung und der Debitorenbuchhaltung zu hoch.

Die Factoring-Verträge, die das Verhältnis zwischen Factor und ihren Kunden, meist Anschlußkunden genannt, regeln, weisen bei vielen unterschiedlichen Regelungen im einzelnen fünf wesentliche einheitliche Merkmale auf.

Die Factoring-Verträge sehen eine Anbietungspflicht des Anschlußkunden für alle seine laufend entstehenden Forderungen vor, die auf abstrakt bestimmte Sparten oder Produkte des Anschlußkunden beschränkt sein kann. Der Factor schließt damit aus, daß ihm nur schlechte Forderungen angeboten werden. Der Nutzen, der sich für den Anschlußkunden aus der Führung der Debitorenbuchhaltung durch den Factor ergibt, kommt erst bei Übernahme aller Forderungen zur Geltung.

Der Anbietungspflicht des Anschlußkunden steht die Ankaufspflicht des Factors gegenüber. Er verpflichtet sich grundsätzlich zum Kauf der ihm angebotenen Forderungen mit Ausnahme solcher, die sich gegen kreditunwürdige Forderungsschuldner (Debitoren) richten. Die Prüfung der Kreditwürdigkeit erfolgt durch den Factor. Ihm wird dafür bei Beginn der Zusammenarbeit von seinem Kunden eine Debitorenliste eingereicht. Das Kreditlimit für jeden einzelnen Debitor teilt er dem Anschlußkunden mit.

Im Rahmen dieses Limits ist der Factor dann verpflichtet, Forderungen anzukaufen. Es kann nur beschränkt oder gestrichen werden, wenn dem Factor nachträglich wesentliche Umstände bekannt werden, die die Kreditwürdigkeit des einzelnen Debitoren einschränken, und zwar nur bis zur Abwendung der Ware durch den Anschlußkunden.

Der Forderungskaufvertrag setzt sich aus dem Angebot des Anschlußkunden und der Annahme durch den Factor zusammen. Der Kunde bietet seine Forderungen dem Factor zum Kauf an durch tägliche Übersendung der bei ihm anfallenden Rechnungen in Kopie. Diese Rechnungskopien müssen alle wesentlichen Daten über Höhe der Forderung, Bezeichnung des Debitors, eventuell mögliche Abzüge wie etwa Skonti und Gegenstand der Lieferung enthalten, so daß aus der Rechnungskopie die angebotene Forderung klar bestimmbar ist. Die Annahme dieses Kaufangebotes durch den Factor erfolgt durch die Gutschrift des Rechnungsgegenwertes auf dem Abrechnungskonto des Anschlußkunden beim Factor.

Der Übergang der jeweiligen einzelnen Forderung erfolgt erst, wenn der Kaufvertrag gemäß vorstehender Ziffer vollzogen, das heißt, wenn vom Factor die Forderung an den Kunden bezahlt worden ist. Gleichzeitig sieht der Factoring-Vertrag eine Vorausabtretung aller künftig entstehenden Forderungen des Anschlußkunden an den Factor vor, aber unter der aufschiebenden Bedingung des Vollzugs des Kaufvertrages für die Einzelforderung.



Klaus Bette, Geschäftsführer des Deutschen Factoring-Verbandes, Mainz FOTO: DIE WELT

Der Anschlußkunde garantiert lediglich den Bestand der Forderung (Veritätsgarantie). Dieses sogenannte echte Factoring-Verfahren oder Factoring mit Delkredere-Übernahme wird zur Zeit zu über 90 Prozent betrieben. Darüber hinaus kann der Anschlußkunde auch die Gewähr dafür übernehmen, daß der Debitor am Fälligkeitstage der Rechnung Zahlung leistet (Bonitätsgarantie). Diese Form des Factoring ist jedoch gegenüber dem echten Factoring stark in den Hintergrund getreten.

Die übrigen Bestimmungen des Factoring-Vertrages regeln Art und Umfang des Diskontabschlages für den Ankauf, der regelmäßig nach der tatsächlichen Laufzeit der Forderungen im nachhinein berechnet wird, die Sicherung des Factors durch Übertragung des vorbehaltenen Eigentums und Einzelheiten über den Umfang der Buchführungs- und Informationspflicht.

Für die Kreditwürdigkeitsprüfung der Debitoren stützt sich der Factor auf Büro- und Bankauskünfte und insbesondere auf die Information aus seiner eigenen Organisation. Oft sind ihm die Debitoren, auf die er neue Rechnungen ankauft, aus früherer Zusammenarbeit, insbesondere durch die Arbeit mit anderen Anschlußkunden, bereits bekannt. Ihre Zahlweise gibt dem Factor reichen Aufschluß über dessen Bonität. Einen unmittelbaren Anspruch gegenüber dem Debitoren auf Auskunft oder auf die Offenlegung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse durch Vorlage von Bilanzen hat der Factor allerdings nicht.

Dies kann man als Grundmuster des Factoring-Geschäfts ansehen, wie es sich in den 25 Jahren in der Bundesrepublik entwickelt hat. Zahlreiche Mißverständnisse waren zu überwinden, ehe diese, heute unangefochtene Bestandsaufnahme getroffen werden konnte.

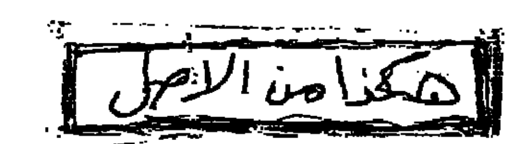
Zunächst wurde das Geschäft in die Nähe des Zessionskredits der Banken gerückt, mit der negativen Folge, daß es, wie jener, mit dem Sicherungsmittel verlängerten Eigentumsvorbehalts der Lieferanten zu kollidieren schien. In einer grundlegenden Entscheidung hat der Bundesgerichtshof im Jahre 1978 dieses Mißverständnis ein für alle Mal beseitigt. Der Factor, der Forderungen kauft und bezahlt, erwirbt sie frei von Rechten Dritter.

Ebenfalls nur auf einem Mißverständnis konnte die Auffassung beruhen, daß das Factoring-Geschäft gegen das Rechtsberatungsgesetz verstoße. Der Kauf von Forderungen geschieht nicht, wie Verfechter dieser Ansicht meinten, um diese beizutreiben. Die Notwendigkeit, eine gekaufte Forderung beitreiben zu müssen, ist vielmehr als Betriebsunfall anzusehen, da der Factor diese Forderung bei zutreffender Einschätzung der Zahlungsfähigkeit des Forderungsschuldners gar nicht gekauft hätte. Dieses Mißverständnis mußte in zwei Entscheidungen des Bundesgerichtshofs aus dem Jahre 1972 und 1980 ausgeräumt werden.

Neue Mißverständnisse sind nicht ausgeschlossen, obwohl das Factoring-Geschäft seit 1976 seinen gesetzlichen Niederschlag gefunden hat. Anläßlich der Novellierung des Kreditwesengesetzes, ist es in zwei Bestimmungen eingegangen. Im Paragraph 19 Absatz 1 ist es unter dem Stichwort entgeltlicher Erwerb von Geldforderungen erfaßt. Im Absatz 2 dieser Bestimmung ist statuiert, wer bei dem entgeltlichen Erwerb von Geldforderungen als „Kreditnehmer" im Sinne des Kreditwesengesetzes anzusehen ist. Im Paragraph 18 Satz 3 des Gesetzes ist für das Factoring-Geschäft eine Ausnahmeregelung getroffen worden.

Durch diese Einfügungen in das Kreditwesengesetz 1976 ist das Factoring-Geschäft – sofern es von Bankinstituten betrieben wird – der Aufsicht des Bundesaufsichtsamts für das Kreditwesen in Berlin unterworfen. Für das Geschäft gelten die Spielregeln und Grundsätze, wie für einen Bankkredit, obwohl aus der Definition und der Systematik des Gesetzes klar hervorgeht, daß es sich beim Factoring-Geschäft gerade nicht um einen Bankkredit handelt und es selbst auch gar kein Bankgeschäft ist.

KLAUS BETTE



SPARKASSEN / Abtretungsverbot beschneidet Finanzierungsfreiheit der Kunden und Erträge der Lieferanten

Eine sinnvolle Handhabung bringt allen Beteiligten betriebswirtschaftliche Vorteile

Es ist wohl unbestritten, daß die Sparkassen schwerpunktmäßig die mittelständische Wirtschaft zu ihrem Kundenpotential zählen. Dabei bemühen sich die Sparkassen, ihrer mittelständischen Kundschaft bei Finanzierungswünschen die weitverzweigten Finanzierungshilfen von Bund, Ländern und Gemeinden maßgeschneidert zu vermitteln.

Bei diesen Beratungsgesprächen stellen die Firmenkundenberater aufgrund der ungenügenden Eigenkapitalausstattung der mittelständischen Wirtschaft immer wieder fest, daß die Forderungen entweder als zusätzliche Sicherheit benötigt werden oder am besten an ein Factoring-Institut zu verkaufen sind, um damit dem Unternehmen wieder einen ausreichenden Liquiditätsspielraum zu verschaffen, etwa zur Erhaltung der Skontierfähigkeit oder zur Finanzierung der erheblichen Umsatzausdehnung.

Doch leider müssen Sparkassen wie Factoring-Institute immer häufiger feststellen, daß sich die Forderungen deshalb nicht finanzieren lassen, weil der Kunde des Lieferanten in seinen Einkaufsbedingungen ein bis heute leider noch gesetzlich gemäß Paragraph 399 BGB zulässiges Abtretungsverbot vereinbart hat. Mit diesem Abtretungsausschluß ist es dem Lieferanten nicht mehr möglich, seine Forderungen gegenüber einem solchen Schuldner anderweitig abzutreten. Damit scheiden für einen Lieferanten derartige Forderungen als Kreditsicherungsmittel aus. Auch ein Verkauf dieser Forderungen an einen Factor ist unmöglich.

Das Abtretungsverbot trifft angesichts der Eigenkapitalsorgen die mittelständische Wirtschaft in ungerechtfertigt harter Weise. Ganze Branchen und Industriezweige verwenden dieses Abtretungsverbot, so daß allein schon die Vielzahl der Zulieferbetriebe für Konzerne die Forderungen zur Kreditsicherung und Finanzierung nicht mehr heranziehen können.

Dasselbe gilt auch für expansive Unternehmen, deren Eigenkapitalentwicklung erst recht nicht mit der Umsatzausweitung Schritt halten kann und die deshalb in verstärktem Maße darauf angewiesen sind, die Forderungen zu Finanzierungszwekken einsetzen zu können.

In vielen Fällen wirkt sich das Abtretungsverbot auch negativ auf die Ertragslage des Lieferanten aus. Kann er nämlich wegen des bestehenden Abtretungsverbotes seine Forderungen nicht an einen Factor verkaufen, ist er nicht in der Lage, seine Warenbezüge unter Abzug von zwei bis vier Prozent Skonto zu begleichen, was bei einem Umsatz von nur fünf Millionen Mark einen Verlust von 100 000 bis 200 000 Mark bewirkt.

Wie schwer die Aufhebung eines derartigen Abtretungsverbotes in der Praxis durchgesetzt werden kann, soll ein Beispiel verdeutlichen. Nachdem die Süd-Factoring GmbH in diesem Fall von dem Abtretungsverbot erfuhr, wurde mittels eines üblichen Formschreibens der Konzern um Aufhebung des Abtretungsverbotes gebeten.

In diesem Formschreiben wurde dem Konzern erklärt, daß man seinen schutzbedürftigen Interessen in vollem Umfang mit folgenden Zugeständnissen Rechnung tragen wolle:

1. Der Konzern wird von etwaigen Ansprüchen aus Doppelzahlung freigestellt. Damit verzichtet der Factor auf etwaige Schadenersatzansprüche aus irrtümlichen Zahlungen an den alten Gläubiger (Lieferanten).
2. Dem Konzern wird gestattet, Zahlungen mit schuldbefreiender Wirkung nach wie vor an seine Lieferanten zu leisten.
3. Dem Konzern wird die Anwendung einer eventuellen Konzernverrechnungsklausel, die auch gegenüber dem Factor wirksam werden soll, gestattet.

Gleichzeitig deutete die Süd-Factoring für den Fall, daß der Konzern ein weiteres schutzbedürftiges Interesse sieht, an, den Konzern auch hierfür *freizustellen.*

Heutige Lage begünstigt Pressionen am Markt

Nach einem längeren Schriftwechsel mit verschiedenen Abteilungen des Konzerns erfolgte dann schließlich die Mitteilung, daß sämtliche Unterlagen nicht an den sachlich zuständigen Sachbearbeiter gesandt wurden – was jedoch nicht richtig war – und der Aufhebung des Abtretungsverbotes nicht zugestimmt werden könne.

Gleichzeitig wurde jedoch die Bereitschaft erklärt, daß die Aufhebung des Abtretungsverbotes mit einem *von diesem Konzern gefertigten* Vertragsmuster, das von dem Factor zu unterschreiben ist, möglich wäre. Nach rechtsanwaltlicher Prüfung sandte der Factor die von dem Konzern gewünschte Erklärung unterschrieben an diesen zurück.

Jeder denkt nun, daß damit die Angelegenheit positiv erledigt ist und von dem Konzern das Abtretungsverbot aufgehoben wird. Doch weit gefehlt. Zunächst wurde schriftlich lapidar erklärt, daß der Konzern nicht daran denke, das Abtretungsverbot aufzuheben. In seinem darauffolgenden Antwortschreiben teilte der Factor dem Konzern sein Unverständnis mit, zumal der Konzern ja selbst eine vertragliche Vereinbarung vorgeschlagen hatte, mit der er sein grundsätzliches Einverständnis in Aussicht stellte.

Trotz weiterer Schreiben und Telefonate gelang es nicht, den Konzern zur Aufhebung des Abtretungsverbotes zu bewegen. Vielmehr hätte ein weiteres Drängen dazu geführt, daß die Lieferanten von dem Konzern keine Aufträge mehr erhalten hätten. Dies lag aber weder im Sinne des Lieferanten noch des Factors.

Ein anderes Beispiel soll zeigen, zu welchen Auswüchsen das Abtretungsverbot führen kann. So teilte ein Konzern, bei dem bekannt war, daß er in seinen Einkaufsbedingungen das Abtretungsverbot vereinbart hat, dem Factor mit, daß er Rechnungen eines Lieferanten vorliegen habe, auf denen vermerkt wäre, daß mit schuldbefreiender Wirkung nur an den Factor Zahlung geleistet werden könne.

Weiter wies der Konzern in diesem Schreiben darauf hin, daß sowohl dem Lieferanten wie auch dem Factor die wirksame Vereinbarung des Abtretungsverbotes des Konzerns bekannt sein müsse. Unabhängig hiervon habe er, der Konzern, sämtliche zur Zahlung anstehenden Beträge in der Größenordnung von mehreren hunderttausend Mark so lange gesperrt, bis er sowohl von dem Lieferanten als auch *von dem Factor* einvernehmlich schriftlich mitgeteilt bekommen habe, daß die Forderungen nicht an den Factor abgetreten sind und mit schuldbefreiender Wirkung nach wie vor an den Lieferanten bezahlt werden könne.

Gleichzeitig wies der Konzern darauf hin, daß die hierdurch eingetretene Zahlungsverzögerung nicht in seinem Verantwortungsbereich liege und er erst nach Eingang der entsprechenden Schreiben mit vollem Skontoabzug regulieren werde.

In diesem Beispielfall war der Konzern völlig im Unrecht und hätte möglicherweise schadenersatzpflichtig gemacht werden können. Aufgrund der Marktmacht und im Interesse weiterer Aufträge mußte der Lieferant jedoch klein beigeben und zusammen mit dem Factor die gewünschten Schreiben kurzfristig absenden.

HANS VOLKER MAYER

WETTBEWERB / Ungleichgewicht zwischen Firmen unterschiedlicher Position

Branche bangt um die Spielregeln der Sozialen Marktwirtschaft

Durch die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft hat sich der Staat die Möglichkeit gegeben, in besonders gefährlichen Bereichen, etwa der Sozial- und Wettbewerbspolitik, regulierend einzugreifen, ohne damit jedoch das marktwirtschaftliche System zu stören. Mit einer Rahmengesetzgebung sollen echter Leistungswettbewerb und gleiche Startbedingungen für jeden Marktteilnehmer geschaffen werden.

Als die Väter des BGB mit dem Paragraphen 399 eine Bestimmung schufen, wonach die Abtretung von Forderungen durch Vertrag zwischen Gläubiger und Schuldner ausgeschlossen werden konnte, haben sie sicher die Auswirkung dieser Bestimmung nicht bedacht. Das Abtretungsverbot in seiner heute praktizierten Form verfälscht in grober Weise echten Leistungswettbewerb und verhindert gleiche Startbedingungen.

Die Spielregeln der Sozialen Marktwirtschaft sind außer Kraft gesetzt. Marktbeherrschende oder zumindest marktstarke Unternehmen als Käufer zwingen den wirtschaftlich von ihnen abhängigen oder sich in einer schwächeren Marktposition befindlichen, meist mittelständischen Lieferanten, das in ihren Einkaufsbedingungen verankerte Abtretungsverbot zu akzeptieren. Mit diesem Abtretungsausschluß ist dem Lieferanten die Möglichkeit genommen, seine Forderungen gegen solche Schuldner an Dritte abzutreten.

Ertragskraft wird eingeschränkt

Der wesentliche Bestandteil seiner Kreditsicherungsmittel, nämlich Forderungen gegen zahlungskräftige Schuldner, fällt für seine Disposition aus. Aufgrund dieses Dekrets bleibt es dem Lieferanten versagt, den vielleicht entscheidenden Teil seines Vermögens zur Besicherung einer Fremdfinanzierung oder zum Verkauf an einen Factor herauszuziehen.

Wenn man unterstellt, daß die aus dem Verkauf von Forderungen oder der Zession von Forderungen neu gewonnene Liquidität zur Verbesserung der Einkaufsmöglichkeiten und der Erreichung der Skontierfähigkeit eingesetzt werden soll, zeigen sich rasch die negativen betriebwirtschaftlichen Auswirkungen.

Jedoch nicht nur die eingeschränkte *Ertragskraft, sondern auch das* hierdurch beeinträchtigte finanzielle Umfeld des mittelständischen Unternehmens verwehren ihm die Ausschöpfung aller Expansionsmöglichkeiten, beginnend mit den erforderlichen Investitionen und den daraus normalerweise resultierenden Umsatzzuwächsen.

Die durch die derzeitige Steuergesetzgebung erschwerte Eigenkapitalbildung erfährt mit der durchgängigen Praktizierung des Abtretungsverbots ein weiteres Hindernis.

Es erscheint unverständlich, ja kurzsichtig, wenn die marktbeherrschenden Unternehmen dem Mittelstand eine entscheidende Basis zur soliden Finanzierung, etwa über den Verkauf ihrer Forderungen, entziehen und sie damit zum unkalkulierbaren Risiko werden lassen. Es sollte doch das Bestreben aller am Markt auftretenden Kräfte sein, insbesondere den industriellen und handelnden Mittelstand weiterhin als Motor und Stütze der deutschen Volkswirtschaft sich entfalten zu lassen.

Wenn man nach der Begründung der Aufnahme des Abtretungsverbots in die Allgemeinen Einkaufsbedingungen fragt, so gibt es allerdings ein gängiges, jedoch nicht unbedingt einleuchtendes Argument.

Bei Abtretung oder Verkauf der Forderungen an einen Dritten findet für den Schuldner ein Gläubigerwechsel statt. Der Forderungsschuldner *muß dies beachten, um das* Risiko der Falschzahlung zu vermeiden und um nicht eventuell zur Doppelzahlung herangezogen zu werden.

Obwohl die Factoringgesellschaften diesem Argument Verständnis entgegenbringen und den Schuldner vor etwaigen Ansprüchen aus Doppelzahlungen freistellen, dem Schuldner weiterhin eine schuldbefreiende Zahlung an den Altgläubiger gestatten und schließlich dem Schuldner Verrechnungsklauseln einräumen, wird die Zustimmung zur Aufhebung des Abtretungsverbots dennoch meist verweigert.

Die Erfahrungen des Factors zeigen, daß das sich selbst regulierende System in einer Marktwirtschaft hier nicht funktioniert. Das Ungleichgewicht zwischen den Marktteilnehmern unterschiedlicher Marktposition ist mit der heutigen Situation festgeschrieben.

Gemäß dem Verständnis und der Definition der Sozialen Marktwirtschaft ist der Gesetzgeber als Hüter dieser Wirtschaftsordnung aufgerufen, die Chancengleichheit wiederherzustellen. Die schrankenlose, hier schädliche Vertragsgestaltung im Rahmen Allgemeiner Geschäftsbedingungen bedarf einschränkender Bestimmungen.

Jetzige Bestimmung bindet Marktkräfte

Ein letzter Aspekt sollte nicht fehlen. Reizvoll wäre es zu ermitteln, welche Umsatzgrößen mit dem Abtretungsverbot belastet sind. Weit über 2000 bedeutende und umsatzstarke Unternehmen, aber auch die öffentliche Hand, setzen ihre Einkaufsbedingungen durch, in denen die entsprechende Klausel enthalten ist. Das Ergebnis einer solchen Untersuchung wäre sicherlich ein erhebliches Umsatzvolumen.

Würde also der Gesetzgeber das Abtretungsverbot in seiner bisherigen Form nicht beibehalten beziehungsweise den Erfordernissen der Chancengleichheit in der Sozialen Marktwirtschaft anpassen, so könnten mit dieser Änderung neue Marktkräfte in nicht unerheblicher Größenordnung freigesetzt werden, die nicht ohne Einfluß auf die konjunkturelle Entwicklung unserer Volkswirtschaft bleiben.

Dem mittelständischen Unternehmen würde endlich das eigentlich selbstverständliche Recht eingeräumt, mit dem von ihm erarbeiteten Vermögen, sprich Forderungen, so zu verfahren, um daraus den optimalen betriebswirtschaftlichen Nutzen zu ziehen.

Das wäre ein Mittelstandsprogramm besonderer Qualität und nicht zuletzt die Förderung echten Leistungswettbewerbs mit gleichen Startbedingungen für alle Marktteilnehmer.

DIETER KLINDWORTH

ABTRETUNGSVERBOT / Forderung nach Verzicht – In den USA und den meisten Ländern in Europa unbekannt

Mittelstand braucht faire Wettbewerbs-Chancen

Während man sich in der Bundesrepublik Deutschland die Köpfe heiß redet und die Finger wund schreibt über die Nachteile des Abtretungsverbotes, kennt man dieses Finanzierungserschwernis in vielen Ländern der Erde überhaupt nicht. Allein im öffentlichen Bereich findet man manchmal Vereinbarungen zwischen Lieferanten und Abnehmern, die die Abtretbarkeit von Rechten aus dem Vertrag und damit auch der Forderungen ausschließen.

Wenn man aber weiß, daß sich solche Abtretungsausschlüsse oft nur auf die Belieferung der Armee erstrecken und dort auch die Bereitschaft sehr hoch ist, einer Abtretung der Forderungen an eine kreditgebende Bank oder an ein Factoringinstitut zuzustimmen, verliert das Abtretungsverbot gewaltig an Schärfe.

In den Vereinigten Staaten, dem Ursprungsland des heute in fast der gesamten Welt verbreiteten Factoringgeschäftes, kommen, so hat man den Eindruck, Lieferverträge weit stärker aufgrund effektiv geführter Verhandlungen zustande. Weit weniger als in Deutschland wird mit dem Diktat von Einkaufsbedingungen operiert.

Dort wie auch hier hat sich die Rechtsordnung im Sinne des Liberalismus weiterentwickeln können. Dennoch ist die Justiz unterschiedliche Wege gegangen. Während man in den USA den Eindruck gewinnt, daß man dort sehr wohl den Blick bewahrt hat für das Beschneiden von zu starken Machtpositionen der Konzerne, hat man bei uns das Gefühl, daß weder Politiker noch Juristen wissen, unter welchem Druck und unter welchen Zugeständnissen Lieferverträge zwischen Konzernen und meist mittelständischen Lieferanten zustande kommen.

Von gleichwertigen Partnern keine Rede

Wer in solchen Fällen diktiert und seine „Einkaufsbedingungen" durchsetzt, braucht nicht beantwortet zu werden. Von gleichwertigen Partnern, von denen das Gesetz im Wirtschaftsleben oft ausgeht, kann hier überhaupt nicht gesprochen werden.

Oft merkt der Lieferant erst später, daß er die Forderung gegen diesen Konzern nicht vorzeitig verflüssigen kann, weil dieser sich weigert, einer Abtretung – ob zu Finanzierungszwecken oder nicht – zuzustimmen.

Häufig werden durch solch starke Abnehmer die vereinbarten Zahlungsziele mehr als nur leicht überschritten. Es gibt wohlsituierte Branchen, die es sich offenbar auf ihre Fahne geschrieben haben, stets mit Verspätungen zu regulieren.

Jede der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland in den letzten 20 Jahren ist auch mit dem Versprechen angetreten, tätige Hilfe dem Mittelstand angedeihen zu lassen. Diese Hilfe wurde, über die Effizienz kann man streiten, meist nur in finanzieller Hinsicht erwartet und versprochen. Mit finanzieller Hilfe allein ist dem Mittelstand aber nicht zu helfen. Es sind viel häufiger die Rahmenbedingungen, die für eine sinnvolle wirtschaftliche Betätigung geschaffen werden müssen.

Viele Wirtschaftsverbände haben die Gefahren, die in einer extensiven Ausnutzung des Abtretungsverbotes liegen, erkannt und empfehlen ihren Mitgliedern den Verzicht darauf oder die Zustimmung zur Abtretung. Die Wirkung dieser Empfehlungen blieb bisher mehr als bescheiden.

Wenn die Politiker dem Mittelstand nicht nur verbal helfen wollen, müssen sie die Wettbewerbschancen gerade dieser Gruppe verbessern. Das gesetzliche Verbot des Ausschlusses einer Abtretung wäre angetan, für mehr wirtschaftliche Freiheit der kleinen Unternehmen im Verhältnis zu Konzernen zu sorgen.

Man kann wahrscheinlich lange darüber nachdenken, warum die Vereinigten Staaten von Amerika als das freieste Land in der Welt gelten. Mit Sicherheit gehörten das Fehlen solcher Hemmnisse wie das Abtretungsverbot mit dazu. Man braucht aber gar nicht so weit zu gehen, um festzustellen, daß auch die meisten europäischen Staaten über ähnliche Freiheiten im Wirtschaftsleben verfügen wie die USA.

Nur Bonn und Wien kennen Abtretungsverbot

Lediglich in Österreich beginnt sich das Abtretungsverbot ähnlich auszubreiten wie in der Bundesrepublik Deutschland. Das nimmt nicht weiter wunder, wenn man weiß, daß die Rechtsordnung ähnlich wie hier strukturiert ist und die beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen sehr intensiv sind.

Mit der Harmonisierung der Rechtsordnung in der EG hat man die Hoffnung verbunden, daß solch antiquierten Instrumente wie das Abtretungsverbot wegfallen würden. Bisher sind aber Initiativen in diese oder ähnliche Richtungen bedauerlicherweise nicht erkennbar.

SIEGFRIED OLBERT

Eine Branche wehrt sich gegen Vorurteile und Unkenntnis

Das Factoring hat in den letzten Jahren in der Bundesrepublik Deutschland erheblich an Bedeutung gewonnen. Dennoch ist nicht zu übersehen, daß es erst die unteren Stufen seiner Möglichkeiten erreicht hat. Zu groß sind noch Unkenntnis und Vorurteile, falsche und unklare Vorstellungen. Hinzu kommt eine massive Behinderung des Factoring-Geschäfts durch das Abtretungsverbot.

In der gegenwärtigen Marktstellung der Factoring-Unternehmen liegt zugleich der Schlüssel zu ihrer erfolgreichen Weiterentwicklung: Es gibt noch viele Branchen, in denen man die Vorteile des Factoring noch nicht erkannt hat. Große Chancen bietet außerdem die Exportfinanzierung, zumal der deutschen Exportwirtschaft ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten fehlen. So kann Factoring bei der Erschließung neuer Märkte eine wertvolle Hilfe sein. Auch lassen sich hiermit – beispielsweise durch Einräumung längerer Zahlungsziele – beachtliche Wettbewerbsvorteile erreichen.

Der Deutsche Factoring-Verband wird durch entsprechende Aktivitäten zum besseren Verständnis des Factoring-Geschäftes beitragen. Dabei gilt es, auch der Kreditwirtschaft die Überzeugung zu vermitteln, daß für sie Factoring nicht etwa Konkurrenz, sondern Ergänzung des eigenen Finanzierungsangebots darstellt. Factoring ist somit mehr als nur ein zusätzlicher Weg der Geldbeschaffung. Nutznießer einer engeren Zusammenarbeit wären beide, Kreditinstitute wie Factoringgesellschaften.

Ausreichende Kenntnisse des Factoring sollten daher zum normalen Rüstzeug jedes Firmenkundenberaters bei Kreditinstituten gehören, was heute jedoch noch eher die Ausnahme ist. Auch in der beruflichen Aus- und Weiterbildung sollte dem Factoring mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden, was seiner wachsenden Bedeutung entsprechen dürfte.

Einen kräftigen Schub erhielte das Factoring, wenn es gelänge, das Hindernis des Abtretungsverbotes zu überwinden. Dieses Abtretungsverbot paßt in der bisherigen Form nicht mehr in die heutige Zeit, in der soviel Wert auf Chancengleichheit gelegt wird. Seine Reformbedürftigkeit wird besonders deutlich, wenn man sich vor Augen führt, daß ein finanzkräftiger Schuldner seinen weit weniger gut gestellten Gläubiger längere Zeit auf dessen Geld warten lassen und ihm darüber hinaus noch verbieten kann, die Forderung durch Abtretung oder Verkauf zu verflüssigen.

Hierunter leidet insbesondere der Mittelstand. Es wäre daher auch ein Stück Mittelstandsförderung, wenn das Abtretungsverbot gesetzlich neu geregelt und auf solche Fälle beschränkt werden würde, in denen seine Anwendung sinnvoll erscheint.

Auszug aus der vom Deutschen Factoring-Verband, Mainz, herausgegebenen Broschüre „25 Jahre Factoring in Deutschland".

FINANZIERUNG / Beschaffung von ausreichend Fremdgeldern bleibt wichtig

Die kleineren Unternehmen fürchten um ihre Liquidität

Das Abtretungsverbot ist für die mittelständische Wirtschaft nicht nur ein großes Ärgernis, indem in die unternehmerische Entscheidungsfreiheit eingegriffen wird, sondern zugleich eine massive Einschränkung der Finanzierungsmöglichkeiten. Diese Feststellung vermag nicht weiter zu überraschen, wenn man bedenkt, daß der Mittelstand in der Finanzierung in hohem Maße auf Fremdmittel angewiesen ist.

Der Anteil der Fremdgelder an der Finanzierung des Firmenvermögens hat sich im Laufe der Jahre ständig vergrößert und liegt inzwischen im Durchschnitt aller deutschen Unternehmen bei über 80 Prozent.

Ursache dieser Entwicklung ist die kontinuierlich schwächer gewordene Eigenkapitalausstattung, die bei vielen mittelständischen Unternehmen noch nicht einmal eine Quote von zehn Prozent erreicht. Hinzu kommen erhöhte Finanzierungsanforderungen durch längere Zahlungsziele der Abnehmer, was besonders in Zeiten hoher Zinsen zu beobachten ist.

Die Beschaffung ausreichender Finanzierungsmittel ist daher für jedes mittelständische Unternehmen von geradezu lebenswichtiger Bedeutung. Nun sind Fremdgelder in der Regel nur gegen ausreichende Sicherheiten zu erhalten. Vielen Unternehmen steht dafür aber lediglich das eigene Vermögen zur Verfügung.

Verbot wirkt absolut

Wenn davon dann noch wesentliche Teile ausfallen, wie es bei den mit einem Abtretungsverbot belasteten Forderungen der Fall ist, können schwerwiegende Finanzierungsprobleme entstehen. Entweder findet das betroffene Unternehmen die vertrauensvolle Unterstützung seiner Kreditgeber, wobei häufig auf teure Kreditüberziehungen oder Wechselprolongationen zurückgegriffen werden muß, oder aber es muß auf Geschäfte mit Firmen, die auf einem Abtretungsverbot bestehen, verzichten.

Das Abtretungsverbot schränkt aber nicht nur die Liquidität der Firmen ein, sondern belastet darüber hinaus deren Rentabilität, weil wertvolle Einkaufsvorteile, wie sie zum Beispiel aus der Skontozahlung entstehen, nicht wahrgenommen werden können. Ganz abgesehen davon, daß Möglichkeiten zur Expansion nicht genutzt werden können.

Das Abtretungsverbot wirkt absolut. Forderungen, die einem Abtretungsverbot unterliegen, können vom Gläubiger weder abgetreten noch verkauft werden. Eine solche Verfügung wäre unwirksam; im Falle einer Insolvenz des Gläubigers stünde die Forderung der Konkursmasse zu. Es ist daher für jedes Finanzinstitut unerläßlich, daß seine Gläubigereigenschaft anerkannt wird, will es nicht eines Tages mit leeren Händen dastehen. Das Abtretungsverbot hat eine Bedeutung erlangt, die auf Dauer nicht hingenommen werden kann. Die Geduld, mit dem ihm bislang begegnet worden ist, verwundert und deutet auf eine gewisse Hilflosigkeit der Betroffenen hin.

Der Gesetzgeber hatte seinerzeit gewiß ganz andere Vorstellungen, als er dem Abtretungsverbot in Paragraph 399 BGB die gesetzliche Grundlage schuf. Auf jeden Fall ist er von einem Zustandekommen des Abtretungsverbots auf der Basis einer freiwilligen Vereinbarung, möglichst zwischen zwei wirtschaftlich gleichstarken Partnern, ausgegangen.

Die Wirklichkeit sieht dagegen heute ganz anders aus. Heute diktiert der Stärkere dem Schwächeren seine Konditionen, indem er auf Anerkennung seiner Einkaufsbedingungen besteht, zu denen in der Regel auch das Abtretungsverbot gehört.

So bedienen sich auch hauptsächlich Großunternehmen des Abtretungsverbotes und nutzen dabei ihre starke Marktstellung aus. Will der mittelständische Unternehmer im Geschäft bleiben, muß er das wohl oder übel akzeptieren.

Es ist schon einigermaßen kurios, daß ein finanzkräftiger Konzern seinen weit weniger gut gestellten mittelständischen Lieferanten längere Zeit auf dessen Geld warten lassen und ihm darüber hinaus noch verbieten kann, die Forderung durch Abtretung oder Verkauf zu verflüssigen. Man muß fragen, wie sich dieser Tatbestand mit den guten Sitten in Einklang bringen läßt.

Das oft für das Abtretungsverbot ins Feld geführte Argument, es verursache erheblichen Verwaltungsaufwand, wenn man ständig Gläubigerwechsel beachten müsse, vermag in Anbetracht des inzwischen erreichten Standards in der Betriebsorganisation nicht zu überzeugen.

Gerade die großen Unternehmen als Hauptanwender des Abtretungsverbotes verfügen doch schon seit längerem über gut funktionierende EDV-Systeme. Ist der neue Gläubiger mit seinen Daten erst einmal erfaßt, läuft alles andere doch automatisch.

Kein Bagatellproblem

Außerdem sind die Forderungsabtretung oder der Forderungsverkauf keine Verfügungen, die sich ständig wiederholen. Finanzverbindungen sind auf Dauer angelegt, ein Gläubigerwechsel bleibt eher die Ausnahme.

Aber selbst wenn das Plädoyer für das Abtretungsverbot berechtigt wäre, gäbe es doch keinen Zweifel darüber, daß die Interessen der durch das Abtretungsverbot Betroffenen ungleich stärker berührt werden.

Das Abtretungsverbot ist in der Tat kein Bagatellproblem. Jeder, der sich mit Finanzierungsfragen beschäftigen muß, weiß um die negative Bedeutung des Abtretungsverbotes, das vor allem solche Unternehmen hart trifft, die auf eine Verfügung ihrer Außenstände angewiesen sind.

Vielen mittelständischen Unternehmen würde eine große Sorge genommen, wenn das Abtretungsverbot gesetzlich neu geregelt und auf solche Fälle beschränkt werden würde, in denen seine Anwendung sinnvoll erscheint. Dies wäre ein Stück Mittelstandsförderung. Erste Anzeichen für eine kritischere Einstellung der Gerichte zum Abtretungsverbot sind bereits zu erkennen. Es bleibt zu hoffen, daß das Finanzierungshindernis Abtretungsverbot eines Tages ganz aus dem Wege geräumt wird.

FRIEDRICH W. HÖCHE

DG DISKONTBANK / Befriedigende Geschäftsentwicklung im ersten Halbjahr 1985

Nur mäßig belebte Kreditnachfrage

Bei der DG Diskontbank AG, Mainz, dem führenden Factoring-Institut in der Bundesrepublik Deutschland, nahm, wie der Vorstand berichtet, die Geschäftsentwicklung im ersten Halbjahr 1985 einen erwartungsgemäß befriedigenden Verlauf.

Während die Bilanzsumme von 1,21 Milliarden Mark nur geringfügig expandierte, verzeichneten Kreditvolumen und Dienstleistungsumsätze leichte Zuwachsraten.

Eine nur mäßig belebte Kreditnachfrage – bei tendenziell rückläufigen Zinsspannen – kennzeichnet das Kreditgeschäft im Berichtszeitraum.

„Erfreulich", heißt es weiter, entwickelte sich das Neugeschäft in den Bereichen Ankauf von Leasingforderungen und Bausparzwischenfinanzierung, während sich die Kreditinanspruchnahme durch Landwirtschaft und Baugewerbe nach wie vor in engen Grenzen hielten.

Im Dienstleistungs-, besonders im Factoring-Geschäft zwinge die weiter zunehmende Zahl der Insolvenzen und die schwierige Lage der mittelständischen Wirtschaft zu besonderer Sorgfalt bei Kundenauswahl und Einräumung von Debitorenlimiten.

Das seit 1984 zunehmende Interesse der Einkaufsverbände am Paket „Zentralregulierung mit Übernahme des Delkredere-Risikos" hält weiter an.

KARL-HEINZ STEFAN

TENNIS / Im Finale gegen Schweden – Großes Doppel, Kampf bis zur Erschöpfung, immer wieder Boris

● Die Sensation ist perfekt. Schon nach zwei Einzeln und dem Doppel hatte Deutschland das Davispokal-Finale erreicht. Gegner ist im Dezember in Dortmund oder München das Team des Titelverteidigers Schweden um Mats Wilander (5:0 gegen Australien).

● *Den Grundstein zum Sieg legte der Pinneberger Michael Westphal mit einem erfolgreichen Kampf gegen Tomas Smid, der fünf Stunden und 39 Minuten dauerte.* Ein Spiel, das in die 85 Jahre alte Geschichte des Davispokals eingehen wird.

● *Ivan Lendl spielte nur im Doppel – an* der Seite eines müden Tomas Smid der verletzte Weltranglisten-Erste. Das wurde *in nur 10; Minuten* zu einer klaren Angelegenheit für Boris Becker und Andreas Maurer. Lendl kehrte schon gestern in die USA zurück.

● *Michael Westphals Spiel sahen am* Freitag 12,25 Millionen deutsche Fernsehzuschauer. Den Krimi „Derrick" schalteten 16,20 Millionen ein, fünf Millionen weniger als üblich. In Berlin wurden 600 empörte Anrufe wegen der langen Übertragung registriert.

● *Was den deutschen Männern recht* ist, ist den jungen Damen billig: Steffi Graf (16) hat in Fort Lauderdale das *Finale eines Grand-Prix-Turniers* erreicht. Ihre Gegnerin ist Martina Navratilova, die Beste der Welt, die Steffi für *ihre mögliche Nachfolgerin* hält.

Becker, Westphal, Maurer – dreifaches Bravo zum stolzen Triumph

DW. Frankfurt

Der *Triumph* ist perfekt: Zum zweiten Mal nach 1970 erreichte das deutsche Tennis-Team das Finale im Daviscup, in dem vom 20. bis 22. Dezember in München oder Dortmund Titelverteidiger Schweden der Gegner ist. Ausschlaggebend für den vorzeitigen Erfolg im Halbfinale gegen die CSSR war am Samstag ein überraschend deutlicher Sieg im Doppel. Boris Becker und Andreas Maurer gewannen 6:1, 7:5, 6:4 gegen Ivan Lendl und Tomas Smid. Damit lag die Mannschaft der *Bundesrepublik* noch vor den abschließenden Einzeln am Sonntag uneinholbar mit 3:0 in Führung. Am Freitag hatte Boris Becker den Internationalen Deutschen Meister dieses Jahres, Miloslav Mecir, 6:3, 7:5, 6:4 besiegt, Michael *Westphal kam zu einem Fünf-Satz-Erfolg* (6:8, 1:6, 7:5, 11:9, 17:15) über Tomas Smid.

Wegen dieser Führung wurden die letzten beiden Einzel gestern nur auf zwei Gewinnsätze gespielt. Im ersten Spiel *erhöhte Boris Becker* den Vorsprung auf 4:0. Er war dem 22 Jahre alten tschechoslowakischen Ersatzspieler Libor Pimek mit 6:1 und 6:4 *in* allen Belangen überlegen. Der an Nummer 67 der Weltrangliste plazierte Pimek war anstelle von Tomas Smid, der immer noch unter leichten Kreislaufschwächen nach dem Spiel vom Freitag abend litt, eingesetzt worden. *Das letzte Einzel* zwischen Michael Westphal und Mecir war Redaktionsschluß noch nicht beendet.

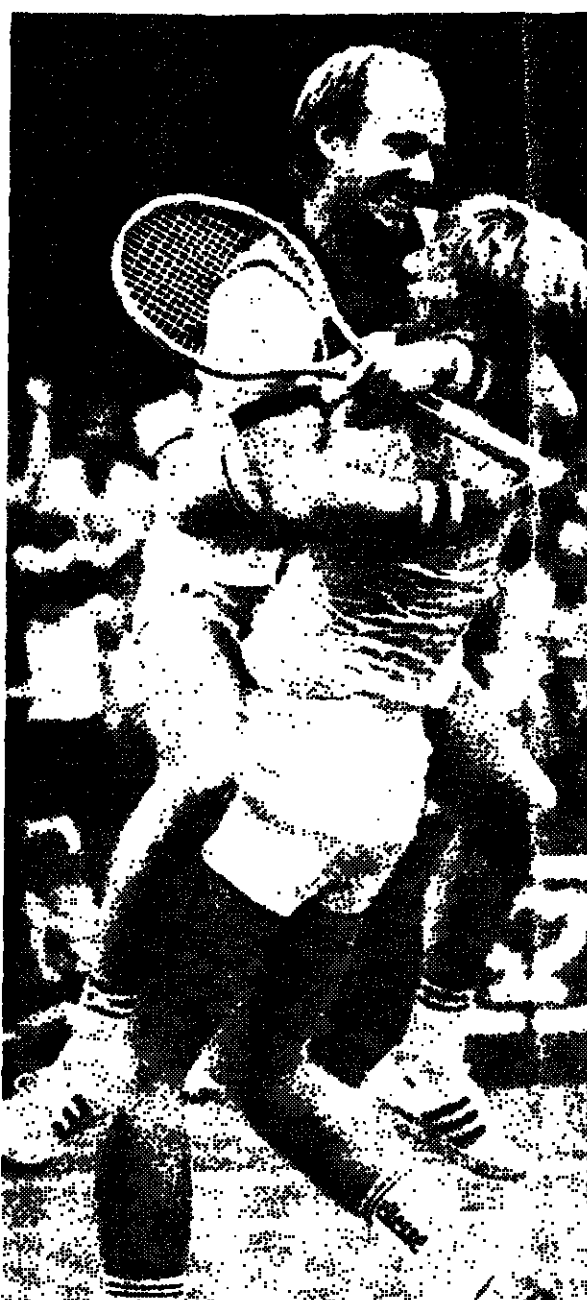
Am Samstag war der deutsche Mannschaftskapitän Wilhelm Bungert nach einer Stunden und 41 Minu*ten Spielzeit des Doppels* der erste Gratulant von Becker und Maurer. Bungert bildete zusammen mit Christian Kuhnke jenes Team, das sich vor 15 Jahren erstmals in ein Finale des Daviscups vorspielen konnte, dann aber in Cleveland mit 0:5 gegen die USA absolut chancenlos war. „Das war unsere beste Doppelleistung", sagte ein strahlender Boris *Becker*, der nach seinem *Wimbledon-Sieg* nun auch die Krone im Mannschaftstennis anstrebt.

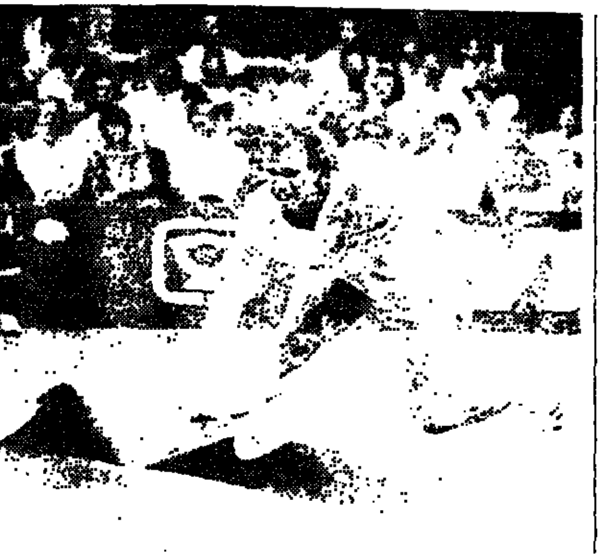
Becker und Maurer wurden weniger *gefordert* als erwartet. Tomas Smid zeigte sich von den Strapazen des Freitags keineswegs erholt und bildete *zusammen* mit dem weltbesten *Einzelspieler*, Ivan Lendl, nur ein mittelmäßiges Doppel. Lendl, der an einer *Nervenentzündung* im rechten Arm leidet, beging einige leichte Fehler am Netz, sein Aufschlag war meist nur schwach. Im Gegensatz dazu bildeten die prächtig harmonierenden Deutschen ein Bollwerk, an dem alle Bemühungen von Lendl und *Smid* abprallten. Wie Becker verlor Maurer nur einmal, im zweiten Satz zum 2:2 einen Aufschlag.

Wilhelm Bungert sieht die Chancen für das Finale gegen Schweden jetzt so: „Ich hoffe zumindest auf zwei Punkte, weiß aber *noch nicht*, wo der dritte herkommen soll. Man kann nicht davon ausgehen, daß Boris gegen die irrsinnig starken Mats Wilander und Edberg zweimal gewinnt. Es hat sich in Hamburg gegen die USA und erst recht hier in Frankfurt gezeigt, daß eine Mannschaft nicht nur mit einem Mann gewinnen kann. Die Vorbereitung auf das Finale beginnt *praktisch schon am Montag*. Wir versuchen noch, die Turnierpläne von Andreas Maurer und Michael Westphal aufeinander abzustimmen. Dann können wir unseren Trainer Niki Pilic mitschicken, damit er mit beiden weiter arbeiten kann."

Schon jetzt ist so gut wie sicher, daß die Frankfurter Mannschaft auch im Finale spielen wird. „Never change a winning team", sagt Niki Pilic, der auch gleich ankündigte, daß das Endspiel auf demselben Bodenbelag stattfinden wird. Der Jugoslawe gehörte ebenfalls zu den Garanten des deutschen Erfolges. Durch sein Spe*zial-Training* mit *Michael Westphal* legte er den Grundstein zu dessen Triumph über Tomas Smid.

„Das ist schon jetzt das erfolgreichste Jahr in der Geschichte des deutschen Tennisports", jubelte Claus Stauder, der *Präsident* des Deutschen Tennis-Bundes. „Die Tenniswelt ist auf den Kopf gestellt."





In einem mächtigen Satz in die Arme von Boris Becker (links) entluden sich bei Andreas Maurer Anspannung und Freude. Michael Westphal (oben) mußte zweimal blitzschnell reagieren, als sich der schlecht verklebte Tepppichboden löste. Mit artistischer Geschicklichkeit vermied er einen Sturz – obwohl ihm die Erschöpfung vom Gesicht abzulesen war (unten).

FOTOS: PERENYI/SIMON/BONGARTS



CLAUS GEISSMAR, Frankfurt

Die Ausnahmeerscheinung Boris Becker hat eine ganze Mannschaft mitgerissen. Daß so etwas auch im Tennis möglich ist, muß als eine neue Erfahrung gelten. Tennis hat sonst den Ruf, ein Sport für Individualisten zu sein. Eine Mannschaftsstimmung so zu beeinflussen, daß es zu individuellen Leistungssteigerungen kommt, ist mehr als schwer. Boris Becker hat nun auch das möglich gemacht. „The Wunderkind", wie der 17jährige aus Leimen im Ausland genannt wird, hat zwei andere, ältere deutsche Spieler auf ein Leistungsniveau hinaufgezogen, das es in den letzten 15 Jahren im deutschen Tennis nicht gegeben hat. Was Hansjörg Schwaier schon beim Viertelfinale gegen die USA in Hamburg gelang, haben nun auch Michael Westphal und Andreas Maurer geschafft. Sicher, ohne Becker wäre ohnehin alles nicht möglich gewesen. Aber erst die Leistungssteigerungen von Westphal und Maurer haben den klaren Sieg gegen die CSSR möglich gemacht.

Die nachträgliche Analyse ergibt, daß der Einzelsieg von Westphal gegen Tomas Smid das Schlüsselspiel dieses Halbfinales war. Jan Kodes, Mannschaftskapitän der CSSR, gab nachträglich offen zu: Seine Mannschaft hatte sich *zwei* klare Siege gegen Westphal ausgerechnet. Als Michael Westphal (Nummer 53 der Weltrangliste) mit Tomas Smid die Nummer 16 geschlagen hatte, war die Mannschaft aus der CSSR demoralisiert. Jetzt konnte selbst Ivan Lendl, der zur Zeit beste Einzelspieler der Welt, im Doppel nicht mehr helfen. Für Michael Westphal war der Sieg

> ❝ Ich verstehe nicht, daß eine Zeitung unsere Chancen *im Doppel mit* 20:80 angeben kann. Das ist fast schon eine Frechheit. ❞
>
> **Andreas Maurer. Die Zeitung war die WELT. Wir freuen uns, daß wir uns dank Maurers Leistung geirrt haben**

gegen Smid mit Sicherheit das sportlich wichtigste Match seiner bisherigen Tenniskarriere.

Der 20jährige aus Pinneberg mußte in den letzten zwei Jahren mit der Kritik leben, *nicht* die richtige Berufsauffassung zu haben. Funktionäre warfen ihm vor, seine 18jährige blonde Freundin Jessica und Disco-Besuche seien ihm zu wichtig geworden. Falls er wirklich in der Vergangenheit nicht genug trainiert hat, *dann beweist eine kleine Beobachtung* am Rande, daß sich die Einstellung von Michael Westphal geändert hat: Sein Match gegen Smid hatte am Freitag abend über fünf Stunden und 39 Minuten gedauert. Da ein Tennisspieler vor seinem Spiel nur wenig essen darf, mußte Westphal noch nach Mitternacht eine warme Mahlzeit bestellen. Die Folge: Erst um 3.00 Uhr schlief er ein. Aber am nächsten Morgen war er der erste, der in der Festhalle schon wieder Trainingsbälle schlug.

Westphal und Schwaier stand nicht einmal die ganze Spielfläche zur Verfügung. Um eine Putzfrau und ihren Staubsauger herum mußten beide an der Grundlinie Slalom laufen. Nicht nur Michael Westphal war übrigens auf das nächtliche Mahl angewiesen. Auch Schiedsrichter Malcolm Huntingdon saß noch nach Mitternacht beim Dinner. Huntingdon war einer Empfehlung von Oberschiedsrichter Mills gefolgt und hatte vor dem Spiel nichts getrunken und gegessen. Denn ein Davispokal-Schiedsrichter muß *notfalls auch* länger als sechs Stunden auf dem Schiedsrichterstuhl sitzen können, ohne ein einziges Mal zur Toilette zu gehen.

Die Leistungssteigerung von Andreas Maurer zeichnete sich schon seit Monaten ab. Obwohl seine Welt*ranglisten-Plazierung* besser ist als die von Westphal, hat sich Maurer ohne Widerspruch darauf beschränkt, neben Boris Becker die Rolle des zweiten Doppelspielers zu übernehmen. Ein Tennisdoppel wird fast allein durch drei Grundschläge entschieden: den Aufschlag, den Aufschlag-Return und den Flugball. Andreas Maurer hat eine Woche lang an diesen drei Grundschlägen gearbeitet. Der Erfolg war vor allem bei seinen Flugbällen sichtbar.

Dennoch hadert der 27jährige aus Gelsenkirchen-Buer immer noch mit seiner Tennisvergangenheit. In persönlichen Gesprächen und auf den Pressekonferenzen kommt er immer wieder darauf zurück, die Presse habe ihn in der Vergangenheit zu schlecht behandelt. Der große Schatten von Boris Becker, in dem Andreas Maurer steht, stört ihn dagegen weit weniger. Zwischen den beiden ist ein echtes freundschaftliches Verhältnis entstanden. Und so kann Maurer es sogar akzeptieren, daß ihm der immer selbstbewußter werdende 17jährige trotz des *Altersabstandes von zehn* Jahren sagt, wie der nächste Ball gespielt werden soll.

Das ist es, was auch im Doppel wieder auffiel. Becker erscheint als ein auf sympathische Weise ganz teu-

> ❝ Vor dem Fernseher im Hotel habe ich bei Michaels Spiel vor lauter Nervosität alle Messer und Gabeln verbogen ❞
>
> **Boris Becker**

tonischer Jüngling mit seinen ausgebleichten, rotblonden Augenwimpern, der ohne jede Attitüde des Unfehlbaren, völlig unverbildet, in aller Ruhe Rauschzustände bei seinen Bewunderern und Schrecken bei seinen Gegnern auslöst. Boris Becker kann, ohne überheblich zu wirken, zu älteren, schon fest strukturierten Mannsbildern hingehen, ihnen vertraulich auf die Schultern klopfen und andeuten: Ich mach' das schon.

In Frankfurt wirkte der Zauber von Becker auch dann, als er nicht spielte und nur dasaß. Michael Westphal spielte am ersten Tag an der obersten Grenze seines physischen, psychischen und künstlerischen Vermögens, ein fünfstündiger Gratwandler, *den den Abgrund nicht sah*. Das wertet ihn nicht ab, es wertet auch Andreas Maurer nicht ab, daß er im Doppel „nur" der zweite Mann neben dem Wimbledon-Sieger ist. Alles ist nur Beweis für eine Tatsache: Die deutsche Tennisszene ist in einem *verblüffenden Maße in Bewegung* geraten – ohne Becker wäre das undenkbar. Hinter seinem Rücken wird gekämpft, um aus seinen Schatten herauszuspringen. Das hat seit Jahrzehnten gefehlt, das macht auch Westphals, Schwaiers und Maurers *Leistungen erst möglich*.

In diesem Sinne bleibt Boris Becker natürlich das Herzstück, das auch weiter den Pulsschlag dieser Mannschaft bestimmt. Er gerät immer deutlicher in die Rolle, die vor zehn Jahren Borg für Schweden spielte. Auch der fünfmalige Wimbledon-Sieger Björn Borg war eine Ausnahmeerscheinung. Aber auch er hat eine Tennis-Generation nachwachsen lassen, die 1984 den Davispokal schließlich sogar ohne Borg gewann.

Für Ivan Lendl wäre es „eine Überraschung", wenn die deutsche Mannschaft gewinnen würde. Sein Mannschaftskapitän Jan Kodes glaubt

> ❝ Man sollte den deutschen Erfolg nicht geringschätzen, weil *ich nicht Einzel* spielen konnte. Er ist verdient. ❞
>
> *Ivan Lendl*

schon heute, daß in diesem Finale ein erneutes Aufeinandertreffen von Becker und Joakim Nystroem das alles entscheidende Spiel werden wird. Deutschland hat den Davispokal noch nie gewonnen. Aber spätestens seit Wimbledon wissen wir, daß ein Wunderkind eben auch Wunder vollbringen kann.

Und hinzu kommt noch ein Faktor, der sich schon in Frankfurt in einer geradezu verblüffenden Art und Weise bemerkbar gemacht hat: das deutsche Tennis-Publikum. Der britische Oberschiedsrichter Mills: „Ein phantastisches Publikum. Genauso müssen Zuschauer beim Davispokal reagieren. Für die deutsche Mannschaft war es besonders schön, daß sie immer dann unterstützt wurde, wenn sie sportlich in Gefahr geriet. Ich war beeindruckt vom Sachverstand des deutschen Publikums."

Die Schweden sprechen vom Finale als „Traumpaarung"

sid/dpa, Malmö

Für Hans Olsson, den schwedischen Team-Kapitän, ist das bevorstehende Finale eine „Traumpaarung" der beiden derzeit stärksten Tennis-Nationen. Der Spieler Stefan Edberg fühlte sich sogar erleichtert darüber, daß der Gegner im Daviscup-Finale nicht die CSSR mit Ivan Lendl sei. Und das, obwohl die Schweden im vorjährigen *Halbfinale* die CSSR noch leicht mit 5:0 besiegt hatte. „Die Deutschen sind mir als *Gegner* lieber", meinte Olsson, „mit einem schnellen Boden machen sie uns bestimmt keine Freude."

Keine Frage, in diesem schwedischen Team steckt viel Selbstvertrauen. Die siegesgewohnten Tennisstars verschafften sich ebenso wie die Deutschen einen ruhigen *Sonntag, da* sie nach den beiden ersten Einzel und dem Doppel bei einer 3:0-Führung gegen Australien nicht mehr eingeholt werden konnten. Der Jubel aber in der „Baltiska Hallen" in Malmö über die vierte Final-Teilnahme der Schweden nach 1975, 1983 und 1984 hielt sich bei den 4500 Zuschauern ebenso in Grenzen wie bei den Spielern. Schwedens Tennis-Asse der Ära nach Björn Borg laufen eben auch die Erfolge nach.

Gleich mit vier Spielern sind die Schweden derzeit unter den zehn Besten der Welt vertreten, und die Talente drängen immer mehr nach. Fast vergessen sind die *Zeiten* des von Trainer Lennart Bergelin zum Multi-Millionär gemachten Björn Borg. Stefan Edberg, mit 19 Jahren der jüngste im schwedischen Team, sagt selbstbewußt: „Borg hat unheimlich viel für das Tennis in unserem Land bedeutet, aber jetzt gibt es uns."

Stefan Edberg ist die Nummer *neun* in der Welt, vor ihm stehen Mats Wilander (Nummer drei) und Anders Jarryd (5), direkt hinter ihm noch Joakim Nystroem (10). Australiens Coach Neale Fraser, ehemaliger Wimbledonsieger, sieht die Schweden als *„dominierende Daviscup-Nation* auf Jahre hinaus". Fraser weiter: „Wie wir es in den fünfziger und sechziger Jahren waren. Und zwar nicht nur in der Spitze, sondern auch an der Basis. Hier laufen mehr talentierte Sechsjährige herum als in jedem anderen *Land der Welt*."

Schweden bestritt seit 1925 insgesamt 143 Daviscup-Spiele bei bisher 94 Siegen und 49 Niederlagen. 1975 gewann das Ein-Mann-Team Björn Borg (Ove Bengtsson verlor beide Einzel) in Stockholm das Endspiel mit 3:2 gegen die CSSR. 1983 unterlagen Wilander, Nystroem (verlor beide Einzel), Jarryd und Hans Simonsson *im* Kooyong-Stadion von Melbourne mit 2:3 gegen Australien. Im Vorjahr rückte Henrik Sundstroem an die Stelle von Nystroem, Edberg spielte im Doppel für Simonsson und der mit John McEnroe und Jimmy Connors antretende 28malige Rekordgewinner USA wurde im „Skandinavium" von Göteborg beim 4:1 gedemütigt.

Die Bilanz gegen Deutschland lautet nach sieben Begegnungen 4:3 zugunsten der Schweden. Deshalb würde Ivan Lendl auch ein deutscher Sieg „sehr überraschen." Der deutsche *Teamchef* Bungert glaubt an einen Sieg „wie gegen die CSSR."

Realistisch sieht Anders Jarryd die *Ausgangsposition*: „Auf dem schnellen Boden kommt dem Aufschlag eine große Rolle zu, und da sind die Deutschen sehr stark. Aber Bungert hat ein bißchen übersehen, daß wir auf allen Belägen ganz gut spielen und nicht zuletzt deshalb vier Mann unter den ersten zehn *haben. Zum* Favoriten wird er sein Team mit derart mutigen Prognosen wohl nicht machen." Der psychologische Kleinkrieg ist schon in vollem Gange.

Pleite mit dem Boden

In Hamburg gab es beim Viertelfinale gegen die USA mehrere Zwischenfälle, die der Oberschiedsrichter schlichten mußte. In Frankfurt hatte es Oberschiedsrichter Allan Mills aus England wesentlich leichter. Mills, seit drei Jahren auch Wimbledon-Oberschiedsrichter, hatte es diesmal nicht mit rutschigem Rasen, sondern mit einem rutschenden Teppich zu tun. Dreimal riß im Spiel Westphal – Smid eine Naht. Die WELT fragte Mills, ob er sein Vertrauen in die deutsche Handwerkertüchtigkeit verloren habe.

Mills: Ich war tatsächlich ein bißchen besorgt. Mehrere Momente *habe ich ernsthaft überlegt, ob ich* das Match abbrechen sollte. Die Situation ging hart an die Grenze dessen, was ich den Spielern zumuten durfte.

WELT: Die schwedische Firma, die den Teppich entwickelt hat, gibt die Schuld den hohen Hallentemperaturen.

Mills: Es mag durchaus sein, daß sich *deshalb die Klebemasse gelöst hat*. Für mich kommt es natürlich nur darauf an, daß der Platz nicht mehr korrekt bespielbar war.

WELT: Wird dieser Vorfall Konsequenzen haben?

Mills: In meinem Bericht, den ich an den Internationalen Verband schicke, muß ich die Zwischenfälle erwähnen. Ich kann nicht ausschließen, daß *dann eine Geldstrafe* ausgesprochen wird.

WELT: Deutschland will auch das Finale wieder auf diesem Teppichboden spielen. Kann das der Internationale Verband verbieten?

Mills: Nein, er kann nur darauf bestehen, daß der Boden richtig verlegt ist, das heißt, es muß garantiert sein, daß sich der Platz in einem ordnungsgemäßen Zustand befindet.

Gebannt, verzückt, gequält Westphals Marathon-Spiel

MICHAEL NOVAK, Frankfurt

Es war fast eine moderne Fassung des Märchens „Dornröschen". Den Kuß, mit dem der junge Prinz das schöne Mädchen aus dem 100jährigen Schlaf erlöste, ersetzte das Tennis-Publikum in Frankfurt durch Streicheleinheiten für Michael Westphal in seinem schier unendlichen Daviscup-Match gegen Tomas Smid. Nicht zuletzt die knapp *10 000* Zuschauer in der Festhalle weckten den scheinbar schon „toten" Neusser auf.

Vielleicht wird jener denkwürdige Freitag abend des 4. Oktober 1985, an dem Michael Westphal um 23.04 Uhr nach fünf Stunden und 29 Minuten erbittertem Kampf die Arme zur Siegerpose hochriß und lange anhaltende Ovationen in Empfang nehmen durfte, zum Wendepunkt einer bislang mehr kritisierten als gelobten Karriere. Möglich, daß die orkanartige Begeisterung unter dem Kuppeldach bewerkstelligt hat, was die Trainer nicht schafften: Michael Westphal wachzurütteln.

Er badete in seinem Schweiß und in den Anfeuerungsrufen der Menge. Und mit ihm die milionenfache Fern*sehgemeinde. Gebannt, verzückt*, gequält, Krimi live am Freitag abend, zur besten Zeit, undenkbar noch zu Jahresbeginn. Aufmunterung zwischen den Aufschlägen half Westphal über die kritischen Phasen hinweg. Die Sekunden währende Enttäu*schung* auf dem sonst so frischen, durch die mörderische Anstrengung aber ausgemergelten Gesicht unter der klatschnassen Löwenmähne, wurde immer wieder abgelöst von einer konzentrierten Miene.

Michael Westphal wußte plötzlich wieder was er seinem Team schuldig war. Wenn er, dank Kohlehydrat- und Mineralstoffgetränken aufgepäppelt, unter „Zugabe"-Rufen und Beifallsstürmen des Publikums nach den Pausen mit müden, schweren Beinen auf den Platz zurückkehrte, erinnerte er sich seiner Prognose: „Ich gehe nicht davon aus, daß ich beide Einzel verliere."

Das *machte* aus *dem* 20jährigen Sonnyboy einen Fighter. Er sprengte seine Grenzen, preßte sein ganzes Tennis-Leben in diese Stunden, stellte sogar Boris Becker in den Schatten. Sicher hätte auch Michael Westphal ein schnelleres Ende der Strapazen herbeigesehnt. Doch einen Tiebreak, der bei nahezu allen anderen Großveranstaltungen derartige Marathonspiele verhindert, lehnt er ab. „Im Tie-break besteht zu sehr die Möglichkeit, daß ein Satz durch glückliche Bälle, beispielsweise Netzroller, entschieden wird", erklärt der gebürtige Hamburger, „deshalb halte ich es auf solchem Belag für richtig und gut, daß zwei Punkte Unterschied zum Gewinn notwendig sind."

Michael Westphal hat sich zu dem *6:8*, 1:6, 7:5, 11:9, 17:15 über Tomas Smid regelrecht durchgebissen. „Das Publikum war super", wußte er um die Hilfestellung zu diesem Sieg, den er seinen größten Erfolg nennt. Ein Triumph, dessen spezielle Umstände das Leben der deutschen Nummer *zwei* total verändern könnten.

Für ihn gilt, was Wilhelm Bungert ganz allgemein über den deutschen *Tennis-Boom sagt*: *„Mit Erfolgen* schwimmt man oben uns ist im Gespräch. Am Samstag war zum Beispiel Innenminister Friedrich Zimmermann in der Halle, am Samstag hat er mit einem Telegramm gratuliert. Diese positive Welle wird leicht zurückgehen, weil sich vieles normalisiert. Dennoch werden wir vier oder fünf Jahre von diesem Erfolg profitieren." (sid)

Die Spiele, Teams und Tore

ERGEBNISSE

Leverkusen – K'lautern	3:2	(0:1)
München – Mannheim	3:1	(0:1)
Dortmund – Uerdingen	5:2	(1:1)
Saarbrücken – Hamburg	2:2	(2:1)
Hannover – Köln	3:1	(3:1)
Schalke – Nürnberg	2:0	(1:0)
Stuttgart – Düsseldorf	5:0	(2:0)
M'gladbach – Bochum	2:0	(0:0)
Bremen – Frankfurt	4:0	(2:0)

DIE SPIELE

Leverkusen – K'lautern 3:2 (1:2)

Leverkusen: Vollborn – Bast – Reinhardt, Hinterberger (54. Schlegel) – Zechel, Schreier, Drews, Götz, Patzke – Waas, Tscha. – **K'lautern:** Ehrmann – Dusek – Majewski, Wolf – Moser, Geye, Eilenfeldt, Brehme, Schupp – Trunk, Allofs. – **Tore:** 1:0 Waas (10.), 1:1 Geye (23.), 1:2 Allofs (31.), 2:2 Götz (46.), 3:2 Tscha (87.). – **Zuschauer:** 8000.

München – Mannheim 3:1 (0:1)

München: Pfaff – Augenthaler – Winklhofer, Eder, Pflügler – Nachtweih (81. Schwabl), Lerby, Rummenigge – Hartmann, Hoeneß, Kögl. – **Mannheim:** Zimmermann – Sebert – Kohler, Schlindwein, Dickgießer – Quaisser, Bührer (73. Walter), Scholz, Schön – Gaudino (63. Hein), Remark. – **Tore:** 0:1 Remark (1.), 1:1 Rummenigge (67.), 2:1 Hartmann (73.), 3:1 Hartmann (90.).

Dortmund – Uerdingen 5:2 (1:1)

Dortmund: Immel – Zorc – Hupe, Kutowski – Storck, Bittcher, Loose, Raducanu, Dressel (80. Anderbrügge) – Wegmann (83. Simmes), Hrubesch. – **Uerdingen:** Kubik – Friedhelm Funkel – Dämgen, Brinkmann – Bommer, Wöhrlin, Buttgereit, Klinger, Herget, Raschid – Gudmundsson. – **Tore:** 0:1 Herget (10.), 1:1 *Zorc* (38.), 2:1 *Hrubesch* (54.), 3:1 Wegmann (57.), 4:1 Hupe (65.), 4:2 Gudmundsson (68.), 5:2 Raducanu (81.). – **Zuschauer:** 13 500.

Saarbrücken – Hamburg 2:2 (2:1)

Saarbrücken: Kellner – Boysen – Walter Müller, Kruszynski – Szesni, Muntubila, Jambo, Mohr – Demange (46. Berge), Dieter Müller, Hönnscheidt. – **Hamburg:** Stein – Plessers – Kaltz, Jakobs, Schröder – Lux, van Heesen, Rolff, Kroth (70. Homp) – Gründel, Balzis. – **Tore:** 1:0 Jambo (9., Handelfmeter), 1:1 van Heesen (18.), 2:1 Dieter Müller (37.), 2:2 Schröder (86.). – **Zuschauer:** 20 000.

Hannover – Köln 3:1 (3:1)

Hannover: Raps – Ronge – Surmann, Kuhlmey – Giesel, Hellberg, Thomas, Heidenreich (69. Fleer), Baier – Gue, Reich. – **Köln:** Schumacher – van de Korput – Hönerbach, Steiner – Lehnhoff (69. Häßler), Geils, Gellenkirchen, Gielchen (46. Pisanti), Engels – Littbarski, Dickel. – **Tore:** 1:0 Hellberg (9.), 2:0 Gue (23.), 2:1 Engels (30.), 3:1 Thomas (37.). – **Zuschauer:** 34 000.

Schalke – Nürnberg 2:0 (1:0)

Schalke: Junghans – Dietz – Schipper, Roth – Kleppinger, Opitz, Dierßen, Jakobs (73. Kruse) – Hartmann, Thon, Klaus Täuber. – **Nürnberg:** Grüner – Güttler – Thomas Brunner, Grahammer, Schneider (71. Stenzel) – Geyer, Reuter, Neun (63. Hans Brunner), Bittorf – Philipkowski, Eckstein. – **Tore:** 1:0 Hartmann (16.), 2:0 Thon (89.). – **Zuschauer:** 13 000.

Stuttgart – Düsseldorf 5:0 (2:0)

Stuttgart: Roleder – Zietsch – Schäfer, Karlheinz Förster, Nushöhr – Fritz (71. Lorch), Allgöwer, Sigurvinsson, Müller (84. Hartmann) – Klinsmann, Pasic. – **Düsseldorf:** Schmadtke – Fach – Bockenfeld, Bunte, Keim – Dusend, Thomas (75. Jakobs), Weikl, Holmquist – Demandt (60. Kaiser), Thiele. – **Tore:** 1:0 Allgöwer (29.), 2:0 Allgöwer (36.), 3:0 Allgöwer (52.), 4:0 Müller (74.), 5:0 Sigurvinsson (80., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 22 500.

M'gladbach – Bochum 2:0 (0:0)

M'gladbach: Sude – Herlovsen – Drehsen – Krisp, Winkhold, Hochstätter, Rahm, Lienen, Frontzeck – Budde (46. Criens), Mill. – **Bochum:** Zumdick – Kempe (11. Wegmann) – Oswald (46. Schreier), Kree – Wielert, Tenhagen, Lameck, Woelk, Benatelli, Kühn – Kuntz. **Tore:** 1:0 Mill (58.), 2:0 Criens (89.). – **Zuschauer:** 13 500.

Bremen – Frankfurt 4:0 (2:0)

Bremen: Burdenski – Pezzey – Wolter, Kutzop, Okudera – Möhlmann, Sidka, Votava, Meier (76. Hermann) – Ordenewitz, Neubarth. – **Frankfurt:** Pahl – Theiss – Sievers, Körbel, Conrad (47. Falkenmayer), Fruck – Sarroca, Berthold, Svensson – Friz, Bühler (56. Krämer). – **Tore:** 1:0 Kutzop (21., Foulelfmeter), 2:0 Pezzey (45.), 3:0 Ordenewitz (71.), 4:0 Ordenewitz (82). – **Zuschauer:** 20 000.

VORSCHAU

Dienstag, 20.00 Uhr	
München – Hannover	(–:–)
Hamburg – Leverkusen	(1:1)
Mittwoch, 20.00 Uhr	
Mannheim – Stuttgart	(1:1)
Donnerstag, 20.00 Uhr	
Düsseldorf – Schalke	(1:2)
Freitag, 20.00 Uhr	
Nürnberg – Hannover	(–:–)
Köln – Saarbrücken	(–:–)
K'lautern – Bremen	(2:2)
Frankfurt – M'gladbach	(1:1)
Bochum – München	(1:1)
Uerdingen – Hamburg	(2:1)
Samstag, 15.30 Uhr	
Dortmund – Leverkusen	(2:1)

FUSSBALL / Welle der Fouls und Platzverweise überrollt die Bundesliga. Sind Profis mit der Trillerpfeife wirklich ein Ausweg?

Schiedsrichter-Boß Malka: „Das ist alles witzlos"

Von ULRICH DOST

Die Fußball-Bundesliga ist auch am zehnten Spieltag in dieser Saison ihrem wenig schmeichelhaftem Ruf als „Liga der Treter und Klopper" treu geblieben. Dank der rüden Spielweise von **Roland Dickgießer** (24) von Waldhof Mannheim und **Roland Grahammer** (21) vom 1. FC Nürnberg stieg die Zahl der Platzverweise auf zehn. Im Schnitt erlebt also ein Spieler pro Spieltag den Schlußpfiff nicht mehr auf dem Spielfeld, weil er sich bei seiner samstäglichen Arbeit danebenbenommen hat.

Diese beschämende Bilanz kann eigentlich nur die Diskussion neu entfachen. Sind die Schiedsrichter überfordert? Oder setzt sich in der Branche immer mehr unkollegiales Verhalten durch? Die Gesundheit des Gegners, ist sie nicht mehr höchstes Gebot? Können Profi-Schiedsrichter helfen? Fragen über Fragen – die Antworten scheinen aber immer noch die Mentalität der Gründerzeit des Fußballs widerzuspiegeln, einer Zeit, „in der wir noch die Torstangen trugen". So auch jetzt. Diskutiert wird viel, erreicht jedoch nichts.

Jetzt hat sich auch **Herrmann Neuberger** (65), Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), in dieser Angelegenheit zu Wort gemeldet. Erstklassige Spieler, die sich nach Beendigung ihrer Laufbahn als Schiedsrichter zur Verfügung stellen würden, seien eine Möglichkeit, das Problem besser in den Griff zu bekommen, glaubt der DFB-Präsident. Weltmeister **Wolfgang Overath** (42) hat diese Profi-Schiedsrichter schon immer öffentlich gefordert, **Georg Schwarzenbeck** (37), ebenfalls ein Weltmeister, würde sich bei entsprechender Bezahlung zur Verfügung stellen. 72 Mark als Tagessatz erhalten derzeit die Bundesliga-Schiedsrichter. Selbstverständlich weiß Neuberger, daß einer wie Schwarzenbeck sich dafür nicht einmal die Schuhe zubindet. Deshalb schwebt ihm auch eine höhere Bezahlung vor. Wie hoch? Hierzu schweigt der Präsident.

*

Für **Johannes Malka** (62), den Vorsitzenden des Schiedsrichter-Ausschusses, ist diese Diskussion „ebenso witzlos wie überhaupt nicht neu". Die WELT sprach mit Malka, der sehr gereizt wirkte, über Neubergers Bereitschaft, ein neues Modell einzuführen.

WELT: Der DFB will einen Vorstoß wagen, um das Schiedsrichter-Problem in den Griff zu bekommen?

Malka: Offiziell weiß ich davon überhaupt nichts. Mit mir hat niemand gesprochen. Das geht doch schon seit 20 Jahren so. Irgend jemand schreibt etwas, was irgend jemand gesagt hat. Doch auf unseren Tagungen kommen nie Vorschläge vom DFB. Ich höre auch immer nur Äußerungen von Spielern, daß sie so etwas gerne tun würden. Doch gekommen ist noch niemand. Das ist doch alles witzlos.

WELT: Angesichts der vielen Platzverweise erscheint es aber erforderlich, daß etwas passiert.

Malka: Wir sind ja bereit, die ehemaligen Profis zu fördern. Wir können sie doch aber nicht auf der Straße aufsammeln. Dieses Problem muß ich realistisch sehen. Ich brauche am Wochenende in den Profiligen 19



Schiedsrichter plus 38 Linienrichter. Wo soll ich die Leute denn hernehmen. Die fordern doch mindestens eine vierstellige, wenn nicht fünfstellige Bezahlung. Die Vereine regen sich doch heute schon auf, wenn sie statt 72 plötzlich 75 Mark bezahlen sollen.

WELT: Bei einem zu Grunde gelegtem Gehalt von rund 5000 Mark pro Schiedsrichter bei 70 Profis käme eine monatliche Belastung von 350 000 Mark im Monat auf die Vereine zu. Im Jahr wären das 4,2 Millionen Mark. Könnte da der DFB nicht einspringen?

Malka: Sie können das ja mal den Schatzmeister des DFB fragen. Der wird Sie ganz schön dumm angukken.

WELT: Glauben Sie generell, daß frühere aktive Spieler auch die besseren Schiedsrichter sind?

Malka: Das muß sich erst herausstellen. Sie müssen ihre Prüfung machen und sich auf dem Spielfeld beweisen. Es ist und bleibt ein großer Unterschied, ob einer dort als Spieler oder Schiedsrichter steht. Wir hatten schon einige Spieler, die in der Zweiten Liga gepfiffen haben. Doch sie haben sich nicht halten können und sind heute in der dritten oder vierten Klasse verschwunden.

WELT: Was kann denn aus Ihrer Sicht getan werden, um die Welle der Fouls und der Platzverweise zu stoppen?

Malka: Erstens waren für mich alle zehn Platzverweise berechtigt. Wenn in einigen Fällen, wie zum Beispiel beim Foul von **Olaf Thon** an **Benno Möhlmann** härter durchgegriffen worden wäre, wären sogar noch einige dazu gekommen. Schiedsrichter sind Menschen und machen Fehler. Aber wir haben auch einige Kameraden auf der Liste, die in Kürze Blaue Briefe erhalten. Das schlimme aber ist, daß die Spieler die gelben Karten gar nicht ernst nehmen. Danach kann es doch nur rot geben. Die Trainer und die Vereine sollten mehr erzieherisch arbeiten, sie tun aber eher das Gegenteil.

*

Womit Malka gar nicht so unrecht hat. Statt sich einen Spieler wie Roland Grahammer einmal zur Brust zu nehmen, gab es in Nürnberg zwar die Einsicht, aber noch längst nicht die richtige Konsequenz. Trainer **Heinz Höher** (47) meinte nämlich: „Gerade weil Grahammer soeben erst eine Gelb-Sperre hinter sich hat, durfte das unnötige zweite Foul an Thon nicht passieren. Die Entscheidung des Schiedsrichters ist vertretbar. Wir hoffen nun, vor dem Sportgericht ähnliche Gnade zu finden wie zuletzt andere Vereine." Doch für soviel Dummheit sollte es eigentlich keine Gnade geben, sondern eine gerechte Strafe.

Bei Sperren von zwei Spielen merken die Spieler doch kaum den finanziellen Verlust. Wenn sie überhaupt diszipliniert werden können, dann nur, wenn sie am Geldbeutel getroffen werden. Wenn es einen Diskussionspunkt gibt, dann kann es nur der sein. Schiedsrichter, ob Profi oder nicht, ob hochbezahlt oder mit einem Taschengeld abgespeist, werden immer Fehler machen, weil sie eben auch nur Menschen sind. Daran läßt sich nichts ändern. So fatalistisch dies auch klingen mag.

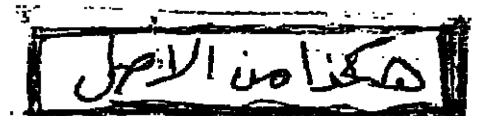
Nürnbergs tiefer Sturz: Jetzt 0:10 Punkte aus den letzten fünf Spielen

							Heim		Auswärts	
1. Bremen	10	7	3	0	30:12	17:3	18:5	9:1	12:7	8:2
2. M'gladbach	10	6	2	2	23:13	14:6	14:2	9:1	9:11	5:5
3. Stuttgart	10	6	1	3	22:10	13:7	13:2	7:3	9:8	6:4
4. München	9	5	2	2	14:10	12:6	11:3	8:0	3:7	4:6
5. K'lautern	10	5	2	3	18:13	12:8	12:1	10:0	6:12	2:8
6. Mannheim	10	4	4	2	15:12	12:8	11:3	9:1	4:9	3:7
7. Hamburg	9	4	2	3	16:10	10:8	13:2	8:0	3:8	2:8
8. Leverkusen	9	4	2	3	16:12	10:8	13:6	9:1	3:6	1:7
9. Uerdingen	10	4	2	4	16:24	10:10	10:10	7:3	6:14	3:7
10. Köln	10	2	5	3	14:18	9:11	11:7	7:3	3:11	2:8
11. Frankfurt	10	2	5	3	9:14	9:11	4:3	6:4	5:11	3:7
12. Bochum	10	4	0	6	20:22	8:12	16:10	6:4	4:12	2:8
13. Hannover	9	2	3	4	16:24	7:11	9:8	5:5	7:16	2:6
14. Nürnberg	10	3	1	6	15:17	7:13	8:9	4:6	7:8	3:7
15. Schalke	10	3	1	6	12:18	7:13	5:4	5:5	7:14	2:8
16. Dortmund	10	2	3	5	15:24	7:13	11:9	6:4	4:15	1:9
17. Saarbrücken	10	1	4	5	10:18	6:14	8:7	6:4	2:11	0:10
18. Düsseldorf	10	3	0	7	18:28	6:14	13:8	6:4	5:20	0:10

● Die Fußball-Bundesliga hat im Kampf gegen die große Konkurrenz des Tennis-Davispokals mit seinen Live-Übertragungen im Fernsehen erstaunlich gut abgeschnitten. Trotz der Konkurrenz überschritt die Gesamt-Zuschauerzahl bereits am zehnten Spieltag die Zwei-Millionen-Grenze. Mit 188 700 Besuchern am Freitag und Samstag (Schnitt 20 966) kamen nun schon 2 016 604 Zuschauer in die Stadien. Mit 23 226 pro Spiel liegt der Schnitt um 1547 über dem Schnitt zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Das bedeutet insgesamt bereits einen Zuwachs von 136 000 Zuschauern.

● Die 37 Tore des zehnten Spieltages können sich sehen lassen. Dennoch liegt die Ausbeute insgesamt noch um 41 Treffer hinter der des Vorjahres (430) zurück. Der Stuttgarter Karl Allgöwer, der wieder einmal auf dem Sprung in die Nationalmannschaft steht, löste Rudi Völler an der Spitze der Torschützenliste ab. Mit seinen drei Treffern (die ersten drei beim 5:0-Sieg über Düsseldorf) hat er jetzt neun Tore, eines mehr als der verletzte Völler, auf dem Konto. Hinter diesen beiden folgen mit Kuntz (Bochum), Thomas Allofs (Kaiserslautern) und Remark (Mannheim) drei Spieler mit sieben Treffern.

● Die Bundesliga steuert einem traurigen Rekord entgegen – zehn Platzverweise nach zehn Spieltagen hat es noch nie gegeben. Zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres hatten erst vier Spieler die rote Karte gesehen. Zwei Spieler sind automatisch für eine Begegnung gesperrt: Der Däne Sören Lerby und der Holländer Michael van de Korput wurden zum vierten Mal verwarnt. – Der 1. FC Nürnberg fiel nach seinem guten Start noch hinter Mitaufsteiger Hannover 96 auf Rang 14 zurück. Die Nürnberger sind seit fünf Spielen ohne Punktgewinn. Düsseldorf, vor einer Woche noch Sieger über München, ist Letzter.



MÜNCHEN / Klaus Schlappners Team verlor, er bleibt Alleinunterhalter

„A Herzl fürs Herzl“ aus Lebkuchen, ein neuer Hut mit Engelsflügelchen und Show mit der Begrenzungsfahne

ULFERT SCHRÖDER, **München**

Die Leute, die Hüte machen, haben sich gefreut. Konnten sie eine bessere Werbung haben? Und daß sie erschlichen war, was heißt das schon. Schließlich bezahlen sie Schlappi dafür. Und gewiß nicht zu knapp. Also bitte. Eine gute Werbung für Schlappi war's außerdem auch. Denn das beherrscht er, das geht ihm auch nach Niederlagen, auch nach solch ärgerlichem 1:3 in München, so leicht von der Hand wie einem professionellen Entertainer.

Seine Vorstellung geben, seine Show abziehen, da fliegen dem Handwerksmeister Klaus Schlappner die Ideen zu wie Kulenkampffs oder Rosenthals Gagschreiber die Witzchen und Pointen. Aber bei Schlappi ist nichts vorbereitet. Schlappi spielt Schlappi aus dem Stegreif. Wahrscheinlich hat er deshalb immer wieder neue Lacher. Wie er die Fahne der Spielfeldbegrenzung aus dem Boden riß und damit den Schiedsrichter herbeiwedelte, das darf nur er.

Wie würde Sportkamerad Kindermann das nennen, müßte er, gleichsam der Oberstaatsanwalt des Deutschen Fußball-Bundes, darüber klagen? Mißbrauch von Spielfeldeinrichtungen? Widerrechtliche Benutzung städtischen Eigentums? Unsportliches Verhalten? Schlappi darf das. Andere dürfen es nicht. Warum? Schlappi ist eine positive Figur. Er macht Sprüche, aber nur positive. Das macht Freunde. Das gibt Beifall.

Den kann er sich in Zukunft selbst klatschen. Er muß nur an einem Schnürchen ziehen, das an seinem neuen Hut herunterhängt. Wirklich. Zum guten Schluß (oder, wer will, zum unguten) nahm das fast in München clownesque Züge an. Man machte sich (nach Bayerns 3:1) sinnige Geschenke.

Professor Fritz Scherer, bei den Bayern Statthalter für den vorerst noch konkursgeschädigten W. O. Hoffmann, schenkte Klaus Schlappner ein Lebkuchenherz. „A Herzerl fürs Herzerl“ stand da drauf. Und dazu kriegt Schlappi von Scherer einen solchen Hut, wie er auf der Wies'n letzter Gaudi-Schrei war: Wie Engelflügelchen sind zwei Hände angenäht, und wenn man an dem bereits erwähnten Schnürchen zieht, klatschen die Hände. Ein sinniges Geschenk für Schlappi, ein tiefsinniges. Deshalb hat er es auch gleich am selben Abend im Sportstudio vorgeführt.

Schlappi war natürlich auch nicht mit leeren Händen nach München gekommen. Er hatte seinem Kollegen Lattek einen richtigen, seriösen Hut mitgebracht. Grün die Farbe, Filz das Material. Ein Jägerhut. Mit persönlicher Widmung im Schweißband. Aber eine Nummer zu klein. Offenbar hat sich Schlappner nicht vorgestellt, wie dick Latteks Kopf ist. Wie gesagt, die Herren der Hutindustrie rieben sich die Hände.

Aber nun wieder zurück zur Fahne, mit der Schlappi so respektlos wedelte. In dem Augenblick hatte das Spiel, hatte Schlappners Mannschaft den Knackpunkt erreicht. Bühler lag am Boden, mimte den Scheintoten, um Zeit zu schinden. Waldhofs Abwehrchef Sebert gestikulierte mit beiden Armen zu Schlappner hinaus, er solle austauschen, endlich einen frischen Mann bringen. Die Bayern hatten die Waldhöfer (Lattek: „Ich hatte Augenthaler als zweiten Mittelstürmer nach vorn geschickt, die sollten überhaupt keine Luft mehr kriegen“) an der Gurgel.

Schade für Schlappi. Sein Plan war so perfekt aufgegangen. Am Anfang jedenfalls: 1:0 für Waldhof durch Remark schon in der ersten Minute. Jetzt konnten die Waldhöfer sozusagen aus der tiefsten Tiefe des Raumes spielen. Sie hatten, beteuerte Schlappner später, die besten Vorsätze. Mit diesem 1:0 im Kreuz wollten sie etwas fürs schattig gewordene Image tun. „Wir wollten agieren, nicht nur reagieren“, sagte Schlappner.

Doch dann verdarb Roland Dickgießer (24, etliche Male in der Olympia-, in der Jugend- und in der U 21-Elf des DFB) den schönen Plan und die guten Vorsätze. Er säbelt Augenthaler hart an der Strafraumgrenze um. Dafür zeigte ihm Schiedsrichter Tritschler Gelb. Gleich danach holt er Winklhofer von den Beinen, weil der sonst Waldhofs Abseitsfalle überlaufen hätte. Jetzt zeigt ihm Tritschler (ebenfalls berechtigt) zum zweiten Male die gelbe, also die rote Karte. Wie alt muß ein Spieler sein, oder wieviel Bundesligaspiele muß er haben (Dickgießer hat über 70), um für derart kurzsichtige, tumbe Handlungen vom eigenen Arbeitgeber auch noch bestraft zu werden?

Klar, mit zehn Leuten konnten die Waldhöfer nur noch abwehren, und das hätte ihnen gegen die derzeitigen Bayern womöglich noch gereicht, besäßen diese Bayern nicht einen Mann, der mit seinem symbolischen Namen so gar nicht in diese Mannschaft paßt: Der Junge heißt Hartmann und ist hart im besten Sinne des Wortes. Er gibt nicht nach, er beißt, ist giftig, unermüdlich.

In der Europacup-Partie mit Gornik hat Hartmann mit diesen Eigenschaften ein verlorenes Spiel noch umgebogen. Jetzt machte er, nach Rummenigges 1:1, das Siegtor und rundete diesen Erfolg mit einem hinreißenden Alleingang zum komfortablen 3:1 ab. Hartmann lieferte außerdem einen guten Beitrag zur ständigen Diskussion über das meist heftig kritisierte Preis-Leistung-Verhältnis der Bundesliga-Stars: Der Junge hat die Bayern, als sie ihn von Hannover kauften, ganze 450 000 Mark gekostet.

Privatfernsehen

Zum ersten Mal wird im Privatfernsehen ein Fußballspiel live übertragen. Der Sender SAT 1 sicherte sich die Übertragungsrechte für das DFB-Pokalspiel zwischen Saarbrücken und Bayern München (19. Oktober, 20.15 Uhr).

Die deutschen Privat-Fernsehleute hatten bei dem vom Deutschen Fußball-Bund mit den Verhandlungen beauftragten Medien-Manager Beierlein den Zuschlag erhalten, obwohl sich auch der Luxemburger Sender RTL bewarb.

2. Liga

Kassel nun vorne

dpa/sid, **Köln**

Ausgerechnet durch eine Niederlage in einem Heimspiel verlor Fortuna Köln die Führung in der Zweiten Liga. Vor 5000 Zuschauern (Saisonrekord) unterlagen die Kölner mit 2:3 (1:2) dem FC Homburg. Nutznießer des Kölner Ausrutschers wurde Hessen Kassel. Mit einem 2:1-Erfolg über Bundesliga-Absteiger Eintracht Braunschweig schaffte Kassel den Sprung an die Tabellenspitze. Cestonaro erzielte beide Treffer für Kassel.

Mit ihrer offensiven Spielweise überraschte der FC Homburg die Kölner Fortuna. Mörsdorf (6.) und Lenz (10.) sorgten für eine schnelle 2:0-Führung. Erst nach einem von Grabosch verwandelten Foulelfmeter kam der Pokalfinalist von 1983 besser ins Spiel. Kunenbach schaffte mit seinem achten Saisontreffer vor der Pause den Ausgleich. Das entscheidende Tor erzielte Friedmann (Elfmeter) acht Minuten vor dem Ende.

DIE ERGEBNISSE

Karlsruhe – Hertha BSC	3:0	(2:0)
Wattenscheid – Freiburg	0:2	(0:0)
Bielefeld – Aachen	1:1	(0:1)
BW Berlin – Stuttgart	1:1	(1:1)
Köln – Homburg	2:3	(1:2)
Darmstadt – Aschaffenburg	1:0	(0:0)
Kassel – Braunschweig	2:1	(1:0)
TeBe Berlin – Oberhausen	2:2	(1:1)
Bayreuth – Solingen	1:0	(0:0)

DIE TABELLE

1.Kassel	12	8	0	4	23:13	16:8
2.Darmstadt	12	5	5	7	21:11	15:9
3.Bielefeld	12	6	3	3	25:16	15:9
4.Aachen	12	5	5	2	20:11	15:9
5.Köln	12	6	3	3	23:16	15:9
6.Karlsruhe	12	6	3	3	20:13	15:9
7.Stuttgart	12	6	3	3	23:17	15:9
8.Homburg	12	7	0	5	24:15	14:10
9.Wattenscheid	12	5	2	5	18:23	12:12
10.Solingen	12	4	4	4	16:22	12:12
11.BW Berlin	12	3	5	4	20:18	11:13
12.Bayreuth	12	5	1	6	16:25	11:13
13.Osnabrück	11	2	6	3	15:21	10:12
14.Braunschweig	12	3	4	5	19:21	10:14
15.Aschaffenburg	12	5	0	7	19:23	10:14
16.Hertha BSC	12	3	4	5	19:24	10:14
17.Oberhausen	12	3	4	5	12:20	10:14
18.TB Berlin	12	3	3	6	21:23	9:15
19.Freiburg	12	3	3	6	15:21	9:15
20.Duisburg	11	1	2	8	7:23	4:18

DIE VORSCHAU

Freitag: Braunschweig – TB Berlin, Solingen – Karlsruhe, Aachen – Osnabrück, **Samstag:** Freiburg – Darmstadt, Aschaffenburg – Duisburg, Homburg – Kassel, Oberhausen – BW Berlin, Hertha BSC – Wattenscheid, **Sonntag:** Bielefeld – Köln, Stuttgart – Bayreuth.

SPORT-NACHRICHTEN

Münzverkauf für Olympia

München (dpa) – Heute beginnt der Verkauf der für die Olympischen Winterspiele 1988 geprägten Olympia-Münzen. Die Serien der zehn 20-Dollar-Silbermünzen sind weltweit auf 350 000 limitiert und werden zwischen 85 und 119,50 Mark kosten. Ab 1987 kommt eine 100-Dollar-Goldmünze hinzu. Der Verkauf soll 30 Millionen Dollar einbringen und zur Finanzierung der Sportanlagen verwandt werden.

Fünf Fußballfans getötet

Hogra/Bangladesh (dpa) – Fünf Tote und 65 Verletzte forderte der Einsturz eines Schulgebäudes in der nordbengalischen Stadt Hogra. Mindestens 500 Menschen hatten sich auf dem Dach der Schule versammelt, um einem Fußballspiel zuzuschauen.

Karpow nahm Auszeit

Moskau (dpa) – Titelverteidiger Anatoli Karpow hat am Sonnabend im Kampf um die Schach-Weltmeisterschaft gegen seinen sowjetischen Landsmann Garri Kasparow die zweite Auszeit genommen. Die 13. Partie wird morgen fortgesetzt. Nach 12 von 24 festgesetzten Partien steht es 6:6.

Langer nicht in Form

Tokio (dpa) – In ungewohnt schwacher Form präsentierte sich der deutsche Golf-Profi Bernhard Langer bei einem internationalen Turnier in Nagoya in Mitteljapan, wo er nur den 35. Platz erreichte.

Mülheim erwägt Rückzug

Berlin (sid) – Weil der Dürener Halbmittelgewichtler Manfred Zielonka zum Rekordmeister Bayer 04 Leverkusen wechselt und der 37jährige Superschwergewichtler Peter Hussing aus Altersgründen nicht mehr eingesetzt werden kann, erwägt der mehrmalige Mannschaftsmeister Ringfrei Mülheim den Rückzug aus der Box-Bundesliga.

Kiehl und Weinbuch

Planegg (dpa) – Zum zweitenmal nach 1984 wurde die Riesenslalom-Weltcupgewinnerin Marina Kiehl (München) zur Skisportlerin des Jahres gewählt. Bei den Männern fiel die Wahl auf Hermann Weinbuch (Berchtesgaden), den Doppel-Weltmeister in der Nordischen Kombination.

Frauen gewannen Bronze

Seoul (sid) – Bei den Weltmeisterschaften der Bogenschützen in Seoul gewann die Frauen-Mannschaft des Deutschen Schützenbundes mit 7558 Punkten die Bronzemedaille hinter der UdSSR (7721) und Titelverteidiger Südkorea (7628).

Zenkner: Weltklasse

Duisburg (dpa) – Mit einer Weltklasseleistung gewann Wolfgang Zenkner (München) bei den Deutschen Billard-Meisterschaften das Endspiel im Cadre 47/1. Er benötigte zu seinem 250:54-Sieg gegen Dieter Wirtz (Duisburg) nur zwei Aufnahmen.

Dritte Niederlage

Turku (sid) – Im vierten Qualifikationsspiel für die Europameisterschaft 1987 erlitt die Frauen-Mannschaft des Deutschen Fußball-Bundes ihre dritte Niederlage. Sie unterlag in Turku Finnland mit 0:1 (0:0) und hat mit 2:6 Punkten nur noch theoretische Qualifikationschancen.

Gelungenes Profi-Debüt

Dallas (dpa) – Einen guten Eindruck hinterließen die beiden deutschen Basketball-Spieler Uwe Blab und Detlef Schrempf bei ihrem ersten Spiel in der amerikanischen Profi-Liga. Zwar verlor ihr Klub Mavericks Dallas mit 117:125 gegen die Denver Nuggets, doch Trainer Dick Motta war mit den Leistungen der Deutschen zufrieden.

Dresden: Sechster Sieg

Ostberlin (sid) – Sieger des Spitzenspiels am sechsten Spieltag der „DDR“-Oberliga war Pokalsieger Dynamo Dresden. Er gewann das Prestigeduell gegen Dynamo Berlin klar mit 4:1 und baute seinen Vorsprung in der Tabell mit nunmehr 12:0 Punkten auf drei Punkte gegenüber seinem unterlegenen Konkurrenten aus.

Hussing siegte überlegen

Velbert (dpa) – Superschwergewichts-Boxer Peter Hussing (37), der seine Laufbahn zum Jahresende aus Altersgründen beenden muß, ist immer noch in Topform. Im Finale der Niederrhein-Meisterschaften besiegte er den zehn Jahre jüngeren Olaf Maar (Velberter BC) deutlich nach Punkten.

PFERDESPORT

Sängerin überraschte

dpa, **Mülheim/Pfaffenhofen**

Mehrere Rekorde brachte der Renntag auf der „Hopfenmeile“, der Trabrennbahn im oberbayerischen Pfaffenhofen. Fast 7 000 Zuschauer ließen 564 252,50 Mark durch die Totokassen fließen. Das ist ebenso ein neuer Rekord für deutsche B-Bahnen (bisher 489 599 Mark ebenfalls in Pfaffenhofen), wie der Einsatz von 63 760 Mark in einem einzigen Rennen, dem über 2 100 Meter führenden und mit 130 000 dotierten „Großen Herbstpreis der Traber“ für die besten dreijährigen Inländer.

Hier wurde der von Heinz Wewering gefahrene Derbysieber Diamond Way, der sich den Siegpreis von 65 000 Mark holte, mit nunmehr insgesamt 1 036 900 Mark der gewinnreichste deutsche Traber aller Zeiten. St.-Leger-Siegerin Disette (Rolf Dauzenberg), an der Springreiter Ex-Olympiasieger Alwin Schokemöhle ebenso beteiligt ist wie an dem Siegerpferd, setzte sich zwar nach dem Start an die Spitze, doch ab der 400-Meter-Marke bestimmte Diamond Way das Tempo und gewann in der Kilometerzeit von 1:20,3, die auf der schwierigen „Hopfen-Meile“ bisher noch kein Dreijähriger erreicht hat.

500 Meter vor dem Ziel setzte der Derby- und St.-Leger-Zweite Ideal Hanover (Manfred Zwiener aus dem Berliner Stall Adlermühle) zum Angriff an, nahm Disette noch zwei Längen ab und belegte mit einer Länge Rückstand hinter Diamond Way den zweiten Platz. Für Diamond Way war es im 14. Rennen dieses Jahres der 13. Sieg und sein 17. Erfolg in einem Zuchtrennen überhaupt.

*

Die wichtigste Prüfung für die zweijährigen Stuten der Galopper, den Preis der Winterkönigin (51 000 Mark – 30 000 Mark dem Sieger – 1600 Meter), gewann in Mülheim/Ruhr überraschend die von Hein Bollow in Köln trainierte Sängerin, die von Jockey Peter Remmert geritten wurde.

Zweite wurde Gestüt Schlenderhans Divonne vor Night Line, die im Schlußbogen beinahe zu Fall kam und nach diesem Zwischenfall erst einmal auf den letzten Platz zurückfiel. Die Favoritin Danae aus dem Gestüt Röttgen enttäuschte, da sie nur auf den fünften Platz kam.





LEICHTATHLETIK / Festival der Superlative beim Weltcup. Rekord von Marita Koch über 400 m

Nach der Erfüllung des sportlichen Traums folgt jetzt die Hochzeit – und das Ende der Karriere?

dpa/sid. **Canberra**

Mit einem Festival der Superlative nahm die Leichtathletik in Canberra Abschied von der nacholympischen Saison. Der Weltcup, von voreiligen Kritikern bereits totgesagt, erstrahlte in vollem Glanz. Dramatik, Spannung und Weltklasseleistungen am laufenden Band ließen die drei Weltcup-Tage zu wahren Festtagen werden und sicherten die Zukunft des Weltcups, der 1989 auf jeden Fall stattfinden soll.

Glanzlichter setzten am letzten Tag die Frauen aus der „DDR", die für die beiden Weltrekorde der Veranstaltung verantwortlich waren. Zunächst verbesserte Marita Koch den 400-m-Rekord der Tschechoslowakin Jarmila Kratochvilova von 47,99 Sekunden auf die Traumzeit von 47,61 Sekunden, und anschließend steigerte die 4x100-m-Staffel ihren eigenen Weltrekord um 16 Hundertstelsekunden auf 41,37 Sekunden.

Die beiden Weltrekorde waren die Höhepunkte der insgesamt hochklassigen Leistungen der „DDR"-Mannschaft, die in den Frauen-Wettbewerben nach Belieben dominierte. Sie gewann 13 der 16 Wettkämpfe und feierte ausgelassen wie nie zuvor ihren dritten Weltcup-Sieg in Folge. Mit 121 Punkten wies sie die UdSSR (105,5) und die Europa-Auswahl (86) mit geradezu deklassierendem Vorsprung auf die Plätze.

Wesentlich knapper war die Entscheidung bei den Männern. Zwar gewann die USA in acht von zwanzig Konkurrenzen und siegte mit 123 Punkten zum zweitenmal nach 1979 vor der UdSSR (115) und der „DDR" (114), doch hing der erhoffte Sieg zweimal am seidenen Faden. Zuerst kostete die Disqualifikation von 200-m-Sieger Kirk Baptiste acht Punkte. Dann wurde Ray Armstead in der siegreichen 4x400-m-Staffel (3:00,71) kurz vor der Stabübergabe vom sowjetischen Schlußmann Wladimir Krylow per Bodycheck von der Bahn katapultiert. Ohne diese Rempelei wäre das US-Quartett vermutlich Weltrekord gelaufen.

So aber blieben Weltrekorde allein eine Angelegenheit der „DDR"-Frauenmannschaft, deren Kapitän Marita Koch die herausragende Teilnehmerin der Veranstaltung war. Als einzige unter allen Aktiven hat sie an allen vier Weltcups teilgenommen. Sie hat ihn mit der Mannschaft dreimal gewonnen und ist mit sieben Einzelsiegen die Königin dieses Wettbewerbs, mit dem sie ihre lange und glanzvolle Karriere möglicherweise beendet hat. „Ich kann wirklich nicht sagen, ob ich 1986 bei den Stuttgarter Europameisterschaften noch dabei bin," sagte sie, setzte ein verlegenes Lächeln auf und wurde ein bißchen rot. „Zuerst will ich jetzt nach Hause, mich endlich wieder um meinen Hund kümmern, dann mache ich drei Wochen Urlaub und werde meinen Trainer Wolfgang Meier heiraten. Und irgendwann werde ich dieses Jahr die Entscheidung treffen, ob Canberra mein letztes Rennen war."

Das vielleicht letzte Rennen der Marita Koch war eine Stunde zuvor nach exakt 47,60 Sekunden zu Ende gegangen. Mit dem siebten Weltrekord auf der 400-m-Distanz seit 1978 stieß die 28jährige Medizinstudentin aus Rostock in einen Bereich vor, den Wolfgang Meier schon vorausgeahnt hatte. „Er hatte 47,65 in seiner Planung. Spaßeshalber haben wir schon über 47,11 geulkt, aber die 47,60 sind für mich schon ein Traum."

Ein Traum, der von langer Hand geplant war. „Ich legte 1983 ein Kurzsprintjahr ein, um in den beiden nächsten Jahren von meiner erhöhten Grundschnelligkeit profitieren zu können. Auch zu Beginn der Saison lief ich vor allem 100 und 200 Meter, merkte vor zwei Wochen bei meinem ersten 400-m-Lauf, wie stark ich war." In Ost-Berlin legte sie damals bei schlechtem Bedingungen die 400 m in 48,97 Sekunden zurück.

In Canberra ging sie jetzt auf den ersten 200 Metern in fantastischen 22,3 Sekunden an und war bei 300 m in 34,1 schon sechs Zehntel schneller als Jarmila Kratochvilova bei ihrem Rekordlauf 1983 in Helsinki. „Zum erstenmal habe ich mich bei 300 Metern noch frisch und stark genug für die letzten 100 Meter gefühlt. Ich habe meine Möglichkeiten ziemlich ideal ausgeschöpft, aber das perfekte Rennen gibt es in der Praxis ohnehin nicht", beschrieb Marita Koch ihr Rennen, für das sie viel Lob von ihrer Vorgängerin erhielt: „Jetzt ist der Weltrekord endlich in den richtigen Händen. Es war nur eine Frage der Zeit, bis Marita ihn laufen würde. Sie ist nun mal die Beste von uns allen," gratulierte Jarmila Kratochvilova (CSSR). Die 34jährige Pragerin wurde nur Fünfte und war um fast drei Sekunden langsamer als bei ihrem Weltmeisterschaftssieg 1983 in Helsinki, wo sie als erste Frau unter der Marke von 48 Sekunden geblieben war.

Der 400-m-Lauf zählte auch bei den Männern zu den herausragenden Wettbewerben. Mit einer Weltklasseleistung gewann der 22jährige Amerikaner Michael Franks in 44,47 Sekunden vor Thomas Schönlebe („DDR"/44,72). „Gott stand heute auf meiner Seite, er gab mir seinen Segen," sagte Franks, der trotz störenden Gegenwinds auf der Zielgeraden die achtschnellste Zeit erzielte, die je auf der Welt gelaufen wurde. Franks war auch Schlußläufer der 4x400-m-Staffel, die offensichtlich nur durch die Rempelei des sowjetischen Schlußläufers Krylow einen Weltrekord verpaßte. In einem dramatischen Schlußspurt holte Franks zwar einen Rückstand von 15 Metern auf und ging noch als Sieger eines schon verlorenen scheinenden Rennens durchs Ziel, doch zum Rekord reichte sein sensationeller Lauf nicht mehr.

Dramatisch auch der 200-m-Sprint der Männer und der 10 000-m-Lauf der Frauen. Der Olympia-Zweite Kirk Baptiste (USA) gewann zwar in 20,38 Sekunden, wurde aber später wegen Verlassens der Bahn disqualifziert und blieb ohne Punkte. Auch Olga Bondarenko (UdSSR) wähnte sich bereits als Siegerin im Ziel: 9,4 Kilometer lang hatte sie mit der für Europa startenden Aurora Cunha (Portugal) ihre Bahn gezogen. Plötzlich sprintete sie los, hob jubelnd die Arme, doch Kampfrichter und Glocke belehrten sie, daß noch eine Runde zu laufen war. Fassungslos trottete sie weiter, doch der Sprint hatte zuviel Kraft gekostet, sie wurde nur Dritte und verließ tränenüberströmt den Schauplatz ihres großen Irrtums.



Marita Koch und Wayne Evans zeigen die Pokale, die die „DDR"-Damen und die Amerikaner für den Gewinn des Weltcups bekamen FOTO: AP

Ingrid Thyssen: Speerwurfrekord

dpa/sid, **Lüdenscheid/Canberra**

Am Ende einer enttäuschenden Saison ist doch noch ein Rekord für den Deutschen Leichtathletik-Verband (DLV) zu verzeichnen. Bei einem Sportfest im Lüdenscheider Nattenberg-Stadion verbesserte die Leverkusener Speerwerferin Ingrid Thyssen den von ihr gehaltenen Rekord um 74 Zentimter auf 68,84 m. Wegen einer im Frühjahr bei einem Autounfall erlittenen Verletzung hatte sie ihren Titel als Deutsche Meisterin nicht verteidigen können, zeigte aber jetzt, daß sie ihren Trainigsrückstand mehr als wettgemacht hat. Bei völliger Windstille gelang ihr folgende Wurfserie: Ungültig – 63,10 – 63,80 – 68,84 – 61,78 – ungültig.

Dagegen blieben die Athleten des DLV, die beim Leichtathletik-Weltcup in Canberra eingesetzt wurden, weitgehend unter ihren Bestleistungen. Erstmals seit der Weltcup-Premiere 1977 in Düsseldorf blieben sie sieglos. Harald Schmid (Gelnhausen) wurde über 400 m Hürden Dritter in 48,84 Sekunden, Klaus Just (Kornwestheim) und Jörg Vaihinger (Dortmund) liefen mit der 4x400-m-Staffel auf Platz vier und Fünfkämpferin Sabine Braun (Leverkusen) wurde mit beachtlichen 6,62 m Fünfte im Weitsprung. Völlig indiskutabel allerdings die Leistung von Monika Schäfer (Fürth), die über 3 000 in 10:03,47 Minuten Letzte wurde.

Enttäuscht zeigte sich DLV-Sportwart Otto Klappert (Unna) als Chef der Europa-Auswahl. 1981 in Rom hatte die Europa-Mannschaft bei den Männern noch den Weltcup gewonnen aber jetzt reichte es nur zum vierten Platz. „Wir hätten den USA mit unserer besten Mannschaft keine Chance gelassen," trauerte Klappert. Den Absagen zahlreicher Top-Atheleten im Vorfeld des Weltcups folgten in Canberra unerklärliche Leistungseinbrüche.

VOLLEYBALL / Enttäuschung um Damen-Team

Hilfesuchende Blicke zu Trainer Niemczyk . . .

dpa, **Arnheim**

Roland Mader, der Präsident des Deutschen Volleyball-Verbandes (DVV), war ratlos: „Ich habe in ihre Gesichter geschaut und gesehen, was los ist. Die Italienerinnen hätten auch noch ins Netz gebissen, wenn es der Trainer gesagt hätte. Unsere haben es dagegen gar nicht mehr gesehen." In den Gesichtern der deutschen Volleyballspielerinnen stand nur noch unendliche Traurigkeit. Hilfesuchend richteten sie ihre Blicke auf Bundestrainer Andrzej Niemczyk, doch auch der wußte nicht mehr weiter. Bei der Europameisterschaft ist die DVV-Mannschaft weit am Ziel vorbeigeschossen. Die erhoffte Bronzemedaille schnappten sich die Niederlande und entrissen den DVV-Damen auch noch das Etikett der besten westeuropäischen Mannschaft.

Gemessen am selbst gesteckten Ziel enttäuschte die DVV-Mannschaft mit ihrem sechsten Platz auf der ganzen Linie: „Diese Sache kann der Mannschaft das Genick brechen auf längere Zeit. Dann können wir den Laden schließen," kommentierte Niemczyk, der plötzlich selbst wieder in den Blickpunkt der Kritik gerückt ist. „Andrzej Niemczyk muß lernen, nicht immer Maximal-Forderungen zu bringen," forderte Präsident Mader mehr Bescheidenheit von seinem Trainer, der eine weitere Intensivierung des Trainings verlangte hatte: „Die Mädchen dürfen nichts anderes im Kopf als Volleyball haben." Niemczyk hat das Ziel immer noch nicht aufgegeben, die DVV-Frauen in die europäische Spitze zu führen. Für den Fall, daß der DVV auf seine Forderungen nicht eingeht, will er Konsequenzen ziehen: „Bei weniger Training wären wir eine Freizeittruppe. Das ist nicht meine Sache. Ich kann jederzeit in Frankreich anfangen."

Der Verband steht vor einer Zerreißprobe. Das erklärte Ziel von „Volleyball total" liegt jenseits der Realität. Der deutschen Mannschaft droht der Zerfall, wenn Spielerinnen wie Renate Riek, Andrea Sauvigny oder Ute Hakers (alle Feuerbach) jetzt endlich einmal ihr Studium vorantreiben wollen.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, Rostock – Erfurt 3:3, Karl-Marx-Stadt – Riesa 1:0, Union Berlin – Jena 1:0, Magdeburg – Zwickau 4:4, Leipzig – Brandenburg 2:0, Dresden – Dynamo Berlin 4:1. – **England, 1. Division** (11. Spieltag): Arsenal London – Aston Villa 3:2, Birmingham City – Sheffield Wednesday 0:2, FC Everton – Oxford United 2:0, Luton Town – Manchester United 1:1, Manchester City – FC Chelsea 0:1, Newcastle United – West Ham United 1:2, Nottingham Forest – Ipswich Town 3:1, Queens Park Rangers – FC Liverpool 2:1, FC Southampton – FC Watford 3:1, West Bromwich Albion – Tottenham Hotspur 1:1. – Tabellenspitze: 1. Manchester United 28:4 Tore/31 Punkte, 2. FC Liverpool 26:13/21, 3. FC Chelsea 15:10/21, 4. FC Everton 20:12/20. – **Europameisterschaft** der Damen, Qualifikation in Turku: Finnland – Deutschland 1:0.

MOTORSPORT

Internationale Sechstagefahrt in Alp/Lerida, Mannschafts-Weltmeisterschaft der Motorrad-Geländefahrer: Trophy: 1. Schweden 1792,28 Punkte, 2. Spanien 2788,85, 3. "DDR" 2900,60, 4. USA 5442,72 . . . 13 Deutschland 14 1316,59. – Junior Trophy: 1. „DDR" 1780,05, 2. Spanien 2261,67, 3. Schweden 2390,66, 4. CSSR 3072,56 . . . 10. Deutschland 11 3891,11. – **9. Lauf zur Deutschen Rallyemeisterschaft** (660 km, 20 Wertungsprüfungen): 1. Grundel/Diekmann (Schweden/Solingen) Peugeot 205 T 16 1:51:35 Std., 2. Hero/Müller (Schmelz/Honzrath) Opel Manta 400, 8:18 Min zurück, 3. Petersen/Bockelmann (Osterrönfeld/Hamburg) Opel Manta 400, 11:10, 4. Brusch/Schaller (Gifhorn/Hamburg) Ford Sierra XR4, 14:59. – Stand nach neun von zehn Läufen: 1. Grundel/ Diekmann 240 Punkte, 2. Petersen 168, 3. Brusch/Schaller 152, 4. Bockelmann 149.

BASKETTBALL

Bundesliga, Herren, 4. Spieltag: Gießen – Oldenburg 80:60, Bamberg – Göttingen 85:76, Charlottenburg – Bayreuth 66:79, TSV Hagen – Osnabrück 81:80, Langen – SSV Hagen 69:78, Leverkusen – Köln 102:72. – Damen, 2. Spieltag: Leverkusen – Osterfeld 82:93, Düsseldorf – Barmen 95:63, Heidenheim – Köln 65:65. – **2. Bundesliga Herren,** Gruppe Nord, 3. Spieltag: Wedel – Wolfenbüttel 68:56, Herten – Paderborn 73:83, Schalke – Bremerhaven 71:86. – Gruppe Süd: Rosenheim – Ludwigsburh 87:102, Marbach – München 60:71, Hanau – Tübingen 76:99. – 2. **Bundesliga Damen,** Gruppe Nord, 2. Spieltag: Charlottenburg – Göttingen 62:58, Wolfenbüttel – Vegesack 104:48, Dorsten – Neuss 65:57, Monheim – Ahrensburg 61:58. – Gruppe Süd: Leimen – Würzburg 56:55, Marburg – Weilheim 74:72.

EISHOCKEY

Bundesliga, 3. Spieltag: Köln – Landshut 6:2, Mannheim – Rosenheim 3:3, Rießersee – Düsseldorf 2:2, Bayreuth – Iserlohn 5:5, Schwenningen – Kaufbeurenb 5:1. – 2. **Bundesliga,** Gruppe Nord, 7. Spieltag: Bad Nauheim – Kassel 3:4, Solingen Frankfurt 0:9, Duisburg – Essen-West 8:1, Herne – Braunlage 5:9, Krefeld – Berlin 2:4. – Gruppe Süd, 3. Spieltag: Kempten – Freiburg 5:5, Tölz – Waldkraiburg 9:1, Augsburg – Selb 6:0, Landsberg – Sonthofen 4:4, Klostersee – Füssen 4:4.

HANDBALL

Bundesliga, Männer, 4. Spieltag: Dankersen – Schwabing 14:23, Großwallstadt – Günzburg 26:22, Gummersbach – Lemgo 18:17, Weiche-Handwitt – Hofweier 22:19. – Frauen, 3. Spieltag: Engelskirchen – Oldenburg 16:20, Leverkusen – Hannover 24:10, Frankfurt – Auerbach 19:22, Lützellinden – Jarplund-Weding 22:16. – 2. **Bundesliga Männer,** Gruppe Nord, 4. Spieltag: Emsdetten – Köln-Longerich 23:20, Varel-Altjührden – Verden 26:23, Dormagen – Lichtenrade 29:13, Hameln – Fredenbeck 25:16. – Gruppe Süd, 4. Spieltag: Hüttenberg – Rot 29:27, Oftersheim – Schutterwald 20:21, Wiesbaden – Heppenheim 15:11, Birkenau – Gensungen 20:15, Nürnberg – Wallau-Massenheim 26:21, Pfullendorf – Milbertshofen 19:19. – 2. **Bundesliga Frauen,** Gruppe Nord, 3. Spieltag: Herzhorn – Kiel 19:23. – Gruppe Süd, 3. Spieltag: Dachau – Würzburg 21:16, Tempelhof-Mariendorf – Sindelfingen 11:22.

HOCKEY

Feld-Bundesliga, Herren, Gruppe Nord: Gladbach – Großflottbek 4:0, Hannover – Club an der Alster 0:0, Mülheim – Leverkusen 3:0. – Gruppe Süd: Berlin – Stuttgart 7:1, Limburg – München 4:4, Heidelberg – Frankenthal 2:3, Rüsselsheim – Dürkheim 7:0. – Aufstiegsspiele, Herren, Gruppe Nord: Düsseldorf – Köln 3:2.

KEGELN

Bundesliga, Sektion Asphalt, 3. Spieltag: Mörfelden – Staffelstein 5546:5425, Vollkugel Eppelheim – Bindlach 5535:5226, München – Aschaffenburg 5278:5247, Nürnberg – Sandhausen 5294:5386, Regensburg – Frei-Holz Eppelheim 5225:5293. – Damen, 3. Spieltag: Berlin – Wiesbaden 2335:2327.

RINGEN

Bundesliga Gruppe West, 8. Kampftag: Köllerbach – Witten 9:29,5, Bonn-Duisdorf – Schifferstadt 8:26, Aldenhoven – Aschaffenburg-Damm 21,5:18,5, Goldbach – Mömbris-Königshofen 22:14. – Gruppe Süd: Wiesental – Aalen 17,5:21, Bad Reichenhall – Freiburg-Haslach 11:25, Freiburg-St. Georgen – Nürnberg 20,5:18,5, Urloffen – Reilingen 17,5:18,5.

ROLLHOCKEY

Bundesliga, 21. Spieltag: Dortmund – Walsum 4:3, Ober-Ramstadt – Herten 6:4, Iserlohn – Mönchengladbach 8:7, Cronenberg – Hüls 4:3, Recklinghausen – Heilbronn 17:2, Darmstadt – Düsseldorf 8:6. – Nachholspiel vom 16. Spieltag: Hüls – Iserlohn 7:8.

RUGBY

DRV-Vereinspokal, Halbfinale: Linden – Neuenheim 29:6.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 6. Spieltag: Heusenstamm – Düsseldorf 1:9, Reutlingen – Grenzau 6:9, Steinhagen – Saarbrücken 9:7, Altena – Bremen 9:1, Berlin – Jülich 1:9.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, 2. Spieltag: Berlin – Leverkusen 3:1, Paderborn – Gießen 1:3, Dachau – Friedrichshafen 3:0, Bonn – München 3:1. – 2. **Bundesliga,** Herren, Gruppe Nord: Wattenscheid – Osnabrück 2:3, Münster – Berlin 0:3. – Gruppe Süd: Etzbach – Aschaffenburg 3:1, Ottobrunn – Saarwellingen 3:0, Frankfurt – Darmstadt 3:1. – 2. **Bundesliga,** Damen, Gruppe Nord: Essen – Schwerte 0:3, Köln – Bochum 3:0, Hörde – Hannover 1:3. – Gruppe Süd: Wiesbaden – Lebach 3:0, Frankfurt – Schmiden 1:3, Neuaubing – Moischt 3:0, Darmstadt – Ahrweiler 3:1. – **Europameisterschaften** in den Niederlanden, Herren, Endrunde in Amsterdam: Frankreich – Italien 3:1, UdSSR – Polen 3:0, CSSR – Bulgarien 3:0. – Damen, Endrunde in Arnheim: UdSSR – CSSR 3:0, „DDR" – Niederlande 3:0, Italien – Deutschland 3:1.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 30, 31, 37, 38, 45, 48, Zusatzzahl: 9. – **Spiel 77:** 4 5 9 9 9 6 3. – **Glücksspirale, Endziffern:** 7, 23, 001, 5187, 22225, 968193. – Losnummer: 6529913, 7880784, 0884937. – Prämienziehung: 828628, 200891, 628299. (Ohne Gewähr).

MOTORSPORT

Für Prost erfüllte sich der Traum vom Weltmeister

dpa, **Brands Hatch**

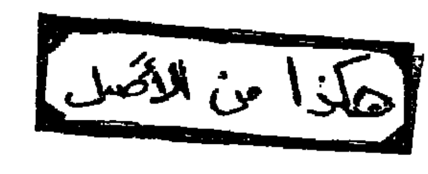
Früher war er Leichtathlet, lief die 100 m in 11,0 Sekunden, wurde französischer Junioren-Meister und gab diesen Sport auf, weil ihm das allein trainieren zu langweilig wurde. Danach war er Fußballspieler. In der Mannschaft seines Geburtsortes Saint-Chamond wurde er als Flügelstürmer Torschützenkönig, aber einen Vertrag beim Meister St. Etienne bekam er nicht. Schließlich entschied er sich für den Motorsport mit dem üblichen Start im Go-Kart. Seit Sonntag ist der 30jährige Alain Prost – auf einem McLaren-Porsche – der erste französische Formel-1-Weltmeister.

Vier Jahre lang rannte der leichtgewichtige und nur 1,59 m große Prost dem Titel vergeblich hinterher. Oft wurde er gedemütigt, im letzten Rennen besiegt, wie im Vorjahr, als ihm Teamkollege Niki Lauda mit einem lächerlichen halben Punkt Vorsprung das Nachsehen gab. Gestern in Brands Hatch erfüllte sich nach zwei Vize-Weltmeisterschaften endlich sein Traum. Zwei Rennen vor Saisonschluß und völlig undramatisch. Insgesamt 87 Grand Prix-Rennen hat es gedauert.

Nach seiner Entdeckung im Kart-Sport wurde Prost von Renault gefördert. Die Markenformeln gewann er konkurrenzlos. Als er 1979 überlegen Formel-3-Europameister wurde und das publicityträchtige Rennen in Monte Carlo gewann, warnte Talent-Entdecker Ken Tyrrell: „Wir müssen den Jungen kaufen, bevor er zu teuer wird." McLaren-Direktor Teddy Mayer war schneller. Prost kam mit einem Paukenschlag: Platz sechs im ersten Rennen. Der Rest war Ernüchterung: „Ich hatte sechs schwere Unfälle und wollte lieber mit dem Rennsport aufhören, als noch ein Jahr weiter für McLaren fahren."

Renault nahm ihn auf. Doch die „Traumehe", wie die Franzosen damals jubelten, produzierte zwar neun Grand-Prix-Siege, aber keine Weltmeisterschaft. Als er 1983 von Nelson Piquet im Finale geschlagen aus Kyalami nach Paris zurückkehrte, lag das Entlassungsschreiben schon bereit. Prost war für Renault untragbar geworden. Der einstige Schützling hatte öffentlich die Firma kritisiert, nahm sich zuviel Zeit fürs Privatleben – seine Romanze mit Prinzessin Stephanie von Monaca machte Schlagzeilen – und zog lautstark über die Politik der sozialistischen Regierung her: Der Staatskonzern Renault war sauer. Und noch etwas paßte nicht ins Bild des echten Patrioten. Prost war nach St. Croix an den Genfer See gezogen, um ein bißchen Steuern zu sparen. Er erinnert sich: „Ich bekam damals Drohbriefe, mein Auto wurde geplündert."

Drei Tage nach dem Abschied von Renault hatte Prost bei McLaren unterschrieben. Auf der Rennstrecke änderte sich nicht viel. Prost gewann sieben von 16 Grand Prix, aber Niki Lauda wurde Weltmeister. Nach der ersten Enttäuschung meinte er: „Es war dennoch ein wichtiges Jahr für mich. Ich habe viel von Niki Lauda gelernt. Bei Mclaren fühle ich mich wohl, ich bin viel lockerer als in den Jahren mit Renault." Und Niki Lauda lobt seinen Teamkollegen: „Alain ist der Beste von allen, die ich in meiner langen Karriere je erlebt habe."



Pankraz, das Protokoll und die Mickymaus

Vorige Woche hatte Pankraz wieder einmal Anlaß, über den Einfluß des sogenannten Protokolls auf die große Politik nachzudenken. Des Protokolls wegen kam es am Mittwoch zu nachhaltigen „atlantischen Eintrübungen". Die Westeuropäer waren „verstimmt" über die USA, da diese kurzfristig zu einem Treffen der westlichen Regierungschefs eingeladen hatten, um den heranreifenden sowjetisch-amerikanischen Gipfel zu diskutieren. Die einen, nämlich Frankreich, ärgerten sich darüber, daß sie eingeladen worden waren, die anderen, Belgien und die Niederlande, ärgerten sich, daß sie nicht eingeladen worden waren. Und allesamt ärgerten sie sich über den angeblichen „Mangel an Protokoll", mit dem die Einladungen von Washington verschickt worden waren.

So mancher Offizielle im Weißen Haus mag verwundert den Kopf geschüttelt haben, sich daran erinnernd, was für ein Zetermordio es in Europa regelmäßig gegeben hatte, als die USA wichtige Konferenzen mit den Sowjets noch angehen ließen, *ohne* die Verbündeten „ausreichend zu unterrichten". Jetzt also, da man besten Willens war, die Linie vorher mit den Verbündeten abzustimmen, war es auch wieder nicht recht. Was verlangen diese Leute eigentlich? Kann es denn ein besseres, effektiveres Instrument der unterrichtenden Absprache geben als ein Treffen der wichtigsten Regierungschefs? Und war es nicht gut und richtig, ein solches Treffen *kurzfristig* anzuberaumen, damit das Ausgemachte nicht wieder in Grund und Boden geredet und dann von der anderen Seite aufgedröselt werden konnte?

Das Beharren der Europäer auf dem Protokoll mußte sich in dieser Perspektive in der Tat wie ein Anschlag auf die politische Effizienz ausnehmen. Aber andererseits: Jeder ist sich schließlich selbst der nächste, in der Politik noch mehr als anderswo. Ob in Genf, bei aller Abstimmung, überhaupt etwas herauskommen wird, ist durchaus ungewiß. Höchst gewiß war hingegen die „fatale Optik" der Washingtoner Einladung: Der mächtige Mann im Weißen Haus ruft, und die „Satelliten" beeilen sich, dem Ruf zu folgen. Einer solchen Optik wollte man nicht zuarbeiten. Schließlich ist man nicht im Ostblock, sondern Repräsentant eines freien, souveränen Staates, der sich von niemandem etwas sagen lassen muß. Gesegnet das Protokoll, das es einem erlaubt, diese Souveränität ohne viel Kosten und mit allenfalls geringem Schaden zu demonstrieren!

Staatliches Protokoll, so zeigt sich, ist nicht zuletzt eine Waffe der Kleinen und Schwachen, die dazu dient, ihren politischen Wert zu erhöhen und die Großen ihnen gegenüber in gewissen Grenzen zu halten. Das Schwert ist allerdings zweischneidig, es kann genauso dazu gebraucht werden, die Macht eines Großen über einen Kleinen erst richtig zu befestigen. Als zum Beispiel die Sowjetunion nach dem Kriege den von ihr besetzten Ländern das gesamte Protokoll nationaler Souveränitätsbekundung verordnete, festigte sie die von ihr eingesetzten neuen Führungsschichten und damit auch ihre eigene Herrschaft, indem sie sie gleichzeitig vor den Augen der Weltöffentlichkeit kaschierte.

Das macht ja gerade die semantische Pointe eines „Satellitenregimes" aus: Es ist einzig und allein *Herr des Protokolls*, während die faktischen, die eigentlichen Herrschaftsfunktionen von außerhalb wahrgenommen werden. Am wildesten reiten immer diejenigen auf dem Protokoll herum, die nichts oder nur wenig zu sagen haben. Das gilt übrigens nicht nur im diplomatischen Verkehr, sondern nicht minder bei politischen Binnenverhältnissen.

Der jeweilige „Protokollchef" ist nach Ordnung der Dinge kein Machthaber, sondern ein Formträger, eine Art Butler, der sich nie und nimmer einen Verstoß gegen die Etikette erlauben würde, da sich seine Funktion doch eben in der Etikette erschöpft. Regelverstöße leistet sich nur der wirklich Mächtige, der hin und wieder auch verschmitzt mit dem Auge zwinkert und hinter all dem Protokollaufwand kokett seufzend den „Menschen" hervorlugen läßt.

Dennoch ist und bleibt das Protokoll eine nicht zu unterschätzende Macht in der Politik, der nicht nur die Kleinen volle Aufmerksamkeit entgegenbringen müssen. Protokollfragen sind immer auch Machtfragen. Durch ausdauerndes Pochen aufs Protokoll kann man die Anerkennung gewalttätig gezogener Grenzen und die Aufnahme ungeliebter Delegationen in internationale Gremien durchsetzen, virtuoses Spiel mit dem Protokoll wäscht einen von Schandtaten rein, verschafft einem Pluspunkte bei der freien Presse, man kann mit ihm – wie Bismarcks Hantieren mit der Emser Depeche beweist – sogar Kriege rechtfertigen.

Die Sowjets, wohl aus dem heimlichen Gefühl heraus, daß ihr Regime im Grunde angemaßt, illegal und deshalb des Protokollschleiers prinzipiell bedürftig sei, haben das von Anfang an gut begriffen; die Amerikaner hingegen, die in Herrschaftsfragen bekanntlich ein fast allzu gutes Gewissen hegen, neigen eher dazu, Protokollverfahren auf die leichte Schulter zu nehmen. So machen sie manchen vermeidbaren Fehler, und mitunter kommt es zu Ausbrüchen jener berüchtigten „Mickymaus-Politik", bei der man sich durch Hemdsärmligkeit und dröhnende Freundl-Huberei nur allzu leicht ins Zwielicht rückt.

Die Europäer freilich haben nicht den geringsten Grund, sich darüber in einen Zustand der Dauererregung zu versetzen. Beklagenswerter als gelegentliche protokollferne Mickymaus-Eskapaden in Washington ist allemal der wachsende Hang verschiedener westeuropäischer Regierungen oder Parteien, leere Protokollrituale ungeniert für effektive Politik auszugeben oder gar das Protokoll als ein Mittel der Politikverhinderung einzusetzen, um sich so aus den praktischen und verbalen Bündnisverpflichtungen davonzustehlen. Wer so agiert, hat als ernst zu nehmende politische Größe schon abgedankt.

Pankraz

Der sechste Deutsche Architektentag in Frankfurt: Aus Existenzangst rief man „Abreißen! Abreißen!"

Kommt die Invasion des Mittelmaßes?



Soll man sie abbrennen, weil 100 000 Architekten bauen wollen? – Die Altstadt von Tübingen FOTO: ALBRECHT BRUGGER

Weg mit dem alten Plunder! Die neue Parole der deutschen Architekten, zehn Jahre nach dem Europäischen Denkmalschutzjahr, heißt: Abreißen! Es war die große Schlußsequenz des sechsten Deutschen Architektentages in Frankfurt. Kein anderes Thema entlockte den 1100 Ideenstiftern des Bauens, die bis zum letzten Augenblick den Vorträgen und Diskussionen unter der schönen Stuckdecke im Festsaal des Frankfurter Palmengartens zugehört hatten, so viel Kopfnicken, lang anhaltenden Beifall, befreiendes Gelächter.

Etwa als der Hamburger Jost Schramm, Vizepräsident der Bundesarchitektenkammer, in seinem Schlußwort sagte: „Jede Generation hat das Recht, die Bauten der Väter abzubrechen – was übrigbleibt, wird unter Denkmalschutz gestellt." Schon Egon Eiermann, der Schöpfer der Horten-Fassade und des Abgeordnetensilos „Langer Eugen" in Bonn am Rhein, habe ja nur allzu berechtigt geseufzt: „Wenn ich Oberbürgermeister von Tübingen wäre, würde ich die Feuerwehr mit Benzin ausrüsten."

Auch Harald Deilmann, Mitgestalter der Architektentagsausstellung „Lebensraum Stadt", empfahl seinen Kollegen und den Baupolitikern im Lande: „Abbruch soviel wie nur möglich." Immerhin schränkte er noch ein: „Abbruch von dem, was die Menschen nicht mehr nötig haben. Der gesamte Nachkriegswohnungsbau muß weg." Das alte Münster, um dessen Rettung und Rekonstruktion sich Deilmann Verdienste erworben hat, könnte also stehenbleiben. Zu den Methoden der Beseitigung des Balastes an alten Bauten meinte er: „Wir wollen keine Brände oder Bomben. Wir haben Abbruchunternehmen, die das besser können."

Beim Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel rannten die beiden Architekten offene Türen ein: „Künftig gilt: Wer bauen will, muß abreißen." Allerdings, so räumte der Schwabe ein, habe er mit dieser Anschauung gewisse Schwierigkeiten, sich als Oberbürgermeister durchzusetzen, denn der Denkmalschutz sei eine staatliche Aufgabe, also Landessache. „Gott sei Dank!" tönte da von hinten eine einsame Frauenstimme durch den Saal, doch Rommel konterte: „Leider! Das wäre bei den Kommunen besser aufgehoben."

Dann machte er eine Rechnung auf: Allein in Stuttgart gebe es über 3000 Denkmale. Das seien auf alle Fälle zu viel; denn Moskau habe nur 2000 und Jerusalem nur 1000 Bauten unter Schutz gestellt. Rommel: „Wir dürfen nicht die Flucht in die Nostalgie antreten, sondern müssen selbstbewußt nach vorne gehen!" Der Beifall der Architekten klang wie ein tiefer, befreiender Stoßseufzer.

Zu dieser Zeit war die Mahnung des Bundeskanzlers aus der Eröffnungsveranstaltung des Architektentages in der Paulskirche längst vergessen: „Ich rate uns allen, pfleglich mit dem umzugehen, was als Erbe übriggeblieben ist." Auch der Genius loci der Tagungsstadt Frankfurt, die mit der Rettung untergegangener oder gefährdeter Bauten Stücke ihrer Identität zurückgewonnen hat, übte keine Macht mehr aus. Vergeblich war der Appell des Marburger Architekturprofessors und Direktors des Deutschen Architekturmuseums in Frankfurt, Heinrich Klotz, gewesen: „Es geht darum, noch erhaltene historische Stadtteile – auch des 19. und 20. Jahrhunderts – zu sanieren. Die Restaurierung, Re-Vitalisierung ist die Aufgabe der Zeit."

Es waren die nackten Existenzsorgen eines Berufsstandes, die sich hier am Ende des zweitägigen Treffens Bahn brachen und alle guten Vorsätze und diplomatischen Floskeln wegspülten. Die 66 813 deutschen Architekten (in der Bundesrepublik, dem Land mit der höchsten Architektendichte der Welt, kommt ein Architekt auf 1000 Einwohner!) finden nur noch halb so viele Aufträge wie vor fünf Jahren.

Im zweiten Quartal 1985 konnten nach einer Aufstellung der Bundesarchitektenkammer „kaum mehr als 50 Prozent aller befragten Architekturbüros Neuabschlüsse für Planungsaufträge tätigen". Und die Einwohnerzahlen in der Bundesrepublik und damit die Nachfrage nach neuen Wohnungen sinken immer weiter. Gleichzeitig aber drängen mehr als 40 000 Architekturstudenten auf den Markt. Dem Berufsstand steht ein Konkurrenzkrieg unabsehbaren Ausmaßes bevor.

In dieser Situation dünkt es offenbar vielen Architekten am einfachsten, die geheiligten Grundsätze, die schon ein Schinkel und ein Semper gepredigt haben und die besagen, daß das bauliche Erbe schützenswert sei, über Bord zu werfen. Um für neue Aufträge Platz zu machen, soll ein großer Teil der Altbausubstanz verschwinden.

Es ist ein Aufstand der Mittelmäßigkeit, und darin liegt die Gefahr für die verführbaren, kleinen Gemeindeparlamente und ehrgeizigen Provinzbürgermeister. Aber Mittelmaß ist das letzte, was die Städte und Gemeinden künftig brauchen können.

„In den nächsten Jahren", so prophezeite in Frankfurt der früher Frankfurter und jetzt hannoversche Stadtrat Hanns Adrian zutreffend, „werden die Städte immer stärker den allgemeinen Einwohnerrückgang spüren." Es werde überall zu Überkapazitäten, Leerständen und Brachen kommen. „Stadtqualität" werde dann zur harten Forderung werden, um für das „Produkt" Hannover, Frankfurt oder Wanne-Eickel noch eine Nachfrage zu finden. Adrian: „Ein nachfragebestimmter Markt wird Qualität erzwingen."

Wahrscheinlich ist es das, was das Beispiel der Stadt Frankfurt über alle hohlen und konfusen Debatten dieses Architektentages hinweg für die Bauschaffenden in der Bundesrepublik so faszinierend macht: Hier wurde die Devise für den Zukunftsstädtebau nicht nur halbherzig proklamiert, sondern gegen parteipolitische Widerstände, gegen Häme der Provinzpresse und auch gegen eine oft peinlich doktrinäre Architektenschelte in die Tat umgesetzt.

Die Konkurrenz wird härter, „ein nachfragebestimmter Markt wird Qualität erzwingen". Von Abbruch indessen ist in Frankfurt nicht die Rede. Als „Stadtbaumeister" Ungers Tagungsteilnehmern seinen Plan für die neue „City West" vorstellte, unterstrich er: „Von den fast schon idyllischen Wohninseln wird nichts beseitigt. Wir wollen das Alte durch allmähliche Transformation in einen neuen sinnvollen Zusammenhang stellen." Und so liegt die eigentliche Herausforderung dieses Architektentages vermutlich in dem, was dort nicht gesagt wurde.

DANKWART GURATZSCH

JOURNAL

Deutsche Kunst in der Royal Academy

DW. **London**

Unter der Schirmherrschaft von Premierministerin Margaret Thatcher und Bundeskanzler Helmut Kohl wird am kommenden Mittwoch in der Londoner Royal Academy of Arts die Ausstellung „Deutsche Kunst im 20. Jahrhundert" eröffnet. Sie zeigt rund 300 Bilder und Skulpturen von 1905 bis 1985. Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen reist zur Premiere an die Themse. Die Ausstellung wird bis Weihnachten zu sehen sein. Am 8. Februar 1986 geht sie dann nach Stuttgart.

Neuer Ballettchef in Wiesbaden: Gabriel Sala

Reg. **Wiesbaden**

Gabriel Sala, aus Argentinien stammendes Ensemblemitglied des Hessischen Staatstheaters, wird 1986 neuer Ballettchef in Wiesbaden. Er löst damit den ebenfalls aus Argentinien stammenden Choreographen Roberto Trinchero ab, dessen Vertrag der künftige Generalintendant Claus Leininger nicht verlängert hat.

Picasso-Zeichnungen drohen zu vergilben

dpa, **Madrid**

Picassos Federzeichnungen und Entwürfe zu seinem berühmten Antikriegsbild „Guernica" drohen durch unsachgemäße Ausstellung in einem Nebengebäude des Madrider Prado-Museums zu vergilben. Nach jüngsten spanischen Presseberichten dringt verschmutzte Luft in die nicht völlig abgedichteten Schaukästen mit den 63 Zeichnungen ein, so daß die Tinte vergilbt und die Blätter langsam verschmutzen. Auch schade das Licht der Scheinwerfer, mit dem sie angestrahlt werden, den Zeichnungen.

Ausstellung: 150 Jahre Belser Verlag

dpa, **Stuttgart**

Zum 150jährigen Jubiläum präsentiert sich der Belser Verlag bis zum 3. November in der Stuttgarter Stadtbücherei im Wilhelmspalais. Anhand von Büchern, Originalgrafiken und Briefen – darunter einer „Friedensbotschaft" von Verlagsgründer Christian Belser an Papst Leo XIII. aus dem Jahr 1883 – bietet die Ausstellung einen Querschnitt durch die Verlagsarbeit seit 1835. Heute ist das in Stuttgart und Zürich ansässige Haus auf Kunst und Kulturgeschichte spezialisiert.

Düsseldorf erhält Steinzeit-Sammlung

dpa, **Düsseldorf**

Eine umfangreiche Sammlung von Werkzeugen der Steinzeit erhält das Düsseldorfer Löbbecke-Museum als Schenkung eines Privatsammlers. Die wissenschaftlich bearbeitete Kollektion von fast 480 Stücken, hauptsächlich Geröllgeräte des Frühmenschen, haben nach Mitteilung der Stadt Düsseldorf einen „außergewöhnlichen wissenschaftlichen und musealen Wert". Die Fundstücke stammen vor allem aus Nordafrika und Frankreich.

Großer Belgrad-Preis für Heidelberger Theater

dpa, **Belgrad**

Das Theater der Stadt Heidelberg hat in Belgrad mit dem Stück „Sylvia Plath" den Großen Preis des 19. Belgrader Theaterfestivals gewonnen. Die Jury hat sich für dieses moderne Ballettstück in der Regie und Choreographie von Johann Kresnik entschieden, weil „in ihm gleichmäßig alle Komponenten der szenischen Kunst auf effektivste Weise vertreten sind". Gleichwertig mit den Heidelbergern wurde ein Moskauer Ensemble ausgezeichnet, „Teatar na Taganke".

Heinrich-Heine-Institut erhält Autograph

dpa, **Düsseldorf**

Eine Reinschrift des Gedichtes „Die Erleuchtung" von der Hand des Dichters Heinrich Heine wird demnächst in den Besitz des Düsseldorfer Heine-Instituts übergehen. Das Manuskript ist bei einer Auktion als Gemeinschaftsaktion mehrerer Stifter erworben worden.

Schweizer Künstler am Zoll gescheitert

dpa, **São Paulo**

Der Schweizer Künstler Martin Disler, der die Schweiz auf der soeben eröffneten 18. internationalen Biennale in São Paulo vertreten sollte, hat Brasilien unverrichteter Dinge wieder verlassen, weil der Zoll das Material nicht freigab. Wie das Bundesamt für Kulturpflege in Bern mitteilte, sollte er für die Veranstaltung, notfalls auch kurzfristig, ein großflächiges Gemälde und eine Plastik schaffen. Das Material dazu war bereits am 18. September in São Paulo eingetroffen, wurde jedoch bisher von den dortigen Zollbehörden zurückgehalten. An der wichtigsten Kunstausstellung Lateinamerikas nehmen 700 Künstler aus 46 Ländern teil.

Neuer Film: Roger Youngs Thriller „GULAG"

Hölle ohne Wiederkehr

Weißt du, was ein Sandwich ist? Ein Sandwich ist der Dritte im Bunde bei einem Ausbruch. Einer stirbt auf der Flucht bestimmt. Schon hast du das Nahrungsproblem gelöst und hast die Chance, in der Schnee- und Eiswüste zu überleben."

Mit dieser Frage und der makabren Antwort konfrontiert der zynisch agierende Malcolm McDowell als ehemaliger englischer Spion den sehr idealisiert porträtierten amerikanischen Olympiasieger und Sportreporter Mickey Almon in einem sowjetischen Straflager. Deutlicher kann die Grausamkeit und Ausweglosigkeit der Lebensbedingungen der Häftlinge nicht zum Ausdruck gebracht werden. Die meisten von ihnen leben in einer Hölle ohne Wiederkehr.

Dem 43jährigen amerikanischen Regisseur Roger Young ist es mit seinem zweiten Kinofilm, „GULAG", gelungen, das komplizierte, dramatische und für uns kaum vorstellbare Sujet des Alltags der rund eine Million sowjetischen Strafgefangenen überzeugend, und ohne in Klischees zu verfallen, darzustellen.

Die Geschichte beginnt in Moskau 1979. Von dort soll Mickey Almon, dargestellt von David Keith, über die Vorentscheidungen der olympischen Sommerspiele – der sowjetischen Spartakiade – berichten. Gegen die Warnung seiner Kollegen vereinbart er ein Treffen mit einem Russen, um dessen angebliche wissenschaftliche Unterlagen zu übernehmen, die er später in den Westen schmuggeln soll. Es ist eine Falle des sowjetischen Geheimdienstes. Er wird als angeblicher CIA-Agent verhaftet. Seine Verhaftung soll als Abschreckung dienen. Man will ein Exempel statuieren. Denn es soll verhindert werden, daß ausländische Berichterstatter im Jahr der Olympiade mit Dissidenten zusammenkommen und dann womöglich deren Unterlagen ins Ausland schaffen. Nach zweimonatiger physischer und psychischer Folter wird Mickey in ein Gefangenenlager verschleppt. Erst auf dem Transport erfährt er, daß er zu zehn Jahren Lagerhaft verurteilt ist.

In der Hölle des GULAG plant er mit seinem scheinbaren Gegenspieler, einem ehemaligen englischen Spion, der ihm zum Kameraden wird, dem jüdischen Intellektuellen Matvei (David Suchet) und dem Kosaken Hooker (Warren Clarke) die Flucht aus 1000 Quadratmeilen sicherer Einsamkeit. Ein fast aussichtsloses Unternehmen. Intelligenz, Kühnheit und unbeugsamer Wille zum Überleben sind ihre einzigen Waffen.

Der Film geht unter die Haut. Die Schilderungen des Lagerlebens und der Verhöre durch den KGB lösen Betroffenheit aus, und das, obwohl der Regisseur nicht das ganze Ausmaß an wirklicher Grausamkeit und Härte filmisch umgesetzt hat, wie die im Westen vorliegenden Berichte ehemaliger Häftlinge belegen.

Dramatisch, sensibel und voller Spannung zugleich arbeiten die Darsteller die verschiedenen Charaktere der Lagerinsassen heraus. David Keith, der in diesem Film zweifellos die wichtigste Rolle seiner bisherigen Karriere spielt, verkörpert den typischen amerikanischen Helden. Leider unterliegt seine Rolle streckenweise dem Klischee des „American good boy". Seine Gefühlsäußerungen wirken vergleichsweise dünn, gemessen an dem Leid, das ihm zugefügt wird. Dementsprechend endet der Film mit einem klassischen Happy-End, das den Zuschauer zwar erleichtert, dem künstlerischen und inhaltlichen Niveau des Films aber nicht gerecht wird.

INGO URBAN



Flucht aus den Fängen des KGB: David Keith als angeblicher CIA-Agent in Roger Youngs Film „GULAG" FOTO: CCF

Auftakt am Hamburger Thalia mit „Peer Gynt"

Pilger ohne Erlösung

Jung Siegfried im Gudbrandstal, ein blonder Hüne, kraftstrotzend, hochaufgerichtet, die Hände in den Taschen geballt: reglos gespannt beginnt Peer Gynt seine funkelnde Lügenmär von der wilden, verwegenen Rentier-Jagd. Von seinen Emotionen überwältigt, rennt er schließlich auf seine Mutter Ase zu, klemmt sie sich in die Arme, und wie ein siamesisches Zwillingspaar finden sich nun beide in ein und der derselben Flug- und Flucht-Bewegung, in ein und demselben Pas de deux der Traumgesichte, zu einer Einheit verschmolzen, die für Peer Gynt lebenslang Wunschbild bleiben soll.

Stark und schlüssig auf schneeweiß unwirtlichen Erden-Grund vor ein düsteres nordisches Holzhaus-Skelett gesetzt, ist diese Anfangsszene die schöne Introduktion für das sechsstündige Ibsen-Sit-in, mit dem Jürgen Flimm jetzt seine Hamburger Ära im Thalia startete. Sie gibt die sinnträchtige Folie ab für alle folgenden Brechungen und Brüche, die den Weg des Ibsen-Helden zu einer Ballade vom unnützen, verpfuschten Leben machen, das auch in Solveigs Liebe nur schwache, letztlich vergebliche Gnade gewinnt.

Flimm hatte den Hamburgern bei Amtsantritt „konservatives Literaturtheater" versprochen, offensichtlich als Kontrastprogramm zu Peter Zadeks elisabethanischen und neuenglischen Schocker-Spielen im Schauspielhaus. Ein hörbares Aufatmen ging durch die Reihen, als man merkte, daß dennoch nun nicht nur die schweren Bildungshämmer im einstigen Hort der leichteren Musen niedergingen, daß man nicht eingesperrt werden sollte in eine trockene Bildungsanstalt. Befreiendes Gelächter gar, als Ase, ganz keifende Krähe, aus der Liebes-Umarmung erwachend, von ihrem Lügenbaron Peer auf einen riesigen Mühlrad-Prospekt gehievt und von unsichtbarer Hand über die Bühne gezogen wurde wie ein plärrendes Kleinkind auf dem Papp-Pferd.

Ernst, mit leichthändigem Witz konterkariert – das schienen glänzende Vorzeichen für diesen am Premierenabend ehrgeizig auf eine einzige Séance zusammengedrängten „Peer Gynt". Doch sollte sich das prächtige, kurzweilige Wechsel- und Zusammenspiel heiterer und ernster Kräfte nicht gleichermaßen beflügelnd den ganzen Abend halten. Das spielerische Element, mit dem sich Ibsens mitunter monströse Erziehungsroman-Suada so glücklich kontrapunktieren läßt, muß im Fortlauf vielmehr drastischeren Pointen weichen. Die Komik wird dem Klamauk preisgegeben, der Sarkasmus dem schrillen Kabarett. Das Märchen-Spiel, das anfangs manch kecke und packende Überraschung bietet, versandet, je mehr der Held in die berühmten marokkanischen und ägyptischen Wüstengefilde gerät.

Eine schweinsnasige Liliputaner-Schar als Trollgesellschaft, die den Odysseus des Nordens für alle Zeiten sich einverleiben will – das befremdet eher, als daß es dämonischen Schrecken verspricht. Nach Ases wiederum bewegend ausgespielter Todesstunde wird es im vierten Akt zusehends flacher, lauter. Peer als sarkastischer Menschverächter, auf seiner Reise um die Welt und immer um sein Ich herum: Da muß man gewiß theatralisch ein bißchen auf die Pauke hauen, um dies im Ziel-Licht des dramatischen „Mensch, werde wesentlich!" als Negativbilder wahren faustischen Strebens deutlich zu machen. Doch bleibt die Frage, ob es so derb geschehen muß wie beim Geschäftemacher-Quartett vor der Schiffsexplosion oder so penetrant wie in der Tollhaus-Vision.

Auch das an sich löbliche Unternehmen, die alte Übersetzung von Ludwig Passarge neu einzurichten und mit aktuellen Bezügen anzureichern, führte oft zu nichts anderem als zu Trivialreimen und reichlich seichten Allusionen, die den Tag nicht überdauern werden. Dabei war Rolf Glittenbergs nicht unintelligent erdachte Szene mit ihrem fahlen Skelett-Haus als Mehrzweck-Hintergrund, ihren verschiebbaren Gebirgsmassiven und kräftigen Symbolen nicht ohne Reiz für das „Gynt"-Spectaculum. Die Welt als Schneefeld oder Wüste, von fahler Sonne überdacht – Spielstätte einer Hoffnungslosigkeit, die Flimm durch das Weglassen der marianischen Erlösungsvorstellung noch unterstrich.

Zwiepältige Eindrücke also bei dieser ersten Premiere der neuen Flimm-Ära am alten Gobert-Haus, Irritationen, die auch durch die zu bitterem Ernst umschwenkende Regie des letzten Aktes nicht wieder ganz aufgefangen werden konnten. Die schaupielerischen Leistungen waren gleichwohl exzellent. Großartig Ingrid Andree, die ihre Mutter Ase zwischen Ernst und sublimer Ironie anrührend balancierte. Von mitreißender darstellerischer Statur auch Hans Kremer als junger Peer Gynt, dem nichts Kränkliches oder Schwächliches anhaftet. Er wurde im zweiten Teil abgelöst von Christoph Bantzer, der den mittleren und alten Gynt ebenfalls mit Bravour zeichnete. Einige scharfe Buhs, ansonsten herzhafter Applaus für den Heimkehrer Flimm aus Köln und sein Ensemble.

KLÄRE WARNECKE

Bauhaus-Archiv in Berlin zeigt BDI-Preisträger

Nach Mythos jiepernd

Die Medien verlieren, vermischen lustvoll ihre Identitäten. Malerei und Plastik, Zeichnung und Objekt – die Techniken wachsen aus sich heraus und finden neue Symbiosen. Der Kulturkreis im Bundesverband der Deutschen Industrie hat bereits in vergangenen Jahren diesem deutlichen Trend bei der Vergabe seiner Förderpreise an Bildende Künstler Rechnung getragen. In der Abfolge wechselnder Themen und Medien hieß diesmal das Motto „Arbeiten mit/auf Papier".

Drei Künstlerinnen wurden aus der stattlichen Zahl von 200 Einsendungen schließlich für gut und interessant genug gefunden, in einer jetzt im Berliner Bauhaus-Archiv startenden Wanderausstellung mit ihren Arbeiten präsentiert zu werden. Jede erhält die schöne Summe von 10 000 Mark. Dem Kulturkreis im BDI gehören heute rund 500 Mitglieder an, darunter die bekanntesten deutschen Großunternehmen und zahlreiche Firmen aus der mittelständischen Wirtschaft.

Verbindendes Element der drei Preisträgerinnen ist der Zug zur Mythenbildung, zur Verrätselung, zum einfachen Beschwörungszeichen – mag man diese Tendenz nun als zeitgemäß oder mitunter als schlichtweg modisch ansehen. Es läßt sich jedenfalls nicht von der Hand weisen, daß die rundum grassierende private Mythelei zuweilen um den Preis einer geheimnissatten Trivialität passiert.

Die interessantesten und unverklemmtesten Arbeiten in dieser Schau stammen von der in Korea geborenen Eun Nim Ro. In ihren Mischtechniken, nicht selten wie große Fahnen aufgehängt, sieht man Tierzeichen oder einfache mumienhafte Figuren, malerische Zeichengebungen und Chiffren. Amüsant ein regelrechter „Tier-Garten" allereinfachster aus Papier- und Pappresten gebastelter Poesie-Wesen, Igel, Spatz und Biene. Wie anhand von Fotos zu sehen, schlüpft Eun Nim Ro bei gelegentlichen Aktionen offenbar selbst in die Rolle wundersam verwandelbarer Fisch- oder Baummenschen.

Rätsel-Signets, zeichenhafte Figuren und Markierungen, surreale Beschwörungsformeln bei der in Köln lebenden Rosemarie Trockel. Ihre Dispersionsbildchen zeigen durchaus die Bereitschaft zu ironischen Akzenten, driften aber häufig genug in ein banales Ungefähr.

Mit beinahe manischer Konsequenz hat die aus Neuwied stammende Ute Pleuger, der man ihr Studium bei Marwan nirgends anmerkt, in durchweg schwarzen Acryl-Guaschen auf Packpapier immer neu ihr Pariser Atelierfenster thematisiert. Mal atmosphärische Beschreibung mit höchst sensiblen Abtönungen, dann wieder Beschwörung von Helligkeit im saugenden Dunkel oder abstrakte Linien-Konstruktion – diese Arbeiten, im Zwischenfeld von Malerei und Zeichnung, gewinnen in der intensiven Reihung an stark konzeptuellem Drive. Von seiten des Bauhaus-Archivs wurden die Blätter in die Nähe der „Wilden" gerückt – verbaler Unfug angesichts der Strenge und Rationalität, mit der diese Serie angelegt ist und sich alle spontanen Emotionen verweigert. (Bis 17. Nov., 23. Febr. bis 23. März 1986: Bayer AG Leverkusen; Katalog 10 Mark.)

PETER HANS GÖPFERT

Kaum noch Hoffnung für den kleinen Luisito

DW. Mexiko-Stadt

„Luisito antwortet nicht mehr, es besteht keine Hoffnung mehr, ihn lebend zu bergen." Diese grausame Nachricht ließ die Chancen schwinden, den bei dem Erdbeben vor mehr als zwei Wochen in den Trümmern eines Wohnhauses in Mexiko-Stadt verschütteten neunjährigen Luis Ramón Nafarrete zu retten. Trotz pausenlosen Einsatzes gelang es den Helfern auch gestern nicht, bis zu dem Jungen vorzudringen.

Damit erwiesen sich Informationen des Auswärtigen Amtes in Bonn als falsch, der Junge sei lebend geborgen worden. Aufgrund dieser Fehlinformation hatte die WELT in einem Teil ihrer Wochenend-Ausgabe die Befreiung des neunjährigen Luis Ramón gemeldet. Das Auswärtige Amt sah sich auf Anfrage auch gestern nicht imstande, die Quelle ihrer noch am Freitag mehrfach bestätigten Angabe ausfindig zu machen.

Seit Mitte der vergangener Woche hatten die Rettungsmannschaften unermüdlich versucht, Schächte zu dem eingeschlossenen Kind zu graben. Noch am Samstag morgen hatte Luisito Lebenszeichen gegeben. Doch dann stürzten die Schächte, in denen sich die Freiwilligen ihrem Ziel bis auf einen Meter genähert hatten, ein. Vermutlich wegen des starken Regens waren auch vorsichtig angehobene Steinplatten wieder verrutscht. Dann konnten selbst mit Hilfe eines elektronischen Stethoskops keine Lebenszeichen mehr festgestellt werden.

Erschüttert, von Freunden und Journalisten gestützt, verließen die Eltern des verschütteten Jungen den Schauplatz des Dramas. Erschöpft zogen auch die Rettungsmannschaften ab. Auf Befehl des Polizeichefs der mexikanischen Hauptstadt, General Ramón Mota, nahmen Kräne und Planierraupen unverzüglich ihre für mehrere Tage unterbrochenen Aufräumarbeiten wieder auf. Die vermutlich leblosen Körper des kleinen Luis und seines ebenfalls verschütteten Großvaters sollen heute geborgen werden.

Unterdessen hat die Verwaltung der vom Erdbeben heimgesuchten Metropole eine Überprüfung aller 18 500 Häuser angeordnet, in denen die Mieten seit Jahren gesetzlich eingefroren sind. Die meisten dieser Gebäude, die von etwa 1,8 Millionen Menschen bewohnt werden, sind seit Jahren nicht mehr repariert worden und befinden sich zum Teil in einem völlig heruntergekommenem Zustand.

Die Behörden haben versichert, daß von heute an wieder alle Einwohner der Hauptstadt mit Wasser versorgt werden können. Seit den schweren Erdstößen am 19. September sind noch immer etwa 2,5 Millionen Menschen ohne die lebenswichtige Versorgung. Denn einstürzende Häuser hatten die Wasser-, Strom-, Gas- und Telefonleitungen an vielen Stellen der Stadt zerstört.

Der Großglockner – Österreichs Traumstraße ins alpine Dorado



Ein Hauch von Chinesischer Mauer: Der Großglockner-Paß am Fuscher Törl mit Ausblick auf den 3018 Meter hohen Brennkogel. FOTO: K. J. KALLABIS

Von WALTER H. RUEB

Fünfunddreißig Millionen Menschen befuhren in einem halben Jahrhundert die Großglockner-Hochalpenstraße. Nur wenige aber lernten Österreichs Traumstraße so gut kennen wie Straßenmeister Peter Simmler. Der Ingenieur und seine Männer unterhalten das 50 Kilometer lange Asphaltband von Bruck bis Heiligenblut.

Simmler ist stolz auf „seine" Straße. Zu Recht: 90 Prozent der Fahrbahn sind von ursprünglich sechs auf mindestens 7,5 Meter Breite und in den fahrtechnisch anspruchsvolleren Abschnitten auf drei Spuren verbreitert worden. Angesichts des heutigen Ausbaus der Straße ist es fast ein Kunststück, den Motor des Wagens zum Kochen zu bringen. Nirgends ist die Steigung steiler als elf Prozent.

Wer die einzigartige Straße jedoch im Eiltempo durchrast – ein Durchschnittstempo von 70km/h ist möglich –, gefährdet nicht nur sein Leben, er versäumt auch ein landschaftliches Dorado. Und den Geschwindigkeitsrekord von Bergkönig Hans Stuck beim „Großen Preis von Deutschland" 1939 kann selbst der Schnellste nicht brechen: Bei einer Jahreskapazität von 350 000 Fahrzeugen – davon etwa die Hälfte aus Deutschland – herrschen Verkehrsverhältnisse, die Rekordambitionen im Wege stehen.

Die wildromantische Bärenschlucht kurz nach Fusch auf der Nordrampe der Straße, in die im Winter Lawinen tausend Meter tief hinunterdonnern, entlockt den Besuchern meist die ersten Schreie des Entzückens. Von dort an nehmen die Abwechslungen kein Ende mehr: Ein Alpenwildpark lädt ein, ein Sessellift lockt. Wasserfälle, Gletscher, Tunnels, unversehrte Natur in einem Teilstück des Nationalparks Hohe Tauern, der 3570 Meter hohe Große Wiesbachhorn – atemberaubende Impressionen. Schließlich am Tunnelportal die Tafel, auf welcher der legendäre Straßenbauer Franz Wallack schon beim Bau des Jahrhundertwerks verriet: „In te Domine speravi" – „Auf dich, Gott, habe ich vertraut".

Zweimal *muß*, wenigstens noch weitere zwei Mal *sollte* der Reisende halten: Bei Ferleiten im Norden und Heiligenblut im Süden werden die Kraftfahrer zur Kasse gebeten. 240 Schilling Maut sind pro Pkw zu zahlen. Manche Reisende beginnen zu rechnen, kapitulieren aber bald angesichts schwindelerregender Zahlen, vor allem auch, weil schnell die Hauptattraktionen der Straße erreicht werden.

Die südwärts Fahrenden landen auf einer steilen Abzweigung mit sechs Haarnadelkurven auf der Edelweißspitze, dem höchsten Punkt der Hochalpenstraße. Aus 2571 Meter Höhe bietet sich dem Betrachter ein Rundblick auf 37 Dreitausender und 19 Gletscherfelder. Der Autofahrer aus dem Süden erreicht die superlativträchtigste Stelle der Straße noch schneller: Von der Franz-Josephs-Höhe geht der Blick hinauf zum höchsten Berg Österreichs und Namensgeber, dem 3798 Meter hohen Großglockner, und hinunter zur Pasterze, dem größten Gletscher des Landes. Parkhäuser, Hotels, Kioske, Standseilbahn in einer Neigung von 84 Grad hinunter zum Gletscherrand und Menschengewühl lassen kaum Raum für Ehrfurcht angesichts der Schnee- und Eispracht ringsherum.

Die Großglockner-Straße ist nicht nur ein einzigartiges Stück Österreich, sondern auch ein interessantes historisches Kapitel des Landes. Die Baugeschichte ist erregend: 1930 wurde unter Leitung von Franz Wallack mit den Arbeiten begonnen, im Sommer 1935 konnte die Straße dem Verkehr übergeben werden. Das 26 Milliarden Schilling teure Projekt war während der Arbeitslosigkeit in den dreißiger Jahren nichts anderes als eine gigantische Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Sie gab 3200 Männern Brot. Das Heer der Arbeiter bewegte eine halbe Million Kubikmeter Erde, sprengte 410 000 Kubikmeter Fels und errichtete 116 000 Kubikmeter Mauerwerk. Nur ein einziger Arbeiter verlor beim Bau sein Leben. Viele aber litten unter den harten klimatischen Verhältnissen, und alle hatten fernab von der Zivilisation Heimweh.

Erinnerungen an die Zeit des Baus werden alljährlich im Frühjahr wach, wenn auf der Hochalpenstraße die „Schnee-Schlacht" geschlagen wird. Jeweils im Mai frißt sich eine 3600 PS starke Meute panzerähnlicher Ungeheuer durch Berge von Schnee. Nirgends in Europa müssen derartige Massen geräumt werden. Schneehöhen bis zu 15 Meter sind keine Seltenheit; der Rekord steht bei 21 Metern. Die Millionen-Investitionen für die Schneeräumung machen sich bezahlt: Unmittelbar nach der Freigabe der Hochalpenstraße setzt der Strom der Fahrzeuge und damit der Fluß der Mauteinnahmen ein.

Die Jubiläumsfeierlichkeiten wurden dem Wunderwerk der Technik gerecht. Bischöfe segneten die Straße, Menschen veranstalteten Wallfahrten, Skilangläufer, Radrennfahrer, historische Fahrzeuge und Oldtimer strömten zusammen. Auf der Franz-Josephs-Höhe und in Bruck fanden Ausstellungen statt, den Abschluß der Festlichkeiten bildet am nächsten Wochenende das 1. Bergrennen für Automobile nach dem Krieg.

Große Worte unterblieben bei den Feiern; sie erübrigen sich auch: Die Zahl der Autofahrer und ihre Begeisterung für die Straße während der vergangenen 50 Jahre sprechen für sich.

Milchstraße in größter Ferne entdeckt?

AP, Berkeley

Zwei Wissenschaftler haben durch Zufall eine Erscheinung im Universum entdeckt, bei der es sich möglicherweise um eine in Rekordentfernung von der Erde gelegene Milchstraße handelt. Das Phänomen ist 14,5 Milliarden Lichtjahre entfernt, 2,3 Milliarden Lichtjahre weiter als die bisher bekannte entfernteste Michstraße. Der in Berkeley tätige Astronomieprofessor Byron Spinrad von der Universität von Kalifornien berichtete, er und der Assistent Stanislaut Djorgovski hätten die Erscheinung am 18. Juli zufällig beim Experimentieren mit Lichtfiltern entdeckt. Spinrad leitet ein Forschungsprogramm, das die Analyse der Lichtstrahlen weit entfernter Galaxien zum Zweck hat.

Geheime Mission

dpa, Cape Canaveral

Die fünf Astronauten an Bord der Raumfähre „Atlantis" dürften den Hauptteil ihrer geheimen Arbeit im Auftrag des US-Verteidigungsministeriums bereits hinter sich gebracht haben: die Aussetzung von zwei jeweils 75 Millionen Dollar teuren Satelliten für militärische Kommunikation. Experten sind dieser Ansicht, weil Satelliten bei den bisherigen Shuttle-Flügen immer innerhalb der ersten beiden Tage nach dem Start ausgesetzt wurden. „Atlantis" war am Dnnerstag von Cape Canaveral aus zu ihrem Jungfernflug gestartet.

Mordpläne beim Bhagwan

dpa, Salem

Mordkomplotte mit Spinnen- und Schlangengift, Verschwörungen im Machtzentrum des indischen Sektenführers Bhagwan Shree Rajneesh – die jetzt von der Polizei veröffentlichten Aussagen über die Zeit vor der Palastrevolution in Rajneeshpuram (US-Bundesstaat Oregon) lesen sich wie ein Gruselroman. „Nach allem, was wir vorliegen haben, bin ich sicher, daß es Haftbefehle und Anklagen geben wird", erklärte Oregons Polizeichef John Williams.

Beben in West-Kanada

AP, Washington

Ein starkes Erdbeben hat am Samstag die nordwestlichen Provinzen Kanadas erschüttert. Nach Angaben der amerikanischen Erdbebenwarte erreichte es die Stärke 6,6 auf der Richterskala. Schäden wurden aus dem fast menschenleeren Gebiet nicht gemeldet.

Boeing im Boom

dpa/vwd, Seattle

Die Boeing-Flugwerke in Seattle haben im September 60 Düsen-Verkehrsflugzeuge verkauft. Das ist ein Rekord. Bester Kunde war die Texas Air, die allein 25 Boeing 737-300 im Wert von mehr als 600 Millionen Dollar (derzeit rund 1,6 Milliarden Mark) bestellte. Auch Western Airlines hat weitere zwölf Boeing 737 geordert. Damit sind bis heute 1418 Kurz- und Mittelstreckenjets vom Typ Boeing 737 in allen Variationen verkauft worden.

Fünf Tote bei Serienunfall

dpa, Freising

Bei einem Serienunfall auf der Autobahn München–Nürnberg sind zwischen Allershausen und dem Autobahnkreuz Neufahrn im Landkreis Freising fünf Menschen ums Leben gekommen. Fünf andere Unfallopfer erlitten teils lebensgefährliche Verletzungen. Wie die Polizei mitteilte, waren zunächst ein jugoslawischer und ein deutscher Personenwagen in Fahrtrichtung München zusammengestoßen. Während die ausgestiegenen Insassen auf der Standspur warteten, raste ein nachfolgendes Auto in die Personengruppe.

ZU GUTER LETZT

„Wer heute den Kopf in den Sand steckt, knirscht morgen mit den Zähnen." Aus einem berufspolitischen Kommentar im Blatt der Berliner Ärztekammer.

LEUTE HEUTE

Alte Bilder

Vor zwölf Jahren mußte der britische Künstler **Alan Hunt** von Haustür zu Haustür wandern, um seine Tier- und Blumenaquarelle zu verkaufen. Wenn er damals in einer Woche 120 Mark besaß, kam er sich schon wie Krösus vor. Inzwischen hat der 38jährige den Kontinent gewechselt und in Amerika sein Glück gemacht, wo für seine Werke anstandslos 25 000 Mark gezahlt werden. Hunt läßt jetzt seine „Klinkenputzer-Aquarelle" zurückkaufen. Bleibt für Hunt nur zu hoffen, daß sich sein Ruhm nicht bis in die alte Heimat herumgesprochen hat.

Anhaltend verliebt

„Alle meine Freundinnen halten mich für total verrückt", weiß **Kay Pashley.** Nicht ganz zu Unrecht: Als Dreizehnjährige hatte der Teenager aus dem mittelenglischen Dronfield einen Liebesbrief an „Duran-Duran"-Star **Simon le Bon** begonnen. Inzwischen ist Kay 15 und schreibt immer noch. Der „Brief" ist inzwischen 658 Meter lang – Weltrekord. Kennengelernt hat sie ihr Idol freilich immer noch nicht.

Über den Wolken

Die Schauspielerin **Tatum O'Neal** erwartet im Frühjahr ein Baby von **John McEnroe.** Die 21jährige Tochter von Filmstar **Ryan O'Neal** und der Tennisstar sind seit Monaten unzertrennlich und leben in Beverly Hills unter einem (angeblich zwölf Millionen Mark teuren) Dach. Tatum war „über den Wolken", als sie von der Schwangerschaft erfuhr.

Dame siegte mit Karlo

Überraschung der Diensthunde-Meisterschaft

dpa, Krefeld

Mehr als 15 000 Zuschauer kamen gestern ins Stadion des Pokalsiegers Bayer Uerdingen, um die Künste vierbeiniger Akteure zu bewundern. Der Verein für Deutsche Schäferhunde hatte zur Bundessiegerprüfung und Internationalen Meisterschaft für Diensthunde gerufen, um die besten aus der Schar derer zu ermitteln, die sich auf Orts- und Landesebene qualifiziert hatten.

Dabei zeigte der Hund einer Dame, wo es bei Fährtenarbeit, Unterordnung und Schutzdienst „lang geht": Die 36jährige EDV-Operatorin Karin Mellinghaus aus Leverkusen und ihr fünfjähriger Rüde „Karlo vom Johanneszwinger" wurden gegen die übermächtige männliche Konkurrenz Bundessieger. Ihr Traumergebnis: 296 von 300 erreichbaren Punkten. Die Siegerin: „Karlo ist für mich wie ein Kind, ich würde ihn niemals verkaufen." Auch die bayerische Polizei, die mit ihren Hunden Mannschaftssieger bei den Diensthundeführern wurde, schwärmte für die „Amazone" mit Karlo.

Als „Trostpflaster" für die Mannesehre siegte der 36jährige Polizeiobermeister Paul Hörmann aus Sulzberg bei Kempen mit „Andy von der Bildsäule" bei den Diensthundeführern. Der knapp dreijährige Andy gewann 295 Punkte. Unter den 70 Diensthundeführern von Polizei, Zoll, Grenzschutz und Bundeswehr waren auch sechs kalifornische Sheriffs angetreten.

Glykol und das Selbstvertrauen deutscher Winzer

Sicher, am Glykol kam man nicht ganz vorbei. Aber wer geglaubt hatte, der Weinskandal hätte einen Schatten geworfen auf die 39. Wahl der Deutschen Weinkönigin in Neustadt an der Weinstraße, wo mit Mechthild Meyer eine 23 Jahre alte Winzertochter aus Waldrach im Ruwer-Tal nahe Trier gewählt wurde – der irrte.

Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle zitierte weihevoll den dünnblütigen Dichter Rainer Maria Rilke: „... und jage die letzte Süße in den schweren Wein ..." Nirgendwo



Mechthild Meyer

sonst könnte Rilkes berühmtes Herbstgedicht (gerichtet beileibe nicht an den Verband Deutscher Kellermeister, sondern an eine sehr viel höhere Instanz) heutzutage so arglos und bar jeder Ironie vorgetragen werden wie hier bei der Wahl der Weinkönigin, dieser seltsam liebenswerten, traditionsreichen Mischung aus Feierstunde, Heimatfest und Branchentreff, wo unter dem geballten Charme der Weine und der jungen Mädchen nur Banausen und Biertrinker die eventuell mitgebrachte Häme bewahren können.

Der deutsche Wein hat seine Probleme. Vor allem im Norden. Weinbücher sind heute schwer verkäuflich. Weinkönniginnen indes scheinen auch auf dem Höhepunkt der Affäre nicht gelitten zu haben. Vielleicht aber liegt es auch am Wein. Merke: Guter Wein lehrt *gut'* Latein (Wilhelm Müller, Lieder des Lebens und der Liebe, 1824). Nea.

WETTER: Abkühlung und Regen

Wetterlage: Während der Süden Deutschlands anfangs noch unter Hochdruckeinfluß liegt, greifen im Tagesverlauf auf den Nordwesten Deutschlands Tiefausläufer über.

Deutscher Wetterdienst 6. Oktober 1985, nachm.

Vorhersage für Montag:

Im Norden vormittags von Westen Bewölkungsaufzug und Regen. Höchsttemperaturen 16 bis 19 Grad. Frischer Südost- bis Südwind. Nachts Tiefsttemperaturen um 12 Grad. Im Süden nach Auflösung von Nebelfeldern meist heiter, am Nachmittag von Nordwesten her Bewölkungsaufzug, nachts Regen. Höchsttemperaturen 17 bis 20, Tiefstwerte nachts um 12 Grad.

Weitere Aussichten:

Im Süden anfangs noch Regen, im Norden Schauer, kühler.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	16°	Kairo	30°
Bonn	14°	Kopenh.	15°
Dresden	16°	Las Palmas	24°
Essen	17°	London	18°
Frankfurt	17°	Madrid	15°
Hamburg	17°	Mailand	22°
List/Sylt	15°	Mallorca	25°
München	16°	Moskau	17°
Stuttgart	16°	Nizza	18°
Algier	26°	Oslo	12°
Amsterdam	18°	Paris	19°
Athen	25°	Prag	15°
Barcelona	24°	Rom	26°
Brüssel	19°	Stockholm	15°
Budapest	22°	Tel Aviv	30°
Bukarest	20°	Tunis	28°
Helsinki	15°	Wien	19°
Istanbul	23°	Zürich	18°

Sonnenaufgang* **am Dienstag:** 6.33 Uhr, Untergang: 17.45 Uhr; **Mondaufgang:** 23.38 Uhr, Untergang: 15.55 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Luxusreise auf dem Pannendampfer

MICHAEL JACH, Hannover

Ein ganzes Vierteljahr dauerte die Kreuzfahrt „rund um die Erde" auf der für ein „Traumschiff" gehaltenen „MTS Danae", die ein 62jähriger Bremer Versicherungskaufmann und seine Ehefrau Ingeborg (58) sich pro Person 32 320 Mark hatten kosten lassen. Doch als die Küchenherde und die Klimaanlage ausfielen und der Kapitän auch noch ein Riff übersah, wurde der „Traum" zum „Alptraum".

Jetzt klagt das Paar vor dem Landgericht Hannover gegen den Reiseveranstalter Touristik Union International (TUI) auf Rückerstattung des vollen Buchungspreises. Denn von dem verheißenen Glück einer luxuriösen Seefahrt haben sie zwischen Weihnachten 1984 und Ende März 1985 „nichts erlebt". Mal streikte die Heizung, mal mitten auf dem Pazifik der Generator, ohne den der Koch tagelang statt „kulinarischer Höhepunkte" nur kalte, zähe und mühsam improvisierte „Mahlzeiten" auftischen konnte. Und obendrein lief das Schiff „mitten in der Nacht" und „recht unsaft" auf ein Korallenriff im Roten Meer auf. „Die Erholung", so die Kläger, „war gleich Null."

Damit stehen sie nicht allein. Am TUI-Gerichtsstand Hannover ist eine Serie ähnlicher Klagen anhängig. 144 andere Anspruchsteller haben sich inzwischen abfinden lassen – mit einem Viertel des Buchungspreises in bar oder Sachwerten in Höhe von 50 Prozent, zu leisten vom Reiseveranstalter auf Schiffen derselben, in Genua ansässigen italienischen Kreuzfahrtreederei „Costa-Line". Denn das Vertrauen der TUI in den „bewährten und erfahrenen Partner" ist ungebrochen, wenngleich die Mängel, Pannen und Schrecknisse jener Weltumrundung nicht geleugnet werden.

Das Vertrauen des klagenden Bremer Kaufmanns indessen ist dahin. Die spektakulären Mißgeschicke waren nämlich, erläuterte sein Rechtsanwalt der WELT, vermeidbar. Kurz vor der Reise sei das bis dahin griechisch bereederte Schiff nach Panama ausgeflaggt worden. Die griechische Stammbesatzung sei von einer neu geheuerten, aus 31 Nationen zusammengewürfelten und „überhaupt nicht eingespielten" Mannschaft unter italienischer Führung abgelöst worden. „Das kann ja nicht klappen."

Zudem sei die Genueser Reederei für Havarien ihrer stolzen Schiffe berüchtigt: Auch die „Columbus" (Ex-„Europa"), die Ende Juli 1984 in der Hafeneinfahrt von Cadiz/Südspanien leckschlug, sei für „Costa-Line" gefahren. Und davor habe der „Costa"-Musikdampfer „Eugenio G." unrühmlich von sich reden gemacht, als er im Südatlantik mit einem brasilianischen Zerstörer zusammengestoßen und wenige Wochen später im Mississippi-Delta auch noch auf Grund gelaufen sei. Die „MTS Danae" schließlich habe nach ihrer prozeßträchtigen Weltreise ihre diesjährige Frühjahrs-Kreuzfahrt wegen Reparaturbedürftigkeit abbrechen müssen.

Dazu ein TUI-Sprecher zur WELT: Die Reederei sei davon ausgegangen, daß die „Danae" den „vor allem klimatisch bedingten hohen Belastungen" des Törns Genua–Madeira–Panama–San Francisco–Hawaii–Singapur–Alexandria–Genua „nach aller Erfahrung" gewachsen gewesen wäre. Seit der Pannenfahrt habe „es keine Beanstandungen gegeben". So ist denn das Hannoveraner Reise-Unternehmen unverändert „von unserem Flaggschiff überzeugt". Und am 21. Dezember geht es wieder „in neunzig Tagen um die Welt".